Das grüne Irrlicht

Der Fall Hans-Christian Ströbele

von Billy Six

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin

1. Auflage Juli 2012

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 - 299 44 01 – Telefax: 040 - 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
Postbank, BLZ 200 100 20, Konto-Nr.: 333 33 205

Druck:
SZ Druck, St. Augustin

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

1.) Der verschollene Kreuzberger 7

2.) Ein Abstinenzler im Rausch 24

3.) Pazifisten im Kriegseinsatz 35

4.) Rädchen im Politgetriebe 67

5.) Besetzen und besitzen – Der kleine Unterschied 76

6.) Transparenz als Einbahnstraße 85

7.) Mit Herrn Ströbele ist nicht gut Kirschen essen 93

8.) Schwarze Kneten und rote Moneten 101

9.) Zweiäugiger unter Blinden – Ströbele und seine Linken 107

10.) Die Stunde der Nazi-Jäger 112

11.) Aktivitäten im Dunkeln 136

12.) Das braune Geheimnis 146

13.) Die Marke Illusion 165

14.) Der Autor 167

„Wenn ich Kommunist wäre, würde ich nachts heimlich Hakenkreuze malen“
Hans Weigl (1908-1991), jüdisch-österreichischer Schriftsteller

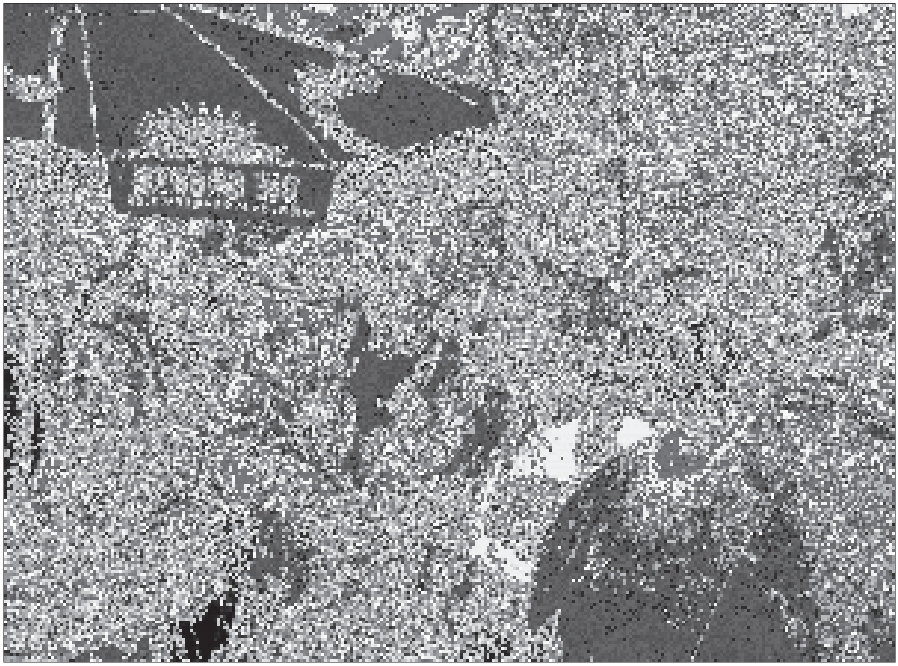
Vorwort

Achtung! Es ist Vorsicht geboten, wenn Joachim Siegerist einen Auftrag erteilt. Meist führt er etwas im Schilde … hat bereits einen Plan in der Hinterhand. Gegen die Linken, na klar! Aber muss es ausgerechnet Hans-Christian Ströbele sein?

Kurz muss ich schlucken: Der Grünen-Politiker galt in meinen Augen, trotz aller politischen Differenzen, als Mann mit Charisma. Jemand, der aus dem eigenen Parteienfilz ausgebrochen war … und seine eigene Agenda durchzog.

Auf Achse mit dem Fahrrad statt mit einem Dienst-“Mercedes“ … Bei Abstimmungen wie zum Thema Afghanistan-Einsatz mit abweichendem Stimmverhalten … Und scheinbar stets vor Ort bei seinen Wählern!

Demokratie lebt von Erfrischungen. So gesehen war es nun gar nicht in meinem Sinne, persönliche Fehler erkunden zu müssen … Die haben wir schließlich alle. Umso abschreckender für mich: Die Kampagne gegen den damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, der mit scheinheiligen Moral-Argumenten systematisch demontiert wurde. Gesetzesverstöße? Schaden für das deutsche Volk?



Wie zwei Fische im Wasser – Hans-Christian Ströbele und Billy Six (rechts) in Berlin-Kreuzberg. (2006)

Nichts dergleichen konnte dem Staatsoberhaupt nachgewiesen werden … Weg musste er trotzdem … Und die Medien hatten den Weg geebnet. Auch Ströbele beteiligte sich … mit seinem anderen Wesenszug – dem linken Zeigefinger. Stets zu Diensten, den „armen Schwachen“ gegen den „bösen Starken“ zu verteidigen. Überzeugten Linken gefällt so etwas gut. Mir nicht, zumal wenn es emotional wird … und mit der Sachebene gar nichts mehr zu tun hat.

Was stimmt? Und was nicht? Bewerten muss jeder für sich selbst. Ob das Außenbild eines Politikers mit der Realität übereinstimmt … es kann eine rein private Angelegenheit sein. Oder auch nicht.

Im Ergebnis erinnere ich mich an eine alte Geschichte meiner Oma aus DDR-Zeiten: Sie war Mathe-Professorin einer Fachhochschule … und einer der Kollegen hatte im Alleingang einen SED-kritischen Brief verfasst. Sakrileg! Der gute Mann hatte stets tattrig und zerstreut gewirkt, so dass niemand böse Absichten vermuten konnte. Die Solidarität aus der Lehrerschaft war ihm gewiss, als die Staatsmacht plante, den „Unvernünftigen“ von der Schule zu schmeißen. Und doch: Er durfte bleiben … alle atmeten durch. Nach der Wende … eine denkwürdige Überraschung. Der vermeintlich unbedarfte Professor hatte im Auftrag der Staatssicherheit agiert. Ziel: Herauszufinden, wer nun wirklich oppositionell denkt ...

1.) Der verschollene Kreuzberger

19.35 Uhr … es knallt! Mit einem gezündeten Böller endet der nervöse Schein-Friede im Szene-Bezirk Berlin-Kreuzberg. Laute Pfiffe ertönen … Polizisten stürmen durch die Straße … Glasflaschen zerschellen auf dem Asphalt. Seit 1987 geht das jetzt schon so … mit der Gewalt in der Nacht des 1. Mai.

2003, 2004, 2006, 2007 und 2008 – Fünfmal konnte ich selbst Augenzeuge werden. Am Ende ist es immer das gleiche … tagsüber herrscht noch ausgelassene Volksfest-Stimmung. Der Geruch von Bratwürsten hängt in der Luft. Kinder tollen mit ihren Luftballons über den Oranienplatz. Musik tönt von der Bühne.

– Linke verstehen keinen Spaß –

Im Gedränge: Ein Stand mit „Igel“ und „Sonnenblume“. Wer hier steht, ist kein Unbekannter … der Bundestagsabgeordnete **Hans-Christian Ströbele** von den Grünen. Merkwürdig … nur eine Dame von der Bezirksverordneten-Versammlung steht mit ihm hier. Wo sind die vielen linken Anhänger, die Ströbele das bisher einzige Direktmandat der Grünen im Deutschen Bundestag beschert haben? Na, egal. Wenigstens ist die Stimmung locker. In eine politische Diskussion mag sich der „Berufs-Revolutionär“ allerdings nicht hineinziehen lassen … und überreicht ein Faltblatt zur Atompolitik.

Kurt Wansner, CDU-Chef im Bezirk, hat es mit seinem Stand diesmal lieber sein lassen … er geht inkognito. Wir unterhalten uns am Rande der Feierlichkeiten. Zu Herrn Ströbele mag er sich nicht äußern … obwohl der doch ein gemütlicher Zeitgenosse ist, oder? So ganz anders als mancher Kreuzberger Heißsporn-Linker: In Anwesenheit des *„SPIEGEL“*-Redakteurs **Jan Fleischhauer** zum Beispiel war die kleine Gruppe seiner CDU von einem mächtigen Mann angegangen worden: Er *„spucke“* auf die Karte der CDU … der Stand sei *„eine Provokation“*, da die CDU *„hier“* eine politische Minderheit sei und kontraproduktiv für den Bezirk wäre.

„Wenn die Linke einen Charakterfehler hat, dann, dass sie wahnsinnig schnell beleidigt ist. Man sollte von einer Bewegung, die sich die Toleranz auf die Fahnen geschrieben hat, eigentlich mehr Gelassenheit im Umgang mit anderen Meinungen erwarten. Aber Gelassenheit gehört nicht zu den größten Tugenden“, kommentiert Fleischhauer den Vorgang in seinem Film *„Unter Linken“.*

Weiter heißt es: *„Die Stadt hat 30 Polizisten geschickt – zu Wansners Schutz. Wo die Linke regiert, ist Versammlungsfreiheit nicht selbstverständlich.“* Ein junger Mann stürmt vor … und kippt einem CDU’ler Wasser über den Kopf. Als der „mutige“ Aktivist sich erklären soll, läuft er auf und davon … aber die Kamera-Leute bleiben ihm auf den Fersen ...

„Wenn es brenzlig wird, läuft auch der Autonome zur Polizei. So viel Staatsvertrauen besitzt er dann doch“, stellt Fleischhauer fest.

Der Vorwurf: *„Die gehen mir die ganze Zeit hinterher, ich finde das ein bisschen unfair.“*

„Dann gehen Sie doch weiter“, so der uniformierte Staatsdiener.“

„Ja geht ja nicht."

„Hinterherlaufen können die Ihnen aber. Das ist ja nicht verboten … Ich kann denen ja nicht sagen, dass sie die Straße nicht mehr benutzen dürfen. Das wäre das Gleiche, als wenn ich Ihnen verbieten würde, die Straße zu benutzen."

„Aber ich finde das ein bisschen belästigend."

Nun mischt sich der Autor selbst ein: *„Wir haben Dich doch auf dem Film, wie Du dem Mann von der CDU das Wasser über den Kopf kippst."*

„Ja, ich möchte nicht mit Ihnen reden. Das müssen Sie akzeptieren."

„Das akzeptiere ich."

„Danke, das ist gut."

Ein Schmunzeln kann ich mir nicht verkneifen: Als ich 2007 am Rande des „G8"-Gipfels von Heiligendamm mit einer großen US-Flagge auf dem (öffentlichen) Bahnhof von Rostock stehe, erscheint plötzlich eine Gruppe linksalternativer Jugendlicher. Sie entreißen mir die Fahne … und zünden sie an. *„Das ist ein Symbol des Faschismus … so etwas trägt man nicht."* Das umstehende Publikum schaut entgeistert zu. Niemand greift ein.

Auch bei den Kreuzberger Maikrawallen ging es einst zur Sache: Fein gemacht, im schwarzen Anzug versuche ich, Zahn-Versicherungen an den Mann zu bringen … nur aus Sorge um die „armen Aktivisten", die von Steinen oder Flaschen ihrer Freunde getroffen werden könnten … oder heute Abend die Polizei mal von ihrer harten Seite kennen lernen. Doch auf Dankbarkeit stoße ich komischerweise nicht. *„Verzisch Dich!"* Das ist noch der freundlichste Ausdruck, der mir entgegen schlägt. „Dann schlägt es 13": Ein Linksextremist hat den Deutschland-Stecker auf meinem Revers entdeckt … und plötzlich kann ich mich der Interessenten kaum noch erwehren. Der schwarze Block hat mich umkreist … *„Bist Du ein scheiß Nazi, oder was?"* Ich solle den Aufstecker sofort abnehmen, das gehöre nicht hierher. Da Linke (wie ich einst geglaubt habe) den Meinungs-Austausch ganz hoch halten, versuche ich es mit Argumenten … doch die kräftigen Arme haben mich bereits gepackt! Die Aktivisten sind dabei, den ganzen Jackenaufschlag abzureißen. Leider: An dieser Stelle hilft nur noch ein fahles Lächeln und die „kleine Kapitulation" … zwei Minuten später und einige Meter weiter ist das Ding wieder an seinem alten Platz.

„Wir können an dieser Stelle vielleicht festhalten: Gelassenheit ist wirklich keine Tugend der Linken", zieht *„SPIEGEL"*-Autor Fleischhauer sein eigenes Resümee … *„oder etwa doch?"* Es erscheint als „kleiner Nachtrag" eine scherzhafte Szene mit Herrn Ströbele: *„Ich kenne da noch einen >SPIEGEL<-Autor, dessen Buch lese ich gerade … der da ja … der doch irgendwie über … der auch bei Linken aufgewachsen … ach das sind Sie sogar, nein … Sehen Sie, der sind Sie … hätte ich das gewusst, ja …"* Es wirkt locker und sympathisch.

Wenn man mit dem „aus Versehen konservativ gewordenen" Journalisten Jan Fleischhauer persönlich zusammentrifft, bleibt der Eindruck hängen, dass Ströbele es geschafft hat, einer seiner Lieblings-Linken zu werden. Immer wieder erzählt er von dem einen Gespräch … damals vor der *„Mc-Donalds"*-Filiale …

– Alternativ befreite Zone? –

Die Skalitzer Straße von Berlin-Kreuzberg … sie ist ein ganz besonderer Ort. 70,25 % der Erststimmen gehen hier bei der 2009er Bundestagswahl an Hans-Christian Ströbele – der Spitzenwert schlechthin!

Ausgerechnet hier begeht **2007** ein Ableger des globalen Schnellimbiss-Lokals ein Sakrileg … das amerikanische Unternehmen mit dem großen gelben *„M“* hat 2001 Baurecht beantragt … und wird nun endlich seine Pforten öffnen können. Monatelang kämpft eine linksgerichtete Bürger-Initiative mit tatkräftiger Unterstützung Ströbeles dagegen an. Der *„FOCUS“* schreibt: *„Der SO 36 genannte Teil von Berlin-Kreuzberg dürfte neben Nordkorea so ziemlich der letzte weiße Fleck auf der Landkarte des global agierenden Unternehmens sein. Vordergründig geht es bei dem Konflikt um Esskultur, gesunde Ernährung. Doch in Wahrheit arbeitet sich die Kreuzberger Szene an alten Feindbildern ab. Mc Donald‘s ist das Symbol der weltweiten Amerikanisierung.“* (27.05.2007) Nicht jeder nutzt dabei die Möglichkeit des friedlichen Protests: Steine gegen Scheiben und Logo, Graffiti an den Wänden, Bedrohung eines Bauarbeiters – insgesamt fünf Anzeigen stellt das Unternehmen noch vor Eröffnung. Die moralischen Rechtfertigungen sind vielfältig: Die (Fleischhauer: *„im Schnitt 21 Jahre alten“*) Schüler der angrenzenden Berufsschule müssten vor ungesunder Ernährung geschützt werden … vom Gammelfleisch-Skandal der türkischen Dönerbuden spricht schon niemand mehr … Der stärkere Konsumenten-Autoverkehr würde Lärm, Abgase und Gefährdung der Kinder nach sich ziehen … Aus der *„Mc-Donalds“*-Küche strömten stinkende Gerüche und Benzolgase … Und schließlich wäre die (von *„Mc Donalds“* gebaute und finanzierte) Filiale auch viel besser für einen Jugendklub geeignet … „Mein“ und „Dein“ … das konnten Linke noch nie so wirklich gut auseinanderhalten.

Immerhin: Worum es in dem Konflikt tatsächlich geht, spricht Hans-Christian Ströbele nach einigen Hin und Her im Film *„Unter Linken“* offen aus …

„Wenn Sie denken, dies sei einfach eine Mc-Donalds-Filiale, dann sind Sie weit weg vom linken Glaubenskosmos. Für einen überzeugten Linken ist dies ein Ort des Bösen“, leitet Jan Fleischhauer sein Gespräch mit Ströbele ein … Der Bundestagsabgeordnete ist mit dem Fahrrad erschienen … locker gekleidet, wartet er einsam an der Auffahrt. Auf keinen Fall wolle er das Restaurant betreten. Selbst die Filmaufnahmen müssen ein paar Meter verlegt werden … Ströbele will keine Werbung für *„Mc Donalds“* machen … *„Das liegt mir fern“*, erklärt er.

<u>Fleischhauer:</u> *„Jetzt gehen wir geradeaus … äh … auf einen Imbiss-Stand zu … der ist jetzt von dieser Berufsschule entfernt … würde ich sagen … 20 Meter, 50 Meter … ähem … ehrlich gesagt, wenn ich hier Kinder auf der Schule hätte, dann würde ich doch sagen, geht doch lieber zu Mc Donalds und esst einen Salat, als nehmt Euch die fettigen Fritten, oder?“*

<u>Ströbele:</u> *„Ich weiß nicht, was es da gibt … ich habe da auch noch nie Fritten gegessen.“*

<u>Fleischhauer:</u> *„Jetzt bestellen wir doch einfach einmal … gucken Sie sich mal seine Pommes an … Machen Sie uns doch mal bitte eine Portion Pommes.“*

<u>Ströbele:</u> *„Ich weiß aus meiner Kindheit, was so eine Bude manchmal für ein Kommunikations-Zentrum sein kann.“* (lacht)

Fleischhauer: *„1,20? Machen Sie zwei! … So jetzt haben wir hier die deutschen Pommes … äh … wirkt das jetzt gesünder für den Schüler aus der Berufsschule?“*

Ströbele: *„Das kann ich nicht beurteilen … wahrscheinlich nicht. Keine Ahnung!* … (kratzt sich über die Augenbrauen) … *Was das für ein Fett ist, wie alt das ist, wo die Kartoffeln her sind … keine Ahnung.“* (lacht)

Fleischhauer: *„Wie alt ist das Fett?“*

Imbiss-Betreiber: *„Das 4 Tage alt.“*

Fleischhauer: *„Also, Sie verzeihen mir, wenn ich die Beweisführung nicht so ganz … äh … überzeugend finde … wenn ich sozusagen das Produkt der Alternativ-Kultur …“*

Ströbele: *„Nein, es geht doch überhaupt nicht darum, dass ich irgendjemandem irgendein Essprodukt … äh … wegnehmen will, gar verbieten will … äh, sondern … äh … ich mache mir Gedanken über die Wohn- und auch … äh … Lebens-kultur … und äh … hier im Kiez. Und da finde ich … da passt dieses Versor-gungsunternehmen überhaupt nicht hierher.“*

Fleischhauer: *„Wir lernen also: Diese Pommes (Bude) sind einheimisch und deshalb für die deutsche Jugend ungefährlich … Diese* (>Mc Donalds<) *kommen aus dem Ausland und haben im Kiez nichts zu suchen.“*

Ströbele auf seiner Netzseite *„http://www.stroebele-online.de“*:

„Weg mit Mc Donalds – war leider nicht zu verhindern! Trotz Widerstand der AnwohnerInnen im Herbst 2007 eröffnet. Nur der Boykott kann da helfen!“

Hans-Christian Ströbele … ein „echter Linker“ eben …

Selbst in Maria Gresz‘s Sendung *„SPIEGEL TV“* hat er es 2010 in die Titel-Ansage geschafft:

„Geschlechterkampf, Sitzblockaden, Menschenketten, Hafenstraße, Chaostage … Seit Jahrzehnten sorgen die Linken in diesem Land für hohen Unterhaltungs-wert. Doch irgendwie und irgendwann ist aus dem Spaß Ernst geworden. Heute fährt Klaus Ernst Porsche und bezieht als Abgeordneter und Parteivorsitzender der Linken ein fünfstelliges Monatsgehalt … und die rot-grünen Helden Schröder und Fischer verdingen sich als Gas-Lobbyisten. Die Zeiten, in denen Revoluzzer und Weltverbesserer mit dem Holland-Rad in den Kampf zogen, sind … ***mit Aus-nahme von Herrn Ströbele*** *… vorbei. Links ist heute da, wo der Daumen rechts den Schalthebel der Macht umklammert … egal, ob in der Politik, der Kultur oder der Kindererziehung.“*

– Der grüne König von Kreuzberg –

Mit dem Charakterbild des „unangepassten Rebellen“ ist es Ströbele gelungen, im Berliner Doppelbezirk Friedrichshain-Kreuzberg beispiellose Wahlerfolge zu erzielen. Als bisher einziger Grüner in Deutschland schaffte er es, über die Erststimmen als direkt gewählter Abgeordneter in den Deutschen Bundestag einzuziehen. Die Entwicklung der Ergebnisse im Einzelnen:

Bundestagswahl 2002: **31,6 %** (49.204 Stimmen)

Bundestagswahl 2005: **43,3 %** (69.988 Stimmen)

Bundestagswahl 2009: **46,8 %** (73.721 Stimmen)

Wie war diese beeindruckende Leistung möglich?

– Als Pionier im Kiez –

Eine Erkundungstour in Kreuzberg. *„Zum ersten Mal überhaupt kenne ich jetzt meinen Bundestagsabgeordneten … und dann ist es auch noch ein Mann, der den Mut besitzt, gegen den Strom zu schwimmen“,* sagt eine Dame mittleren Alters mit langen schwarzen Haaren. Jetzt, im Spätherbst, läuft sie barfuß durch die Straßen … ein „Ausdruck von Freiheit“. *„Der Ströbele fährt hier wirklich im Kiez mit seinem Fahrrad umher … das schont ja nicht nur die Umwelt, sondern ist auch gut für seine Gesundheit.“* Die eingesessene Kreuzbergerin macht deutlich, dass sie sich gerne Zeit nehme, mit Fremden auf der Straße zu sprechen. *„Viele Leute haben kuriose Klischees über Kreuzberg … aber ich kann nur sagen, dass ich hier Tag und Nacht rumlaufe, ohne dass etwas passiert.“* Zwei schwarz eingehüllte muslimische Frauen gehen stumm an uns vorbei. Beide schieben Kinderwagen … Drei Kleine laufen nebenher. *„Na ja“,* sagt die überzeugte Kiez-Freundin, *„mit denen kommt man schon nicht mehr so gut in Kontakt.“*

Überhaupt: Entlang der Skalitzer Straße und ihrer Seitenarme kommt es dann eben doch nicht so oft vor, dass Menschen zu einem Gespräch bereit sind. Finster gehen viele ihres Weges. Da liegt ein merkwürdiges Gefühl in der Luft … Skepsis und Misstrauen. Immer auf der Hut, nicht in einen Hundehaufen, weggeworfene Pommes oder eine Mülltüte zu treten, begutachte ich die schroffen Proletarier-Wohnblocks: Hässliche Graffiti überziehen manche Wände meterlang … und ein Anti-Papst-Plakat klebt auch noch dort. Ich erinnere mich: Es war Ströbele, der 2011 das Plenum des Bundestages unter Protest verließ, da der *„Applaus zu heftig“* gewesen wäre, als das Kirchen-Oberhaupt mit seiner Rede beginnen wollte. Draußen, bei den Gegen-Demonstranten, fühlte Ströbele sich wohler. Noch interessanter: Seine Haltung zu den Wand-Schmierereien … 2005 stimmte der grüne Abgeordnete gegen die Gesetzesverschärfung, die vom Koalitionspartner SPD explizit gewollt worden war. Ab sofort musste nicht mehr per Gutachten nachgewiesen werden, ob ein Graffiti Putz oder Bausubstanz beschädigt habe … das Schmieren an sich konnte nun strafrechtlich geahndet werden. Dass Ströbele als Abgeordneter des Berliner Bezirks mit dem größten Ausmaß an ungewollten Graffiti und angesichts eines jährlichen Schadens von bundesweit 200 bis 500 Millionen Euro (*„Tagesspiegel“*, 17.06.2005) dieser Änderung nicht zustimmen mochte … das veranlasste den Vizepräsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Christoph Stölzl zu heftiger Kritik: *„Hier zeigt sich die hässliche Fratze der Durchsetzungsgesinnung und der Freude am Rechtsbruch.“* Ströbele kontert, er sehe die Verschärfung von Gesetzen nicht als zielführend an, und mache sich Sorgen um die *„BürgerInnen-Rechte“*. Der Paukenschlag: Eine Teilnahme des Grünen Ströbele und der PDS-Frau Seelig an einem Strategie-Treff der illegalen Sprüher-Szene im Kreuzberger Kulturbahnhof *„Kato“* am Abend des 03. April 2006. Seelig gesteht ein, dass es Ströbele bei seinen Grünen wohl einfacher habe … die alten Genossen aus der

DDR hingegen würden ständig gegen die „Malereien“ energisch protestieren. Ströbele frohlockt und überrascht alle Teilnehmer … mit dem Vorschlag, die Sprüher sollten Namen und Telefonnummern hinterlassen, damit er sie **in den Bundestag einladen** könne.

Ein einigermaßen ansehnliches Wandbild ist nahe dem Kreuzberger U-Bahnhof Schlesisches Tor zu bewundern: Hier „weht“ eine schwarz-rot-goldene Fahne … mit weißem Halbmond. Das erinnert an den bissigen Ausspruch des damaligen CSU-Generalsekretärs Karl-Theodor zu Guttenberg aus dem Jahr 2008, demnächst fordere Ströbele *„bestimmt noch, dass wir einen Halbmond in unserer Flagge aufnehmen sollen“* (*„SPIEGEL“*, 05.12.2008). Der erste Schritt ist getan …

– Der Moral-Richter –

Die Zuwanderung hat das Leben im Bezirk erschwert. Und derjenige, der es offen aussprach wurde auch noch gewaltsam verjagt: Thilo Sarrazin, der ehemalige Finanzsenator von Berlin. Verabredet zu Gesprächen, trifft der jetzige SPD-Buchautor im Juli 2011 in Kreuzberg ein. Schon auf der Straße ertönen die Rufe: *„Rassist“ … „Nazi“ … „Sarrazin raus aus Kreuzberg“.* Vor dem Lokal *„Hasir“* versammelt sich eine Menge gut gekleideter Empörter. Restaurant-Geschäftsführer Mehmet Özkan setzt Sarrazin vor die Tür … unter dem Applaus des *„Mobs“*, wie Sarrazin sagt. Über den Vorgang schreibt die *„BILD“* am 18.07.2011: *„… Der Kellner: >Ich wollte nicht, dass es sich in Kreuzberg rumspricht, dass er in unserem Lokal isst.< Der Türke erinnerte sich an einen Besuch von Bayerns Ex-Innenminister Günther Beckstein (67, CSU). >Damals waren über 300 Chaoten vor der Tür, das musste ich auf jeden Fall verhindern.< …“* Sieht so also linksalternatives Demokratie-Verständnis aus? In der Türkei wäre man als Gast derartig sicherlich nicht behandelt worden. Was aber sagt der Abgeordnete Ströbele zu solchen Vorgängen? Am 28.08.2011 treffen er und Sarrazin in der ZDF-Sendung *„Peter Hahne“* aufeinander. Etwas ist anders … auf einmal ist Ströbele nicht mehr der „liebe nette Opi“, sondern zeigt sich von einer angriffslustigen Seite. Hier ein paar Auszüge:

„Der Anfang ist getan“: Deutschlandfahne mit Halbmond. (2011)

„… Diese schrecklichen Thesen (BS: in Sarrazins Buch) *haben Fremdenfeindlichkeit in Deutschland geschürt ...“*

„… Er (BS: Sarrazin) *ist auch nicht unbescholten, wie Sie sagen … äh … sondern … äh … er ist der, der dem Teil der Bevölkerung, den er da besuchen wollte, vorwirft, sie wollen Deutschland islamisieren … sie wollen Deutschland … ähem … den Fremden ausliefern … äh … Sie … er bestreitet ihnen praktisch die Existenzberechtigung dort … er sagt, Ihr tragt überhaupt nicht zum Wohlstand in Deutschland bei … das steht in Ihrem Buch mehrfach … ähem … und was sollen die Leute dann mit Ihnen diskutieren, wenn er ihnen so was vorher vorlegt? Deshalb habe ich* ***Verständnis*** *dafür, dass man da seinen Protest geäußert hat … und äh … ich war ja nicht dabei … aber so weit ich das gehört habe, ging das … äh … jedenfalls ohne Tätlichkeiten oder so was ab ...“*

„… Sie beschimpfen die Bevölkerung ...“

„… Herr Sarrazin … Sie spalten die Gesellschaft …“

„… Wo haben Sie die Zahlen her … die haben Sie sich ausgedacht! …“

„… Das (BS: Migranten in Kreuzberg) *sind überwiegend deutsche Staatsbürger … wollen Sie das endlich mal zur Kenntnis nehmen? …“*

„… Lassen Sie mich doch auch mal was sagen … Sie müssen doch nicht dauernd immer wieder dazwischen reden …“ (BS: … sagt Ströbele zu dem recht zurückhaltenden Sarrazin)

„… Herr Sarrazin … Sie haben schamlos Ihr Amt als Finanzsenator in Berlin, das Ihnen natürlich eine große Reputation in Berlin und darüber hinaus gebracht hat, und das Amt bei der Bundesbank … haben Sie missbraucht, um Ihre schrecklichen Thesen unter die Leute zu bringen … weil natürlich lesen die Leute diese vielen Seiten, die Sie in Ihrem Buch da … äh … aufdröseln … lesen … ja also wenn so einer so etwas schreibt, dann muss das ja stimmen … obwohl es überhaupt nicht stimmt …“

„… Das ist alles so hergeholt und so bösartig, dass ich nur sagen kann, Sie vergiften in Deutschland die Atmosphäre und … Sie zündeln … Sie zündeln mit Worten hier in Deutschland ...“ (BS: Wo auch sonst?)

„… Er ist für mich ein Brandstifter … er zündelt und ist ein Brandstifter … mit Worten …“

„… Sie haben Thesen aufgestellt, die Menschen in Deutschland … Millionen von Menschen ... ausgrenzen …“

„… Sie spalten! …“

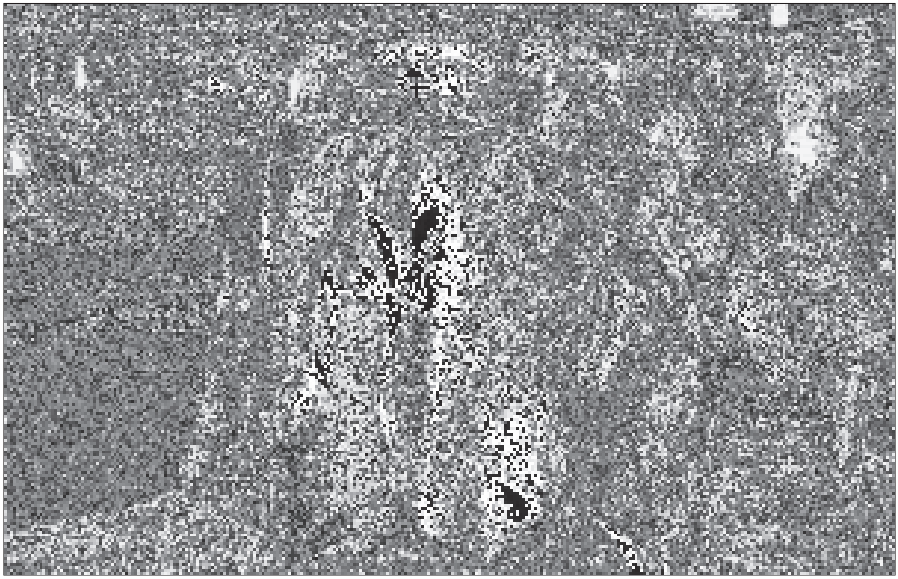
„… Er (BS: Sarrazin) *zieht Schlussfolgerungen, die brandgefährlich sind … im wahrsten Sinne des Wortes …“*

Was Ströbele dem atemlosen Publikum offenbar unterschwellig mitteilen will, ist: „Der Sarrazin holt den Mann mit dem Bart aus dem Grabe zurück!“ Wie seltsam, dass Sarrazin Ströbeles aufgeregte Auslassungen ganz gelassen hinnimmt … und immer wieder nur auf Fakten verweist. Nur in Punkto Deutsch-Kurse für Migranten belässt es Sarrazin bei einer Behauptung: *„Das ist keine Geldfrage, das ist eine Willensfrage.“*

– Selbst der rote Senat ist hilflos –

Da das SPD-Mitglied Thilo Sarrazin laut „Gesinnungs-TÜV“ des Herrn Ströbele nicht mehr tragfähig und glaubwürdig ist, informiere ich mich lieber im Kreuzberger Büro des *„Berliner Quartiersmanagements“* in der Dresdner Straße 12 in 10999 Berlin … nur zwei Hausnummern neben Ströbeles Wahlkreisbüro. Im September 2006 hat der SPD/Linkspartei-Senat für teures Steuergeld an Ort und Stelle eine Einrichtung geschaffen, die den „sozial benachteiligten“ Gebieten in Kreuzberg eine Chance geben soll … Mehrere politisch korrekte Menschen haben hier Arbeit gefunden … und für viele Migranten ist es ein Ort, wo bei Kaffee und Kuchen Probleme diskutiert werden können. Ich hoffe, endlich eine seriöse Informationsquelle gefunden zu haben … und greife eine gut riechende Hochglanz-Broschüre … herausgegeben von SPD-Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer ...

Doch was steht dort zu meinem Erstaunen geschrieben? Unter dem Kapitel *„Warum Quartiersmanagement?“* wird festgehalten, *„dass bestimmte Gebiete in besonderem Maße von sozialer Entmischung betroffen waren und sich dort schwierige soziale Problemlagen häuften.“* Dabei handele es sich um *„Probleme, die aus mangelnder sozialer und ethnischer Integration resultieren.“*



Kreuzberger Lebenswirklichkeit. (2011)

Die Fördergebiete werden einzeln aufgezählt:

1.) Mariannenplatz … Migranten-Anteil 69,81 % … Förderung seit 2005 mit 9.500.000 Euro. *„… Oftmals fehlen den Jugendlichen die Perspektiven, so dass Drogenhandel, Gewalt und Kriminalität im Quartier präsent sind. Des weiteren beeinflussen zerfallende Familienstrukturen, Sprachprobleme und mangelnde Bildungschancen die berufliche und soziale Entwicklung. Annähernd 39 % der*

Einwohnerinnen und Einwohner bezieht Transferleistungen ...“ Eine durchaus dürftiges Ergebnis nach so hohen Investitionen … oder war es vor 2005 etwa noch viel schlimmer?

2.) Mehringplatz … Migranten-Anteil 70,11 % … Förderung seit 2005 mit 1.000.000 Euro. „*… Rund 22 % der erwerbsfähigen Bewohnerschaft ist arbeitslos. Vor allem Kinder und Jugendliche zeigen Tendenzen der Verarmung. Durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit und fehlende Ausbildungsplätze ist gerade bei der jüngeren Generation eine wachsende Perspektivlosigkeit zu beobachten ...“* Und das soll dann unsere Zukunft sein … jene Leute, welche einmal die Renten der Alten finanzieren sollen? *„… Die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe der Bewohnerschaft und die geringe Einkommensstruktur erschweren das Zusammenleben und fördern Konflikte ...“* Aha! Also liegt Sarrazin offenbar doch nicht so falsch … *„… Gemeinsame Feiern und Freizeitaktivitäten helfen dabei, kulturelle Hemmnisse abzubauen ...“* Was nicht gesagt wird: Natürlich wird auch das vom Steuergeld bezahlt ...

3.) Werner-Düttmann-Siedlung … Migranten-Anteil 79,21 % … Förderung seit 2005 mit 595.000 Euro. *„… In dem sehr jungen Quartier sind rund 43,6 % der Bewohnerschaft zwischen 18 und 45 Jahre alt. Rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung sind Kinder und Jugendliche …“* Das sind doch an und für sich beste Voraussetzung für jede wirtschaftliche Entwicklung. Jedoch: *„… Etwa 80-90 % der Mieterschaft lebt unterhalb der Armutsgrenze und zahlreiche Familien sind ver- bzw. überschuldet. Den meisten der Bewohnerschaft bleibt der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt aufgrund unzureichender Bildung versagt. Dies wirkt sich auch nachteilig auf Kinder und Jugendliche in den Familien aus, die oft unter erschwerten Bedingungen leiden und sich den Anforderungen im Schulalltag kaum gewachsen sehen. Auch die Gesundheitssituation ist in vielen Familien auffallend negativ. Die Überbelegung von Wohnungen führt zu psychischem Stress bei den Familienmitgliedern. Bei vielen Kindern kann man schlechte Ernährung und zum Teil sogar Mangelernährung feststellen ...“* Selbst wenn man Kindergeld und Sozialhilfe verrauchen und versaufen sollte, stellt sich hier natürlich unweigerlich die Frage, wieso die „armen“ Eltern es nicht einmal fertig bringen, eine der vielen Bahnhofs-Missionen mit ihren kostenlosen Essensausgaben aufzusuchen. *„… Herumliegenden Müll gibt es zwar weniger, doch stellt dieser immer noch ein alarmierendes Problem für spielende Kinder in der Siedlung dar ...“* Also selbst wenn jemand ein „Opfer“ von Kapitalismus und Rassismus sein sollte … wieso verdreckt er dann ausgerechnet den Ort, wo er selber lebt?

4.) Wrangelkiez … Migranten-Anteil 47,31 % … Förderung seit 1999 mit 4.800.000 Euro. *„… Die Grundschule im Quartier hat einen Anteil Kinder nicht-deutscher Herkunft von 75 %, der in der Tendenz sinkt, während die Oberschule zu 100 % von Kindern nicht-deutscher Herkunft besucht wird …“* Diese neue Tendenz bezeichnet der Abgeordnete Ströbele übrigens als *„Gentrifizierung“*, was auf Deutsch so viel wie „Verbürgerlichung“ heißt … es ziehen eher wohlhabende deutsche Familien in bestimmte Gegenden des Kiezes … und „verdrängen“ (ja hier darf man als Linker den Begriff verwenden) die „alte“ Bevölkerung vor allem über die höheren Mieten. Obwohl die Senatsverwaltung von dringendem Sanierungsbedarf bei vielen Häusern spricht, sind Herr Ströbele und seine Links-Grünen der Auffassung, dass dies „böse“ wäre, da es die alteingesessene „Gemeinschaft“ zerstöre. Dabei hält selbst die Senatsverwaltung fest: *„… Auch leben verschie-*

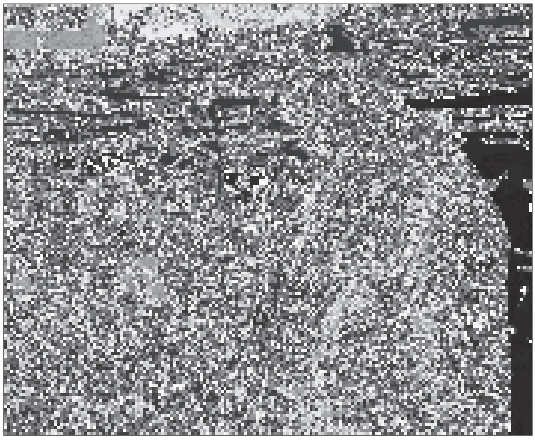
dene Kulturen und Milieus im Aktionsraum nicht immer miteinander, sondern bisweilen nur nebeneinander.“

5.) Zentrum Kreuzberg / Oranienstraße … Migranten-Anteil 72,61 % … Förderung seit 1999 mit … hierzu werden keine Angaben gemacht. *„… 72,6 % der Bewohnerschaft haben einen Migrationshintergrund, fast die Hälfte bezieht Transferleistungen … Es ist ein beliebter Standort für Gewerbetreibende und kreative Firmen, gleichzeitig aber auch ein zentraler Kommunikationsort für Drogenabhängige, Alkoholiker und Obdachlose ...“* Ein richtig tolles Zentrum also.

Jetzt wissen wir zumindest, wo Herr Ströbele die von ihm immer wieder geforderten Steuererhöhungen zu investieren gedenkt. Aber warum geht er nicht einmal die zehn Meter von seinem Wahlkreisbüro in die „Geldverteiler-Stelle“ des Kiezes, um sich über den Stand des „Erfolges“ zu informieren? Die Mitarbeiterinnen sagen: ***„Nein, Herrn Ströbele haben wir hier noch nie gesehen!“*** Für das nächste Treffen mit Sarrazin kann es Ströbele nicht schaden, mal selbst einen Blick in die Broschüren aus dem Nachbar-Haus zu werfen.

– Wie tickt Kreuzberg? –

Doch auch ich muss bekennen, über Kreuzberg viel zu wenig zu wissen. Ich habe mich deshalb mit **Ulrich Oppenberg** verabredet … einem Kreuzberger Urgestein. Seit 30 Jahren lebt und wirkt er im Szene-Kiez aktiv mit. 1938 geboren. Aus der DDR ausgereist. Gelernter Maurer, später Datenverarbeiter bei der Dresdner Bank. Parteilos. Seit Jahrzehnten ist Oppenberg als ehrenamtlicher Elternsprecher an Gesamtschulen aktiv … er gibt kostenlose „Orientierungshilfen“ für Migranten, speziell das Schicksal von Kindern berührt ihn. Mittlerweile hat er auch drei peruanische Patenkinder, für die er ganz besonders liebevoll sorgt. Am U-Bahnhof Kottbusser Tor, auch liebevoll *„Kotti“* genannt, erwarte ich den „Hans Dampf von Kreuzberg“.



Kennt seinen Kiez: Kreuzberger Migranten-Helfer Ulrich Oppenberg (73) am Türkenmarkt in Kreuzberg. (2011)

Der *„Kotti“* … besonders ins Auge fällt der schroffe Sozialbau, an den sich zig Satellitenschüsseln wie Pickel festgesetzt haben. Das Herunterhängen von nasser Wäsche hat man mittlerweile weitgehend beenden können ... die Bausubstanz dankt es. Die Straße … vollgestopft mit Autos. Den Stau machen sich zwei dick angezogene Frauen einer gewissen südeuropäischen Wandergruppe zunutze … sie wischen die Scheiben … und verlangen Geld. Wer nicht zahlt, kriegt einen heftigen Tritt gegen sein Fahrzeug als Antwort. Was will man schon tun im Verkehrsgewühl? Und sobald die Staatsmacht erscheint, sind die beiden „Damen“ auch schon schneller verschwunden, „als die Polizei erlaubt“ … Aus Spanien seien

sie angeblich, so viel kann man dem gebrochenen Deutsch entnehmen … und als ich ein Foto mache, werden die beiden plötzlich aggressiv. „Ohne Moos nichts los“, heißt es ja so schön … also erhalte ich erstmal eine Dusche mit ihrer seltsamen Reinigungsflüssigkeit … drohend halten sie mir die Wischschieber vors Gesicht. Fäkal-Wörter fallen … die kennen sie offenbar alle recht gut. Aus dem Auto gibt eine mitleidige blonde Frau ein 2-Euro-Stück … politisch korrekt ruft sie durchs geöffnete Fenster: *„Das mit dem Fotografieren darf der Mann nicht … Ihr seid auch Menschen …“* Seltsame Wahrnehmungen ...

Ulrich Oppenberg ist mittlerweile eingetroffen. Er lacht. *„Also vor 30 Jahren hatten wir das Problem mit den Straßenarbeiterinnen hier noch nicht … die kamen dann alle aus Osteuropa mit den Grenzöffnungen.“* Wir schlendern über den türkischen Gemüsemarkt. Viele Händler kennen „den Uli“ persönlich. Ein kleiner lächelnder Türke rupft die Möhren-Bündel auseinander, und freut sich über die Möglichkeit zum Plaudern. *„Ja, viele von uns wollen die deutsche Staatsangehörigkeit nur ausnutzen … Es ist ja nun wirklich so: Du kannst mit dem deutschen Pass problemloser in die Türkei einreisen als mit den türkischen Ausweispapieren.“* Dort, wo in der Kälte um jede Tomate gefeilscht wird, hat politische Korrektheit keinen Platz. Ich frage ihn nach dem Bundestagsabgeordneten von Kreuzberg … *„Weiß‘ nicht … wer ist das?“ „Na der Ströbele – der Mann mit dem Fahrrad“*, sagt Oppenberg belustigt. *„Ach so“*, sagt der Türken-Mann. *„Ja, dieser Mensch kam hier auch schon mal vorbei … aber viele von uns kennen ihn gar nicht … Und wenn der Sarrazin hierher käme, würden wir ihn nicht schlecht empfangen – unser Prophet sagt, nur weil einer Schlechtes tut, muss man selber nicht genauso sein.“* Wir verabschieden uns. Oppenberg: *„Die einfachen Menschen sind immer noch die besten … man muss sie nur verstehen können.“* Er selbst spricht mittlerweile sieben Fremdsprachen … insbesondere Türkisch hat er durch die vielen Familien-Treffen schon perfektioniert. *„Ohne die Grundkenntnisse der türkischen Sprache ist man hier in Kreuzberg ziemlich aufgeschmissen.“*

Wir haben ein Kaffeehaus in einem ehemaligen Sozialbau aufgesucht … nichts mehr von verrauchter sozialromantischer Eck-Kneipe … die „kapitalistische Verbürgerlichung“ hat auch hier Einzug gehalten. Bei Heißgetränk und Kuchen stellt sich Ulrich Oppenberg meinen Fragen:

Was macht Kreuzberg aus?

„Es ist bunt, hier herrscht Bewegung. Dinge ändern sich schnell. Man kann sich ausprobieren, ohne dass jemand nachfragt. Besonders die Vielfalt der Nationalitäten bietet Anwendungsmöglichkeiten von Sprachkenntnissen.“

Hat sich etwas in den letzten Jahren verändert?

„Ja … mehr und mehr zieht Kriminalität ins Straßenbild ein. 2007 sah ich einen Palästinenser, der einen Tankwart niederschlug, als er sein Geld zur Bank bringen wollte. Ein junger starker Türke stand daneben … dem war das alles offenbar egal. Drei Wagen der Polizei suchten den Täter … doch er blieb verschwunden … und das Geld auch … Ach so, und 2000 wurde ich ja sogar selbst überfallen … drei Araber und ein Türke schlugen und traten neben dem Amtsgericht auf mich ein … die Jungs sind einfach mal orientierungslos und langweilen sich … Sie sind kulturell entwurzelt, da hat der Sarrazin schon recht. Wenngleich: In meinem konkreten Fall ging es vielleicht auch um Banden-Interessen. Die Orientierungshilfen für Ausländer, zum Beispiel zur Frage, wie man einen Sozialhilfe-Antrag ausfüllt, haben ja

mehr und mehr Leute der eigenen Volksgruppen übernommen … und die lassen sich das auch vergüten. Wenn ich dann ankomme und kostenfrei helfe, sind die Typen natürlich alles andere als erfreut … Ich habe Strafanzeige gestellt … aber die Polizei wollte das alles gar nicht so genau wissen. Mit den gleichen Leuten hatten sie gerade noch ganz andere Hühnchen zu rupfen … insofern kann ich ja froh sein, dass ich lebend aus der Sache rausgekommen bin."

Was halten Sie von den „Multi-Kulti-Idealen"?

„Also schön finde ich diese Träumereien nicht. Ich sagte zum Vorsitzenden des Moschee-Vereins >Mouradir<: Die Ausländer sind mit den hiesigen Verhältnissen überfordert … und unsere Leute auch. Er stimmte zu. Herr Six, schauen Sie doch mal heute den Kreuzbergern ins Gesicht … da ist keine Lebensfreude … ausgelöschte Gesichter … was ist das für ein Leben, zuhause herumzusitzen? Die muslimischen Migranten kapseln sich schon in frühester Jugend ab … und die Familien stützen die Hängematte fürs Nichtstun … Wer die Schule schwänzt, der geht eben zur Oma … Mit dem Fernsehen und den vielen Verwandtenbesuchen lernen die Kinder noch besser Türkisch als Deutsch. Später finden sie alle schon ihre Arbeit … in der unterschwelligen Wirtschaftskriminalität. Jeder hat so seine Ideen: Die einen führen unverzollte Waren aus der Türkei ein, die anderen sind in der professionellen Drogenszene aktiv … und ein guter türkischer Bekannter von mir lässt sich eine Wohnung durch das JobCenter bezahlen – und vermietet diese weiter. Wo es denn wirklich zu weit geht, ist, wenn die Bekannten auf mich zukommen und sagen, ich solle Muslim werden … dann könne ich türkische Frauen heiraten und ihnen einen formellen Aufenthaltstitel beschaffen. Aber selbst meine peruanische Patenfamilie, die nun wirklich sehr lieb und friedlich ist, bekommt hier Stütze … und besitzt gleichzeitig ein Eigenheim in Lima, das sie vermieten."

Welche Rolle spielen die Grünen im Bezirk?

„Na ja, die haben sich hier schon etabliert. Manchmal frage ich mich ja, wie sie ihre Dinge alle so finanzieren. Am Landwehrkanal zum Beispiel haben die Wurzeln der Bäume die alte Stützmauer bedroht … statt sie zu fällen, wurde extra eine neue Stützmauer aufgezogen."

Wie hat Hans-Christian Ströbele seinen Wahlerfolg erreicht?

„Tja, das frage ich mich auch. Der Sektor an normalen Menschen hat sich im Bezirk beständig verringert … begünstigt durch die Politik des Senats vor vielen Jahren. Der riss Altbauten mit bürgerlichen Leuten drinnen ab und schuf Neubauten, wo keine Deutschen mehr hinwollten. Und in den Moscheen sagen Sie denen, die überhaupt wählen gehen, sie sollten genau hinschauen, wer ihnen Schaden zufügt … Ströbele bemängelt ja viele Dinge einfach nur … Arbeitslosigkeit, Schulmisere … damit kann der Kiez gut leben. Und unter den Mieterhöhungen leiden am Ende ja auch nur die Normalbürger … alle anderen lassen sich das vom Amt bezahlen … Das kritisiert Herr Ströbele zwar, aber wirklich tun tut er auch nichts."

Unweigerlich zwingt sich eine letzte Frage auf: Wo wohnt Herr Ströbele eigentlich hier im Kiez … wie erträgt er die Lage … und wie kann er gleichzeitig noch alles dafür tun, dass die Verhältnisse so bleiben wie sie sind?

„Also, ich habe Herrn Ströbele schon ab und zu mal mit dem Fahrrad gesehen. Wo er hier in Kreuzberg wohnt … also ich kenne eigentlich jede Ecke … aber das

weiß ich nicht. Bei den verschiedenen Gruppenarbeiten mit den Zuwanderern ist er mir jedenfalls nie begegnet.“

– Ströbele: „Ich lebe in Kreuzberg“ –

Die Frage bleibt interessant … und spielt in der ARD-Fernseh-Sendung *„Menschen bei Maischberger“* am 12.10.2010 plötzlich auch eine Rolle.

Hans-Christian Ströbele spricht über seine Kreuzberger Erfahrungen:

„… Deutschland ist ein Einwanderungsland …“

„… Über 80 % der Muslime sind gut integriert …“

Zur Frage, ob es gut sei, dass Fußball-Nationalspieler Mezut Özil nicht bei der deutschen Nationalhymne mitsinge, sagt Ströbele: *„Ich singe die auch nicht.“*

„… Ich bin auf den Herrn Sarrazin böse …“

„… Vom Islam in Deutschland geht keine Gefahr aus …“

Die Einführung eines islamischen Feiertags in Deutschland wäre ein positives *„Signal in die islamische Welt.“*

Ja, auch einen hinduistischen, buddhistischen oder jüdischen Feiertag könne sich Ströbele perspektivisch vorstellen.

Zur Migration: *„… Die bringen Ihre Konflikte nach Deutschland … das war die eine große Befürchtung … und das andere war die große Befürchtung, die machen unsere Städte unsicher wie in anderen Ländern … beides ist Gott sei Dank nicht eingetreten. Wir haben es geschafft, in Deutschland so zu integrieren, dass gewaltsame Auseinandersetzungen wie etwa in der Türkei zwischen Kurden und Türken in Deutschland so nicht stattfinden …“*

Jetzt ist es die türkisch-stämmige Journalistin Güner Yasemin Balci, die Herrn Ströbele ins Wort fällt: *„Sie kommen aus Kreuzberg … Sie müssen das doch mitbekommen haben!“* Ströbele verdreht den Kopf.

Balci berichtet nicht nur von den Gewaltexzessen zwischen verschiedenen Migranten-Gruppen, sondern wehrt sich auch gegen eine von ihr beobachtete *„Opfer-Stigmatisierung“* der Migranten durch die Grünen.

„… Ich habe ein ernsthaftes Bedürfnis, Ihnen noch eine persönliche Botschaft hier mitzugeben: Mein Vater ist als Gastarbeiter hierher gekommen, und mein Vater war noch nie in seinem Leben ein Opfer. Der hat das aus freien Stücken gemacht, und der fand das ganz klasse … der fand das nämlich toll, dass seine Kinder hier zur Schule gehen konnten und dass er hier als freier Mensch in einer Demokratie leben konnte. Und da unterschätzen Sie auch ganz schön immer die Gastarbeiter. Weil Sie immer denken, Sie müssten sich schützend vor eine exotische Minderheit stellen. Es geht darum, dass Sie uns endlich gleichberechtigt ernstnehmen – und dann müssen Sie auch von Diskriminierung von Türken gegen Deutsche sprechen, weil nur das ist Gleichberechtigung …“

Güner Balci sagt verständnislos: *„Sie leben in Kreuzberg …“*

„Ja“, antwortet Ströbele.

Wenig später vergewissert sich die etwas zu aufgeregte junge Frau nochmals: *„Sie leben doch in Kreuzberg?“*

Ströbele: *„Ja, tun wir!“*

Wie kann der Bundestagsabgeordnete dann trotzdem jede Kritik an multikulturellen Illusionen in den Wind schlagen? Wie kann er darauf beharren, Ehrenmorde wären *„vereinzelt, äh leider oder Gott sei Dank nur da“*? Schließlich konnte jeder Zuschauer auch aus dieser Fernsehsendung lernen: Es geht nicht nur um die Anzahl der Taten … sondern um eine weit verbreitete Ansicht unter türkischen, kurdischen oder arabischen Migranten, es wäre richtig, Töchter und Schwestern zur Not auch umzubringen … wenn sie ungefragt mit einem Freund verkehren sollten.

Eine Spurensuche: Ich besichtige **in Ströbeles Wahlkreis die Schule von Ayhan Sürücü** … der „Heranwachsende“ ermordete nach Feststellung des Berliner Landgerichts am 07. Februar 2005 seine Schwester Hatun Sürücü. Mit Billigung der Familie. Durch die Flucht vor ihrem „Zwangs-Ehemann“ habe die junge Frau gegen die Familienehre verstoßen … und „musste“ sterben.

„Der war ein ruhiger, aber doch sehr strenger Typ. Er akzeptierte kein Mädchen ohne Kopftuch“, sagt **Bernd Böttig**. Seit 1985 ist er **Direktor** der „Integrierten Sekundar-Schule Skalitzer Straße 02K08“. Aus der komplizierten Namensgebung soll der Außenstehende nicht mehr erschließen können, dass es sich bei der ehemaligen „Eberhard-Klein-Schule“ um eine Hauptschule handelt.

Blickt den Tatsachen ins Gesicht: Schuldirektor Bernd Böttig, 63. (2011)

Böttigs Schule ist **deutscher Rekordhalter … in Sachen Migranten-Anteil**. 2004 lag dieser bei 100 % … kein einziger deutscher Schüler mehr. Böttig würde deutschen Eltern auch nicht empfehlen, ausgerechnet seine Schule auszuwählen, sagt er … und doch gäbe es mittlerweile schon wieder einen Deutschen-Anteil von 5 %.

„Eigentlich“ redet Direktor Böttig nicht mehr mit Journalisten, seit er erlebte, dass diese den Kindern sogar Steine in die Hand gedrückt hätten, um gute Fotos zu bekommen. Aber in meinem Fall will er eine Ausnahme machen …

Der 63jährige trägt immer einen Anzug … *„damit die Schüler sehen, wer hier der Chef ist.“* Der einstige Baden-Württemberger, früher selbst Anhänger linker Träume, nimmt sich zweieinhalb Stunden Zeit für das Gespräch … in der hübsch eingerichteten Schüler-Bücherei.

Herr Böttig, würden Sie lieber an einer anderen Schule unterrichten?

„Nein, auf keinen Fall. Ich bin gerne Lehrer an der Hauptschule … und möchte auch nirgendwo anders sein. Auf den Gymnasien mischen sich doch die Eltern permanent in das Geschehen ein … und die Abiturienten drohen mit Anwälten, wenn man sie nicht in ihrem Sinne bewertet. Hier bei uns ist es eher das Gegen-

teil … die Eltern sind froh, dass sich jemand um ihre vielen Kinder kümmert … und die Schüler wollen nachmittags gar nicht mehr nach Hause … dorthin, wo trister Alltag herrscht.“

Hier auf Ihrem Schulareal herrschen sichtbar Ordnung und Sauberkeit – wie haben Sie das erreicht?

„Mit Disziplin. Sie haben doch gesehen … an unserem Gebäude-Eingang steht ein Aufsichts-Lehrer. Immer wenn Schüler zu spät kommen, müssen sie warten, bis die Unterrichtsstunde vorbei ist. Dann bekommen sie wieder ihre Chance … es ist bei vielen Kindern schon eine Leistung, dass sie überhaupt aus dem Bett kommen, während die Eltern bis weit in den Tag hinein schlafen … Während der Pausen schließen wir das Tor zur Straße ab, damit nicht Freunde und Vettern hierher kommen und irgendwelche Probleme anzetteln. Auch die Drogen bleiben so draußen … Einmal im Monat kommt die Polizei, so dass wir mit den Schülern Präventionsarbeit durchführen können. Wenn ein Schüler partout nicht hören will, kann ich ihn als Direktor bis zu 14 Tage suspendieren … Außerdem gibt es bei uns immer zwei Klassenlehrer. Ich nenne das, was wir hier tun, eine ***Erziehung mit Bestechung und Erpressung****.“* (lacht)

Thilo Sarrazin spricht davon, dass türkische und arabische Kinder statistisch gesehen weniger gebildet seien als deutsche …

„Wie soll ich das vergleichen? Ich habe ja so gut wie keine deutschen Schüler mehr … Aber aus der Erfahrung heraus sage ich, dass Sarrazin im Grunde recht hat … sich aber auch ungeschickt darstellt. Ich sehe, dass arabische Schüler sehr sprachbegabt sind … wohl eine Folge der historischen Sozialisierung als Handelsvolk. Die vietnamesischen Schüler sind sehr wissbegierig. Für viele orientalische Mädchen ist die Heirat schon fest eingeplant. Und bei den türkischen Jungs … die meisten werden dann im Gemüseladen des Onkels arbeiten. Viele werden nie einen Ausbildungsabschluss in der Tasche haben. Ein Großteil der Schüler will vielleicht etwas machen … aber sie verstehen die Inhalte einfach nicht. So gesehen, sind auch Hausaufgaben sinnlos … Nun ja, und mit steigendem Alter komme ich immer mehr zu der Überzeugung, dass sich Intelligenz tatsächlich auch vererbt.“

Welches Bild haben Sie von Kreuzberg?

„Man kann in bestimmten Teilen schon von einem ***Ghetto*** *sprechen. Viele Türken können hier gut auskommen, ohne Deutsch zu sprechen.“*

Der Bundestagsabgeordnete dieses Bezirkes, Hans-Christian Ströbele, ist der Auffassung, dass die Thesen von Sarrazin *„schrecklich“* wären und Fremdenfeindlichkeit geschürt hätten …

*„****Nein****, das kann ich angesichts der Erlebnisse hier vor Ort nicht bestätigen.“*

War denn Herr Ströbele mal in Ihrer Schule zu Besuch … zum Beispiel, um sich über den „Ehrenmord“-Täter zu informieren … oder die Integrations-Schwierigkeiten im Bildungswesen?

„Herr Ströbele ist schon mal mit dem Fahrrad an der Schule vorbeigefahren … aber ***zu Besuch war er hier noch nie****.“*

Und der grüne Bezirks-Bürgermeister Franz Schulz?

*„****Nein****, der war auch noch nicht hier … aber was sollen die Politiker hier auch machen? Die kennen die Probleme doch!“*

Ist es denkbar, dass sich die Grünen ganz bewusst nicht mit den Migranten anlegen … um deren Wählerstimmen zu gewinnen?

„Das glaube ich nicht. Kreuzberg war schon immer der linke Szenebezirk. Hier geht es um eine ***deutsche Alternativ-Ideologie****. Wenn ich als Wahlhelfer an der Schule tätig bin, sehe ich ja, dass 90 % aller Wähler eingesessene Deutsche sind.“*

Unser Gespräch muss abgebrochen werden … auf dem Schulhof bahnt sich eine Keilerei an. Der Direktor reagiert sofort … und bringt die Menge zur Räson. *„Angst darf man auf keinen Fall zeigen“*, sagt er noch, und verabschiedet sich freundlich.

Die Tatsache, dass nicht die vielen Ausländer im Bezirk für den grünen Wahlerfolg verantwortlich sein sollen, macht mich erst einmal stutzig. Wieder will ich mir ein eigenes Bild machen … Ströbeles Wahlbezirk ist so bunt … hier hat sich selbst die radikale politisch-islamische Organisation *„Mili Görüs“* niedergelassen … gut getarnt in einem grauen Kastenbau am Kottbusser Tor. Die deutschen Behörden sehen in der Organisation übrigens gar verfassungsfeindliche Tendenzen.

Heute habe ich mir arabische Tracht angezogen … um ein Bild davon zu bekommen, was für Leute sich in dem unscheinbaren Haus mit dem Schild *„Mevlana Moschee“* sammeln. Ein enger Gang … und am Ende … ein großer Raum. Weicher Teppich. Männer mit ganz langen Bärten beten hier. Hinten im Garten bereiten türkische Bauarbeiter alles für den Bau einer richtigen Moschee vor. Die Leute sind freundlich ... aber zurückhaltend. **Imam Abdul Kadir H.** spricht kein Wort Deutsch … obwohl er schon zwei Jahre hier in Berlin-Kreuzberg lebt. In einem Jahr solle der Imam ausgetauscht werden … mit einem neuen Kollegen aus der Türkei. *„Das ist wichtig, um die Reinheit des Glaubens zu bewahren“*, kriege ich zu hören. Aber sieht so etwa Integration aus? Mehrere Männer unterschiedlichen Alters haben sich versammelt, um beim Übersetzen zu helfen. Ich frage Imam Abdul: „Was denken Sie über Herrn Ströbele … den Abgeordneten, der einen muslimischen Feiertag einführen und die National-Hymne ins Türkische übersetzen will?“ Der Geistliche guckt mich verständnislos an … *„Wer?“* … Alle Beteiligten diskutieren auf Türkisch … *„Das ist doch diese eine Partei, oder?“*, erwähnt ein junger Mann. Obwohl beide Büros nur einige Hundert Meter auseinanderliegen, wissen Hans-Christian Ströbele und *„Mili Görüs“* offenkundig nichts voneinander … *„Kümmere Dich nicht um die Politik, sondern um das Jenseits“*, gibt mir der Imam noch mit auf den Weg.

Was bleibt festzuhalten? Hans-Christian Ströbele tritt in den Medien mit zahlreichen schrillen Ideen auf. Die Probleme im Kiez sind immens … und ob jeder Ströbele-Vorschlag zur Lösung wirklich hilfreich war … sei dahingestellt. **Ob die Sozialhelfer des Senats, Ulrich Oppenberg und seine Migranten, Bernd Böttig und seine Ausländer-Schule oder die ortsansässigen Islamisten … alle haben sie Ströbele höchstens von Ferne zu Gesicht bekommen.**

Dabei sagte er in seiner Wahlkampf-Selbstdarstellung im Jahre 2009: *„Ich will weiterhin der Lobbyist dieses Wahlkreises und seiner Bevölkerung sein.“*

„Nun ja“, sagt die ehemalige CDU-Gegenkandidatin **Vera Lengsfeld**, … *„2009, bei unseren Diskussionsrunden, bekam Ströbele auch heftigen Gegenwind aus dem Publikum … Bürger aus Friedrichshain-Kreuzberg regten sich darüber auf, dass Herr Ströbele* ***sich nicht um den Wahlkreis gekümmert*** *habe. Ich kann*

das nicht so gut beurteilen", sagt die ehemalige Bundestagsabgeordnete, *„da ich selbst aus Thüringen stamme und in Berlin immer im Prenzelberg gewohnt habe. Was mir dabei nur immer wichtig war: Den Wählern zu sagen, dass ich nicht aus dem Wahlkreis stamme. Das verstehen die Leute auch, wenn man ihnen sagt, dass man seine Kinder nicht aus der angestammten Umgebung verpflanzen will … aber man in der politischen Praxis selten dort den Zuschlag bekommt, wo man selber wohnt. Was mich dann aber bei Herrn Ströbele wirklich stört, ist, dass er bei allen Wahlkampfauftritten den Eindruck bestehen lässt, ein Kreuzberger zu sein. Das ist eine* ***Unaufrichtigkeit****, die ich überhaupt nicht schätze."*

Die Überraschung ist groß … Ströbele kommt nicht aus Kreuzberg? … Wo wohnt er aber dann? … Diese Frage kann leider auch Frau Lengsfeld nicht beantworten ... Dann muss es Billy Six eben selber tun!

– James Bond lässt grüßen –

Am späten Abend, nach einer Veranstaltung im Dezember 2011, schwinge ich mich aufs Rad … Vor mir fährt Hans-Christian Ströbele auf seinem alten Drahtesel, gekleidet in eine noch ältere braune Lederjacke … Es ist kalt, aber egal … Über die Oberbaumbrücke verlässt der Politiker „seinen Kiez" … und fährt zum S-Bahnhof Warschauer Straße. Das Rad wird die Treppe hinuntergetragen. *„Ströbele (!)"*, flüstern sich Passanten untereinander zu. Direkt hinter einer großen Metallsäule halte ich mich bedeckt. Insgesamt dreimal rollt Ströbele mit seinem Rad einen Meter rückwärts … um zum Bahnhofs-Eingang zu schauen. Ich steige in ein anderes Abteil … um keinen Verdacht zu erregen. Bei jedem Stopp heißt es … Ausschau halten! Denken die Fahrgäste nun, ich wäre ein Schwarzfahrer … auf Suche nach Kontrolleuren? Sollen Sie doch! Etwa 30 Minuten geht das so … dann ist Endstation. Berlin-Westkreuz. Ein vorsichtiger Blick nach draußen … nichts … doch plötzlich ist er wieder da … Ströbele schiebt sein Rad aus dem Zug … und verschwindet auf der anderen Bahnsteigseite. Ich pirsche mich heran … doch … er ist verschwunden! Wo ich auch langfahre … Ströbele ist weg. Wird er etwa? Oben fährt eine S-Bahn ein … die Ringbahn! Für den Fahrstuhl ist keine Zeit mehr … schnell schleppe ich das Rad nach oben … und stürze ins erstbeste Abteil … noch bevor die Türen schließen. Volltreffer! Ströbele hat eine Zeitung in der Hand … und schaut mich skeptisch an. Ein paar Bänke weiter ist er über die Spiegelung im Fenster gut zu sehen. Zwei Stationen später … wir sind am S-Bahnhof Hohenzollerndamm … steigt er ganz unerwartet aus dem Zug … und in den Fahrstuhl. Hinten rum renne ich die Treppe nach oben. Der Fahrstuhl ist bereits wieder auf dem Weg nach unten … und Ströbele in der Dunkelheit verschwunden. Niemand hier, den man fragen könnte. Ich radle umher … in alle Richtungen. Ein kurzes Überlegen: Nach Gefühl fahre ich in eine dunkle Seitenstraße hinein … immer weiter … und tatsächlich … Ganz am Ende ist ein *rotes Lichtchen* zu sehen, das nach *links* abbiegt (wie originell!). Schnell … hinterher! Wenig später … ein angeschlossenes Fahrrad, nahe der Ecke. Es ist seins. Und am Briefkasten steht es ganz deutlich … **„Ströbele"**.

Wo aber bin ich hier eigentlich? Auguste-Viktoria-Straße … die Grenze zwischen Schmargendorf und Grunewald … beste Wohnlage von Berlin. Ich staune. Doch oben rechts im Haus ist das Licht ausgegangen … Durch die Beleuchtung aus dem Flur glaube ich zu sehen, dass da eine Person kniet … und mich beobachtet. Da ist es dann doch besser, erst einmal von dannen zu ziehen. Aber eines ist jetzt schon klar: **Ströbele ist noch für manche Überraschung gut …**

2.) Ein Abstinenzler im Rausch

„Sie sind also ein richtiger Christdemokrat?“ … Hans-Christian Ströbele schaut ungläubig. Es ist der 14. August 2004. Dunkle Regenwolken hängen über Berlin. 3.000 Anhänger der so genannten „Hanfparade“ ziehen von Mitte zum Stadtteil Kreuzberg. Sie wollen die Legalisierung der Droge „Kannabis“ durchsetzen … und erhalten volle Unterstützung des Bundestagsabgeordneten von Friedrichshain-Kreuzberg. Umso seltsamer dürfte der mit 65 Jahren wohl älteste Besucher dieses Folklore-Umzugs seinen neuen Gesprächspartner finden: Im schwarzen Anzug, mit schwarzer Mütze und schwarzer Sonnenbrille habe ich mich heute als Gegendemonstrant postiert. **Allein** … so wie Ströbele auch, der dazu nur noch sein Fahrrad mitgebracht hat. In meiner Hand: Ein A-4-Papier … ***„Autonome Christdemokraten gegen Drogen und Sucht!“***, steht da geschrieben.

Kiffer-Linke sind relativ angenehme Zeitgenossen. Die Umstehenden finden die Aktion amüsant … und lassen sich mit mir ablichten. Auch Ströbele ist zu einem Foto bereit … um dann schnell weiter zu radeln. Eine Grundsatzdiskussion über Drogenpolitik möchte er nicht mit Einzelpersonen auf der Straße führen. Dazu sind die Bühnen da.

– Brot und Spiele für das Volk –

Im Wahljahr 2002 … da bekam Ströbele eine solche Möglichkeit. Der legendäre Satz **„Gebt das Hanf frei!“** … er fiel ausgerechnet vor der CDU-Zentrale. Während einer Zwischenkundgebung der damaligen Hanfparade hatte die Polizei das „Dekorations-Nutzhanf“ der Grünen Jugend beschlagnahmt. Ströbele, welcher der Nachwuchsorganisation auch regelmäßig sein Wahlbüro zur Verfügung stellt, sah eine *„ungeheuerliche Ungerechtigkeit“* und intervenierte. Übers Mikro forderte er die Herausgabe der Pflanzen. Vergebens. Doch die Medien-Aufmerksamkeit war

Berliner „Hanfparade“ 2004: Die „Verpackung“ stimmt – der Inhalt noch nicht ganz. Ströbele begrüßt den Gegen-Demonstranten Six (rechts).

Ströbele gewiss … 22 Tage vor der entscheidenden Bundestagswahl! Es lief sogar besser als gedacht: Der Fernsehkomiker Stefan Raab (*„TV Total“*) setzte sich anschließend mit dem jamaikanisch-amerikanischen *„Musik-Rapper“ Shaggy* zusammen und komponierte eines von zehn Spitzenliedern der deutschen Musikliga:

„Gebt das Hanf frei … gebt das Hanf frei … und zwar sofort!“, wird Ströbele zitiert. Weiter heißt es im Text: *„Ach gebt doch ma‘ dat‘ Hanf frei … dann komm‘ wa‘ ma‘ entspannt an dat‘ Hanf ran … Ach gebt doch ma‘ dat‘ Hanf frei … dann versteck‘ ich dat‘ auch nich‘ mehr in der Schrankwand … Ach gebt doch ma‘ dat‘ Hanf frei … … dann bau ich ‘nen Ding so dick wie ‘ne Pumpgun* (BS: Vorderschaftrepetierflinte) … *Ach gebt doch ma‘ dat‘ Hanf frei … dann brauchen wa‘ nich‘ mehr nach Amsterdam fahrn‘* …“

Das Lied führt zu einer wilden Diskussion in der Szene … ob man bei dieser Form der Vermarktung „durch einen Mann des Systems“ mitmachen solle … die Mehrheit entscheidet sich dafür … kauft die CD‘s … und ist begeistert.

Selbst der *„SPIEGEL“* schreibt am 12.12.2002: ***„Hanf-Song – Raab rappt Ströbele zu neuer Popularität“*** … Ströbele sei begeistert, von Jugendlichen in der U-Bahn erkannt zu werden … und sein eigenes Stück vorgesungen zu bekommen. Weiter heißt es: *„Als er das erste Mal von Raabs neuem Lied hörte, wollte Jurist Ströbele sich gegen die Verwendung seiner Worte wehren. Doch dann kam er in Raabs Fernsehsendung und erklärte: >Nach Anhören des Stücks habe ich gedacht, dass es der Sache dient.< Bis zum Erscheinen des Liedes kannte Ströbele weder Stefan Raab noch dessen Sendung. >Während ich da war, hat er sich sehr bemüht, als seriöser Moderator aufzutreten<, sagt Ströbele im Nachhinein. Problemlos konnten Politiker und Komiker sich einigen, dass Ströbele einen Anteil aus den Verwertungserlösen des Liedes erhält. Der Grüne will diese Einnahme an die Kampagne zur Hanf-Legalisierung und an die Drogensuchtprävention spenden.“*

Musik … das ist auch 2004 die eigentliche Motivation vieler zur Demo-Teilnahme. Mit den Auftritten der Künstler auf der Bühne in Kreuzberg verdoppeln bis verdreifachen sich die Teilnehmerzahlen der Hanfparade regelmäßig. Ich bin zurückgelaufen … und komme mit jenen in Berührung, die während des Protestmarsches „liegengeblieben“ sind … ein junger Brite zum Beispiel … mit bleichem „Michael-Jackson-Gesicht“ und *„Union Jack“* um den Oberkörper. Seine Bierflasche kann er noch halten … aber wofür ich hier demonstriere, das kriegt er nicht mehr so mit … und es liegt wohl nicht am Alkohol.

Das englischsprachige Motto der Hanf-Veranstaltung: *„Get wise – legalize“* … zu Deutsch … „Werdet weise – legalisiert“ …

Doch ist es wirklich weise, Drogen für jedermann freizugeben, so wie es die „Hanfparadler“ und Herr Ströbele öffentlich fordern?

– „Ströbeles Taten sind schrecklich“ –

Ich spreche mit **Frau U.** und **Frau K.** vom **„Drogen-Notdienst Berlin“** *(Tel. 030 / 19 23 7; 030 / 219 160 17)*. Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg sind sie zuständig für Drogenberatung und Therapievorbereitung. Die Kosten übernehmen zu 97 % der Steuerzahler (Berliner Senat, Krankenkassen, Rentenkasse) und zu 3 % private Spender.

Sie sagen: *„Kannabis ist eine ernst zu nehmende Droge. Die Sucht findet nicht im Körper statt … sondern im Hirn, was das Aufhören sehr schwierig macht. Die Folgen: Lustlosigkeit, Müdigkeit, Verlust des Kurzzeitgedächtnisses, Konzentrationsstörungen und Psychosen.“*

Vor allem bei jungen Leuten ist Hanf populär. Welche Folgen hat der Konsum bei Jugendlichen?

„Das Gehirn bildet sich bis zum 25. Lebensjahr heraus … je früher man sein Denkorgan mit solchen Beglückungs-Belohnungen bedient, desto schwerer ist es, den Schaden wieder wegzukriegen. Ohne Kurzzeitgedächtnis können die Kinder zum Beispiel keine Vokabeln mehr lernen … sie kommen im Unterricht nicht mehr hinterher … und haben ihren ***sozialen Abstieg*** *wahrscheinlicher gemacht.“*

In der „Hippie-Zeit“ war das Kiffen doch auch sehr populär … und viele der damaligen Querdenker stehen heute in Spitzenpositionen der Gesellschaft …

„Das ist richtig … allerdings muss man wissen, dass das Kannabis der Hippie-Zeit noch anders war … in den letzten Jahrzehnten sind die Pflanzen weiter gezüchtet worden … und haben heute einen vielfach höheren THC-Gehalt mit der entsprechenden Wirkung.“

Die Legalisierungs-Befürworter sagen, in Holland sei der Konsum mit der liberaleren Handhabung seit 1976 zurückgegangen …

„Nein, nach unserer Kenntnis stimmt das nicht.“ (BS: Im Moment ist die niederländische Regierung dabei, die Gesetze wieder schrittweise zu verschärfen.)

Konservative Leute behaupten, dass Hanf eine Einstiegsdroge für noch härtere Rauschmittel sei …

„Das sehen wir so nicht … festzustellen ist nur, dass jeder Heroin-Konsument zuvor schon einmal Kannabis genommen hat. Andersrum kann man aber nicht sagen, dass jeder Kannabis-Konsument später noch andere Drogen zu sich nehmen wird.“

Die Legalisierungs-Befürworter sagen, dass Alkohol und Tabak genauso Drogen sind … aber trotzdem legal …

„Dieser Fakt ist richtig. Die Anfälligkeit, von einer bestimmten Droge abhängig zu werden, ist immer individuell. Wer also eine entsprechende Veranlagung hat, ist durch den Konsum von Kannabis schneller süchtig als durch Alkohol oder Tabak.“ (BS: Das ist wohl als diplomatische Antwort zu verstehen …)

Mit Herrn Hans-Christian Ströbele gibt es auch einen Bundestags-Abgeordneten, der „durch die Lande“ zieht, um öffentlich zu verkünden, dass Hanf legalisiert werden müsse. Wie stehen Sie dazu?

„Das ist ganz schrecklich. Dann können wir ja gleich alles legalisieren. Den Menschen tut das nicht gut. Und wer übernimmt die höheren Kosten im Gesundheitswesen?“

Die Schweizer Medizinerin **Dr. Franziska Haller** ist mit ihrer Einschätzung weniger vorsichtig. In einem umfangreichen Dokument nimmt sie kritisch Stellung zur immer stärker verbreiteten Befürwortung der Haschisch-Freigabe:

„… Kannabis ist weltweit die am meisten konsumierte illegale Droge. Ihr Anteil am illegalen Drogenmarkt beträgt schätzungsweise 50 %. Dies entspricht nach amerikanischen Angaben einem Wert von 250 Milliarden Dollar …“

„… Eine Alternativ- beziehungsweise Drogenkultur bietet für die Ausbreitung den nötigen sozialen Rahmen. Mangelnde Information, Verharmlosung oder sogar Propagierung von Drogen ***senken die Hemmschwelle*** *für den Einstieg …“*

„… Die UNO drückt ihre Sorge darüber aus, dass missverständliche oder unangepasste Drogenaufklärung Neugierde wecken und Anlass zu Experimenten mit Drogen geben kann …“

„… Ein Jugendlicher ist weniger gefährdet, Drogen zu konsumieren, wenn er Erfolg in der Schule hat, eine gute Berufsausbildung machen kann, einen Beruf ergreift, der ihm Freude macht, angeleitet wird, wie man Freundschaften knüpfen und erhalten kann, und wenn er einen Sinn im Leben hat. Er ist dann weniger empfänglich, Antworten und Schwierigkeiten in alternativen Lebensformen und Subkulturen oder in den Drogen und der Flucht vor der Realität zu suchen und zu finden …“

„… Allein die leistungsvermindernde Wirkung vom THC ist 4000 Mal stärker als diejenige von Alkohol …“

„… Nun sind aber in den üblichen Marihuanazigaretten 50-100 % mehr krebserregende Stoffe enthalten als in Tabakzigaretten. Außerdem inhaliert der Marihuanaraucher tief und behält den Rauch möglichst lange in den Lungen, um die Wirkung der rauscherzeugenden Gifte voll auszunützen … Die Vitalkapazität der Lungen – das heißt die Luftmenge, die man maximal ein- und ausatmen kann – wird durch eine Marihuanazigarette so stark eingeschränkt wie durch etwa 16 Tabakzigaretten …“

„… Tierversuche liefern übereinstimmende Resultate über die Schädigung des Immunsystems durch Kannabisprodukte … Die Antikörperproduktion ist während der Zeit des Haschischkonsums und auch darüber hinaus ganz erheblich herabgesetzt …“

„… Sowohl bei Tieren als auch beim Menschen kann durch den Konsum von Haschisch das hormonelle Gleichgewicht, das die Fortpflanzungsfunktionen regelt, gestört werden. So wird bei Männern im allgemeinen der Testosteronspiegel, also die Konzentration der männlichen Hormone, reduziert, was bis zu Impotenz führen kann …“

„… In einer Untersuchung an mehr als tausend schwangeren Frauen wiesen Kinder von Marihuanaraucherinnen mehr Missbildungen auf als andere Kinder …“

„… Haschischraucher sprechen oft langsamer als früher, verlieren den Gedankenfaden und haben Mühe, sich zu konzentrieren, zu verstehen und sich zu erinnern …“

„… Es gibt Länder, die das Problem des Haschischmissbrauchs seit Jahrzehnten kennen und die eigene Namen für die durch Haschisch ausgelösten Psychosen haben. Für die Bevölkerung jener Länder scheint der Zusammenhang zwischen Haschischkonsum und dem Auftreten schizophrenieähnlicher Psychosen klar zu sein. So heißt diese Krankheit in Südafrika >Dagga-Psychose<, in der südlichen Sowjetunion (BS: heute Zentralasien) *>Anascha-Psychose< und in Jamaika >Ganja-Psychose< …“*

„… Flashbacks (so genannte Echoräusche) sind spontane psychotische Episoden ohne direkt vorangehenden Drogenkonsum, die teilweise sogar noch nach einigen Monaten auftreten. Sie können zum Beispiel durch eine besondere Stimmung oder durch entsprechende Musik provoziert werden. Sie treten aber häufig spontan und unerwartet auf. Ein solches plötzliches unvorhersehbares Eintreten von Wahrnehmungs- und Erlebnisstörungen birgt ***erhebliche Gefährdungsmomente für den Drogenkonsumenten und seine Umgebung*** *(zum Beispiel beim Autofahren oder bei einer differenzierten Arbeit) in sich. Deshalb haben Gerichte in Baden-Württemberg und Hannover chronischen Haschischrauchern die Fahrerlaubnis entzogen, da die Gefährdung anderer Menschen nicht verantwortbar ist …“*

Ich erinnere mich zurück: Die Grüne Jugend, welche auf der Hanfparade mit Ströbele unterwegs war, drückte mir einen so genannten **„Drogen-Führerschein“** in die Hand … ich habe ihn noch heute. Dieser „Führerschein“ soll autofahrenden Drogenkonsumenten helfen, sich nicht erwischen zu lassen. Wörtlich heißt es: *„… Von daher ist es wichtig zu wissen, wie man/frau sich verhalten muss, um den Verwaltungsbehörden nicht alle Türen zu öffnen …“* Ist das noch Solidarität unter Kiffern oder schon Unterwanderung der staatlichen Ordnung?

Weiter im Text der Frau Dr. Haller:

„… Es ist heute bewiesen, dass Haschisch ***Toleranz und Abhängigkeit*** *erzeugt. Toleranz bedeutet in diesem Zusammenhang, dass für die gleiche Wirkung immer mehr des Rauschgifts genommen werden muss … Die schon nach kurzer Zeit nachlassende Wirksamkeit führt bei vielen Drogenabhängigen zu einer Dosissteigerung und zu einem Übergang auf andere Drogen …“*

„… Haschisch ist immer ein Rausch-, nie ein Genussmittel …“

„… So kommen neben den üblichen Rauschzuständen auch atypische Rauschverläufe (bad trips) vor, bei denen Horror- und Panikerlebnisse und Entsetzen, depressive Verstimmung und Neigung, und unvorhersehbarem Fehlverhalten das Bild beherrschen …“

„… Im Rausch werden die Zusammenhänge anders geknüpft und überdacht, so dass der Drogensüchtige meint, eine Erweiterung der Erkenntnisse und Erlebnisfähigkeit zu haben … Dieses Phänomen wird häufig als so genannte Bewusstseinserweiterung propagiert, besteht in Wirklichkeit aber aus einer ***Bewusstseinsstörung****, einer Form der Trübung des Bewusstseins, und bildet die Grundlage für die Entstehung der* ***größten Abhängigkeit****, in die ein Mensch geraten kann. Nebensächlichkeiten werden bedeutsam, normale und wichtige Begebenheiten dafür übersehen …“*

Fühlt sich der Leser bei dieser Feststellung möglicherweise an linke Reden erinnert? Die viel propagierte „Schere zwischen arm und reich“ zum Beispiel lässt linkspolitische Redner wie Herrn Ströbele stets zur Hochform auflaufen … obwohl es sich hierbei um ein nichtssagendes Faktum handelt. Was hat es einen „Armen“ zu interessieren, dass es Menschen gibt, die aus welchen Gründen auch immer, ein Vielfaches an Besitz haben? Wichtig ist doch nur, dass er seine eigenen **echten** Bedürfnisse befriedigen kann! … Margaret Thatcher war eine der letzten, die dem linken Zeitgeist West-Europas mit offenem Visier entgegentrat: *„Was*

das ehrenwerte Parlamentsmitglied (BS: Ein Abgeordneter der Arbeiterpartei im Unterhaus) *sagt, ist, dass er lieber die Armen ärmer sein lassen will, vorausgesetzt, dass die Reichen weniger reich sind … Was für eine Politik!“* (1990)

Der linke Kampf für die Gleichberechtigung eines jeden hat in der Praxis immer nur zur Gefangenschaft aller geführt.

Zurück zum Leidenfaden der Frau Dr. Haller:

„… Die UNO weist mit Nachdruck darauf hin, dass Drogen wohl die größte Gefahr für die Familie, aber auch für die bestehende Gesellschaft, also das demokratische Staatswesen, darstellen …“

*„… **Drogenabhängige belasten die Wirtschaft** durch ihre mangelnde Leistungsbereitschaft, ihre hohe Fehlerquote sowie durch eine erhöhte Absenzrate beziehungsweise Fehlen am Arbeitsplatz. Auch das Gesundheitswesen (Spitäler, Ärzte und Krankenkassen) wird durch mehr Unfälle und Krankheiten beansprucht …“*

*„… Ähnliche Resultate zeigen Studien mit erfahrenen Flugzeugpiloten, die vier beziehungsweise 24 Stunden nach dem Rauchen einer Marihuanazigarette im Flugsimulator Tests absolviert hatten. Ihre Leistungen waren auch nach 24 Stunden noch so stark beeinträchtigt, dass es in realen Situationen zum Teil zu katastrophalen Folgen hätte führen können. **Die Piloten selbst hatten aber subjektiv den Eindruck, gut geflogen zu sein**. Es ist kaum vorstellbar, welche Auswirkungen eine liberale Handhabung bisher illegaler Drogen in unserer hochtechnisierten Welt haben könnte. Schon kleine Fehler können katastrophale Schäden bewirken. Computertechniker mit mangelndem logisch-abstraktem Denken, Autofahrer oder Ärzte, die zunehmend Mühe haben, einen klaren Gedanken zu fassen, Drogen konsumierende Piloten usw. stellen eine Gefahr für andere Menschen dar. Jederzeit und in großem Ausmaß können auch nicht beteiligte Menschen zu Schaden kommen. Ein Beispiel dafür ist das Zugunglück im April 1988, bei dem ein Zug in der Nähe von New York mit 100 km/Stunde in einen stehenden Zug raste. Der Lokomotivführer stand unter Einfluss von Marihuana, die Streckenwärter waren ebenfalls nicht drogenfrei. Der Haschischkonsument ist also **nicht nur Privatperson**, sondern ein Teil unserer hochtechnisierten Gesellschaft, in der er ein großes Sicherheitsrisiko für die anderen darstellen kann …“*

*„… **Historisch gesehen konnte eine liberale Drogenpolitik den Drogenkonsum noch nie eindämmen, sondern hat ihn immer ausgeweitet.** Dies zeigt sich ganz deutlich am schwedischen Beispiel. Zwischen 1965 und 1967 hatte Schweden eine liberale Drogenpolitik, während der sich das Drogenproblem sehr stark ausweitete. Schweden musste deshalb wieder eine restriktive Drogenpolitik einführen …“*

Zu diesem Schlusswort passen folgende Worte des heute über 90 Jahre alten ägyptisch-amerikanischen Medizinprofessors Gabriel G. Nahas:

*„Wie uns die bisherige Geschichte zeigt, brachte die soziale Akzeptanz von Marihuana in einer Gesellschaft ihre Bürger in eine **abwärts** führende Einbahnstraße; in der Vergangenheit hat es noch nie einen Weg zurück gegeben.“*

– Was denkt sich Ströbele dabei? –

Die zitierten Auszüge stammen aus Dokumenten, die vor wenigen Jahren jedem Schüler von unserer Klassenlehrerin in die Hand gedrückt worden sind. Viele lasen es nicht … und wiesen immer wieder darauf hin: *„Es gibt ja auch erfahrene Politiker, die das Ganze anders sehen …“* Die Auslassungen des Hans-Christian Ströbele hatten auch am Heinrich-Hertz-Gymnasium in Berlin-Friedrichshain ihre unterschwellige Wirkung entfaltet. Nicht gerade zur Freude der Lehrerschaft.

Was aber führt einen erfahrenen und klugen Mann dazu, augenscheinlich mit dem „Feuer“ zu spielen? Wir wollen Ströbele selbst zu Wort kommen lassen … mit seiner vollständigen Stellungnahme im **„Hanf Journal“** des Jahres 2004, aus Gründen des Urheberrechts zum Teil nur in indirekter Rede:

„Grußwort von Christian Ströbele
Mitglied des Bundestages

Liebe LeserInnen, liebe DemonstrantInnen,

die Hanfparade hat dieses Jahr ihren Höhepunkt in Friedrichshain-Kreuzberg. Das ist der Wahlkreis, der mich in den Bundestag gewählt hat, aber das ist auch der Berliner Bezirk, in dem die Forderung nach einer Wende in der Drogenpolitik zuhause ist. Hanf darf nicht anders behandelt werden als Alkohol und Zigaretten.

>Gebt das Hanf frei!< ist deshalb auch dieses Jahr wieder meine Losung für die Hanfparade.“

Ströbele betont, er wolle gemeinsam mit den Hanf-Aktivisten dafür sorgen, dass die Argumente für die Legalisierung öffentlich Gehör finden mögen. Die Risiken des Gebrauchs von Kannabis seien *„nicht größer als die von legalen Drogen“*. Das glatte Gegenteil wäre der Fall. Ströbele sagt, durch Kannabis/Marihuana würde *„in aller Regel“* niemand umkommen – jährlich dagegen Zehntausende durch den Konsum von Alkohol und Zigaretten. Der Grüne erkennt einen Widerspruch, wenn für die legalen Drogen sogar öffentlich Reklame gemacht werden dürfe, ja dass *„subtile psychologische(r) Werbung“* gerade Jugendliche verführe. Auch Fußballvereine würden von der Alkoholwerbung profitieren. Die Fernsehspiele seien *„eingerahmt von Bierwerbung“*. Sportkampagnen unter der Überschrift *>Keine Macht den Drogen<* erschienen ihm deshalb *„wie Hohn und Spott“.*

„Ich will niemand den Drogengenuss schmackhaft machen. Ich rate sogar dringend vom >Using< ab. Aber das gilt für alle Drogen. *Die Zunahme beim Drogenkonsum durch Kinder und jüngere Jugendliche ist alarmierend. Aber die Kriminalisierung verhindert diesen Konsum nicht, sie behindert sogar ein wirkungsvolles Gegenwirken.“*

Als Abgeordneter müsse er bekennen, dass man im Bundestag der Zulassung von Hanf *„keinen Schritt näher gekommen“* sei. Dies liege jedoch nicht an den Grünen. ***„Uns fehlt für die Legalisierung der Koalitionspartner“***, so Ströbele.

„Dabei ist Hanf eine unglaublich vielseitige Ressource, zum Essen, zum Trinken, für Kleidung und als Medizin. Hanf könnte sogar Löcher in der Staatskasse stopfen *durch die Erhebung einer Hanfsteuer. Und die immensen*

Kosten sinnloser Strafverfolgung und Strafverbüßung würden gespart, wenn die Kriminalisierung wegfällt.“

Ströbele gibt zu bedenken, dass man gemeinsam *„weite Teile der Bevölkerung“* für die Forderungen der Szene gewinnen müsse, bevor es eine Mehrheit im Bundestag geben könne. Erst dann würden auch die anderen Parteien nicht mehr dagegen votieren. Im Bundesland Berlin habe es bereits positive Schritte gegeben. Den Vorschlägen für einen legalen Verkauf wäre jedoch *„leider“* nicht gefolgt worden.

„Der Druck der Hanfparade, der Druck der Zivilgesellschaft muss deshalb stärker werden. *Er ist unverzichtbar für einen Erfolg!*

Kämpfen wir weiter für eine liberale Drogenpolitik. Mehr Prävention gegen jegliche Drogensucht, mehr Aufklärung und Hilfe muss sein. ***Aber auch ein Recht auf einen kleinen Rausch!***

Euer Christian Ströbele
www.hans-christian-stroebele.de“

Halten wir fest: Normalerweise werfen die Linken ihren Gegnern vor, bei politischen Fragen nicht genügend zu differenzieren. In der Drogenpolitik wird völlig im Gegensatz dazu die Schwarz-Weiß-Schablone bedient … entweder Prohibition, also Total-Verbot, auch von Alkohol und Zigaretten … oder Freigabe aller Drogen. Nichts mehr vom „klassischen politischen Kompromiss“ nach dem Motto, besser *„eine kleine Anzahl Toter und Gestörter in Kauf zu nehmen, um eine große zu verhindern“*! Bekannt ist, dass das Alkoholverbot in den USA der Mafia Zulauf beschert hat – man starb durch Fusel und Kugel. So gesehen: Macht es nicht Sinn, dass der Staat der Gesellschaft einige „Volksdrogen“ zugesteht … um zumindest den Rest erfolgreich zu bekämpfen? Und zwar gerade jene Rauschmittel, die nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Volkspsyche immens angreifen …

Wie immer gibt es auch eine Wahrheit jenseits von Fakten und Wissenschaft … die persönliche Erfahrung. Ich erinnere mich an einen Klassenkameraden, der seine Joints rauchte … und trotzdem das Abitur bestand. Ich habe einen anderen Freund, dem das „Gras“ dagegen komplett den Kopf verdrehte … er verlor Arbeit, Wohnung und hatte einen Haufen Schulden … warum, das verstand er schon selber nicht mehr.

Angenommen, es gäbe jene Leute, die ihre Rausch-Triebe „im Griff“ haben … Dann dürfte ihnen kein Außenstehender die Sucht anmerken. Und solange gibt es auch kein Problem mit dem Gesetz. Was der einzelne macht, ist dann relativ egal … gefährlich wird es aber, wenn die Gesellschaft insgesamt nicht mehr in der Lage ist, zu unterscheiden, was normal ist und was nicht. **Erst dann gerät das Problem außer Kontrolle.** Erst dann dürfte auch die Zahl der Konsumenten steigen, die ihr *„Recht auf einen kleinen Rausch“* eben nicht mehr im Griff haben … und zum Problem für die Gesellschaft werden. In der Haschisch-Zeitung *„Soft Secrets“* stellt im Jahr 2011 ein gewisser „Hanf-Guru“ Jorge Cervantes stolz das Ergebnis von liberalerer Drogenpolitik in Teilen der USA vor: Größere Produktion und sinkende Preise. Dazu seitenweise Anleitungen zum erfolgreichen Heimanbau von Hanf … So viel darf man in Deutschland offen schreiben … nutzbar für alle, die noch lesen und schreiben können.

In derselben Zeitung gibt ein Howard Marks seine Beweggründe zum Besten, warum er einst zum Drogenschmuggler geworden ist: ***„Ich fürchte, dass Geld der stärkste Anreiz war.*** *Aber der Wichtigste war meine wirklich große Liebe zu Haschisch und mein Frust darüber, dass der Gesetzgeber mir da immer irgendwie im Wege stand."* Also … egoistische Motive. Es erfreut das Herz, einen linken Aktivisten zu hören, der offen ausspricht, was Sache ist.

Legale Haschisch-Szenen-Produkte gibt es bereits in Hülle und Fülle: Hydrokulturen zum besseren Wachstum der Hanfpflanzen *(„Advanced Hydroponics of Holland B. V.")*, schein-originale Getränkedosen mit eingebauter Versteckmöglichkeit *(„Grow In Berlin")* oder den „Gummi-Penis" mit angeschlossener Unterhosen-Packung synthetischen Urins *(„Clean U")* für den nächsten Polizei-Test. Die Drogen-Linken könnten sich über ihre eroberten Freiräume freuen … und Ruhe geben. Aber nein. Es ginge ja um ein „Menschenrecht für alle", mit dem die Menschen gerecht „beglückt" werden müssten. **Wieder die ideologische Gleichmacherei, die bei Erfolg vor allem schwache Charaktere ins Unglück führen würde.** Es ist die alte Illusion von der Gleichheit aller Menschen … und ein bisschen vielleicht auch die Hoffnung, eines Tages vielleicht mal wirtschaftlich auf der Gewinnerseite stehen zu können.

Einer aber fällt aus diesem Muster wieder heraus: Der Grüne Ströbele. Laut *„Munzinger-Biografie"* nimmt er **überhaupt keine Drogen (!)** zu sich. Auch nicht Alkohol, Tabak und Kaffee … Fleisch nur ein bis zwei Mal im Jahr (*„SPIEGEL"*, 08.11.2010). Ein Abstinenzler schlechthin. Nicht schlecht. Offenbar liegt ihm persönlich mehr an seinem „Recht auf Gesundheit" als am „Recht auf Rausch".

Gerechterweise muss hinzugefügt werden, dass Ströbele diesen Zustand auch öffentlich benannt hat. So zum Beispiel beim „Hanf-Tag" 2009 in Berlin:

„Ich >use< nicht, weder Kaffee, noch Zigaretten, noch alkoholische Getränke, noch Haschisch oder irgendwas anderes." … Stille …

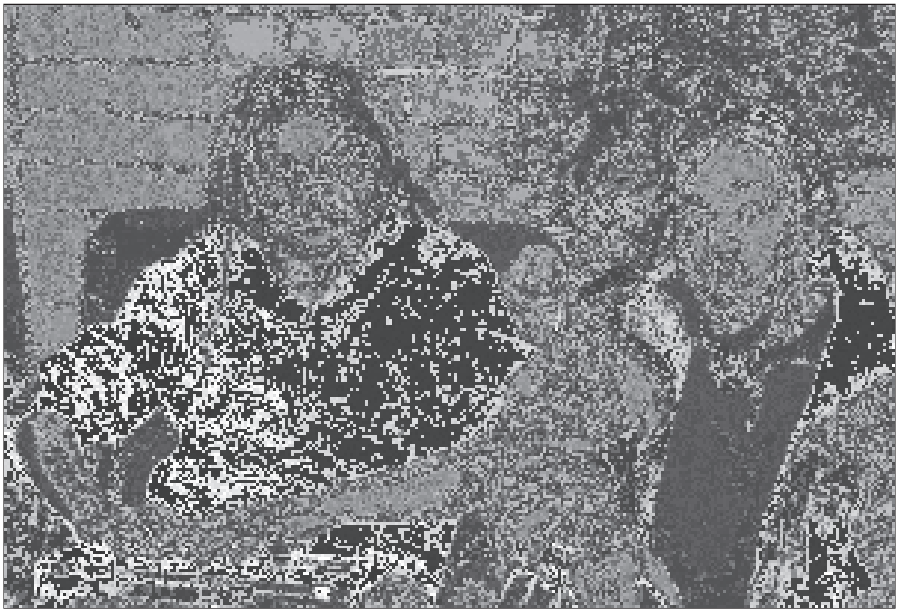
Aber den Legalisierungskampf unterstütze er trotzdem, da es sich bei der Ungleichbehandlung verschiedener Drogen um ***„eine der himmelschreiendsten Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft"*** handele … Applaus …

Wie bereits in Fragen der Graffitischmierereien, der Zuwanderung oder dem Papst-Boykott fand Ströbele auch im Pro-Hanf-Kampf stets Zustimmung bei jungen Vertretern der Linkspartei.

– Überraschung im grünen Nebel –

Doch was denken die Chefstrategen der „Hanfszene" über die Tatkraft des grünen Abstinenzlers?

Ich treffe **Steffen Geyer**. Der 1979 geborene Thüringer organisiert die „Hanf-Parade" seit über zehn Jahren. Mit seinen langen roten Rasterlocken entspricht Geyer optisch voll dem „Hippie-Klischee". Mit acht weiteren Männern und einer Frau sitzen wir in einem Kellerraum. Grelle Glühlampen bringen das nötige Licht ins Dunkel. Künstliche Hanf-Pflanzen wuchern aus dem Mauergestein hervor und schlängeln sich um die Abflussrohre. Joints werden herumgereicht … jeder darf „mal ziehen". Es ist diesig … und ein merkwürdiger Geruch liegt in der Luft.



Hanfbusch und diesiger Qualm. Billy Six (rechts) mit „Hanfparaden"-Organisator Steffen Geyer: „Ströbeles Machtpolitik hat den Charakter einer Droge."

Spannend: Die Sitzungsteilnehmer sind alle zwischen 30 und 70 Jahre alt … keine pubertierenden Abenteurer also. **Sie handeln durchdacht** … und aus Überzeugung. Bei der Planung der nächsten Hanfparade hält man sich nicht mit Befindlichkeiten auf: *„Lass uns doch mal Eintritt nehmen"* … ist einer der Vorschläge. *„Das verbietet das Versammlungsgesetz"*, sagt Geyer. Zur Finanzierung wird es wohl wieder bei Spenden durch Firmen bleiben, die mit legalen Hanf-Utensilien ihr Geld verdienen … und das sind nicht wenige.

Lustiger Höhepunkt: *„Wir könnten doch einen Umzugswagen mit einer Gefängniszelle einsetzen … da müssen nur ein paar barbusige Mädchen rein … und schon finden wir genügend Leute, die sich da freiwillig einsperren lassen."* **Klar, der Linke von heute ist eben auch Konsum-Mensch.** Steffen Geyer sitzt mit seinem Klapprechner am Tischende … die Party werde nur mit sinnvollen Vorschlägen gelingen, lässt er die versammelte Mannschaft wissen. Dabei schrieb er selbst 2004 im *„Hanf-Journal"* über die Idee, Minderjährige in die Aktionen mit einzubeziehen: *„Ein >>Kinderland<< soll den kleinsten Demonstrationsteilnehmern die Möglichkeit geben, Luft zu holen und in kindgerechter Atmosphäre mit Gleichaltrigen zu spielen. Hier ist unter anderem das Basteln mit Hanf, Hanf-Masken, Malen mit Hanf-Farben u. v. m. geplant."* Früh übt sich … *„Das Klima für Demonstrationen ist längst nicht mehr so gut wie 1997, als die Hanfparade das erste Mal ausgerichtet worden ist", sagt Geyer heute. „Damals, als sich die Kohl-Ära ihrem Ende zugeneigt hat. Das war eine sehr politisierte Zeit. Heute haben viel mehr Menschen pure Existenzängste, und kommen nicht mehr zum Protestieren."* Geyer ist ein ernster Typ … und hat eine überraschende Sicht auf Hans-Christian Ströbele:

„Der Ströbele hat viele Fans (BS: Anhänger) *bei den Mitläufern. Klar sind wir ihm alle dankbar für die Medienaufmerksamkeit und die Hälfte der 21.000 Euro Honorar von Stefan Raab für den Hanf-Song* (BS: -Lied). *Aber die Führung der Szene, mich eingeschlossen,* ***traut Ströbele nicht über den Weg.*** *Der Mann hält immer die gleichen Reden. Und das nützte ihm schon persönlich, bei uns wieder und wieder aufzutreten. 1998 … das erste Mal … das war kurz vor der Bundestagswahl, bei der Rot-Grün gewonnen hat. 2002, als es um sein Direktmandat ging, war Ströbele besonders aktiv. Und nach 2006 haben wir ihn auf der Parade nicht mehr zu Gesicht bekommen …* (BS: da war Rot-Grün schon wieder Geschichte) *… Überhaupt gab es schon ewig keine Presseerklärungen, Bundestagsanträge und Medienauftritte mehr, wo Ströbele sich zur Sache bekannt hat. Auch zur letzten Aussprache im Gesundheitsausschuss des Bundestages mit dem Thema >cannabis social clubs<* (BS: Ausgabe-Einrichtungen für Haschisch) *ist Ströbele nicht gekommen. Irgendwie scheinen wir ein Wahlkampf-Gag* (BS: -Witz) *für ihn gewesen zu sein!?“*

Ströbele … So oft hat er sich vor der Kamera zur Sache bekannt … war bei vielen Demos dabei. Sogar Geld hat er gegeben. Die drogenfreundliche *„Grüne Jugend“* und selbst die *„Landesarbeitsgemeinschaft Drogen“* dürfen seine Büros nutzen. Zur Bekanntheit hat es beigetragen … aber **den „Stallgeruch“ der Szene hat Ströbele offenbar trotzdem nicht gewinnen können**.

„Hanf-Guru“ Steffen Geyer: *„Ströbele sollte sein Mandat an einen Jüngeren abgeben … aber das wird er wohl nicht tun, er macht auch einfach, was er will.* ***Er findet das Gefühl der Macht eben toll*** *… und auch die Möglichkeit, über den Geheimdienst-Ausschuss all die Dinge zu erfahren, von denen sonst keiner hört. Wenn man so Politik macht, dann hat das ebenfalls den* ***Charakter einer Droge****.“*

3.) Pazifisten im Kriegseinsatz

Bomben auf Bagdad. Die Stimmung ist am Kochen. Am 20.03.2003 greift die US-Armee auf Befehl von George W. Bush den Irak an … und an den Berliner Schulen wird „gestreikt“. An unserem linksgerichteten Gymnasium in Berlin-Friedrichshain beteiligen sich rund 90 % der Schüler … demonstrieren statt pauken, „super Sache“. Wahrscheinlich treffen die meisten von ihnen sogar wirklich auf dem Alexanderplatz ein. Sprüche wie *„Internationale Völkermordzentrale U … S … A …“* sind schnell dahergesagt. Doch schon allein die Nachfrage, den Irak mal auf der Landkarte zu zeigen, löst bei einigen Kopfzerbrechen aus. Von Giftgasangriffen auf das eigene Volk oder Massenerschießungen von „Feinden“ durch den irakischen Diktator haben die „Friedensfreunde“ oft noch nie etwas gehört … geschweige denn, dass sie dagegen auf die Straße gegangen wären. Ein „böser Saddam“ passt nicht recht in das Bild vom „bösen Bush“ … endlich hat die Jugend mal wieder einen richtigen Feind!

Für die rot-grüne Regierung unter Kanzler Schröder sind die Ereignisse ein politischer Glücksfall … ohne die Agitation gegen die US-Außenpolitik wären bei „Rot-Grün“ die Lampen bereits mit der letzten Wahl 2002 ausgeknipst worden. Dass es das Gespann Schröder/Fischer gewesen ist, das noch 1999 die Bundesrepublik in den ersten Kriegseinsatz seit Staatsgründung verwickelt hat, ist längst vergessen … damals, als auch deutsche Bomben auf Belgrad fielen … und zwar ebenfalls ohne VN-Mandat!

Davon spricht der grüne Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele lieber nicht mehr. Viel besser ist die Forderung, der US-Präsident müsse für seine Irak-Entscheidung vor ein internationales Gericht gestellt werden. Das kommt an! Vor allem junge Mädchen schwärmten vom *„deutschen Gandhi“*.

Das Ströbele-Bild vom Vorkämpfer der Gewaltfreiheit wird auch in den Medien gerne geschürt:

„… Ströbele, der meist sein Recht auf Zwischenfragen nutzen muss, um seinen ***pazifistischen*** *Thesen Gehör zu verschaffen …“*, schreibt *„DIE ZEIT“* am 30.9.2011.

„… Hans-Christian Ströbele, 71, Grünen-Parlamentarier und ***Pazifist*** *…“*, formuliert *„DER SPIEGEL“* am 13.12.2010.

Noch einen Schritt weiter geht die DDR-stämmige *„Berliner Zeitung“*, und stellt am 12.11.2001 im Vorfeld der ersten Abstimmung zum Afghanistan-Einsatz fest, Ströbele würde für seine „Friedenshaltung“ sogar das Ende der Regierung in Kauf nehmen: *„Opposition aus Überzeugung. Christian Ströbele ist das linke Gewissen der Grünen. Er hofft, in der Partei eine Mehrheit zu finden.* ***Auch wenn dann Schluss wäre mit Regieren*** *… Als Christian Ströbele ans Mikrofon geht, wird es still im Saal. Die Gemeinde der Pazifisten – besser Antimilitaristen – bei den Berliner Grünen hat auf den Auftritt ihres Wortführers gewartet. >Was muss noch passieren, dass wir Grünen gegen diesen Krieg sein dürfen<, ruft Ströbele, >wie viele zivile Opfer muss es geben, wie viele Streubomben müssen noch fallen, bis wir Nein sagen?< …“*

– Olivgrüne Chamäleons –

Immerhin: In den 90er Jahren war Ströbele schon vor der rot-grünen Regierungszeit ein Architekt partei-interner Beschlussvorlagen gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr … zuletzt beim Parteitag in Magdeburg 1998. Bis Mitte der 90er Jahre ging es gar um mehr: Austritt aus der NATO, schrittweise Auflösung der Armee … **Wie tief war der Fall, als ausgerechnet diese Partei nicht mal ein Jahr später den NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mit entschied** … Angelika Beer (Grünen-Vorsitzende 2002-2004) sagte einst: *„Für den Frieden kämpfen, das geht mit Waffen nicht … Lasst uns sagen, wir schaffen die Bundeswehr ab, und bei der UNO machen wir nicht mit."* … Als eine der ersten fordert sie 2001 neben Luftangriffen auch Bodentruppen für Afghanistan, 2003 heiratet sie einen Oberstleutnant der Bundeswehr und nimmt 2004 an der „Münchener Sicherheitskonferenz" teil. Ludger Vollmer, von 1998 bis 2002 Staatsminister im Auswärtigen Amt, verteidigt den Kosovo-Krieg 1999, sowie den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ab 2001. Noch 1993 bekämpfte er dagegen alle Ideen eines dezenten NATO-Militäreinsatzes in Bosnien: *„Wenn die Mächtigen der Welt den Frieden nicht wollen, dann dürfen wir, die Ohnmächtigen, nicht nach Waffen rufen."* (*„DIE ZEIT"*, 15.10.1993) *„Ein Ja zu Militäreinsätzen bedeutet einen Blankoscheck für weltweite Interventionen"* (*„DIE ZEIT"*, 08.12.1995). Das Massaker von Srebrenica war Vollmer zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt. 1998 … Mit der Regierungsbeteiligung schwenken urplötzlich auch die Mehrheiten auf den grünen Parteitagen um ... und als Wortführer setzten sich nicht etwa jene Bürgerrechtler wie Gerd Poppe oder Marianne Birthler durch, die **schon früh vor den blutigen Folgen des blinden Pazifismus gewarnt** hatten … Nein. An die Spitze kommen ausgerechnet die Ideologen, die zuvor noch „aus Prinzip" gegen das Militärische argumentiert hatten … Ströbele dagegen bleibt auch später bei seiner Ablehnung von Kriegseinsätzen durch westliche Staaten … ob im Falle Bosnien, Kosovo, Afghanistan oder Irak. Seit 2001 gibt er sich öffentlich als derjenige, der den Afghanistan-Krieg beenden wolle … ein entsprechendes Logo prangt auch auf seiner Netzseite. Gerade deshalb erscheint es interessant, die entscheidende erste Abstimmung zum Afghanistan-Bundeswehreinsatz noch mal genau unter die Lupe zu nehmen ...

– Ziehung der „Krieger-Zahlen"? –

November 2001. Als Reaktion auf die Terrorangriffe in den USA erklärt Bundeskanzler Schröder den Amerikanern die *„uneingeschränkte Solidarität"* … und zählt dazu auch Truppenbeteiligungen am Afghanistan-Krieg. Die Partei-Linken sind nicht einverstanden. Obwohl Union und FDP angekündigt haben, die Bundestags-Mehrheit sicherzustellen, entscheidet der Kanzler sich dafür, das Militär-Mandat mit der **Vertrauensfrage** zu verknüpfen. Da ist die Opposition wieder weg … Wer jetzt gegen den Bundeswehr-Einsatz stimmt, votiert automatisch auch gegen Schröders rot-grüne Regierung. Die SPD-Frau Christa Lörcher bleibt dennoch hart. Die Reaktion: „… *>Wir sind Politiker und keine Psychologen<, hieß es enttäuscht aus der Fraktionsspitze … >Frau Lörcher hat keine Legitimation mehr, die SPD im Bundestag zu vertreten<, sagte Landeschefin Ute Vogt …"* (*„Berliner Morgenpost"*, 16.11.2001). Harte Worte bei den Sozialdemokraten … Lörcher muss die SPD-Fraktion verlassen … und so geben alle anderen Querdenker ihren Widerstand auch schnell wieder auf. Demokratie bei Linken! Noch

viel spannender … die Entwicklung in der Grünen-Fraktion. Acht Abgeordnete, darunter Hans-Christian Ströbele, haben sich schriftlich auf ein „Nein“ festgelegt … das sind zwei zu viel … die Regierung wäre gescheitert. *„Der Krieg gegen Afghanistan ist politisch falsch, dient nicht der zielgerichteten Bekämpfung des Terrorismus, ist humanitär verantwortungslos und schafft neue politische Probleme“*, heißt es in dem Positionspapier.

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer beruhigt. Gegenüber der *„Berliner Morgenpost“* vom 14.11.2001 erklärt er: *„Ich halte die Grünen für skrupellos. Die fahren eher selbst im Panzer nach Afghanistan, als dass sie aus der Regierung aussteigen.“*

Als Lösung des Dilemmas wird das so genannte **„Gewissens-Splitting“** erfunden. Die Grüne Steffi Lemke darf das Modell vor der Abstimmung am 16.11.2001 öffentlich erläutern: *„Wir haben entschieden, bei der heutigen Abstimmung eine zahlenmäßige Halbierung der Stimmenanzahl vorzunehmen, um die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers mit Ja beantworten zu können … Wir beantworten eine Machtfrage strategisch, indem wir Ja zum Fortbestand der Koalition und Nein zur Legitimation des Bundeswehrmandats sagen.“*

Im Klartext: Vier Abweichler stimmen mit „Nein“, die anderen vier mit „Ja“ … damit haben zwar zwei Abgeordnete mehr als nötig der Vorlage zugestimmt … aber so konnte die „symmetrische Teilung“ zwischen den beiden verknüpften Fragen besser dargestellt werden. Alle haben sie jedoch vor der Abstimmung ihr Verhalten nochmals moralisiert: Winfried Herman sagt, er könne als ehemaliger Kriegsdienstverweigerer nicht zustimmen. Irmingard Schewe-Gerigk dagegen stellt fest: *„Ich kann die Verantwortung nicht auf mich nehmen, dass es an meiner Stimme liegt, die Koalition zu beenden.“* Nur einer hält sich bis zuletzt bedeckt: Ströbele.

Was aber geschah wirklich in der abgeschirmten Sitzung der acht am vorletzten Abend vor der Abstimmung?

Es erscheint interessant, sich die Beteiligten näher anzuschauen. Man könnte annehmen, dass sie alle für ihr eigensinniges Verhalten bald abgestraft worden wären. Oder dass diejenigen Abgeordneten, die schließlich doch ihrer Regierung folgen mochten, eine politische „Belohnung“ bekommen hätten … und die anderen entsprechend eine „Bestrafung“. Die Wirklichkeit ist weitaus „bunter“ … Zwar wird nach der nächsten Bundestagswahl (zehn Monate später) niemand mehr die gleiche Stellung innehaben … aber es wird nur Aufsteiger und Absteiger geben … keinen Mittelweg.

Die vier „Ja“-Sager

1.) Steffi Lemke … **steigt auf.** Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag 2002 wird sie politische Geschäftsführerin der grünen Partei. Auf eine Gesprächsanfrage antwortet Mitarbeiter Dirk Neumann, Frau Lemke habe *„aufgrund der enorm engen Terminlage“* keine Zeit.

2.) Irmingard Schewe-Gerigk … **steigt auf.** Sie wird 2002 wieder aufgestellt und über Landesliste in den Bundestag gewählt … hier wird sie anschließend parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion. Auf eine Gesprächsanfrage folgen mehrere interessante Telefonate.

3.) Monika Knoche … **steigt ab.** Sie scheidet 2002 aus dem Bundestag aus und erhält keine neue Stellung. 2005 verlässt sie die Grünen und schließt sich der neuen Gruppierung ‘DIE LINKE“ an … in deren Namen sie erneut in den Bundestag einzieht. Knoche ist zu einem Gespräch mit Billy Six bereit … vor allem ein Honorar ist ihr wichtig. Wenig später, und ohne Angaben von Gründen heißt es: *„Herr Six, nachdem ich mich über Ihr Tun informieren konnte, nehme ich von allen Kontakten zu Ihnen Abstand und will, dass Sie sich nicht mehr mit mir in Verbindung setzen.“*

4.) Sylvia Voß … **steigt ab.** Sie scheidet 2002 aus dem Bundestag aus und erhält keine neue Stellung. Auf eine Gesprächsanfrage antwortet sie nicht.

Die vier „Nein“-Sager

1.) Winfried Hermann … **steigt auf.** Er wird 2002 wieder aufgestellt und über Landesliste in den Bundestag gewählt. Hier wird er zum Fraktionssprecher für Sportpolitik, Umwelt und Verkehr befördert. Ab 2009 wird er Vorsitzender des Verkehrsausschusses … und 2011 gar Minister für Verkehr in Baden-Württemberg. Auf eine Gesprächsanfrage antwortet er nicht.

2.) Hans-Christian Ströbele … **steigt auf.** Zwar misslingt, wenngleich eher unerwartet, die Aufstellung für den aussichtsreichen Listenplatz … dafür gelingt der Kampf um das erste grüne Direktmandat. Kaum zurück im Bundestag, wird Ströbele zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden befördert. Gegenüber Billy Six sagt Ströbele: *„Ich habe kein Interesse, mit Ihnen zu reden!“*

3.) Christian Simmert … **steigt ab.** Er kandidiert 2002 „freiwillig“ nicht mehr, und zieht sich in die private Werbebranche zurück. Über seinen Frust, die Wut und die Enttäuschung schreibt er ein Buch. Gegenüber Billy Six sagt er: *„Ich rufe Sie zurück!“* Darauf warte ich noch heute …

4.) Annelie Buntenbach … **steigt ab.** Sie kandidiert 2002 „freiwillig“ nicht mehr. Ihre Sekretärin, Frau Lötz, sagt auf Anfrage: *„Frau Buntenbach hat mir mitgeteilt, dass sie sich bei Ihnen melden wird!“* … wieder mal nichts als heiße Luft.

Jahrelang bleibt die Karriere-Unordnung also ein Rätsel. Bis im Jahre 2011 das Buch *»Afghanistan – So werden die ›neuen Kriege‹ gemacht«* erscheint … geschrieben vom (PDS-)Linken Wolfgang Gehrcke (MdB), Christel Buchinger, Jutta von Freyberg und Sabine Kebir. Ein Werk aus der ganz linken Ecke!

Dort heißt es im Vorwort: „… ***Was nur wenige wissen:*** *Das Grünen-Fähnlein der acht Aufrechten, die die Beteiligung an OEF* (BS: Name der Militär-Operation „Enduring Freedom“ / „Bleibende Freiheit“) *ablehnten, wollte indes nicht Schuld am Sturz ihrer Regierung sein. Sie ließen das Los entscheiden. Wer gewonnen hatte, durfte bei seinem Nein bleiben. Wer eine Niete zog, musste dem Krieg zustimmen. Das ist die historische Wahrheit: Die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom wurde durch das Los entschieden.*

Betrug und Verrat standen am Anfang: Der Betrug der Konservativen und Liberalen, die aus innenpolitischen Gründen mit Nein stimmten und in der Öffentlichkeit Ja sagten, der Verrat an der Friedensverpflichtung durch SPD und Grüne, die wieder in den Krieg marschierten, und der Verrat der acht Losezieher, die mit einem Glücksspiel ihre Ideale billig machten.“

Die damaligen Abgeordneten Steffi Lemke und Irmingard Schewe-Gerigk bestreiten diese Darstellung vehement. Mündlich und schriftlich. Die anderen sechs schweigen konsequent. Gab es nun eine „Kriegslotterie“ oder nicht? Auf mehrere Anfrage an den Abgeordneten Wolfgang Gehrcke lässt dieser mitteilen, die Abgeordnete Knoche habe in einer Fraktionssitzung mitgeteilt, sie wäre ja gegen den Krieg gewesen … habe aber nun mal das falsche Los gezogen. Da Frau Knoche mit mir nicht reden will, versucht es ihre ehemalige Kollegin Schewe-Gerigk – mit Erfolg! Sie teilt mit, Frau Knoche wäre *„empört“* über die Beschreibung. Sie habe nie derartiges gesagt. Und der Linken-Abgeordnete Wolfgang Gehrcke geht plötzlich wieder in Deckung.

Es ist wie im Zirkus! Um nur ja nicht das „moralische Außengerüst“ zum Einsturz zu bringen, werden „Märchen aus 1001er Nacht“ zusammengedichtet. Jeder gegen jeden … und keiner will es am Ende gewesen sein!

Die Darstellungen der Frau Schewe-Gerigk, es habe kein Losverfahren gegeben, klingen glaubwürdig. Die Behauptungen der PDS-linken Kriegsgegner lassen sich nicht beweisen. Es erscheint außerdem wahrscheinlich, dass die Abweichler-Frauen am Ende nicht den Weg der Totalkonfrontation gehen mochten … und so mit „Ja“ stimmten. Ströbele, der von Frau Schewe-Gerigk als *„Dickkopf“* beschrieben wird, konnte sich glücklich schätzen, wie die beiden anderen Männer, beim „Nein“ bleiben zu dürfen.

Und doch ging es auch Ströbele um Politik. Nicht um Pazifismus. ***„Ich bin in der schizophrenen Situation, dass ich mit Nein gestimmt habe, aber mit der Abstimmung zufrieden bin“***, erklärt er hinterher.

Man muss in den Archiven schon „zwischen den Zeilen“ lesen:

Die *„Berliner Morgenpost“* vom 14.11.2001 schreibt auf Seite 2:

„… Der Wortführer der Parteilinken, Hans-Christian Ströbele, der bislang eine eigene Zustimmung zum Bundeswehreinsatz kategorisch ausgeschlossen hatte, ***deutete ein mögliches Einlenken an.*** *Der Kanzler habe eine >Reihe von Fragen< beantwortet, sagte Ströbele. Durch die politischen Ereignisse und die militärische Lage in Afghanistan* ***hätten sich die Dinge geändert****: >Die Situation ist eine neue.< Der Grünen-Politiker ließ aber ausdrücklich offen, wie er am Freitag im Bundestag abstimmen wird. Auch wenn er deutlich machte, dass der Kanzler sein Vertrauen habe. Fischer* (BS: damaliger Außenminister), *der kurz den Sitzungs - saal verließ, klopfte seinem Kontrahenten* ***freundschaftlich*** *auf die Brust …“*

Der *„Tagesspiegel“* teilt am 16.11.2001 mit:

„Strippenzieher der Minderheit

Am Boden zerstört, nervlich zerrüttet, den Tränen nah – so sind am Freitag viele der ursprünglich acht entschiedenen Kriegsgegner der Grünen aus der Bundestagssitzung gekommen, nachdem sie sich selbst tagelang gequält, sowie ihre Partei und die Öffentlichkeit in Atem gehalten hatten. Nur einer schien sich wirklich wohl zu fühlen und strahlte trotz aller Müdigkeit wieder im ***Bewusstsein der eigenen Bedeutung****: Hans-Christian Ströbele …*

… Doch so sehr der Mann mit den markanten Augenbrauen und dem grauen Haar auch für seine Sache zu brennen scheint, so ***umsichtig und taktisch*** *geht er oft vor. Nur wenige Grüne würde es deshalb wundern, wenn sich nach dem Vier-zu-vier-Kompromiss bei der Afghanistan-Abstimmung in der Bundestagsfraktion künftig das Gewicht der Linken stärker bemerkbar machte – und natürlich auch das von Ströbele selbst …“*

Im *„SPIEGEL“* vom 19.11.2001 steht geschrieben:

„… DONNERSTAG, 15. NOVEMBER …

… 14.56 Uhr. Am Nebeneingang des Auswärtigen Amtes schließt Hans-Christian Ströbele sein Fahrrad ans Absperrgitter, holt eine Einliterpackung Vollmilch aus der Aktentasche und klemmt sie auf den Gepäckträger. Mit der Aktentasche, aber ohne Milch, marschiert er zu seinem Termin mit dem Außenminister.

Ströbele bietet seinem Parteifreund einen heiklen Deal an: *Wir geben Dir genug Stimmen, wenn Du Dich im Bundestag zumindest dezent von der US-Strategie distanzierst. Fischer lehnt ab …“*

Der *„Tagesspiegel“* formuliert am 21.01.2002:

„… Im Reichstag begann keine der zahlreichen Sondersitzungen der Grünen zum Afghanistan-Einsatz, ohne dass Ströbele den Fernsehteams seine jüngste Warnung vor dem Krieg gegen die afghanische Bevölkerung erklärt hätte. Denn Ströbele war ***der eigentliche Kopf*** *jener acht Grünen-Abgeordneten („G 8“), die sich dem Kurs ihres eigenen Außenministers öffentlich verweigerten – viel routinierter, viel strategischer und auch viel* ***abgebrühter*** *als manch andere, denen die Nerven flatterten.*

Fast jeder von Ströbeles Sätzen zum Anti-Terror-Einsatz war den Nachrichtenagenturen in diesen aufgeregten Wochen eine Meldung wert – denn am Widerstand der Acht drohte die rot-grüne Regierung insgesamt zu scheitern, nachdem der Kanzler die Vertrauensfrage gestellt hatte …“

Damit deutet sich an, dass Vollblutpolitiker Ströbele der Vordenker für die Abweichlergruppe gewesen ist. Ziel: Machterhalt für die Grünen.

Das klingt schon ganz anders als zuvor einige Feststellungen in der *„Berliner Zeitung“*:

06.11.2001

„… Der zur Parteilinken gehörende Grünen-Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele sagte dagegen ***eindeutig >Nein<*** *zu einem Einsatz deutscher Soldaten und sieht sich darin in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Partei. >Ich halte den Krieg gegen Afghanistan für falsch und fatal<, sagte Ströbele der STUTTGARTER ZEITUNG. Der Krieg werde vor allem wegen der Folgen für die Zivilbevölkerung mit jedem Tag verhängnisvoller, deshalb forderte er einen Stopp der Bombardements. >Es wäre* ***absurd****, einer weiteren militärischen Eskalation durch die Bereitstellung deutscher Soldaten zuzustimmen.< …“*

12.11.2001

„… Ströbele schüttelt den Kopf. ***>Es gibt Wichtigeres als zu regieren<****, hat er für sich entschieden …“*

„… Ströbele sagt den Berliner Delegierten: >Wir sind die Partei der ***Gewaltfreiheit*** *und des Friedens.< Die danken es ihm …“*

„… Wenn die Stimmung in der Grünen-Basis in Berlin nur ansatzweise repräsentativ ist, trifft Ströbele den Ton. Man kann sicher aus guten Gründen den Krieg in Afghanistan ablehnen, doch Ströbele gibt sich mit der Aktivierung von ***Reflexen*** *zufrieden. Aus Angst vor der neuen Unübersichtlichkeit der Welt verweigern sich die Grünen der Auseinandersetzung …“*

„… Christian Ströbele ist jetzt 61 Jahre alt. Seine politische Biografie ist die eines ***überzeugten Oppositionellen*** *… Er wurde Mitbegründer der Grünen und war immer bestrebt, den Linken in den Grünen zu Mehrheiten zu verhelfen. Seit die Ende der 90er Jahre verloren ging, überwinterte Ströbele. >Viele sagen mir, ich sei für sie die* ***letzte Hoffnung****<* (BS: Ein CDU-Mann hätte mit diesem Hitler-Zitat sicher grüne „Empörung“ ausgelöst), *begründet er seine Unbeirrbarkeit. Er ortet diese Leute vor allem in Berlin-Kreuzberg.* ***>Wenn ich nicht wäre, würden die nicht mehr die Grünen wählen.<*** *Links, dort sieht Ströbele die Geschichte der Grünen und dort sieht er auch ihre Zukunft. In diesem Sinne ist Ströbele ein Unbeugsamer. Er ändert sich nicht …“*

– Mobilmachung bei der „Friedensbewegung“ –

Ströbele opponiert gegen den Afghanistan-Krieg … und hat ihn am Ende doch selbst mit ermöglicht. Diese scheinbaren Widersprüche sind es, die Ströbele in der so genannten „Friedensbewegung“ Feinde beschert haben … Es sind Fanatiker, aber sie sind laut und schrill … was ihnen an Intelligenz fehlt, gleichen sie durch Dezibel aus: Am **03.12.2011** will der Grünen-Politiker auf der Bühne einer Demonstration gegen den Afghanistan-Einsatz eine Rede halten.

Eine Meute schreit: *„Blut … Blut … Blut … an Deinen Händen“* … es klingt plump und primitiv, wie im Stadion.

„Halt die Fresse, wir wollen Deine Rede nicht hören … verfickter Hurensohn … Verpiss Dich da … Verpiss Dich da, Du Hurensohn … Du Bastard“ … es sind hasserfüllte Worte, und man fragt sich schon, was für ein Mensch das ist, der so etwas sagt.

„Er hat den Krieg angefangen“, ruft jemand … und erntet Widerspruch. Es bekämpfen sich die „Friedensfreunde“ nun gegenseitig.

Von der Seite fliegt plötzlich ein sehr professionell geworfenes Ei gegen Ströbeles Kopf. Der Auftritt wird unterbrochen.

„Ich würde Euch sehr bitten, Eure Tomaten, Eier und was Ihr sonst noch so Schönes habt, dann einzusetzen, wenn sie sinnvoll sind“, sagt der Demonstrationsleiter ins Mikro. Aha! Also gibt es Personen, die von „Pazifisten“ angegriffen werden dürfen … nur eben nicht Ströbele.

„Hau ab … hau ab“

„Raus, raus, raus“

Über fünf Minuten dauert das Theater … dann springt ein Mann aus Afghanistan ein, und fordert den Pöbel auf, endlich Ruhe zu geben … *„Bitte lasst den Mann reden."*

Ströbele bemüht sich, seine Eindrücke von einer Afghanistan-Reise mitzuteilen … doch das ist vielen Möchtegern-Linken zu kompliziert ...

Die echten Skandale zur ersten Afghanistan-Abstimmung, im umstrittenen November 2001, sind, sofern sie manchem je bekannt wurden, ohnehin schon längst vergessen:

Dass der Kanzler mit der Vermischung von Sach- und Vertrauensfrage grundlos Spannungen erzeugte … und auch die (dank der Opposition) sichere Mehrheit aufs Spiel gesetzt hat. Schröders Motive: Ein „starkes Bild" für die Medien. Disziplinierung und Demütigung des Koalitionspartners. Zur Not Neuwahlen und eine Regierung mit der FDP. Und mit so jemandem mochten die Grünen noch regieren?

Dass die gesamte grüne Partei, *„die als Beschützer der Krötenwanderung anfing, (…) nun zum Weltmeister im Krötenschlucken avanciert."* (Heinrich Lummer, Stellvertretender West-Berliner Bürgermeister a. D.)

Dass sich die linken Politiker insgesamt etwas vormachten … Zitat *„SPIEGEL"* vom 19.11.2001: „… *11.42 Uhr. Die SPD-Linke Andrea Nahles lobt die gezähmten Abweichler für eine >**pazifistische Position**, die ihre Politikfähigkeit beibehält.< Die Union feixt, Schröder gähnt …"*

Dass Artikel 38 des Grundgesetzes gebrochen wurde. Hier heißt es unmissverständlich: *„Die Abgeordneten … sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen."* Wie passt dies zusammen mit der Meldung auf dem Titelblatt der *„Berliner Zeitung"* vom 16.11.2001, die wie folgt lautete: „… *Grünen-Chefin Claudia Roth sprach den Parlamentariern das Recht ab, über den Fortbestand der Koalition zu befinden. Dies sei keine Gewissensentscheidung einzelner Abgeordneter, über diese Frage dürfe nur der Parteitag in Rostock beschließen …" ?*

Dass verschleiert wurde: Zitat *„SPIEGEL"* vom 19.11.2001: *„Altfundi Hans-Christian Ströbele meldet sich zu Wort. Ob es eine >Schmerzgrenze< für den Kriegseinsatz gebe? Schröder: >Die Schmerzgrenze ist doch längst definiert. Es wird keine Bodentruppen geben und keine Bomben.<* Bereits wenige Wochen später befindet sich das „Kommando Spezialkräfte" in einem blutigen Kampf am Hindukusch … die erste offene Feldschlacht deutscher Soldaten seit 1945 … und über die deutschen Luftangriffe auf die Tankwagen 2009 muss man sich ja nun auch nicht mehr unterhalten …

CSU-Landesgruppen-Chef Michael Glos blickt den Kanzler an und bringt das Problem auf den Punkt: *„Wem man das Rückgrat bricht, von dem kann man nicht erwarten, dass er einen morgen stützt … Ihre Zeit ist um!"* Glos sollte Recht behalten.

Das war aber auch schon alles an konservativer Gegenwehr. Sperenzien wie Schuhe oder eine Torte gegen Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Gutten-

berg … oder monatelange Hetzkampagnen gegen den Deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff … Nein! Auf diese Weise verfuhr die schwarz-gelbe Opposition mit den **rot-grünen Verirrungen zwischen Pazifismus und Kriegstreiberei** nicht.

Dabei sind die Widersprüche linker Friedens-Theorien nicht bloß der politischen Praxis geschuldet … wer sich ein genaues Bild macht, der wird feststellen: Den allerwenigsten Linken war es jemals um echte Gewaltlosigkeit gegangen …

– Solidarität mit dem Dschungel-Mörder –

Wie kommt es zum Beispiel, dass junge Menschen scharenweise mit Pazifismus-Zeichen und „Che"-Guevara-Aufstecker auf den so genannten „Friedens-Demos" auftauchten? Che Guevara war ja nun alles andere als ein Mann, der Konflikte gewaltfrei zu lösen gedachte … ganz im Gegenteil. Er kämpfte mit der Waffe auf Kuba, im Kongo und in Bolivien. Seine Forderung im Mai 1967: *„Schafft zwei, drei, viele Vietnams!"* … Ziel ist eine weltweite Guerilla (*„Das Schwarzbuch des Kommunismus"*, Seite 716).

Weiter heißt es: *„… In seinem Testament **lobt** der Zögling der Schule des Terrors >den wirksamen Hass, der aus dem Menschen eine effiziente, starke, selektiv und kaltblütig vorgehende Tötungsmaschine macht< … Dogmatisch, kalt und intolerant, ist der >Che< (wie sich Argentinier untereinander anreden) von völlig anderem Temperament als die offenen und warmherzigen Kubaner …"* (*„Das Schwarzbuch des Kommunismus"*, Seite 716)

Selbst die linke Tageszeitung *„taz"*, einst von einem gewissen Hans-Christian Ströbele ins Leben gerufen, traut sich am 09.10.2007 erstmals aus der Deckung … Unter der Überschrift *„Der Marlboro-Mann der Linken"* (Autor Toni Keppeler) wird mit dem Mythos „Che" Guevara gebrochen:

„… Ernesto Guevara war kein angenehmer Mensch. Er war – neben allen Verdiensten als Guerillero – eitel, launisch und autoritär. Ein ungepflegter Macho, der sich nur sehr selten wusch. Er konnte ungerecht sein und brutal und hatte bisweilen rassistische Ausfälle …"

*„… Am Ende dieses Reise-Tagebuchs wurde er unvermittelt radikal: >Ich werde für das Volk kämpfen und weiß, dass ich die Barrikaden und Schützengräben mit dem Geheul eines Besessenen stürmen, meine Waffen in Blut tauchen und rasend vor Wut jedem Besiegten **den Hals durchschneiden** werde< …"*

Keppeler legt dar, dass es sich dabei keinesfalls nur um leere Worte handelte: Guevara habe sich *„vorgedrängt"*, *den „ersten Verräter"* höchstselbst erschießen zu dürfen. *Eigentlich hatte Castro einem anderen den Schießbefehl gegeben. Dieser erzählte später: >Ich hatte mein Gewehr dabei. Aber dann zog plötzlich Che einen 22er Colt und jagte ihm – bumm – eine Kugel in den Kopf.< Guevara hat den Vorfall in seinem Tagebuch nicht erwähnt, ganz stolz aber, dass er nach der Eroberung der Stadt Santa Clara als Erstes zwölf Polizisten an die Wand stellen ließ.* ***Erschießungen, schrieb er, seien >eine Notwendigkeit für das kubanische Volk.<*** *Später richtete er das erste Arbeitslager Kubas ein, für Menschen, >die kleinere oder größere Vergehen gegen die revolutionäre Moral begangen haben.< Seinen Untergebenen im Industrieministerium drohte er, sie könnten dort >Ferien verbringen<, wenn sie nicht spurten …"*

„… Er glaubte, alles lasse sich mit Willenskraft und Gewalt durchsetzen, selbst eine Weltrevolution …“

Merkwürdigerweise hat der grüne „Friedenskämpfer“ Ströbele seinen Gefallen an Ernesto „Che“ Guevara gefunden: Am 18.12.2008 wird im so genannten BND-Untersuchungs-Ausschuss die Frage behandelt, wie es dazu kommen konnte, dass unter Kanzler Schröders rot-grüner Regierung der deutsche Auslandsgeheimdienst die US-Armee mit Lage-Informationen aus dem Irak versorgte, obwohl sich SPD und Grüne offiziell klar gegen den Krieg positioniert … und damit auch die Bundestagswahl 2002 knapp wieder gewonnen hatten. Ströbele als Ausschuss-Mitglied für die Grünen **fällt vor allem mit einer provokant positionierten Getränkedose auf, die das Konterfei des Ernesto „Che“ Guevara ziert** … Der Netzjournalist Dirk Hamel macht ein Foto und spricht ihn anschließend darauf an. Ströbele: *„Ja, das kann sein, dass das der Che Guevara ist, das Getränk ist so ein ganz süßes Zeug …“*

Ganz so unbefleckt kann der gute Mann aber schwerlich daherkommen. Auf Plakaten und Werbekarten zur Bundestagswahl 2009 lässt sich Ströbele sogar mit einem roten Schal zeichnen, auf dem ein gut sichtbares **„Che“-Guevara-Konterfei (!)** abgebildet ist. Dazu reckt er die umgekehrte Regenbogenfahne, Symbol der italienischen *„PACE“*-Bewegung, und damit das sichtbarste Zeichen gegen Krieg und Gewalt, in den Himmel. Wie der Herr so das Gescherr? Fragt sich nur, ob die reale „Friedensbewegung“ Herrn Ströbele nacheifert … oder andersrum.

Vielleicht sollte sich Hans-Christian Ströbele mal mit seiner Gattin, Frau Dr. Juliane Ströbele-Gregor, zu einem Fachgespräch zusammenfinden … die Altamerikanistin und Ethnologin war von 1989 bis 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lateinamerika-Institut (LAI) der „Freien Universität Berlin“, und beschäftigte sich viel mit der „Unterdrückung indigener Frauen“. Klar, dass die „Bösen“ immer die Kolonialherren, die weiße Oberschicht oder das „neoliberale Wirtschaftsdenken“ sind … und nicht etwa die linken *„Sandinisten“* Nikaraguas, welche mit ihrer Zwangsproletarisierung die Kulturen der Ureinwohner endgültig zerstört haben. ***„Sandinisten“*** gelten bei Ströbeles als etwas „Gutes“, ebenso wie früher der ***„Vietkong“*** in Südostasien. Wahrscheinlich könnte Frau Dr. Ströbele-Gregor ihren Mann auch davon in Kenntnis setzen, dass es der „Che“ vorzog, immer wieder Frauen zu schwängern, um sie dann sitzen zu lassen … der Revolution wegen, versteht sich.

– Kassieren für El Salvador? –

Mit „Revolutionen“ in Lateinamerika fühlen sich Ströbeles offenbar beide eng verbunden. Hans-Christian legte einst sogar selbst Hand an … so ist es zumindest überliefert: *„Waffen für El Salvador“*, das linke Kampfthema der jungen 80er Jahre …

Was wir in Deutschland über El Salvador in Erfahrung bringen können, klingt alles andere als eindeutig: Seit Jahrzehnten ist das kleine mittelamerikanische Land bereits von Gewalt, Armut und Überbevölkerung betroffen … selbst ein bizarrer *„Fußballkrieg“* gegen den Nachbarn Honduras wird 1969 geführt. 1979 übergibt das Militär die Regierungsgeschäfte an eine *„Junta“*, zu Deutsch „Ratsver-

sammlung“. Es wird Frieden mit Honduras geschlossen. Die Landwirtschaft wird mechanisiert, Stauseen errichtet … und der private Landbesitz eingeschränkt. Todesschwadronen, angeblich finanziert von Teilen der 14 Großgrundbesitzer-Familien, kämpfen mit Terror gegen die Reformen an. Es herrscht Hass … unterschiedliche Gruppierungen und Personen stehen sich unversöhnlich gegenüber … und am Ende schießt jeder gegen jeden.

Der Bürgerkrieg in El Salvador ruft die west-deutschen Linken auf den Plan … ausgerechnet gegen die eher linksgerichtete Reform-Regierung. Ihr Vorwurf: Die Übergangsführung unter Mitwirkung des ehemaligen Oppositionellen-Führers José Napoleon Duarte arbeite zu eng mit den Amerikanern zusammen. Ob jene 2,3 Millionen Salvadorianer, die in den USA eine Zuflucht bekommen haben (= ein gutes Drittel des Volkes), auch alles *„Verräter“* sind?

Das Ende vom Lied? Waffen in El Salvador.

„… El Salvador, im Hinterhof Amerikas gelegen, gerade so groß wie Hessen und 10 000 Kilometer davon entfernt, entwickelt sich zum Integrationsfaktor für die ansonsten ***zerstrittenen*** *Linken in der Bundesrepublik – ähnlich wie einst, Ende der 60er Jahre, der Vietnam-Krieg. Der Kleinstaat steht mittlerweile als Synonym für das massive Engagement der USA in Zentralamerika, für westlichen Imperialismus schlechthin – das macht die Sache so einsichtig für alle, die der moralischen Weltmission der Amerikaner von jeher misstraut haben …“*, schreibt das Nachrichten-Magazin *„DER SPIEGEL“* am 10.05.1982.

Klar, was das bedeutet: Demonstrationen auf den Straßen … die Besetzung des Kölner Doms und des „Dreikönigstreffens“ der FDP … und natürlich Pflastersteine gegen das amerikanische Konsulat in Bremen, sowie eine Bank und ein Kaffeegeschäft in Hamburg.

Weiter heißt es im *„SPIEGEL“*: *„… Das Interesse für den mittelamerikanischen Staat zeigt das* ***Ende eines politischen Katers*** *an, der den Linken seit Mitte der siebziger Jahre als Folge des amerikanischen Debakels in Vietnam zu schaffen machte. Der* ***„Sieg im Volkskrieg“, den APO-Demonstranten in Berlin 1968 herbeiwünschten,*** *verband sich für viele Linke mit der Hoffnung auf einen gänzlich neuen Typ von Menschen, der da anschließend am Ho-Tschi-Minh-Pfad entstehen sollte. Die Vorstellung hatte Enttäuschung und Sprachlosigkeit zur Folge, als sich herausstellte, dass die vietnamesischen Kommunisten* (BS: mit denen auch Ströbele bis heute öffentlich sympathisiert) *mit ihrer neu gewonnenen Macht auch nicht eben zimperlich umgingen …“*

Die Linken machen nun, was sie besonders gut können: Geld eintreiben. „Leider“ haben sie noch nicht den Einfluss, das „Kapital“ zu enteignen. Sie sind auf Spenden angewiesen … und die fließen auch.

– Der SPD-Ortsverein Ohlbach spendet **350 Mark** für Mittelamerika.
– Das *„Dritte-Welt- und Umweltschutzforum Regentropfen“* in Offenburg gibt **1.500 Mark** für „Bewusstseinsbildung und Flüchtlingshilfe“.
– Die Studentenvereinigung *„Christen für Salvador“* aus Münster sammelt in nur acht Wochen **150.000 Mark** zusammen.
– Die Gewerkschaft „IG Druck“ bringt mit der Kampagne *„Ein Stundenlohn für El Salvador“* **180.000 Mark** in die Kassen.

Entwicklungshilfe … politisch zwar korrekt, aber für eingefleischte Linke langweilig. Auf „böse Reaktionäre“ schießen … das liegt manchem schon eher. Und so ist es kein Zufall, dass die linke Tageszeitung *„taz“* mit ihrer Kampagne *„Waffen für El Salvador“* den größten aller Geld-Erfolge erzielt … **4.737.755 Mark und 10 Pfennige** sammelt das Meinungsmedium nach eigenen Angaben von 1980 bis 1992 zusammen. **Kassenwart und Justitiar: Der Rechtsanwalt und „taz“-Gründer Hans-Christian Ströbele.**

Waffen … das heißt Kriegsführung … das heißt Menschen töten! Was dies mit Pazifismus zu tun hat? Gar nichts!

Um den Vorgang für die Nachwelt festzuhalten, sollte hier der Original-Aufruf der *„taz“* vollständig wiedergegeben werden. Auf anwaltlichen Rat werden wir jedoch zum Teil nur indirekt zitieren:

„Montag, 03.11.1980 – die Tageszeitung

Aufruf – Waffen für El Salvador

Der Krieg in El Salvador ist in eine neue Phase getreten. Die Militärregierung, unterstützt von den USA, Guatemala und Honduras, hat mit ihren Truppen und den von den USA bezahlten, ausgerüsteten und befehligten Söldnerkommandos eine groß angelegte militärische Offensive zur Ausrottung der Opposition eingeleitet. “

Es wird behauptet, die Führung von El Salvador, ja das *„gesamte(n) oligarchische(n) Herrschaftssystem(s)“* könne nur mit einer Gewaltoffensive überleben. Die Opposition wäre deshalb gezwungen, sich zu vereinen. Ziel sei nun ein elementarer Wandel der politischen und sozialen Verhältnisse im Land.

„Die Opposition wird von allen politischen Strömungen gebildet, die nicht direkt an den militärischen Machtapparat oder an die Interessen der Oligarchie gebunden sind. Die in der Demokratischen Revolutionären Front (FDR – Frente Democratico Revolucionario) zusammengeschlossenen Kräfte, die von den noch ein Jahr zuvor an der Regierung beteiligten Christdemokraten über Sozialdemokraten, Kirchenleuten bis hin zu revolutionären Volksorganisationen der Landarbeiter reichen, haben sich in einem langen Prozess der Auseinandersetzung

und Vereinheitlichung auf das Programm einer Demokratischen Revolutionären Regierung geeinigt und eine Gegenregierung gebildet.“

Die Freischärler hätten sich schon vor Monaten zu einem einheitlichen Dachverbund zusammengefunden, heißt es weiter. Name der Bewegung: FFMLN *(„Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional“)*. Nach Einschätzung der *„taz“* genössen die Regierungsgegner *„breiteste(r) Unterstützung aus der Bevölkerung“*, vor allem bei Landarbeitern und Ghettobewohnern, also den Armen.

Die Autoren blicken auf das Nachbarland Nikaragua: Der Sturz der laut *„taz“* „pro-amerikanischen“ Regierung wäre deshalb geglückt, da militärischer Kampf und politische Mobilisierung gleichzeitig stattgefunden hätten. Eine *„Befreiungsarmee“* könne einen allgemeinen Aufstand in einen *„organisierten Volkskrieg überführen“*. Und genau davor hätten die Herrschenden von El Salvador große Angst. Angriff als beste Verteidigung wäre demnach ihre Antwort.

„Denn noch ist die Guerilla militärisch nicht stark genug, den Kampf bestehen zu können. Was das entscheidende ist: Es fehlt ihr an Waffen, um eine Bevölkerung, die nur noch im bewaffneten Aufstand ihre Überlebenschance sieht, zu bewaffnen.

Die Großoffensive der Regierungstruppen seit Anfang Oktober und die massive Intervention der USA sollen die Widerstandskräfte zerschlagen. Das heißt aber heute in El Salvador: Einen Völkermord am eigenen Volk begehen. So hat das Militär, um die Guerilla zu zerschlagen, damit begonnen, die Landbevölkerung auszurotten.“ Mindestens 3.000 Bauern wären in einer eingekesselten Provinz bei Bombenangriffen ums Leben gekommen. Etwa 70.000 Menschen befänden sich auf einer aussichtslosen Flucht.

„Das Vorgehen des salvadorianischen Militärs zeigt die Handschrift seiner US-Berater. Es ist die Handschrift des Vietnam-Krieges, des >Phoenix-Programms<: Wo die Guerilla starken Rückhalt in der Bevölkerung hat, gibt es keine Zivilbevölkerung mehr – es darf auf alles geschossen werden, was sich bewegt …

Diesen Vernichtungskrieg wird das Volk El Salvadors nur überstehen können, wenn es siegt. Ein anderer Frieden ist nicht möglich – er würde bedeuten, die ganze Bevölkerung schutzlos einem Regime auszuliefern, das nicht zögert, Hunderttausende zu ermorden, um seine Herrschaft auf Jahrzehnte zu sichern, wie ein hoher Heeresoffizier ankündigte.“

Dies wäre nicht nur eine Rechtfertigung der Freischärler, sondern auch die gemeinsame Auffassung von Kirche, Menschenrechtskommission, Sozialdemokraten und Christsozialen in El Salvador, heißt es weiter.

„Sieg oder Tod“ …

„… diese Parole ist in El Salvador blutiger Ernst. Zum Sieg aber bedarf es der Waffen.

Wir fordern Euch auf, der nordamerikanischen Intervention entgegenzutreten und das Volk von El Salvador nicht waffenlos seiner Vernichtung zu überlassen!

Die taz hat sich noch nie mit einem Aufruf wie diesem an ihre Leser und an die deutsche Linke gewandt. Seit Bestehen der Zeitung haben wir versucht, ausführlich, kritisch und doch parteiisch über die politischen Auseinandersetzungen in Mittelamerika zu berichten. Das war auch der Versuch, das Schweigen und die

Lügen der bundesrepublikanischen Medien zu durchbrechen und das Entstehen einer Solidaritätsbewegung zu unterstützen.

Wenn wir nach langer und kontroverser Diskussion diesen Aufruf an Euch richten, so ist uns die politische Problematik bewusst. Die Entwicklung, die Widersprüche, auch das Scheitern oder die Perversion von Befreiungsbewegungen und Revolutionen, die in den letzten Jahrzehnten unsere Solidarität gefordert haben, muss die Linke sehr kritisch diskutieren." Ströbeles Leute argumentieren geschickt: Wer Sorge vor weiterem Blutvergießen oder einer neuen Diktatur habe, müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den souveränen Anspruch auf Eigenbewältigung von inneren Widersprüchen zu missachten. Neokolonialismus! *„Die Solidaritätskomitees haben mit ihren Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Aktionen, Besetzungen darum gekämpft, die Öffentlichkeit zu informieren und zu mobilisieren. Auch sie stehen vor der Notwendigkeit, selbstverständlich weiterhin die Unmenschlichkeit der Lebensverhältnisse, die ständige Verletzung der Menschenrechte darzustellen und humanitäre Unterstützung zu mobilisieren, andererseits aber nicht dabei stehen zu bleiben. Sie müssen die politische Alternative, die revolutionäre Umwälzung, benennen und unterstützen – und den einzigen Weg dahin* (BS: falscher Satzbau) *ist in El Salvador der bewaffnete Kampf."*

Es folgt der Hinweis, wie Geld zu den Verantwortlichen fließen könne:

„Waffen für El Salvador
Spendet für das Überleben und den Sieg eines Volkes!
Postscheckkonto Berlin/West
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10

Freunde der alternativen Tageszeitung e. V.
1000 Berlin-65; Sonderkonto

Wir garantieren dafür, dass das Geld ***direkt*** *an die FFMLN (Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional) in El Salvador weitergeleitet wird.*

Die Mehrheit in der Tageszeitung"

Nach dieser Lektüre sollte man sich eines vergegenwärtigen: Dass zur selben Zeit die Sowjetunion in Afghanistan einfällt … oder der Irak gegen den Iran einen Krieg beginnt ... das berührt die Alternativen nicht … und dies, obwohl in beiden Auseinandersetzungen jeweils mehr als eine Million Menschen ums Leben kommen werden. In den 90er Jahren kämpft Hans-Christian Ströbele mit allen Mitteln dagegen an, dass die NATO in Bosnien mit Militärgewalt Schutzkorridore für die Zivilbevölkerung einrichtet. Er schwadroniert von einer angeblichen Gefahr der militärischen Logik, die dazu führen würde, dass die Regierung das Volk nur darauf vorbereite, Wirtschafts- und Anti-Flüchtlings-Kriege zu führen (*„RBB"*, 02.04.1998, *„Christian Ströbele – Linker Grüner auf dem Weg zur Macht?"*). 100.000 Menschen sterben in Bosnien von 1992 bis 1995. Vor allem der militärische Druck der USA beendet das Gemetzel.

Dem Konflikt in El Salvador fallen von 1980 bis 1992 offiziell 70.000 Menschen zum Opfer. Hier ist Ströbele unbedingt dafür, Waffen an gemeinhin unbekannte

Gruppierungen zu liefern … die, wie alsbald klar wird, auch untereinander zerstritten sind. Als im März 1983 die Rebellen-Kommandantin „Melida Anaya Montes“ durch ihre eigenen Mitkämpfer ermordet wird, ist die linke Öffentlichkeit in der fernen BRD entsetzt. Nur Hartgesottene wie Ströbele halten munter an der Kampagne fest. 1984/85 beginnt der mittlerweile frei gewählte Präsident Duarte Verhandlungen mit den Aufständischen … die entführen zum Dank dessen Tochter, um Gefangene freizupressen.

Mit einer Generalamnestie 1993 kehrt im Land vorläufig Ruhe ein. Erst bei den Wahlen von 2009 wird es den ehemaligen Buschkämpfern gelingen, eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu bringen … und den Präsidenten zu stellen.

Wie sieht sie heute aus … die Lage im „befreiten“ El Salvador?

– Der Geist ist aus der Flasche –

Unter der Überschrift *„Der Märtyrer der Armen“* schreibt die *„Berliner Zeitung“* am 20./21. März 2010 in einem Reisebericht:

„…Das Haus gegenüber steht leer. Die Bewohner wurden umgebracht. >Niemand weiß warum<, sagt der 17jährige. Sein Onkel wurde vor vier Jahren ermordet. Rico, der Sohn der Nachbarin, ist verschollen. Eine Cousine musste sterben, weil sie die Liebe eines Anführers einer Bande verschmähte …“

„… Seit Jahrzehnten prägt Gewalt den Alltag in dem mittelamerikanischen Land …“

„… Zwischen 13 und 15 Menschen werden pro Tag in El Salvador umgebracht – die höchste Mordrate Lateinamerikas …“

In der Ausgabe der „Berliner Zeitung“ vom 22. bis 24. Mai 2010 schreibt Thomas Schmid über die Gewalt der *„Maras“*-Banden in Mittelamerika:

„… Die Ursprünge der Mara-Banden liegen in den 80er Jahren. Damals herrschte in El Salvador ein Bürgerkrieg, der 75.000 Tote forderte …“

„… 13 Sekunden lang muss sich ein Jugendlicher, der der >Mara Salvatrucha< (Mara 13) beitreten will, den Fäusten und Fußtritten seiner künftigen Kumpel aussetzen. Der Bandenboss zählt laut mit, und er zählt langsam. Mädchen – sie stellen nur eine kleine Minderheit der Mareros – haben die Alternative, sich von drei Jungen vergewaltigen zu lassen. Ein vollwertiges Mitglied ist erst, wer jemanden getötet hat …“

„… Die meisten Todesopfer der Maras sind Aussteiger, denn keiner kann der Bande ungestraft den Rücken kehren. Oder es sind Mareros, die ihren Aufgaben nicht nachkamen. Es folgen Morde an Mitgliedern verfeindeter Maras, mit denen man sich um ein Territorium streitet. An dritter Stelle erst kommen Leute, die sich nicht erpressen ließen. Auch sie sind in der Regel Angehörige der untersten Schichten. ***Gerade in Armenvierteln leiden die Menschen am meisten unter den Maras.*** *Mareros erpressen einen Obolus von Kindern am Eingang der Schule, von Arbeitern vor dem Fabriktor, von den Fahrern der Busse sowieso, manchmal auch von den Passagieren …“*

Ganz offensichtlich hat El Salvador heute das Problem, nicht zu wenige, sondern **zu viele** Waffen zu besitzen … und vor allem sind diese breit verteilt. Wäre es

nicht eine Frage des Anstands, wenn Ströbele und seine *„taz“* nun eine Sammelaktion zur *„Entwaffnung für El Salvador“* veranstalten würden?

Ja, klar … aber das bringen die Ideologen nicht übers Herz. Auf eine Anfrage, wie die Gewalt heute zu bewerten sei, mag die *„taz“* nicht antworten.

Bernd Päschke, einer der Waffen-Geldsammler, sagte damals: *„Wir können uns hier nur politisch gegen den Völkermord in Mittelamerika einsetzen, die Fehler sind die Sache der Leute vor Ort.“*

Götz Aly, heute ein anerkannter Historiker, verteidigt seine Beteiligung bei der *„taz“* am 22.03.2011 gegenüber der *„Berliner Zeitung“* so: *„Christian Ströbele sammelte unermüdlich Geld unter dem Motto >Waffen für El Salvador<, ich versuchte die zahlreichen Freunde des bewaffneten Kampfes in Palästina in Schach zu halten, ebenso eine Pädophilen-Gruppe, die – nach dem Muster der Feministinnen und der Schwulen – eine regelmäßige und >unabhängige< Seite forderte.“*

Ströbele selbst ist dagegen bis heute uneinsichtig. Gegenüber dem *„Tagesspiegel“* sagt er am 16.04.2004:

„Die taz-Spendenaktion >Waffen für El Salvador< war vom ersten Tag an umstritten. Von den Kirchen über die Unis bis zur >taz<-Redaktion wurde heiß diskutiert: Geld für Waffen für den Befreiungskampf zu sammeln, ist das legitim, ethisch und politisch zu vertreten? Ich fand: ja.“ Ströbele sagt weiter, die Militärregierung habe mit Beistand aus Washington die salvadorianische Opposition vernichten wollen. *„Es reicht!“* … Das wäre schließlich das Empfinden auf die Erschießung eines *„fortschrittliche(n) Erzbischof(s) vor dem Altar in seiner Kirche“* gewesen. *„Nach elf Jahren, am 20.1.1992, wurde die Kampagne beendet, 4,7 Millionen Mark waren zusammengekommen. Zur Geldübergabe flog immer einer von uns rüber, mit 200.000 Dollar in Plastiktüten. Die >Commandantes< von vier Guerillagruppen zählten Schein für Schein und quittierten per Unterschrift.* ***Ich glaube übrigens nicht, dass mit dem Geld Waffen gekauft wurden.*** *Aber die Aktion >Mullbinden für El Salvador< wäre keine gesellschaftliche Provokation gewesen.“*

Nanu … „Glauben“? Heißt das etwa, es wurde am Ende gar nicht ausgewertet, was nun mit dem Geld geschehen ist? Warum spricht Ströbele dann im Buch *„Die taz – Eine Zeitung als Lebensform“ (ISBN 978-3-446-20942-8)*, 2007 von Jörg Magenau herausgebracht, davon, dass *„die Guerilla sich davon* ***mehr Wollden ken als Waffen*** *gekauft“* hätte? Was denn nun? Gar keine Waffen … oder doch ein paar Waffen? Mullbinden oder Wolldecken?

Und wen meint Ströbele mit „einer von uns“, der nach El Salvador flog … Die *„taz“* schrieb doch, dass Hans-Christian Ströbele höchstselbst die Übergaben vollzog. Zitat, 06.06.2009: *„In den 80er-Jahren brachte er nicht nur das bei der taz-Kampagne >Waffen für El Salvador< gesammelte Geld zu den >Guerilleros< in Mittelamerika. Er hatte auch seinen selbst gebackenen Christstollen dabei.“* Warum überhaupt finden sich auch keine Berichte davon, wie sich die Investitionen anschließend vor Ort „entwickelt“ haben? Die Spuren linksdeutscher Waffenhilfe verschwinden nicht etwa im Urwald … sondern bei der Person Ströbele. Er könnte Licht ins Dunkel bringen. Aber er mag auf die Nachfragen nicht antworten.

– Wer verdiente am Krieg? –

Die Neugierde hat mich gepackt … ein Anruf bei der salvadorianischen Botschaft ist nötig. Botschafterin Anita Cristina Escher Echeverria stehe grundsätzlich für ein Gespräch zur Verfügung, sagt Verwaltungsassistent **Rafael Zaldivar** im Oktober 2011. Doch dann: Mehrere schriftliche Anfragen … und zahlreiche Anrufe später … mal kümmere sich die Botschafterin um Hochwasser-Opfer, dann um Spenden … schließlich sei sie auf Reisen … dann zu beschäftigt … dann wieder krank … und am Ende wäre mein schriftlicher Antrag nicht mehr aktuell. Im Mai 2012 ist endgültig klar: Über das Thema *„Waffen für El Salvador“* will man seitens der Botschaft nicht reden. Warum eigentlich nicht? Viele Entwicklungsländer der Welt ringen doch geradezu um Gründe, um noch mehr Hilfsgelder beanspruchen zu können … El Salvador hätte doch allen Grund, zu kritisieren, dass mit aus Deutschland finanzierten Waffen heute noch Mord und Totschlag im Lande betrieben würde. Doch nichts dergleichen … weder die alte, noch die neue Regierung stellte derartige Forderungen auf. **Man schweigt generell zum Thema *„Waffen für El Salvador“.***

Ich erzähle **Prof. Dr. Bernd Rabehl**, einem jahrelangen Wegbegleiter Ströbeles im *„Sozialistischen Deutschen Studentenbund“* (SDS), von dem Problem: Er macht eine lapidare Handbewegung … *„Solche Aktionen waren bei der alternativen Bewegung eben Konsens. Ströbele hat sich dem einfach angepasst. Ob aber jemals Waffen in El Salvador angekommen sind, das wage ich mal zu bezweifeln.“*

Jetzt wird es also immer bunter … dass Ströbele Gewaltlosigkeit predigt, wenn seine politischen Gegner in den Krieg ziehen … er ansonsten aber keine Berührungsängste mit „dem Schwert“ hat … das haben wir schon gelernt. Gut … aber ob Worte und Taten am Ende zusammenpassen … das ist offenbar noch eine ganz andere Sache.

Einem Gedankenspiel kann man sich schließlich nicht verschließen: Was wäre eigentlich, wenn die rechtslastige *„National-Zeitung“* eine Kampagne mit dem Titel *„Waffen für Palästina“* starten würde … damit sich die Hamas *„gegen israelische Angriffe verteidigen“* könne … Schon vor Veröffentlichung würden doch Polizei und Geheimdienste die Büros in München einrennen … und „den Laden dicht machen“. So sieht es das Völkerrecht ja theoretisch auch vor: Das Gewaltmonopol liegt bei den „Nationalstaaten“. Kein Staat darf einen anderen Staat untergraben … es sei denn nach einer offiziellen Kriegserklärung. Die Beziehungen zwischen der west-deutschen Bundesregierung und der Regierung von El Salvador waren jedoch intakt. Wie soll es da eigentlich für eine privat organisierte Gruppe in aller Öffentlichkeit möglich gewesen sein, Waffen für eine feindliche Rebellion zu sammeln … zumal die Bundesrepublik nach wie vor unter der Besatzung der Westmächte, also auch der USA, gestanden hat? Wo war der Staatsschutz? Wo das BKA? Wo war die Hysterie so kurz nach dem „Deutschen Herbst“ und der Einführung des Paragraphen 129a, der „Mitgliedschaften in einer terroristischen Vereinigung“ bisweilen sehr weit auslegte?

Max Thomas Mehr, ein Mit-Gründer der *„taz“*, offenbart im Februar 2012 im Magazin *„Cicero“*: *„… Da in der selbst verwalteten Zeitung jede Stimme gleich viel zählte, hatten nicht die Journalisten, sondern der Apparat schnell die Mehrheit, und Ströbele verstand es, diese Mehrheit zu nutzen. Zum Beispiel für die Kampagne >Waffen für El Salvador<, bei der die >taz< seit 1980 mehr als vier*

Millionen D-Mark für eine Guerillabewegung sammelte, die später einen ihrer Führungsleute, die sich >Kommandantin< nannte, wegen angeblicher Kollaboration exekutierte. ***Die öffentliche Aufarbeitung der fragwürdigen Geldsammlung und ihrer Folgen fiel später dürftig aus.*** *Ströbele beendete die Kampagne 1992. Ein paar Jahre später begründete er dies in der >taz< mit dem blassen Satz: >Die Verhältnisse haben sich geändert … < Auf die Frage, ob es sich gelohnt habe, antwortete er lapidar:* ***>Für die Leser schon, das war identitätsstiftend.<*** *Die Guerilla hatte Anfang der neunziger Jahre Frieden mit den Militärs geschlossen und damit wohl ihren >identitätsstiftenden< Heiligenschein endgültig eingebüßt …"*

Demnach war also von Beginn an klar, dass es sich bei Ströbeles Kampagne nicht um ein außen-, sondern um ein rein innenpolitisches Problem handeln sollte!? Was aber geschah dann mit dem Geld?

Über die Feiern zum 30. Geburtstag seiner Zeitung schreibt der *„taz"*-Journalist S. Bergt am 17.04.2009 unter der Überschrift *„Die Urhorde langsam zivilisiert"*, ob bewusst oder unbewusst, drei verhängnisvolle Sätze:

„… Auch das Publikum freut sich über Erinnerungen wie an die Aktion >Waffen für El Salvador<. Die ist für Anwalt Ströbele mittlerweile zu einer ***juristischen Herausforderung*** *geworden. Denn ein Teil des Geldes ist nicht ausgegeben und der Verein, der damals sicherstellen wollte, dass das Geld auch ankommt, existiert nicht mehr …"*

Wie hieß es doch gleich im Aufruf von 1980: *„Wir garantieren dafür, dass das Geld* ***direkt*** *an die FFMLN (>Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional<) in El Salvador weitergeleitet wird."* Diese Bewegung hat nie aufgehört zu existieren.

Dass 17 Jahre nach Einstellung der Aktion ganz nebenbei herauskommt, dass „ein Teil des Geldes" immer noch unter der „juristischen Verwaltung" des Herrn Ströbele ganz allein steht … ohne dass darüber mal irgendwo offiziell geredet worden ist … das ist auch angesichts aller Widersprüchlichkeiten zur Kampagne *„Waffen für El Salvador"* ein bemerkenswerter Vorgang. Zumal bei einem „moralischen Ankläger", der Staatsmännern wie Kohl oder Wulff süffisant Kleinigkeiten unter die Nase rieb. Statt „Gebt das Hanf frei!" könnte nun die Forderung gestellt werden: „Gebt das Geld frei!"

Ob die fast fünf Millionen Mark, immer noch in den berüchtigten *„Aldi"*-Tüten verpackt, irgendwo herumstehen? Oder ist die „juristische Herausforderung" etwa Folge einer Investition ganz anderer Art? Ströbele mag auf mehrere Anfragen nicht antworten. Nur die *„taz"* schreibt nach fast fünf Wochen einen kurzen und knappen Brief: Schlicht umgerechnete *„2.200 Euro"* wären noch übrig geblieben … wo die „juristische Herausforderung" liegen soll, wird nicht gesagt. Die *„taz"* habe regelmäßig von Geldübergaben an die Rebellen berichtet und Quittungen veröffentlicht, heißt es weiter. Auf die Nachfrage, in welchen Ausgaben dies geschehen sei, erhalte ich keine Antwort mehr. Im „Landesarchiv Berlin" finde ich beim Überfliegen keine entsprechenden Hinweise ... Recherchiere ich zu oberflächlich? Somit besteht Einigkeit und Klarheit nur in einer Frage: ***„Wofür genau die Spenden im Einzelnen konkret verwendet wurden, ist der >taz< nicht bekannt."***

Wer glaubt, die „friedenspolitische Agenda“ des Herrn Ströbele sei damit bereits hinreichend gewürdigt … der irrt. Und zwar gewaltig.

– „Die Opfer sind Täter“ –

Es ist kein Zufall, dass Ströbele 2003 wacker an den Demonstrationen gegen den US-Einmarsch im Irak teilnimmt. Schon 1991 sprang er Saddam Hussein zur Seite. Zu Beginn einer Reise der Grünen-Delegation nach Israel äußerte er gegenüber dem Journalisten Henryk M. Broder: *„Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels.“* Zum Hintergrund: Der Irak hatte das Nachbarland Kuwait militärisch besetzt … mit einem Mandat der Vereinten Nationen vertrieb anschließend eine Allianz unter Führung der USA die Truppen des irakischen Diktators wieder aus dem Emirat. Als Reaktion feuerte Saddams Armee Raketen gegen das feindliche Saudi-Arabien … und auf das **neutrale** Israel. Der Judenstaat verzichtete auf Vergeltung, um die US-Mission am Golf nicht zu gefährden. Tel Aviv beteiligte sich bewusst nicht am Golfkrieg … und soll trotzdem selbst schuld an den Angriffen gewesen sein?

Autor Broder kommentiert das so: *„Israel galt ihnen* (BS: den Linken) *als Hort des Bösen, die so genannten Volksdemokratien außenrum wurden gefeiert. Oder wenn ich an Ströbele denke, den Prototypen des linken Antisemiten: Der wollte Israel keine >Patriot<-Raketen gegen Saddams Giftgas zukommen lassen – hatte aber keine Schwierigkeiten mit der Kampagne >Waffen für El Salvador<.“* Antisemit? Wirklich treffend ist der Begriff wohl nicht. Ströbele hat mit linken jüdischen Rechtsanwälten zusammengearbeitet (Friedrich Karl Kaul, Klaus Eschen) … und dennoch gibt es eine linksextreme Auffassung vom „Anti-Zionismus“. Diese Vertreter sprechen dem jüdischen Volk das Recht auf einen eigenen Staat ab … wie sie auch generell „Nationen“ ablehnen … und würden die Juden lieber wieder *„in ihren Herkunftsländern integrieren“.*

Ströbele würde argumentieren, dass die *„offene Palästinenser-Frage“* die Araber eben provoziere … mit allen Konsequenzen, wie eben Raketen aus dem Irak. Dies ist ein politischer Standpunkt … aber eben **kein** pazifistischer. Die Auslassungen sorgen für Ärger … die grüne Israel-Reise wird vorläufig abgebrochen … Ströbele tritt vom Amt des Mit-Vorsitzenden der Grünen zurück. Schade, eine offene Auseinandersetzung über die weit verbreitete Israel-Abneigung bei den Linken wäre wohl besser gewesen.

Nicht immer vertrat Ströbele seine „friedensfeindlichen“ Absichten mit offenem Visier. So berichtet Ex-*„taz“*-Mann Max Thomas Mehr: *„… Unter Pseudonym schrieb Ströbele auch krude Kommentare in schlechtem Juristendeutsch. Etwa gegen die polnische >Solidarnosc<, von der er befürchtete, dass die ein bisschen >enger ran an den Westen< wollen, >um teilzuhaben an dem Glanz und Reichtum … der auf Kosten und den Knochen des Restes der Erde besteht ...“* (Quelle: *„Cicero“* 02.2012) Worum ging es? Die Volksrepublik Polen wurde ab 1980 von inneren Unruhen erschüttert … die *„Solidarität“* gründete sich als erste freie Gewerkschaft und forderte die kommunistische Regierung mit Streiks und Protesten politisch heraus. Die Führung reagierte mit dem Kriegsrecht: Panzer auf den Straßen, Ausgangssperren, Uniformierte im Fernsehen. Tausende wurden interniert, rund 100 Personen sollen ums Leben gekommen sein. 1989 war das System dennoch am Ende.

Ströbele, der in der freien Bundesrepublik mit ganzer „Überzeugung“ die „Bürgerrechte“ von Terroristen, Mördern und Vergewaltigern verteidigt, verweigerte dem polnischen Volk grundlegende Beteiligungsmöglichkeiten? Das ist ganz und gar nicht der Hans-Christian Ströbele, den wir zu kennen glaubten. Oder haben wir einfach nicht genauer hingeschaut?

– Advokaten des „Bösen“ –

Gemeinhin werden die Grünen heute als Umweltpartei wahrgenommen. Tatsächlich gab es Gruppierungen in West-Deutschland, die sich ernste Sorgen ums „Waldsterben“ oder die „Grenzen des Wachstums“ machten. Doch alsbald fand auch eine Unterwanderung durch linke Ideologen statt. Sozialistische Systemzerstörer. Christlicher Glaube, Patriotismus, Geschlechterrollen, Unternehmergeist, Soldatenethos … das waren ihre Feindbilder. Und so war der Kampf für bewusst unbezahlbare Visionen auch schnell ein Mittel, das verhasste Gesellschaftsgefüge unter Druck zu setzen. „Teile und Herrsche“, das alte politische Leitprinzip aus römischer Zeit beherrschen auch rote Kader seit jeher. Die unentwegte Benennung angeblicher Ungerechtigkeiten … das brachte schnell Menschen gegeneinander auf. Arm gegen Reich. Frau gegen Mann. Bürger gegen Staat. Die Ideologen sammelten die erfolgreich Entwurzelten schließlich ein … zum eigenen Vorteil. Politisches Ziel ist indes ein sozialistisches System, in welchem eine (möglichst nicht mehr dem Gesetz unterworfene) Ideologen-Elite über „gut“ und „böse“ richten kann … für den Einzelnen würde dies das Ende von Freiheit bedeuten.

Die Linken haben Sendungsbewusstsein. Sie kämpfen für Ansichten, die sie als „richtig“ und „alternativlos“ betrachten. Mit allen Mitteln. So entschied das Landgericht Bonn am 01.12.1986 nicht ohne Grund, dass folgende Aussage zulässig sei: ***„Die Grünen distanzieren sich nicht von Gewalt.“***

Vor allem die *„Grüne Alternative Liste“* Hamburgs und die *„Alternative Liste“* West-Berlins pflegten ihre **Sympathien für Hausbesetzer und Straßenkämpfer**. In letzterer Gruppierung spielte Hans-Christian Ströbele eine entscheidende Rolle. Es gab interne Debatten um die Nicht-Anerkennung des staatlichen Gewalt - monopols und die Nicht-Distanzierung von autonomer Gewalt … Ströbele trat hier weder als Brandstifter, noch als Pazifist in Erscheinung, wie Zeitzeugen und Archivtexte belegen. Er suchte einen Mittelweg … den **Weg, der die Öffentlichkeit beruhigen, und die eigenen Leute trotzdem sammeln sollte**.

Dieses Verhaltensmuster zeigte der Polit-Jurist auch in seinem Verhältnis zur **Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“**, von der bekannt ist, dass sie die Bundesrepublik von 1970 bis 1998 mit blutiger Gewalt überzog. 34 Morde, mehrere Entführungen, zahlreiche Banküberfälle und Sprengstoffattentate mit vielen Verletzten und erheblichen Sachschäden werden ihr zugerechnet. Ziel war es, das *„Schweinesystem“* von innen zu zerstören, um den Boden für eine sozialistische Gesellschaft zu bereiten … Bürgerkrieg! Deutsche gegen Deutsche.

Bereits an ihrem „Gründungstag“, der Gefängnisbefreiung von Andreas Baader 1970, werden zwei „Unbeteiligte“ schwer verletzt. Doch auch so genannte „erfolgreiche Operationen“ offenbaren das Menschenbild der roten Fanatiker: Jürgen Ponto wird 1977 in seinem Haus erschossen. Sein „Vergehen“: Er ist Vorstandssprecher der Dresdner Bank. Das Vorgehen: Die RAF-Attentäterin Susanne Albrecht ist Schwester des Patenkindes von Ponto. So schöpft die

Familie keinen Verdacht, als sich Albrecht zu Besuch anmeldet … sie erscheint mit Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar … und hat einen Strauß Rosen zur Begrüßung dabei. Es sind die letzten Minuten des zweifachen Familienvaters … der in Anwesenheit seiner Gattin niedergestreckt wird.

Je mehr auch aktuell die Unzufriedenheit im Lande wächst, desto öfter kann man auf der Straße hören: *„Das war doch eigentlich mal ganz gut … da haben welche etwas gegen die Bonzen und Politiker gemacht!“* Traurig, wenn Verbrechen auf Sympathien stoßen … So brutal und ungerecht ihr Krieg gewesen ist, so brutal und ungerecht hätte sich auch das sozialistische System dargestellt, für das die Terroristen, die sich selbst später als „Kriegsgefangene“ bezeichneten, gekämpft haben. „Wer Unkraut sät, wird kein Getreide ernten“, wusste schon William Shakespeare.

„Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist ***kein*** *Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.“* Worte des Hasses von RAF-Mitgründerin Ulrike Meinhof.

Viele der Täter von einst haben Suizid verübt … andere sehen „politische und strategische Fehler“ … und doch rennt manch Linksextremer unbehelligt durchs Land und darf die Leiden anderer verharmlosen.

Der linke Diskussionszirkel um **„Dr. Seltsam“** trifft sich am 04.09.2011 wieder einmal in Berlin-Kreuzberg. Heute wollen sie sich gegenseitig erzählen, dass RAF-Gefängnisinsassen vom Staat getötet worden wären. Promi-Gast: Hans-Christian Ströbele, ehemaliger Rechtsanwalt der RAF-Terroristen.

Die Aufmerksamkeit gilt Musiker „Detlev K.“ … er spielt mit seiner Gitarre ein Lied:

„Ich wollte nie ein Bulle sein, denn Bullen sind nur Dreck … Ich war viel lieber Terrorist und bombte alles weg … und hab‘ ich in der Schulbank einen RAF-Stern reingekratzt, ist unser fettes Rektorschwein vor Wut dann fast geplatzt …

… Die Bonzen haben sich eingeschissen, hat man RAF gesagt … die waren Ihr Albtraum und Ihr habt sie jede Nacht gejagt …

… Rote Armee Fraktion, Ihr wart ein geiler Haufen … Rote Armee Fraktion, mit Euch ist was gelaufen … Rote Armee Fraktion, Ich fand Euch immer Spitze … Leider war ich noch zu klein, um bereits bei Euch dabei zu sein … doch mein Herz schlug damals schon für die Rote Armee Fraktion …“

Der Saal applaudiert. Moderator „Dr. Seltsam“, der mit bleichem Gesicht und roter Fliege wirklich ein wenig seltsam wirkt, spricht nach diesem „künstlicheren Erguss“:

„Danke für den Beitrag. Hans-Christian … Du klatschst nicht?“

Ströbele antwortet: *„Ich habe gar nicht aufgepasst!“*

„Ach so“, sagt „Dr. Seltsam“.

Dabei ist in diesem Moment gar nichts mit *„Ach so“* … Was macht ein Bundestagsabgeordneter in einer solchen Veranstaltung? Und dann auch noch der selbst ernannte „Friedensfürst“ Ströbele?

Warum verlässt er nicht „empört“ den Saal … so wie er es bereits bei den Reden des amerikanischen Präsidenten oder des Papstes im Deutschen Bundestag getan hat? Damals, als er sagte, er könne „so viel Applaus“ nicht ertragen …

Vielleicht etwa deshalb, weil wir es in der Veranstaltung mit „politischen Freunden“ zu tun haben?

Ströbele erzählt: *„Also, die die in Stammheim inhaftiert waren, die kannte ich alle gut, am allerlängsten kannte ich Andreas Baader, den kannte ich lange vor 67, weil der in einer Wohnung … eine Wohnung als Hauptmieter, glaube ich, hatte, in der ich Freunde hatte, wo ich also häufig zu Besuch war … die kannte ich … auch aus der APO … aus den vielen Demonstrationen, politischen Veranstaltungen … Da war man Genosse …“*

Genosse? 1974 warf die SPD Ströbele aus der Partei … die Briefe an seine RAF-Mandanten hatte er mit *„liebe Genossen“* eingeleitet …

Statt sich zu erklären, regt sich Ströbele nur darüber auf, dass man den anschließend öffentlich gewordenen Brief „angeblich“ auf einer Straße in Berlin-Schöneberg aufgefunden habe … der wahre Verbrecher wäre eben der Staat, so oder so ähnlich will Ströbele sich wohl verstanden wissen. Auf das Verhältnis zu den RAF-Insassen mag er dagegen nicht eingehen. Sein Standardsatz lautet seit jeher: *„Als Verteidiger bin ich daran gehindert, mich über Mandanten und ihr Tun so zu äußern, wie es andere tun können.“* (*„B.Z.“*, 18.07.2009)

So taktiert er auch in der seltsamen Zusammenkunft des „Dr. Seltsam“ … Widersprüche bei den Ereignissen der „Todesnacht von Stammheim“ 1977 will der anwesende Buchautor Helge Lehmann recherchiert haben. Die Vermutung liegt in der Luft: Kein kollektiver Selbstmord der drei RAF-Insassen Baader, Enslin und Raspe … sondern Mord im Auftrage des Staates solle es gewesen sein. Ströbele eiert herum: *„Aus der Entfernung war ich damals der Meinung, dass das nicht sein kann“*, was als offizielle Version der Todesnacht verlautbart worden wäre. *„Da gibt es viele Punkte, die offen sind“*, sagt der ehemalige Verteidiger und bleibt doch schuldig, was er genau meint.

Lehmann wird angriffslustig … und spricht von einem Dokument, das belege, dass Rechtsanwalt Ströbele und andere Bundes-Justizminister Vogel angeboten hätten, auf die Gruppe um Baader einzuwirken … dass diese ihre Kontakte spielen lassen könnten zur verbündeten „PFLP“, welche die Lufthansa-Maschine *„Landshut“* mit 87 Insassen entführt hatte … Vogel habe abgelehnt. Es wirkt, als wäre Ströbele die Geschichte unangenehm. Wieder mag er sich dazu nicht äußern … behauptet aber, die Entführung einer Touristenmaschine wäre nicht im Sinne Baaders und seiner Tatkameraden gewesen. Er selbst, Ströbele, hätte aber in dieser Phase ein Ziel gehabt: *„Deeskalation“*. Da war der Pilot der Maschine schon hingerichtet … die Befreiungsaktion durch die „GSG 9“ rettete alle Geiseln unversehrt. Man hat den Eindruck, als wäre Ströbele bis heute vor allem darüber geschockt, dass seine drei ehemaligen Mandanten wenige Stunden später auch tot waren. Über das letzte Opfer dieses Blut-Dramas, den von der RAF-Außengruppe entführten Arbeitgeber-Präsidenten Schleyer, fällt kein Wort … er wurde kaltblütig exekutiert.

Bis heute spricht Ströbele am liebsten nur über die „ungerechte Behandlung“ der Täter. In den letzten Jahren setzte er sich für eine vorzeitige Freilassung der letz-

ten Insassen aus der „zweiten Generation“ ein. Gegenüber dem Nachrichtensender *„N24“* sagt dagegen ausgerechnet Bettina Röhl, die Tochter von RAF-Mitgründerin Ulrike Meinhof, am 12.02.2007: *„Die RAF-Täter werden seit 35 Jahren eher privilegiert behandelt … 50 % der RAF-Täter sind begnadigt worden, und das gilt für normale Straftäter nicht.“* Ströbele, in der Sendung ebenfalls anwesend, widerspricht: *„Ich glaube nicht, dass man Gnade an Bedingungen knüpfen sollte.“*

Am 28.11.2008 lässt der grüne Bundestagsabgeordnete die *„Süddeutsche Zeitung“ wissen: „Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die früheren RAF-Mitglieder eher über das damalige Geschehen reden, wenn die Haft beendet ist. Wer in Freiheit ist, dem fällt es leichter, zu reden. Einige haben nach ihrer Knastzeit viel geschrieben und mitdiskutiert, wobei die Motivlage wohl sehr unterschiedlich ist. Wichtig ist sicherlich, dass die noch einsitzenden Verurteilten aus der RAF freikommen. Freiheit erleichtert das* ***Gespräch****. Manchmal ist es auch ratsam, das nicht öffentlich zu machen, sondern im kleineren Kreis.“* Zum Beispiel mit Ströbele?

Die RAF … sie ist Ströbeles Steckenpferd. Am 18.07.2009 zitiert der *„FOCUS“* aus alten Gerichtsakten, dass er einer der „bestinformierten“ RAF-Anwälte gewesen sei … und gerade deshalb hätte wissen müssen, dass das so genannte „Info-System“ der Knast-Insassen zum Zwecke der Schulung, Disziplinierung und Bestrafung eingesetzt worden wäre … eine Kommunikation untereinander als auch nach draußen. Ein auf den 16.06.1973 datierter Brief Ströbeles wird später in einer Zelle aufgefunden: „*Liebe Genossen. Ziemlich fertig bin ich von der Reise zurück. Baader, Proll, Meins, Müller besucht ... großes neues Projekt, das Arbeit für alle für Monate und Jahre bringt: Info-Zentrale in HH und Erstellung von Analysen und konkrete Gruppenschulung.“* (Quelle: *„SPIEGEL“*, 10.10.1977, *„Mord beginnt beim bösen Wort“)*

Der *„SPIEGEL“* schreibt weiter: *„… Durch Aufrufe, Flugblätter und in Pressekonferenzen sollte die >liberale Öffentlichkeit< mobilisiert werden. Ströbele: >Zum Fortschreiten des Hungerstreiks müssten Presseerklärungen – Baader meint Pressekonferenzen, doch bei uns kommt doch keiner – rausgegeben werden.< …“*

„… Vor allem der heimliche Nachrichtenaustausch zwischen inhaftierten Terroristen und Gesinnungsgenossen draußen geht nach Meinung von Fahndern des Bundeskriminalamts (BKA) wesentlich auf das Konto von Anwälten.

Auch die Polizisten sind seit je überzeugt, dass den Terroristen aktive Hilfe zuteil wird >durch massive und geschickte Ausnutzung der großen Anwaltsrobe, unter der man viel verbergen kann< …“ (Quelle: *„SPIEGEL“*, 10.10.1977, „*Mord beginnt beim bösen Wort“*)

Die Hungerstreiks von Inhaftierten spalten und radikalisieren die Öffentlichkeit. 1975 schließt die Justiz die Rechtsanwälte Klaus Croissant, Kurt Groenewold und Hans-Christian Ströbele schließlich vom Prozess aus.

Im Buch des (DDR-)Linken-Politikers Gregor Gysi *„Offene Worte“* wird sich Ströbele dazu wie folgt äußern: *„… Ich wurde aus demselben Grund ausgeschlossen, dessentwegen ich später auch verurteilt worden bin: Wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Man behauptete, ich sei im Verteidigungshandeln zu weit gegangen, indem ich die Gefangenen auf Pressekonferenzen, durch Ein-*

zahlung von 50 D-Mark auf ihr Haftkonto und durch Installierung eines Kommunikationssystems unter den Gefangenen unterstützt hätte. Das stimmt auch, aber wir haben das zum Teil mit Kenntnis der Richter gemacht. Wir waren der Meinung, dass es eine gemeinsame Verteidigung gegen einen gemeinsamen Vorwurf sei und die Angeklagten daher auch gemeinsam die Verteidigung vorbereiten können müssen …"

Gegenfrage von Gregor Gysi: *„Sie sind im Juni 1975 verhaftet worden – die Vorwürfe haben Sie ja eben genannt – und haben fünf Wochen in Untersuchungshaft gesessen. Zu welcher Strafe sind Sie verurteilt worden?"*

Ströbele: *„Ich bekam in der ersten Instanz vom Landgericht Berlin ein Jahr und sechs Monate auf Bewährung. Meine* ***Anklageschrift war mehr als doppelt so dick*** *wie die von (BS: RAF-Mann) Andreas Baader. Man war sehr bemüht, mir möglichst viel Böses anzuhängen. Ich ging dann beim Bundesgerichtshof in Revision. Der hob das Urteil auf, dann wurde erneut beim Landgericht verhandelt, und schließlich bekam ich zehn Monate auf Bewährung."*

Die **Frage, warum Ströbele seine Akten seit über 30 Jahren unter Verschluss hält,** wird leider nicht gestellt. Solange sich kein Außenstehender ein eigenes Urteil bilden kann, bleibt nur die öffentliche Erklärung der Justiz im Raume:

„Ohne die Hilfe einiger weniger Rechtsanwälte, darunter des Angeklagten (BS: =Ströbele), *wäre die Konsolidierung und das Fortbestehen der RAF in der Haft nicht möglich gewesen"*, erklärt das Berliner Landgericht. (Quelle: *„FOCUS"*, 18.07.2009)

Eigene Schuld mag Ströbele bis heute nicht sehen … die liege einzig beim westdeutschen Staat. In der Filmdokumentation *„Die Anwälte – Eine deutsche Geschichte"* (2009) teilt der ehemalige RAF-Anwalt seinen Zuschauern mit: *„… Die RAF hat diesen Staat mit gewaltsamen Mitteln, mit … äh … äh … militanter Gewalt … äh … Waffen angegriffen, aber gerade da ist die Frage, reagiert dann der Staat anders als andere Gesellschaften, autoritäre oder diktatorische Gesellschaften? Und da gibt's viel zu wünschen, was übrig geblieben ist …"*

Als *„Stellungnahme zur damaligen Tätigkeit als Strafverteidiger der RAF"* ist auf Ströbeles Netzseite dazu bis heute zu lesen: *„… Im Nachhinein ist vieles an dem außergewöhnlich starken Engagement als Verteidiger für die Gefangenen aus der RAF vielleicht schwer nachzuvollziehen … Mein* ***besonderes Engagement*** *als Verteidiger der Leute aus der RAF erkläre ich aus den damaligen außergewöhnlichen Umständen. Ich habe es damals für* ***richtig und notwendig*** *gehalten und* ***sehe es heute nicht viel anders****."*

Fazit: Ströbele distanziert sich stimmgewaltig von allerlei … nur nicht von der RAF, für deren Unterstützung er sogar strafrechtlich verurteilt worden ist … wenngleich auf Bewährung. Die Terrorgruppe sah sich im Krieg gegen das System … Keiner ihrer Sympathisanten kann sich noch allen Ernstes als echter Friedenskämpfer bezeichnen lassen.

Über die wahre Rolle Ströbeles kann indes, solange er die Akten nicht freigibt, nur gerätselt werden …

– Der Terror geht weiter –

Seinen grundlegenden Lebensweg ändert Ströbele auch in hohem Alter nicht. Den Kampf, für den er in den 70er Jahren als Jurist eintrat, führt er nun politisch weiter … zugunsten der *„Antifa“*, einer modernen Form der „RAF“ … weniger blutig, dafür gleichermaßen heimtückisch.

Die Idee einer überparteilichen Speerspitze gegen den „Faschismus“ gibt es schon seit den 20er Jahren. Doch erst in den 1980er Jahren wachsen aus dem Dunstkreis von autonomen Straßenkämpfern und Hausbesetzern verschiedene *„Antifa“*-Gruppen wie Pilze aus dem Boden. Sie wollen gegen Rechtsextreme zusammenhalten. Mit der Deutschen Wiedervereinigung erleben beide Extreme einen kurzen Aufschwung … neue Hausbesetzungen in Ost-Berlin folgen. Im Umfeld der Lichtenberger Weitlingstraße leben Neonazis und Linksextreme dicht an dicht … mit allen Konsequenzen für ihre Umwelt.

Das linksextreme Lebensgefühl nach dem Beitritt der DDR zur BRD gibt Hans-Christian Ströbele, Wortführer der *„Alternativen Liste“* in Berlin, wie folgt wieder: Der Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sei *„die größte Landnahme der deutschen Industrie seit den Kolonialkriegen, sieht man mal von der Nazi-Zeit ab.“* Die extreme Linke fürchtet einen neuen deutschen Nationalismus … hinzu kommt die Sorge vor „kapitalistischer Ausbeutung“, „Rassismus“ und „Sexismus“. Wer nun alles in „die braune Ecke“ gehöre, entscheiden die *„Antifa“*-Strukturen für sich ganz allein … und handeln entsprechend. Mit Gewalt.

Vor mir liegt die ***„Antifa-Jugend-Info“*** vom November 2002. *„Antifa heißt Angriff“*, lautet der eindeutige Titel. Finanziert wurde die kleine Broschüre durch das so genannte ***„Netzwerk Selbsthilfe“*** in Berlin-Kreuzberg (Gneisenaustraße 2 a, 10961 Berlin). *„Bis heute konnten schon 5,8 Mio. DM in Form von Zuschüssen und Darlehen ausgeschüttet werden“*, wird stolz verkündet. Was man nicht beantwortet: Woher stammt das Geld genau? Nach Recherchen des Politikforschers Prof. Dr. Knütter werden Tausende linker Projekte über Umwege von der öffentlichen Hand bezahlt … „Flagge zeigen“ gegen „faschistische Tendenzen“, wird das genannt. Eine Vorsorge gegen die ungeliebte Kritik, man wäre „auf dem rechten Auge blind“. Und eine Möglichkeit, Einfluss in der linksextremen Szene zu gewinnen. Logisch, dass es laut Dr. Knütter „viele Unklarheiten“ über die Geldströme gebe … schließlich stammen die Mittel genau von dem Staat, den die linksextremen Anhänger als „reaktionär“ bekämpfen … zumindest sagen sie es so. Wie auch immer sich die Lage im konkreten Falle darstellt … **Gründungsmitglied von *„Netzwerk“* war 1978 auch Hans-Christian Ströbele**, der sich seitdem über seine *„Alternative Liste“* und die Tageszeitung *„taz“* immer eifrig dafür einsetzte, dass stets Steuergeld für den „antifaschistischen Kampf“, bald auch *„Kampf gegen Rechts“* genannt, floss. „Wie gut“, dass sich hier offenbar niemand traut, zu genau zu kontrollieren!

Was lernt die Hauptstadt-Jugend nun in dem kleinen Heftchen der mit *„Netzwerk“* liierten *„Antifaschistischen Aktion Berlin“*? Es folgen Auszüge:

„… Bisher konnten Autonome AntifaschistInnen verhindern, dass die NPD in Lichtenberg (BS: Berliner Bezirk) *unbemerkt und ungehindert Fuß fasst. Erst Mitte September wurde in einer Garage auf dem NPD-Gelände der Lautsprecherwagen der Partei angezündet. Bei dem Anschlag von einem >Antifa-Team in Gedenken*

an Silvio Meier< (siehe Dokumentation) wurde nach Angaben der NPD neben einigen PKW auch die Werkstatt erheblich beschädigt. Weiterhin beklagt sich Albrecht Reither (BS: = NPD-Mitglied), *dass bereits mehrfach Anschläge auf die NPD-Strukturen auf seinem Grundstück, sowie auf seine >private< Werkstatt verübt wurden. Nun gilt es, den Druck zu verstärken, so dass sich rechte Strukturen, Treffpunkte oder Rückzugsräume der Nazis auch in Lichtenberg nicht etabliert werden* (BS: Falsche Schreibweise) *können …"*

„… 10 Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und dem Mord an Silvio Meier ist es weiterhin richtig und wichtig, Faschisten und ihre Infrastruktur ***direkt und militant*** *anzugreifen. Gleichzeitig gilt unser Kampf natürlich auch den Verhältnissen, aus denen heraus Menschen bereit sind, faschistische Denkstrukturen anzunehmen. Bei unserer Aktion waren zu keiner Zeit Menschenleben gefährdet, da niemand über der Garage wohnt.* ***Antifa heißt Angriff! Für den Kommunismus!*** *…"*

„… Wir haben keinen Bock auf die ganze Nazi-Scheiße und das ungerechte Ausbeutersystem …"

„… Nazis und Rassisten haben sich noch nie mit Streicheleinheiten und Aussteigerprojekte (BS: Falsche Schreibweise) bekämpfen lassen. Gegen Nazis vorzugehen, heißt immer, sich zu wehren, einzuschreiten und wenn es nötig ist, auch mal als erstes zuzuschlagen. Wir warten nicht länger, bis wir oder andere zu Opfer (BS: Falsche Schreibweise) *werden! Fuck off! …"*

Am spannendsten ist der Absatz zur Bewertung der NPD: *„… Wir stehen dem Verbotsverfahren kritisch gegenüber. Die Begrüßung von staatlicher Repression kann nicht Aufgabe der Linken sein …"*

Ein paar Sätze weiter heißt es: *„… NPD zerschlagen! Antifa heißt Angriff! …"*

Daraus kann nur eines geschlussfolgert werden: **Die Antifa braucht die NPD als Feind! Daraus speist sie ihre Existenzberechtigung** … Damit ist aber auch dem Straßenterror Tür und Tor geöffnet.

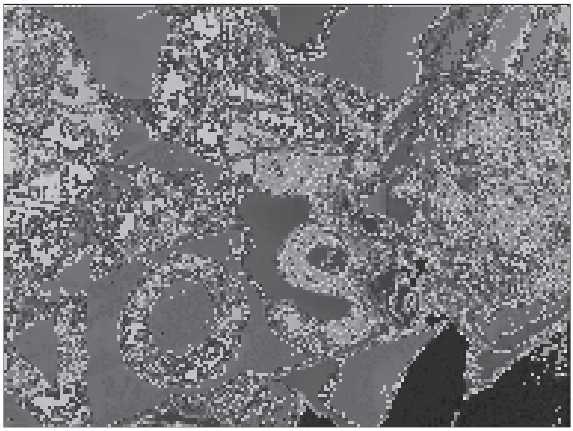
Dies hält den Bundestagsabgeordneten Ströbele nicht davon ab, seit Jahren mit derartigen Organisationen zusammen zu arbeiten. Die letzten bekannten Ereignisse: Am 05.12.2011 treffen Mitglieder von *„Antifa"* und der „Grünen Jugend" im Friedrichshainer Wahlkreisbüro des Herrn Ströbele in der Dirschauer Straße 13 zusammen. Es gibt ideologische Schulungen … und die Austeilung der Broschüre *„TOTAL EXTREM"*. Ob Herr Ströbele wisse, was in seinen Räumlichkeiten geschehe, möchte ich wissen … *„Na klar"*, heißt es, *„der ist ja auf unserer Seite."* Und tatsächlich: Am gleichen Tag gibt es in einem Bundestagsbüro eine nicht öffentliche Sitzung mit Führern aus der *„Antifa"*-Szene … eingeladen hat Hans-Christian Ströbele. Worüber gesprochen wird?

„… Momentan, so hofft Ströbele laut dem Bericht, gebe es ein >zeitlich begrenztes politisches Fenster<, zu einer >Akzentverschiebung in der Bekämpfung der extremen Rechten beitragen zu können<. Gleichzeitig warnt er davor, in der Hektik der vergangenen Wochen könnten Erkenntnisse verloren gehen. Dem solle durch das >Zusammentragen und Entwickeln von Fragen< und mögliche >gemeinsame Arbeitsschwerpunkte/-strukturen< entgegengewirkt werden …", heißt es in der *„Jungen Freiheit"* vom 05.12.2011.

Nichts Genaues weiß man also … aber wer sich anschaut, dass die Netzseite Ströbeles schon seit mindestens 2009 mit *„Antifa“*-Seiten verbunden ist (*http://www.stroebele-online.de/termine/event_15723.html*), der erkennt: Hier haben wir es mit einer **tiefen strategischen Zusammenarbeit** zu tun.

Je weniger *„Antifa“*-Aktivisten auf „echte Nazis“ treffen, umso stärker müssen sie andere, ihnen nicht genehme Personen, als solche definieren … und zu „Freiwild“ machen … Dies ist eine Macht- und Einflussfrage.

Ich bin mit einem Mitglied der *„Vereinigung der Opfer des Stalinismus“* verabredet … diese Gruppe besitzt kleine Räumlichkeiten in der Nähe des Berliner Zoos. Beisitzer **Dr. Frieder Weiße** ist ein zurückhaltender, bisweilen skeptischer Mensch. Die Ereignisse vor einigen Monaten haben ihn offenbar noch vorsichtiger werden lassen … damals, am **08. Januar 2011** vor der Berliner Veranstaltungshalle *„URANIA“*, als Dr. Weiße und seine Bekannten von *„Antifa“*-Männern körperlich angegriffen worden sind.



Wenn Linksextreme ihr wahres Gesicht zeigen ... Dr. Frieder Weiße mit blauem Auge. (2011)

„Es gab da eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das Thema lautete: >Wo bitte geht's zum Kommunismus?< … Auf der Bühne waren vier rote Damen: Gesine Lötzsch für die Linkspartei, das ehemalige RAF-Mitglied Inge Viett, Bettina Jürgensen für die DKP und Claudia Spatz für die Antifa.“ Dr. Weiße verdreht die Augen … Der gebürtige Sachse hat die Gefängnisse der Kommunisten sechs Jahre lang selber erlebt … in Ungarn und der DDR … bis er über einen Austausch 1974 in die Bundesrepublik kam. *„Deshalb war es mir ein Herzensanliegen, vor dem Gebäude zu demonstrieren. Wir waren acht Personen und hatten unsere Schilder dabei. Auf einem stand zum Beispiel >Opfer des Kommunismus – 100 Millionen Tote<. Etwas weiter weg standen etwa 50 bis 70 Personen … in schwarz gekleidet und teilweise vermummt. Sie schwenkten eine Antifa-Flagge … Und dann …“, sagt Weiße, „… ging es ohne Vorwarnung los … wie ein Sturm … Aber lesen Sie selber.“*

Er reicht die **Anklage der Berliner Staatsanwaltschaft** über den Tisch. Unglaubliches steht darin geschrieben:

„Am 8. Januar 2011 griffen die Angeschuldigten gemeinsam mit sechs bis acht weiteren unbekannt gebliebenen Mittätern gemäß einem zuvor gefassten gemeinsamen Tatplan vor dem Eingang des Urania-Gebäudes in 10777 Berlin Schöneberg, die sich dort zu einem Gruppenfoto positionierenden Zeugen ***Dr. Weiße, B., K., R., S.*** *und* ***L.*** *an und begannen in bewusstem und gewolltem*

Zusammenwirken auf die Zeugen einzuschlagen, einzutreten, diese vereinzelt zu Boden zu reißen und auf die durch die Zeugen mitgeführten Plakate mit Schädigungswillen einzutreten, um diese an ihrer Gegenkundgebung zu hindern.

Hierbei schlug der mit einer braunen Jacke bekleidete Angeschuldigte ***Scheibinger*** *u. a. dem Zeugen* ***R.*** *zweimal gezielt mit der Faust ins Gesicht, wodurch dieser seine Brille im Wert von 280,00 Euro verlor und eine stark blutende Platzwunde am oberen Nasenrücken erlitt.*

Der Angeschuldigte ***Scheibinger*** *riss ferner das durch die Zeugin* ***K.*** *hoch - gehaltene Schild herunter und zerbrach es. Der Zeuge* ***B.*** *stieß daraufhin den Angeschuldigten* ***Scheibinger*** *weg. Nunmehr rannte der Angeschuldigte* ***Scheibinger*** *auf den Zeugen* ***B.*** *zu und schlug diesem mit der rechten Faust gegen die linke Schläfe.*

Währenddessen trat der mit einer grünen Jacke bekleidete Angeschuldigte ***Hör*** *zunächst dem Zeugen* ***Dr. Weiße*** *dessen Schild aus* (BS: Artikel fehlt) *Hand. Anschließend schlugen der Angeschuldigte* ***Hör*** *und weitere drei unbekannt gebliebene Mittäter wechselseitig mit Fäusten auf den Zeugen* ***Dr. Weiße*** *ein. Hierbei versetzte der Angeschuldigte* ***Hör*** *dem Zeugen* ***Dr. Weiße*** *u. a. einen Faustschlag gegen das Kinn und einen Fußtritt in den Bauch, wodurch dieser zu Boden stürzte. Anschließend traten beide Angeschuldigte wiederholt auf den am Boden liegenden Zeugen ein. Als der Zeuge* ***B.*** *versuchen wollte, dem Zeugen* ***Dr. Weiße*** *zu helfen, schlugen und traten beide Angeschuldigte wiederholt auf den Zeugen* ***B.*** *ein.*

Im Anschluss verfolgten die Angeschuldigten die nun flüchtenden Zeugen ***R.*** *und* ***L.****, wobei der Angeschuldigte* ***Scheibinger*** *wiederholt gezielt in Richtung des Bauches der Zeugin* ***L.*** *trat und diesen auch einmal traf.*

Die Angeschuldigten wollten während der Auseinandersetzung die Tathandlungen der jeweils anderen Täter als eigene.

Der Zeuge ***Dr. Weiße*** *erlitt infolge der Auseinandersetzung ein Monokelhämatom, sowie eine Augapfelprellung am linken Auge, multiple Gesichtsprellungen, Stauchungen am linken Ellenbogen und am linken Hüftgelenk, sowie Schlaf - störungen.*

Der Zeuge ***B.*** *erlitt eine Schwellung der linken Schläfe, eine Schürfwunde am linken Schienbein, sowie einen Muskelfaserriss an der rechten Wade.*

Der Zeuge ***R.*** *litt noch Tage nach der Tat an starken Kopfschmerzen. Die Zeugin* ***K.*** *erlitt ein Hämatom am Knie und leidet seitdem an Angstattacken, die medikamentös behandelt werden müssen. Der Zeugin* ***S.*** *wurde ihr Plakat aus den Händen getreten …"*

Was lernen wir daraus? Zum Beispiel, dass die linksextreme Vorstellung von der Geschlechtergleichheit bedeutet, auf Frauen gleichermaßen einschlagen zu dürfen …

Frieder Weiße: *„Das war das erste Mal, das man mich in der Bundesrepublik an der freien Meinungsäußerung gehindert hat … Und diese Feigheit! Sie schrieen noch: >Wir kriegen Euch alle!< und dann … Die Täter tauchten einfach in ihrem >Schwarzen Block< unter … und verschwanden im Gebäude. Die Polizei hatte*

eine Menge Arbeit mit der Identifizierung von immerhin zweien der Täter … diese Extremisten halten eben zusammen!"

Dr. Weiße überreicht ein Foto mit seinem „blauen Auge" … *„Bitte, verwenden Sie es ruhig! Die Menschen sollen wissen, mit wem wir es hier zu tun haben."*

„Wenn es Gesetze gibt, die uns daran hindern, legitimen Protest zu verdeutlichen, dann stimmen diese Gesetze nicht, dann müssen wir uns nicht an diese Gesetze halten", verkündete **Claudia Spatz** von der *„Antifaschistischen Linken Berlin"* auf der Tagung. Ihre Jünger nahmen sie beim Wort.

Was hält Herr Dr. Weiße davon, dass sogar der grüne Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele mit den Linksextremisten paktiert? … Er schaut ungläubig und mag es erst gar nicht glauben … legt Wert darauf, an und für sich ein positives Bild von den Grünen zu haben. *„Ich bin kein Faschist … ich bin sogar mit einer gebürtigen Koreanerin verheiratet"*, sagt der Kulturanthropologe beinahe entschuldigend.

„Aber der Ströbele hat bei der anschließenden Bundestags-Aussprache keine Stellung bezogen. Wenn das stimmt, dass er mit diesen Leuten zusammenarbeitet … dann kann ich nur sagen … es hat schon einmal ein Bündnis zwischen Hitler und Stalin gegeben … und dabei ist auch nichts Gutes herausgekommen. Man sollte sich nicht mit Leuten gemein machen, die von ihrer Art her nicht anders sind, als die rechten Schlägertrupps!"

– Von Rot nach Braun –

Dr. Weiße bringt das Problem auf den Punkt: Linke und rechte Extremisten sind sich ähnlich … Sie sind allesamt Fanatiker. Eigentlich müsste auch Ströbele das ganz genau wissen … Sein früher enger Weggefährte Horst Mahler, mit dem er 1969 das *„Sozialistische Anwaltskollektiv"* gegründet hat, wollte das bürgerliche System dereinst von links zerstören. Er half, die RAF zu gründen … und kam jahrelang ins Gefängnis. Heute argumentiert Mahler mit dem gleichen fanatischen Hass, dass Hitler ein guter Staatsmann gewesen, das Judentum an allem Bösen dieser Welt schuld wäre und Deutschland das Recht und die Pflicht habe, mit Krieg die verlorenen Ostgebiete zurückzuholen. Überhaupt: Krieg wäre das *„Bargeld im Zahlungsverkehr zwischen den Völkern"*, verkündet Mahler. Zwischen dem *„gerechten"* Kampf der RAF und dem der Nationalsozialisten mag Mahler heute keinen Unterschied erkennen: *„Ich habe damals wie heute für dasselbe gekämpft – für die Freiheit des deutschen Volkes."* Wenn es seiner Sache dienlich sei, wäre auch politischer Mord in jedem Falle gestattet, so Mahler. Ströbele distanziert sich von seinem alten „Freund" nunmehr kurz und knapp … und verweigert jede weitere Auseinandersetzung mit der scheinbaren Metamorphose des Horst Mahler.

„Herr Ströbele hatte größte Berührungsängste mit Herrn Mahler", sagt Birgit Schulz, die 2009 einen Dokumentarfilm über die RAF-Anwälte gedreht hat.

Das ist auch nachvollziehbar … **schließlich fällt Ströbele derzeit die Rolle zu, die *„Antifa"*-Extremisten politisch zu repräsentieren.**

Wie so etwas aussieht, konnte ich am 01. Mai 2004 selbst erleben …

– „Da hinten herrscht Krieg“ –

Am S-Bahnhof Berlin-Lichtenberg haben sich rund 2.300 Anhänger der NPD versammelt. Unter dem Schutz von 2.200 gepanzerten Polizisten wollen die „Rechts“-Radikalen einen angemeldeten Demonstrationsmarsch durch die Hauptstadt vollziehen. Ich schaue mich um: Mit dabei sind ein Mann im Anzug … eine alternativ wirkende Gestalt mit langen blonden Haaren … und sogar ein Typ mit „Che“-Guevara-Hemd. Zwei junge NPD-Kameraden mit alter Reichsfahne stehen beim Dönertürken und bestellen sich ihre Verpflegung. Auf einem Transparent in der Menge heißt es: *„Faschismus bekämpfen – PDS verbieten“*. Gespräche mit Außenstehenden sind hier zwar leider unerwünscht … aber Gewalt ist nicht zu erkennen. Die kommt jedoch aus der anderen Richtung: Rund 1.000 Autonome haben sich auf die „Schlacht“ vorbereitet. Sie wollen den *„Nazi-Aufmarsch stoppen“* … was auch gelingt. Zwar kann die Polizei auf einem Dach eine ganze Steinladung beschlagnahmen … Gegendemonstranten „umzingeln“ … und als alles nichts mehr hilft, auch in einem regelrechten „Sturmangriff“ die Frankfurter Allee räumen. Witzig … mein CDU-Mitgliedsausweis hilft, die Polizeisperrungen durchschreiten zu dürfen … In der Ferne explodiert ein Knallkörper … Rauch steigt auf … ein Auto wird umgeschmissen … und die Polizei hält mit zwei Wasserwerfern gegen den Aufruhr an. *„Da hinten herrscht Krieg!“,* sagt ein Einsatzmitglied. Nach acht Stunden Stillstand brechen die Beamten die Demonstration ab … die Rechtsradikalen ziehen von dannen. Friedlich. Auf der anderen Seite des Geschehens ist Hans-Christian Ströbele mit seinem Fahrrad unterwegs … und hält *„Antifa“*-Organisatoren über den Stand auf dem Laufenden.

Linksromantisches Treffen im Scheinwerfer-Licht der Polizei – Ströbele und Six (rechts) bei den Kreuzberger Mai-Randalen 2006.

Das Gewalt-Ritual setzt sich an jedem Abend des 1. Mai im Szenebezirk Kreuzberg fort. 2006 … Autos sollen diesmal nicht brennen … es wurde ein allgemeines Parkverbot erteilt. Weniger Freiheiten – Ergebnis des „linken Befreiungskampfes“? Viele Geschäfte sind verrammelt. Und doch gibt es immer noch Telefonzellen zum Zertrümmern … oder Mülltonnen zum Anzünden. Die Polizei ist weit weg … „Deeskalationsstrategie“ heißt das in Berlin … die Gewalttäter legen trotzdem los … schließlich wäre ja allein die Existenz der Polizei Provokation genug … Ein Krawallmacher offenbart sich als mittelständischer Unternehmer aus Dresden … Dampf ablassen wolle er, gegen das System, kriege ich zu hören. Andernorts sitzt ein türkischer Junge … und verkauft Pflastersteine … für einen Euro das Stück. Mein kultureller Höhepunkt dieses Abends ist aber zweifelsohne das Zusammentreffen mit einem bekannten Gesicht … In brauner Lederjacke und mit altem, klapprigen Fahrrad: Hans-Christian Ströbele.

Auch die Nacht hindurch ist er **allein** in Kreuzberg auf der Pirsch, redet mit Anwohnern und Aktivisten. Zu einem Foto ist er bereit … zum Glück haben mir diesmal keine Chaoten den Apparat entrissen, so wie 2004. Über den Lärm der Krawallmacher in der Umgebung äußert sich Ströbele nicht. Aber auch über die Polizei verliert er heute Abend kein schlechtes Wort. Er ist einfach nur da. *„Für seinen Wahlkreis.“*

Ströbele hat sein alternatives Auftreten in über 40 Jahren politischer Aktivität perfektioniert: Nicht selber mitmachen … aber auch keine Abgrenzung zu den Extremen. Er zeigt Präsenz, hofft auf die Mundpropaganda … und vermeidet es doch tunlichst, in dieser Situation der bürgerlichen Presse zu begegnen. Deshalb wird in den Zeitungen am nächsten Morgen auch kein Wort über seine Anwesenheit zu finden sein. Ströbele weiß immer genau, an welchem Punkt er die Kurve kriegen muss … damit er seine gesellschaftliche Stellung nicht verliert. Es ist ein Spiel mit dem Feuer … auch ein Spiel mit der Gewalt. Gewalt, die immer dann gut und nützlich ist, wenn sie ins Konzept eigener strategischer Vorstellungen von Macht, Politik und Karriere passt.

– Ströbele ist anders –

Von der übereifrigen Verteidigung der RAF-Täter in den 70ern, über die Unterstützung lateinamerikanischer Urwald-Krieger in den 80ern, zur „moralischen Zuarbeit“ für Militärregime in Polen und Irak um die Wendephase, bis hin zur Deckung von *„Antifa“*-Gewalt im wiedervereinigten Deutschland und die Falschheit um den Startschuss zum Afghanistan-Krieg 2001: Durch Ströbeles politisches Leben zieht sich eine politische Strategie, die Gewalt als Mittel der Politik klar billigt. Wie die Medien überhaupt darauf gekommen sind, den grün-lackierten Kämpfer roter Ideen als „Pazifisten“ zu bezeichnen … ob Ignoranz oder höhere Interessen … bleibt im Dunkeln.

Schon der Beginn seiner Biografie spricht eine ganz andere Sprache. Die Bombenangriffe des Zweiten Weltkriegs, die der kleine Hans-Christian „durch das Kellerfenster“ beobachtet hat, hinterlassen keine bleibenden Schäden: *„Das war nicht beängstigend, sondern eher faszinierend“*, sagt er später (*„Offene Worte – Gysi trifft Zeitgenossen“*, Seite 168). Als Kind in Schkopau (heute Sachsen-Anhalt) spielt Ströbele gerne mit Munition aus dem Krieg … den Tod des besten Freundes durch eine unvorhergesehene Explosion bewertet er im Nachhinein als

„ganz schreckliche Erinnerung“. Trotzdem entscheidet sich Ströbele dagegen, als Wehrdienst-Verweigerer nach West-Berlin zu ziehen. Er leistet 1959/60 sein Bundeswehr-Pflichtjahr ab … bei der Bundesluftwaffe in Aurich. Als „Kanonier der Reserve“ (eigene Angabe) kann er dort nur für den „Flugabwehrraketendienst“ tätig gewesen sein. Dies ist insofern interessant, als dass der junge Ströbele Ende der 50er Jahre dann wohl nicht an der Bewegung *„Kampf dem Atomtod“* gegen Pläne atomarer Aufrüstung der Bundeswehr beteiligt gewesen ist … jener Vorstufe der späteren *„Außerparlamentarischen Opposition“*.

Jahrzehnte später wird Ströbele Bundeswehr-Soldaten in öffentlichen Reden zum Desertieren aufrufen … das ist nicht mehr und nicht weniger als die Aufforderung, eine Straftat zu begehen. *„Militärische Rituale, wie großer Zapfenstreich, Stechschritt, Paraden, öffentliche Gelöbnisse, und ähnliches dienen dazu, aus den Soldaten benutzbare Werkzeuge zur Kriegsführung zu machen“*, erklärt Ströbele im Mai 1996 (*„RBB“*: *„Linker Grüner auf dem Weg zur Macht?“*, 02.04.1998). Mit seinem vorhergehenden Leben passt dies überhaupt nicht zusammen … aber linke Chaoten jubeln ihm zu. *„Mörder, Mörder“*, schreien die Demonstranten in Richtung der Gelöbniszeremonie … ohne wahrhaben zu wollen, wer da eigentlich ihr Anführer ist …

In einem ist Ströbele aber wirklich ehrlich … wenn man ihn **direkt** auf seine Position zur Gewaltfrage anspricht … Theoretisch hätten die „Jubel-Medien“ nur auf Hans-Christian Ströbele selbst hören müssen: ***„Ich war nie Pazifist!“*** (*„FOCUS“: „Krieg und Frieden“*, 10.05.1999)

4.) Rädchen im Politgetriebe

Was haben Namen wie Mechthild Rawert, Lisa Paus oder Dr. Eva Högl gemeinsam? Ganz einfach: Es sind Berliner Bundestagsabgeordnete, die kein Mensch auf der Straße kennt. Um bekannt zu sein, braucht es mehr als Kompetenz. **Glänzen … leider gelingt das meist nur abseits von komplizierten politischen Inhalten.** Zum Beispiel, weil man sich als Rechtsanwalt mit Mandanten beschäftigt, die in der Gesellschaft verschrien sind. Oder weil man ein Verhalten an den Tag legt, wie sonst niemand in der Fraktion. Als einer von Deutschlands bekanntesten Parlamentariern hat sich der Grüne Hans-Christian Ströbele aber vor allem durch eines in die Köpfe eingebrannt: Als *„Guru aller Polit-Biker“* (*„BILD-Zeitung“*).

– „Grünes Fahrrad“ statt „schwarzer Mercedes“ –

„Zum öffentlichen Bild von Ströbele gehört das Fahrrad zwingend mit dazu“, teilt der Politiker seiner „Tageszeitung (taz)“ am 01.11.2010 in einem Fragegespräch mit. Entsprechend ließ er sich 2005 auf seinen Wahlplakaten porträtieren. Weiter sagt Ströbele: *„Ich fahre mit Vorliebe im Winter Fahrrad, weil die Leute dann besonders große Augen machen. Außerdem fühle ich mich auf dem Rad sicherer. Ich bin im letzten Winter zweimal zu Fuß ausgerutscht, mit dem Rad hingegen nie.“*

Doch Ströbele wäre nicht Ströbele, wenn er sein persönliches Verhalten nicht mit einer klaren politischen Aussage verknüpfen würde: ***„Autofahren in der Stadt halte ich für unvernünftig und blöd.“*** („taz“, 01.11.2010) Die West-Berliner „Alternative Liste“, die Ströbele einst mit gegründet und nach vorne gebracht hat, steckte sich noch Anfang der 80er Jahre ganz hohe Ziele: *„Binnen zehn Jahren soll das private Auto verbannt und durch Fahrrad, sowie öffentliche Verkehrsmittel zum Nulltarif ersetzt werden.“* („SPIEGEL“, 12.11.1984, *„Mit dem Esel über den Kudamm?“*) Ganz geklappt hat das nicht … aber Hans-Christian Ströbele blieb sich treu. Heute lauten die Parolen: „Autofreies Wochenende“ oder „Autofreies Kreuzberg“. Zuletzt nahm er am 27. August 2011 an einer entsprechenden Fahrrad-Demo im Südosten Berlins teil. Mit dabei: Viele grüne Luftballons mit dem Titel: *„Straßen nur noch zum Tanzen.“*

„Inzwischen ist er ja ein absoluter Selbstdarsteller“, sagt die ehemalige Grünen- und spätere CDU-Bundestagsabgeordnete **Vera Lengsfeld** im Gespräch über ihren ehemaligen Konkurrenten Ströbele. *„Damals, Anfang September 2009“*, erinnert sich Lengsfeld an ihren letzten Wahlkampf, *„gab es eine Podiums-diskussion der Kandidaten in der Zwingli-Kirche im Friedrichshain. Ströbele kam wie immer als letzter mit 5 bis 15 Minuten Verspätung. Alle blickten zu ihm, als er die Kirchentür öffnete und das Rad in den Vorraum schob. Irgendwo dort hat er es dann demonstrativ an der Pforte festgekettet … Etwa 30 Minuten nach Ende der Veranstaltung führte ich meinen Hund durch die Nebenstraßen … und da war er plötzlich wieder … Ströbele! Er schob sein Fahrrad … neben ihm eine Frau, seine Gattin, wie er später sagte. Wir waren etwa zehn Geh-Minuten vom Ort der Zusammenkunft entfernt, als Ströbele ohne viel Mühe den Kofferraum eines großen VAN öffnete, und das Fahrrad hineinpackte. Das lief ziemlich routiniert ab und dieses große Auto schien auch wie geschaffen dafür, ein Fahrrad zu trans-*

portieren. Kurzum: Für mich stand fest, dass er das immer so macht.“ Lengsfeld gießt neuen Kaffee ein. *„Wissen Sie, der Trittin wohnt bei mir nebenan … und er hat nicht mal ein Auto. Der ist wirklich auf die U-Bahn angewiesen … und dort fährt er sogar ohne Leibwächter.“* Lengsfelds pikante Beobachtung sorgte damals für Schlagzeilen im Blätterwald. Am 08.09.2009 schrieb die „B.Z.“: *„Erwischt! Herr Ströbele, Lust aufs Rad verloren? Deutschlands bekanntester Polit-Radler kam auf zwei Rädern und fuhr auf vieren davon …“*

– Zweirädrige Politik –

„Er kann ja ruhig mit dem Auto fahren“, wird Vera Lengsfeld in dem Bericht zitiert. *„Aber mich stört, dass er einen anderen Anschein erwecken will, den des ewig radelnden Politikers.“*

Mit diesem Nimbus arbeitet Ströbele tatsächlich sehr geschickt. In der Fernsehsendung *„Das Duell bei n-tv“* am 07. Mai 2007 zum Beispiel presst er den Islamkritiker Dr. Udo Ulfkotte rhetorisch vorbildlich an die Wand … Man könne sich ja **gemeinsam aufs Fahrrad schwingen**, und beim nächsten Kreuzberger Hallenbad nachfragen, ob es tatsächlich gesonderte Schwimmstunden für muslimische Frauen gäbe … Ströbele hat ein breites Grinsen im Gesicht … und Ulfkotte weiß keine treffende Antwort. Punktsieg für Ströbele!

„Die Grünen werden schlicht als glaubwürdiger angesehen als die anderen Parteien. Die Leute schätzen realistische ehrliche Vorschläge und wenn wir einsichtig auf Fehler reagieren“, so Ströbele gegenüber der „taz“ am 01.11.2010. Im gleichen Beitrag betont er auch, er nutze das Auto (nur) für den Urlaub.

Wenn es um seinen Drahtesel geht, dann geht es eben um die „moralische Reputation“ des Herrn Ströbele. So verkündet er 2009 öffentlich auf seiner Netzseite:

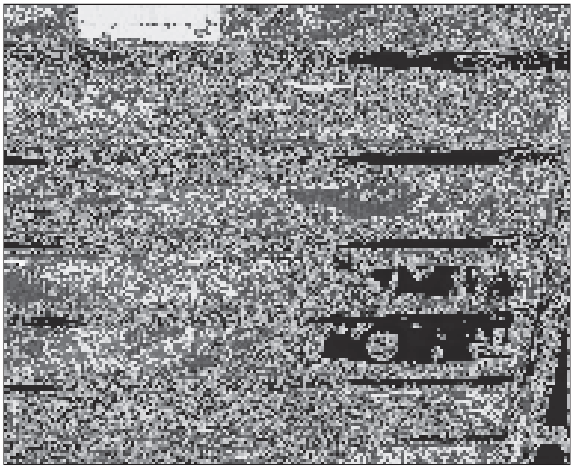
„Die BZ titelte am 08. September mit einem Fragezeichen, ich hätte die Lust auf‘s Radfahren verloren und gibt den Anschein, ich würde heimlich mit dem Auto fahren und das Fahrrad nur zur Image-Pflege einsetzen.

Richtig ist, dass ich nach einer Podiumsdiskussion am 03. September 2009 in der Zwingli-Kirche in Friedrichshain mein Fahrrad in mein Auto verstaut habe, um mit meiner Frau, die mit dem Auto gekommen war, nach Hause zu fahren. Das Auto stand in der Danneckerstraße auf der anderen Straßenseite, unmittelbar gegenüber der Zwingli-Kirche, in der die Veranstaltung stattgefunden hatte. Ich schob das Fahrrad zum Auto und lud es ein. Es war ihr und mir kaum zumutbar, sie mit dem Fahrrad mitzunehmen.“

Ströbele versucht die Flucht nach vorn: Gerade für den Wahlkampf brauche er das Auto, um Stände zu transportieren oder Plakate aufzuhängen. Dies habe er bereits in der Vergangenheit so gehandhabt.

Dennoch halte er die Fahrt mit dem Rad für *„eine gesunde und (…) ökologisch nachhaltige Fortbewegungsart“* – gerade bei kurzen Strecken in der Stadt.

„Bei schlechtem Wetter oder wenn die Zeit zu knapp ist, transportiere ich mein Fahrrad auch mal mit der S-Bahn. Dass ich ein Auto besitze und es auch ab und zu benutze, daraus habe ich nie ein Geheimnis gemacht.“

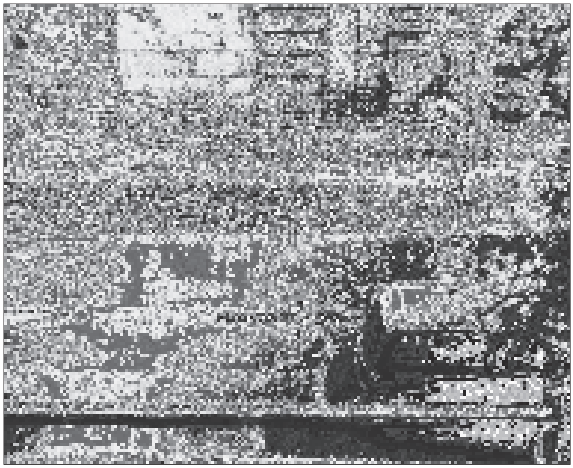


Zuletzt möchte Ströbele noch darauf hinweisen, dass die von der Zeitung gedruckten Fotos bereits aus dem Jahr 2007 stammten, also schon zwei Jahre alt seien, und *„vor dem Bundestag“* gemacht worden wären. Das ist auch so.

Der zuletzt benannte Vorgang hatte schon damals zu Diskussionen geführt. Auch zu jener Zeit verteidigte sich Ströbele, er sei mit seiner Frau unterwegs gewesen. Aufgrund des Nieselregens habe er jedoch schnell vom Ort des Ausstiegs zur Stelle seines Termins radeln wollen. Geschossen wurde das Bild vom Linken-Fraktionsmitarbeiter **Mark S.**, damals selbst wohnhaft im Ströbele-Wahlbezirk. Er sagt: *„Es kam mir schon immer komisch vor, dass Ströbele auch beim unmöglichsten Wetter plötzlich bei irgendwelchen Demos mit seinem Fahrrad auftauchte – und dann auch ganz schnell wieder verschwand.“*

Es erscheint ratsam, auf keinen Fall den vielen wirren Gerüchten anonymer Netzwerke Glauben zu schenken. Und doch melden sich im Weltnetz vermehrt auch seriöse Autoren zu Wort.

Beispielsweise der Berliner Unternehmer Gregor Groß. Er schreibt in einem Bericht mit dem Titel *„Die grüne Weltrevolution will nicht stattfinden“:*



Offenbarungseid: Ströbele holt das Fahrrad aus dem Kofferraum des blauen „VW Touran“ hervor. (2007)

„… Problematisch in der Argumentation ist natürlich, dass die Grünen-Politiker selber auch viel Wein saufen, sprich: große Limousinen fahren, viel fliegen etc. Selbst den fahrradfahrenden Berliner Uralt-Grünen aus dem Friedrichshain, Hans-Christian Ströbele, habe ich schon dabei beobachtet, wie er nach einer publikumswirksamen Fahrradtour durch den Kiez um die Ecke fuhr, sein Fahrrad am Zaun anschloss und in den Audi A8 vom Bundestags-Fahrdienst einstieg. Deswegen prophezeie ich euch: So lange Ströbele nur Fahrrad fährt, damit man

ihn im Fernsehen auf dem Rad sitzen sieht, und solange in der Biotonne mehr Plastik-Tüten als Finger an meinen Händen sind, wird die grüne Weltrevolution nicht stattfinden. Ich kippe meinen Bio-Müll übrigens aus und schmeiße die Plastiktüte in Hausmüll oder Plastik-Abfall. Ich wähle aber nicht grün." (2011)

Der Berliner Taxifahrer Sascha Bors schreibt:

„Eigentlich wollte ich heute Nacht schon rumheulen, dass ich gerade keine vernünftige Kamera habe. Ich hatte vor, ein Fahrrad zu fotografieren, das an einem Taxihalteschild am Ostbahnhof angeschlossen ist. Darüber gibt es bisweilen ja mal Dispute. Witzig wäre die Geschichte dadurch geworden, dass der betreffende Fahrradfahrer kein Unbekannter war, sondern Hans-Christian Ströbele. Allerdings hatte ich ja eben keine Kamera, und auch Ströbele hat von seinem Vorhaben abgelassen und sein Rad letztlich mithilfe eines Kollegen im Kofferraum eines B-Zafira-Taxis verladen. Nun war dieser B-Zafira allerdings nicht meiner, und die beiden haben sich auch nur unwesentlich ungeschickter beim Verladen angestellt als ich beim ersten Versuch, ein Zweirad bei mir im Auto zu verstauen ..." (08.10.2010)

Eine Menge Geschichten … aber die hat man schnell zur Hand, wenn es etwas Kritisches zu melden gibt. Es ist also höchste Zeit, sich selbst auf die Suche nach Tatsachen zu begeben.

– Blendet Ströbele die Öffentlichkeit? –

Unter *„Glasklar – Blickpunkt Bundestag"* vom 10.04.2006 bekommt der Politik-Interessierte Hilfreiches zu lesen. Überschrift: *„Mit dem Rad in den Wahlkreis." Text: „… Hans-Christian Ströbele ist unter den Politikern fast ein >Spätaufsteher<, bei ihm klingelt zwischen 7 Uhr und 7.30 Uhr der Wecker. >Dafür arbeite ich abends oft länger und außerdem habe ich es ja nicht weit zur Arbeit!< In* ***zwölf Minuten*** *ist der Berliner mit seinem Fahrrad am Bundestag …"* Nanu? Ist Ströbele nun eine Senior-Ausgabe von Jan Ulrich? Von seiner Auguste-Viktoria-Straße (Grunewald) bis zum Reichstag sind es über acht Kilometer … da braucht selbst, wer ordentlich in die Pedale tritt, zwischen 30 und 55 Minuten. Würde er die S-Bahn zu Hilfe nehmen, betrüge allein die Fahrzeit von der Station Hohenzollerndamm zum Hauptbahnhof 18 Minuten. Radelt Ströbele dann etwa von „seinem" Kreuzberg aus los? Gegenüber einem offenbar informierten Journalisten des Berliner „Tagesspiegel" erklärt Ströbele am 30.06.2008: *„Seit 25 Jahren habe ich den Wohnsitz in meinem Anwaltsbüro in Tiergarten wegen der Nähe zu den Gerichten."* In der Tat: Von der Kanzlei am Holsteiner Ufer könnte man es in gut zwölf Minuten zum Reichstag schaffen. Aber schläft er mit seiner Frau auch hier … zwischen den Aktenbergen? Nein, sagen zumindest die offiziellen Stellen.

Eine ruhige Seitenstraße … seichter Nebel hängt über der Spree. An der Gebäudefront mit der Nummer 22 hängt ein goldenes Schild: *„Hans-Christian Ströbele, Rechtsanwalt, Sprechstunden nach Vereinbarung."*

„Wieso wollen Sie den denn ausforschen?", fragt ein **junger Gebäudereiniger**, *„der ist doch auch nur ein ganz normaler Mensch."* Regelmäßig kommt der junge Mann im Auftrage seiner Firma hierher, um den historischen Gebäudekomplex im „Hansaviertel" mit professionellen Geräten zu säubern. *„Ja, so ein oder zwei Mal in der Woche ist der Ströbele hier … und dann ist das Fahrrad an der Beetum-*

zäunung angeschlossen.“ Von den 14 **Nachbarn** im Treppenaufgang sind nur einige da … und die sind wenig gesprächsbereit. Nur eines offenbaren sie: *„Der Ströbele wohnt hier **nicht** … nur ab und zu ist er mal zum Arbeiten da!“* Aha! Demnach startet er seine „12minütige“ Tour in der Regel also doch nicht von diesem Ort … auch wenn es in den Medien so dargestellt wird. Der wahre Wohnsitz ist weder Kreuzberg, noch Tiergarten … sondern das „Reichen-Viertel“ Grunewald.

Ein paar Hausnummern weiter ist das Gesprächsklima schon viel weniger frostig. **Ein altgedienter Mitarbeiter der „Berliner Verkehrsbetriebe“** nimmt sich ganze 25 Minuten Zeit für ein Gespräch über „Gott und die Welt“. *„Ach, der Herr Ströbele, auch bei ihm ist vieles nur eher Schein als Sein. Aber Sie müssen es ihm nachsehen. Der ist eigentlich ein guter Mensch, der immer die Welt retten will. Tatsächlich ist er in seinen juristischen Gedanken gefangen. Sehen Sie, ich habe ihn mal ganz überrascht gesehen, als er nicht mit dem Fahrrad, sondern mit einem alten VW in der Straße stand … nicht wegen des Geldes, aber das Ding ist doch eine Dreckschleuder … er sollte mal in was Klimafreundliches investieren, so wie wir Normalbürger das auch müssen.“* Der gute Mann sieht die Geschichte gelassen und mit Humor. *„Ich weiß aber noch, dass der Ströbele sofort anfing, sich zu verteidigen. Er brauche das Auto heute ausnahmsweise, um ein paar Güter zu transportieren, sagte er. Na ja, aber die Probleme haben wir ja nun alle … Warum benennen wir die Dinge nicht einfach mal so direkt, wie sie auch sind? Das trifft übrigens auch auf manches Politikerwort zu, die Polizei würde zu hart gegen die Gewalttäter vorgehen. 2011 brannten hier in der Straße auch zwei Autos aus … und das, obwohl wir hier am Holsteiner Ufer den Bundestagsabgeordneten Ströbele haben und auf der anderen Spreeseite das Bundesinnenministerium. Die Täter hat man nie gefunden.“*

Zum Abschluss: *„Wenn Sie den Ströbele sehen, können Sie ihn ruhig von mir grüßen … wir hatten ja nie Probleme miteinander. Dann erzählen Sie ihm auch ruhig mal folgenden Witz: … Ein Anarchist droht Rockefeller auf der Straße. >Wenn wir an der Macht sind, enteignen wir Euch Reiche!< Rockefeller überlegt kurz … und greift dann in seine Hosentasche. Er überreicht 1 Dollar. >Bitteschön, das ist schon mal Dein Anteil.< …“*

In Ströbeles tatsächlicher Wohngegend, dem edlen Berlin-Grunewald, findet man das bestimmt witzig. Dennoch wahrt man auch hier gegenüber Fremden Zurückhaltung. Eine **Nachbarin** berichtet kurz: *„Ich habe Ströbele schon öfter dabei beobachtet, wie er hier auf der Straße sein **Fahrrad hinten ins Auto gepackt** hat, um sich dann irgendwo anders als Radfahrer zu präsentieren … der zeigt sich generell anders, als er tatsächlich ist … diese Tatsache ist in der Nachbarschaft auch hinreichend bekannt.“*

Ein anderer **Nachbar** will das nicht ganz so stehen lassen: *„Nein, der fährt schon mit dem Fahrrad … das ist ja auch gesund. Was mich nur stört, ist, dass er hier im Quartier **immer wieder auf der falschen Gehwegseite radelt.** Hat der denn den Ärger nötig? Aufmerksamkeit hat er doch schon genug.“*

Viermal statte ich der Auguste-Viktoria-Straße einen Besuch ab. Dreimal steht der **blaue Volkswagen vom Typ „Touran“** (TDI, Diesel, 7 Liter, 100 PS, Neuwert um die 30.000 Euro, mit Ausstattung zirka 45.000 Euro) vor dem Haus. Dann brennt auch bei Ströbeles Licht. Direkt an der Eingangstür: Ein Fahrradständer mit einem einzigen angeschlossenen Fahrrad … eine Vorrichtung, die bei der An-

waltskanzlei im Tiergarten fehlt. Am Abend des 04. Januar 2012 ist die Lage aber anders: Es liegt nicht am Rad, das steht da … das Auto jedoch nicht. In der Wohnung ist es dunkel. Ich führe die letzten Gespräche mit einigen Nachbarn.

Auf der Rückfahrt … nochmal ein kurzer Blick nach Tiergarten. Vor der Claudiusstraße 6, einer Nebenstraße zum Holsteiner Ufer … da steht der blaue Ströbele-Wagen. Und am Kofferraum ist ein Mann zugange. Ich zücke meinen Fotoapparat … da knallt die Heckklappe zu … und der schlanke Mann läuft schnellen Schrittes in einem Bogen um mich herum. **Es ist Hans-Christian Ströbele!** Ohne Frau. Und ohne Gepäck.

Wie schreibt Ströbele am 01.06.2011 auf eine Bürgeranfrage: *„Als Alternative für Berlin und die Beweglichkeit in den Städten empfehle ich das Fahrrad, verbunden mit der Nutzung von U- und S-Bahn.“* **Der S-Bahnhof Bellevue ist von der Ströbele‘schen Kanzlei ganze vier Minuten Fußweg entfernt.**

Im Anwaltsbüro ist es diesmal hell. Ich klingle, und nenne meinen Namen. Ströbele weiß Bescheid: ***„Ich habe kein Interesse, mit Ihnen zu reden.“***

Was ist los? Ansonsten ist der Mann doch auch alles andere als zurückhaltend, wenn es um den Kontakt mit den Medien geht. Bestes Beispiel: Der 21. April 2005 … ein Tag, an dem die Berliner Tageszeitungen etwas Ungewöhnliches zu berichten hatten …

– Entwendung mit Wiederkehr –

„Diebstahl am Bundestag – Ströbele vermisst sein Fahrrad“, schrieb die „Berliner Zeitung“.

„Ströbeles Fahrrad vorm Bundestag geklaut!“, verkündete die „B.Z.“.

Unübertroffen war jedoch die Einschätzung der „Berliner Morgenpost“: *„Hans-Christian Ströbele ohne Fahrrad – das ist wie Schumi ohne Ferrari.“*

Ströbele hatte nach dem Diebstahl am 19. April 2005, dem Tag der Papstwahl, eine Suchkampagne losgetreten. Dazu hieß es in seiner Veröffentlichung:

„Fahrrad verschwunden: Bitte um Rückgabe und Hinweise

20.04.2005: Ströbeles Fahrrad am Reichstag entwendet!

Am gestrigen Dienstag zwischen 15.00 und 18.00 Uhr während der Fraktionssitzung wurde mein am Osteingang des Reichstages abgestelltes Fahrrad trotz Polizei und Kameras dort offenbar entwendet. Ich bitte den Entwender um (auch anonyme) Rückgabe und aufmerksame BeobachterInnen bzw. FinderInnen um sachdienliche Hinweise. Ich benutze die Fahrbereitschaft des Bundestages bekanntlich nur sehr selten und benötige das Rad daher, um mein Mandat gehörig ausüben zu können.“

Ausgiebig und einfühlsam beschreibt Ströbele der Öffentlichkeit seinen Drahtesel:

„Es handelt sich um ein schwarzes Kettler Alu-Rad mit lilafarbener Vordergabel, breiten 26er Reifen, 5-Gang-Kettenschaltung, Nabendynamo, großem Gepäckträger hinten und von mir genähtem braunen Sattelbezug. Am gebogenen Lenker

mit schwarzen Griffen ist eine Hupe befestigt. Am Rahmen kleben auffallende Aufkleber: >Erststimme Ströbele< und >TAZ – eine linke radikale Tageszeitung<.“

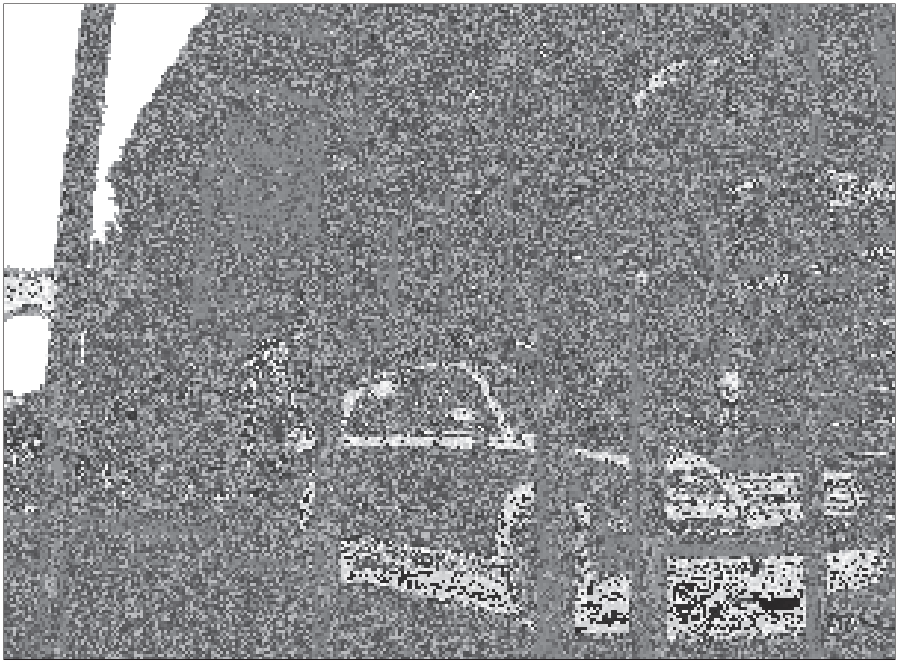
„Mein Rad ist inzwischen bekannt wie ein bunter Hund“, verkündet Ströbele in der „BZ“. *„Es ist mir ans Herz gewachsen. Ich würde auch keine Anzeige erstatten.“*

Ströbele, der schon immer gegen jede Form von Videoüberwachung gekämpft hat, wird nun in der Sicherheitsabteilung des Bundestages vorstellig. Er habe die Bänder der Außenkameras sehen wollen, sagt er später. Zufälligerweise sei in jenen Tagen aber nicht gefilmt worden. Angeblich aus Geldmangel. Nun scheiden sich die Geister: Seine politischen Gegner wie CDU-Chefin Angela Merkel behaupten, Ströbele habe sich furchtbar aufgeregt. Der Vorwurf der „Doppelmoral“ liegt in der Luft. Hans-Christian Ströbele selbst meint jedoch, er wäre nicht erzürnt gewesen. Vielmehr habe er sich an das ihm gut bekannte West-Berliner Unternehmen *„Radkom“* gewandt … und auf einer Zusammenkunft Bilder vom gesuchten Objekt verteilt.

Und siehe da: Am 24. April finden die beiden Fahrradkuriere Achim Cremer und Andy White den verschwundenen Drahtesel auf einem Flohmarkt in Ströbeles Wahlkreis!

Der Politiker frohlockt … und gibt eine weitere Aufsehen erregende Presseerklärung heraus, die aus Gründen des Urheberrechts nur zum Teil als Direktzitat wiedergegeben werden darf:

„Hurra, mein Fahrrad ist wieder da!“, heißt es freudestrahlend in der Überschrift.



Osteingang des Berliner Reichstages: Wer entwendete hier Ströbeles Fahrrad?

Ströbele teilt mit, dass sein Rad Sonntagmorgen am Kreuzberger Moritzplatz wiedergefunden worden sei. Damit es auch niemand vergisst, betont er nochmals, dass es *„trotz Polizei und Videokameras“* gestohlen worden sei.

Und nun das glückliche Ende: *„Es wurde wiedergefunden durch eine Initiative des Fahrradladens >RadKom<, der auf einer Versammlung Berliner Fahrradkuriere am Freitagabend Handzettel mit einer Suchbeschreibung verteilt hatte. Zwei Fahrradkuriere, einer aus Berlin und einer aus Australien, entdeckten dann heute morgen auf dem Flohmarkt am Moritzplatz das Rad. Es wurde von >RadKom< für 20 Euro gekauft und mir heute Nachmittag feierlich übergeben.“*

Ströbele bedankt sich bei allen Suchern und betont nochmals sein großes *„Glück“.*

„Die Fahndung hatte Erfolg – nicht mit Videoüberwachung, nicht mit genetischem Fingerabdruck, nicht mit Hubschraubereinsatz, sondern mit alternativen Ermittlungsmethoden und traditionellem sozialen Zusammenhalt.“

Die Geschichte ist gut. Sie weckt Hoffnungen auf „das Gute im Menschen“. Schön … einfach zu schön … so dass mal ein paar Fragen gestellt werden sollten:

Wie konnte es zum Beispiel dazu kommen, dass Ströbele sein **Fahrrad diesmal nicht angeschlossen** hatte? Er sagt, er wäre in Eile gewesen … dabei ist Pünktlichkeit sonst auch nicht sein Hauptaugenmerk. Und was macht ein Dieb am nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Osteingang des Reichstagsgebäudes … ganz in der Nähe der Pförtner? Ein Zufallsgriff?

Diese Frage stellt sich vor allem vor dem Hintergrund, dass jener Diebstahls-Tag innerhalb der Sitzungswoche gelegen hat. Ich frage die zuständigen Polizeibeamten, was daraus zu schließen ist: ***„Dies bedeutete, dass an jenem Tag die Umgebung des Osteingangs für den Publikumsverkehr gesperrt war.“* (!)** Ein Zugang wäre nur mit entsprechender Dienstkarte möglich gewesen. Ich frage nach: *„Demnach muss ja ein **Befugter** am 19.04.2005 das Fahrrad des Abgeordneten Ströbele gestohlen haben, richtig?“* Jetzt muss auch der Beamte ein wenig schmunzeln: „Das sieht wohl so aus!“

Warum **verzichtet Ströbele dieses Mal auch auf eine Strafanzeige** … wo er doch sonst bekanntlich ganz schnell dabei ist? Ganz so abwegig wäre das in diesem Falle nicht. Schließlich hieß es, der Täter habe das Fahrrad zu einem Flohmarkthändler gebracht. Hätte man ihn nicht nach dem Aussehen des Überbringers fragen können? Und ganz nebenbei: Was ist eigentlich mit dem Anfangsverdacht der Hehlerei gegenüber dem Verkäufer? Ganz einfach: Wo offenkundig kein Kläger ist, da ist eben auch kein Richter! Aber warum?

Interessant ist auch, dass der Fahrradkurier **Achim Cremer**, selbst Kreuzberger, überhaupt Hoffnungen besaß, das gestohlene Fahrrad zu finden. Schließlich werden in Berlin nur 5 % aller Fahrraddiebstähle aufgeklärt. Lohnte sich die Aktion? Für ein 20-Euro-Rad, mit dem Ströbele heute auch gar nicht mehr unterwegs ist … Nun, für Cremer auf jeden Fall. In einem Radfahrer-Forum behauptet eine „Fiona“ belustigt, sie würde den Täter kennen. Gleichzeitig wisse sie zu berichten, dass Ströbele eine Belohnung von 300 Euro überreicht habe. Diese Information war aus keiner Zeitung zu erlesen. Und klar: Bei Netzeinträgen ist stets Vorsicht geboten! Jeder kann alles behaupten. Cremer selbst sagt gegenüber der Presse:

*„Die Kuriere haben oft keine Lust auf die **langweiligen Jobs**, mit denen sie sich außer dem Kurierdienst über Wasser halten.“* Auf meinen Anruf am 26.02.2012 reagiert er eher zurückhaltend: *„Das war wirklich ein reiner Zufallsfund, ich habe es auch nicht glauben können.“* Die Belohnung? *„Oh, ich kann mich nicht mehr so daran erinnern … so 50 Euro … es war wirklich nicht die Welt.“* Cremer hat am 10. Juni 2009 erfolgreich die 14. Fahrradkurier-Europameisterschaft in Berlin ausgerichtet … gefördert von dem Unternehmen *„Radkom“* und Ströbeles *„tageszeitung“*. Schließlich, so schrieb der „SPIEGEL“ bereits am 29.08.2005, handelt es sich bei den Betreffenden ja um *„seine(n) Kumpels von den Fahrradkurieren“.*

Der Mit-Finder **Andy White** mag sich trotz mehrerer Anfragen erst gar nicht zu dem Fall äußern. Noch wundersamer: *„Radkom“*-Chef **Jörg M.** knallt mir am 01. März 2012 die Ladentür vor der Nase zu und schließt ab. *„Ströbele – das war reiner Zufall!“*, ruft er noch hinterher.

Dem Bundestagsabgeordneten wurde eine ganz besondere Gunst des Schicksals zuteil: Bereits sieben Jahre zuvor war dasselbe Fahrrad schon einmal gestohlen worden … um anschließend wieder aufgefunden zu werden. Rein mathematisch muss man hierbei (angesichts der 5 % - Aufklärungsrate je Diebstahl) von einer **Chance von 1 zu 400** ausgehen. Ganz ohne die Polizei! Und das allerbeste an Ströbeles Glückssträhne: **Beide Diebstähle fanden in den Wahljahren 1998 und 2005 statt.** Und zufälligerweise haben sich auch beide Male die Zeitungen dafür brennend interessiert …

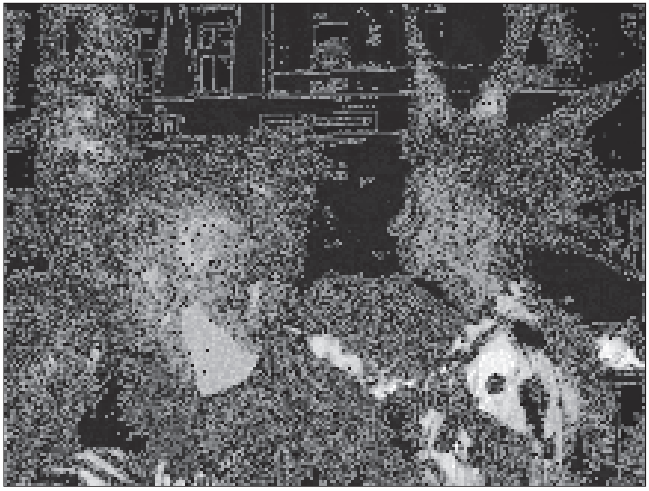
Und so bleibt nur eines abschließend festzustellen: Zur Bekanntheit in der Öffentlichkeit reicht nicht nur das außergewöhnliche Verhalten … die Wähler müssen auch immer wieder daran erinnert werden!

5.) Besetzen und besitzen – Der kleine Unterschied

„Friedliche linke Wohngemeinschaft?!“ … **Suitbert B.** ist aufgebracht! Er, der umstrittene Eigentümer des Eckhauses Liebigstraße / Revaler Straße (Berlin-Friedrichshain) habe in den letzten Jahren ganz andere Erfahrungen gemacht: *„Die haben mich mit einem Axtstiel angegriffen … und mein Auto brauche ich da gar nicht zu parken, da kann ich es gleich selbst abfackeln.“* Es ist ein ausgesprochener Glücksfall, dass sich Herr B. überhaupt telefonisch gemeldet hat … denn seit einigen Monaten lebt er versteckt in der Anonymität. Mit der von ihm veranlassten Räumung des Hausbesetzerprojektes „Liebig 14“ hat er sich bei Berlins Linksextremen zum Todfeind gemausert. *„Ein niedergebrannter Dachstuhl, eingeschlagene Fenster, durchstochene Autoreifen … Auch Monate später lässt man nicht mal die neuen Mieter in Ruhe.“*

– Die Linken kämpfen mit harten Bandagen –

Rückblick: Nach jahrelangen Streitereien hat der Eigentümer vor Gericht gewonnen … Das linksalternative Projekt muss verschwinden. *„Die Bewohner hatten eine tragende Wand von 50 Zentimeter Dicke illegal abgerissen … und dazu auch noch eine verbotene Kneipe betrieben!“*, so B. Seit 1992 ist das ursprünglich autonom besetzte Haus in legalisierten Verhältnissen gewesen … jedoch zu äußerst günstigen Mietkonditionen. Das ursprünglich gute Verhältnis zum Vermieter hatte sich über die Jahre spürbar abgekühlt. Und nun, am 02. Februar 2011, rücken ganze 2.500 Polizisten an, um dem Spuk ein Ende zu bereiten. Das Gebäude ist vollends verbarrikadiert … fast fünf Stunden lang kämpft sich die Polizei vor, um die besiegten Besetzer abzuführen. Auf den Straßen ist der Teufel los … rund 1.000 Autonome führen einen Straßenkrieg. Es gibt Dutzende Verletzte und erhebliche Sachschäden.



Ströbeles politische Heimat: Linksradikale Protestierer in Berlin-Kreuzberg. (2006)

Besonders wütend ist Suitbert B. auch auf den Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele: *„Der Mann ist vollkommen verwirrt!“, sagt er. „Die Autonomen hätten sich direkt an ihn gewandt … Und er wolle sich als Abgeordneter für die jungen Menschen einsetzen, sagte er mir. Er behauptete ja stets öffentlich, dass ich mich dem Gespräch verweigern würde. Tatsächlich jedoch*

hat er mich stets auf später vertröstet oder sich gar am Telefon verleugnen lassen.“ Ein unerhörter Vorgang! Die „Gewerkschaft der Polizei“ geht sogar noch einen Schritt weiter, und wirft Ströbele vor, für die Gewaltausbrüche mitverantwortlich zu sein. Schließlich habe sich dieser selbst unter die Protestierer gemischt und sich gegen die Räumung ausgesprochen. Linke Alternativprojekte seien ein *„Markenzeichen Berlins“*, der gerichtlich sanktionierte Polizeieinsatz dagegen *„pervers“*, so Ströbele.

Ströbeles private Heimat: „Reichen-Viertel“ Berlin-Grunewald. (2011)

Die tatsächliche Perversität verdeutlicht sich bei einem Besuch im November 2011. Augenscheinlich herrscht wieder Ruhe im Kiez. Doch ein **junger Neumieter** klagt sein Leid: *„Ich sympathisiere ja eigentlich mit der linken Szene … Aber die jetzigen Aktionen sind natürlich für die Mieter nicht ohne Risiko. Ich muss jetzt immer meine Freundin beruhigen, wenn nachts etwas auf dem Dachstuhl zu hören ist oder Farbbomben an die Hauswand knallen.“* Besonders perfide: Der Brandanschlag, offenbar mit der Absicht verbunden, die Feuerwehr einen Wasserschaden verursachen zu lassen … Gegenüber steht noch immer ein anderes alternatives, bunt beschmiertes Haus: *„X-Beliebig“*, steht da geschrieben. Eine **junge Frau mit bunten Haaren** beginnt ein Verhör: *„Wo kommen Sie her? Warum wollen Sie etwas über die Hausbesetzungen wissen? Wie würden Sie es finden, wenn man Sie als Mieter plötzlich rausschmeißt?“* Ein Blick auf Eingang und Hinterhof genügt: Alles voller Müll und Gerümpel. Wo ist die linke Umweltseele? Antworten finde ich hier nicht … und gehe ins Herz des „Alternativen Aufstands“, nach Berlin-Kreuzberg …

– Vom „sozialen Übermenschen“ keine Spur –

Wilde Hausbesetzungen gibt es in Berlin schon seit Jahren nicht mehr. Statt „kostenlos“ gibt es allenfalls noch „billig“ wohnen … und den Anspruch, die niedergebrannte Fackel damaliger Ideale weiterzureichen. Im altehrwürdigen „Bethanien-Haus“ haben sich neben Künstlern und Sozialeinrichtungen seit 2005 auch vertriebene Hausbesetzer eingerichtet – mit Duldungsvertrag des Bezirks. Durch eine Seitentür sind sie zu erreichen …

Ein leeres Treppenhaus. Düstere Gänge. Immerhin: Vollzuschmieren ist hier nichts mehr … die Wände, selbst das Bad, sind bereits mit Graffiti vollends überzogen. *„Was in Deutschland niederbrennt, kann in Afghanistan keine Zerstörung an-*

richten", heißt es auf einem Transparent. Wo aber ist der Ansatz des „neuen besseren Menschen"? *„Haste mal 'ne Zigarette?"*, fragt eine Gestalt in der Ecke. Zwei Frauen mit Wachsknäuel-Frisuren liegen auf einem Sofa und beobachten mich stumm. Vor einem Eimer mit Pflastersteinen stehend, frage ich, ob mich jemand herumführen könne … Fehlanzeige! Ein Gespräch? Keine Lust! Fotos? Auf gar keinen Fall! Also dann? Am besten gehen!

Vera Lengsfeld, Ex-Bundestagskandidatin für die CDU von Friedrichshain-Kreuzberg, stellt resigniert fest: *„Die geben sich tolerant und offen, aber ich war nicht herzlich willkommen."* Ein offizielles Besuchsprogramm wäre gar abgelehnt worden … somit seien ihre Leute rein privat ins Bethanien gegangen … und auch schnell wieder raus. Eines jedoch kann Frau Lengsfeld nicht vergessen: *„Da war ein großer Schriftzug an die Wand gepinselt: >Ströbele raus aus Deutschland< … Und dies jemandem, der sich immer für das Projekt stark gemacht hatte."*

Merkwürdig … Schließlich handelt es sich doch um jenen Bundestagsabgeordneten, der immer wieder öffentlich erklärt, gegen die „böse" Verbürgerlichung im Kiez vorgehen zu wollen. *„Gentrifizierung stoppen"*, heißt das im linken Sprachgebrauch. Und: *„Die Stadt gehört uns allen."* Seit dem Ende der Teilung werden die zentral gelegenen Bezirke Kreuzberg und Friedrichshain für wohlhabende Zuzügler immer begehrter. Die Folge: Steigende Mieten. Verdrängung.

„Man nimmt ihm ab, dass er sich für die Menschen einsetzt", sagt **Karl-Heinz Bergt**, Leiter des Friedrichshainer Wahlkreisbüros von Hans-Christian Ströbele. Im Gespräch erläutert er jene Entwicklung, die den Linken starke Bauchschmerzen bereitet: *„In den günstigen Stadtgebieten siedeln sich Künstler an, durch die schließlich auch eine alternative Szene entsteht. Viele Studenten kommen, um die Andersartigkeit sowie erschwingliche Mieten zu nutzen. Da Studenten jedoch oft umziehen, kann der Vermieter ständig Neuverträge auflegen … Es kommen schließlich wohl situierte Leute, welche die Alternativ- und Jugendkultur um sich herum anfangs als etwas Positives wahrnehmen. Mit jeder Neuvermietung steigt der Mietspiegel. Auf Dauer müssen alle mehr zahlen. Künstler und Studenten können sich das nicht mehr leisten, und ziehen weg. Gleichzeitig fordern die Mittelklässler am Ende auch selbst Ruhe und Ordnung, so dass man sich fragen muss, warum sie überhaupt gekommen sind. Das ist bigott."* Ströbele wolle mit Gesetzen gegen die Mietsteigerungen vorgehen. Und doch sagt der fleißige Mitarbeiter Bergt ja selbst, dass das Problem viel tiefer liegt: *„Die Innenstadt wird >gentrifiziert<, die Außenstadt ghettoisiert. Das ist ein Bevölkerungsaustausch."*

– Ströbele ist ein Mann mit zwei Gesichtern –

Aus welchem Grund spricht niemand darüber, dass auch Hans-Christian Ströbele, aller revolutionären Rhetorik zum Trotze, selbst Teil dieser Entwicklung ist? Immerhin verknappt auch er mit seinen zwei gemieteten Wahlkreisbüros das Wohnungsangebot im Doppelbezirk:

1.) Ströbele-Büro Berlin-Friedrichshain, Dirschauer Straße 13, 10245 Berlin

2.) Ströbele-Büro Berlin-Kreuzberg, Dresdener Straße 10, 10999 Berlin

Noch viel eindringlicher zu untersuchen ist Bergts pathetische Aussage über Berlins ehemals alternativen Nordosten: *„Ich erschrecke mich heute, wenn ich in den Prenzlberg gehe … Da sind keine Klubs und Kneipen mehr. Die ganze Szene ist tot!"*

Sind Vermieter nun „Unterdrücker“ oder nicht? Das Mietshaus von Ströbeles Ehefrau im Prenzlauer Berg. (2012)

Ortsbesichtigung: An der stark frequentierten **Schönhauser Allee** steht ein großes historisches Eckgebäude: Vier Stockwerke, elf Wohnungen. Nichts Ungewöhnliches. Die Spannung beginnt zu steigen, sobald das Geschäftsmodell beim Katasteramt ersichtlich wird: Die Wohnräume wurden kostenpflichtig in Eigentumswohnungen umgewandelt … und sind heute vermietet. Eigentümer sind: Ströbele-Ehefrau Dr. Juliane Ströbele-Gregor und zwei Verwandte. Der Wert aus Sicht eines Fachmannes: **1,65 bis 1,75 Millionen Euro.** Und: Die Aufspaltung in Eigentumswohnungen könne nur einen Zweck erfüllen … nämlich den gewinnträchtigen Weiterverkauf! Linke würden eine solche Strategie als „Heuschrecken-Verhalten“ bezeichnen.

Die Mieter der recht großen Wohnräume: Ein Unterhaltungsklub, eine Künstlergemeinschaft, ein spezieller Buchladen … und dazu „junges Volk“. Über die Eigentümer kann niemand Schlechtes berichten. Ein Mieter sagt gar: *„Ich bin schon seit 2000 hier und habe eine für die Gegend günstige Miete. Mein Nachbar kam später, und zahlt schon das Doppelte.“* Zwischenzeitlich habe es Teilsanierungen an dem denkmalgeschützten Gebäude gegeben. Aus weiteren Gesprächen ergibt sich: Allzu deutlich über dem Mietspiegel werde bei niemandem abkassiert.

Richtig Zeit für ein Gespräch nimmt sich der indischstämmige Unterhaltungsklub-Betreiber **Sanjay S.** Die Verbürgerlichungsängste im Kiez sind ihm fremd. *„Mal ehrlich: Wenn Du oder ich so ein Haus hätten, dann würden wir doch genauso das Mögliche versuchen rauszukriegen, oder? Wenn nächstes Jahr meine Miete erhöht werden sollte, dann höre ich eben mit dem Gewerbe auf ... und*

mache etwas Neues. Hier zu leben, ist ohnehin eine Zumutung geworden – die Gegend ist immer mehr zugebaut worden, es gibt lauter Touristen, Lärm und zerbrochene Flaschen." Und dann bringt Sanjay die Sache auf den Punkt: *„Die ganze Entwicklung, ob >Gentrifizierung< oder Kapitalismus, ist nun einmal so …* ***Wir können uns nur selbst anpassen und ändern, aber wir wollen immer unsere Umwelt ändern."***

Die mit schwarzen Jacken und bunten Haaren marschierende „Anti-System-Szene" würde schäumen … Man scheint sich wohl zu fühlen, wenn sich fremdes Eigentum in Beschlag nehmen lässt und Zerstörungswut ausgelassen werden kann … Zumal wenn es „für die gute Sache" wäre.

Wie zum Beispiel der „Mieten-Stopp"-Broschüre *„Wir bleiben alle"* (Winter 2010/2011) zu entnehmen ist, streben die Linksalternativen folgende politische Ziele an:

1.) Keine Umwandlung von Wohn- in Gewerberaum

2.) Keine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

3.) Keine Gewinne mit Wohnraum

4.) Kollektives statt privates Eigentum

Auch in einem internen Papier der Grünen von Friedrichshain-Kreuzberg heißt es unter der Überschrift *„Empört Euch – Spekulanten stoppen": „Unsere Nachbarinnen und Nachbarn drohen aus ihrem sozialen Umfeld gerissen zu werden. Wohnen in der Innenstadt darf kein Luxusgut sein … Die massenhafte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen muss ebenso gestoppt werden wie die Nutzung von Wohn- als Gewerberaum …"*

Doch die „Häuserkämpfer"-Szene misstraut solchen Ankündigungen:

„Den Grünen geht es nur mehr darum, sich beim alternativen Mittelstand beliebt zu machen", heißt es vorwurfsvoll im Heft *„Wir bleiben alle"*. Es gäbe keine Partei mehr, der man trauen könne. Ströbele dagegen scheint sich eine Sonderstellung erarbeitet zu haben … Bei Gesprächen mit Vertretern der linksautonomen Szene stellt sich heraus: Einige wissen ihn als Anwalt und politischen Verbündeten zu schätzen. Andere glauben, er würde ihnen nur etwas vormachen.

Unter der Überschrift *„Die Nähe der Utopie oder wir wollen alles"* wird klar, welchen wilden West-Berliner Zeiten die Anti-Verbürgerlichungs-Szene nachtrauert: *„… Weder Strom noch Gas noch Wasser noch Miete wurde mehr bezahlt … Gemeinsam ging mensch vom Haus in Supermärkten klauen, und das Erbeutete wurde zusammen gekocht und gegessen … Bei Nulltarifkampagnen gegen die BVG wurden nicht nur Fahrkartenautomaten zerstört und Kontrolleure verjagt – ebenso tauchten massenhaft nachgedruckte Sammeltickets im Kiez auf und wurden dort kostenlos verteilt und in Briefkästen gesteckt …"*

Um gegen *„miese Hausbesitzer"* vorzugehen, schlagen die Linksautonomen folgende Strategie vor: *„Unkontrollierte Demonstrationen, gelegentliche brennende Barrikaden auf den Straßen, wildes Plakatieren sind Dinge, die Investoren keinen Spaß machen. Und auch das eine oder andere brennende Luxusauto könnte Investoren schlaflose Nächte bereiten – denn in Gebieten, wo Menschen ihre Luxusautos nicht ohne Sorge parken können, wollen diese Menschen vielleicht*

auch keine luxussanierten Wohnungen kaufen … Nennen wir die Hausbesitzer_innen, diejenigen, für die unsere hohe Miete hohen Profit bedeutet beim Namen!“ (Aus: *„Wir bleiben alle“*, Winter 2010/2011)

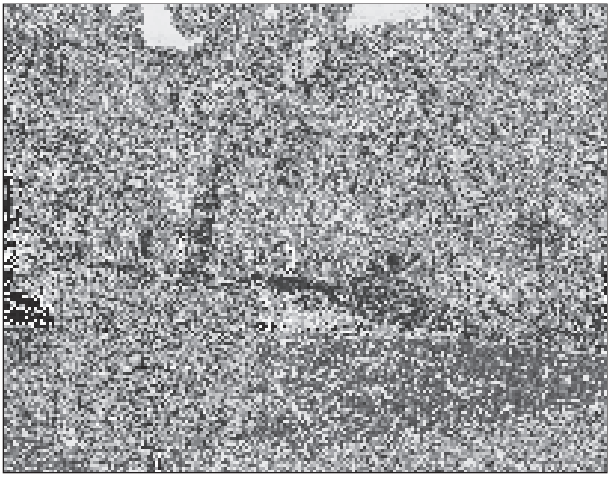
– Der Champagner-Sozialismus treibt dolle Blüten –

Sollte Ströbele wirklich Anhänger derartiger Ideen sein, dann muss es in seiner Ehe ziemlich hoch hergehen! Immerhin gäbe es ja zur Not ein großes Mietshaus im Prenzlauer Berg, wo sich die „Vertriebenen“ aus der Liebigstraße 14 unterbringen ließen … Es beruhigt jedoch, zu erfahren, dass nicht nur Juliane Ströbele-Gregor im Privaten gegen die Ziele der Linksautonomen handelt, sondern auch Hans-Christian … Im wohlhabenden West-Berliner Grunewald hat auch er vor Jahren eine Immobilien-Karriere begonnen …

Es wird so manchen Linken schocken: 1967, als die westdeutsche Jugend gegen das System zu rebellieren begann, kaufte sich der Gerichtsreferendar Hans-Christian Ströbele eine Eigentumswohnung in der **Auguste-Viktoria-Straße** für 95.080 Deutsche Mark … damals sehr viel Geld. Seine Frau erwarb später noch eine weitere Wohnung im selben Gebäude. Seit über 40 Jahren wohnen die beiden nun schon im Reichen-Viertel. Mehr dazu später.

Erste politische Brisanz entwickelt der Vorgang, als West-Berlins Alternative 1981 einen so genannten *„Sonntags-Spaziergang“* durch Berlin-Grunewald vollziehen … und „die Reichen“ beim Namen nennen. Die Veranstalter gegenüber dem „SPIEGEL“: *„Es gab eine Demonstration von 6.000 Menschen, die im großen und ganzen friedlich verlief; die sollte den Kontrast Berlin-Kreuzberg, Elendsquartiere — Berlin-Grunewald, piekfeine Villen, deutlich machen. Der Vorwurf >Individualterror< ist deshalb völlig aus der Luft gegriffen.“* (27.07.1981)

Ströbele geht nun in Deckung. Zwar ist er noch kein Mitglied der „Alternativen Liste“ … als deren Mitbegründer und dazu Leitwolf der alternativen Tageszeitung „taz“ spielt er dennoch eine nicht unbedeutende Rolle für die linke Szene in West-Berlin. Der frühere grüne Aktivist **Michael Pflanz** berichtet, wie unangenehm es Ströbele einst gewesen sei, als eine kleine Parteiabordnung ihn einmal im Grunewald besucht habe. Ansonsten blieb die Wohnsitzfrage jedoch stets ein gut gehütetes Geheimnis.



Am echten Wohnsitz: Eine Eigentumswohnung für Hans-Christian, eine zweite für seine Gattin. (2011)

„Ob das nun eine Form von modernem Pranger ist, darüber könnte man vielleicht diskutieren“, teilen die Alternativen dem „SPIEGEL“ damals mit. Über den Kampf

gegen konkrete „Kapitalisten“ sagen sie: *„Wir wollten aufzeigen, dass diese 21 Leute, die im Grunewald wohnen, Einfluss haben auf Lebenszusammenhänge im Kiez, in Kreuzberg, dass die seit Jahren ganz mächtig* ***stören****, aus ihrer heimischen und heimeligen Umgebung im Grunewald. Die Wohnverhältnisse hier und dort sollten ganz konkret gegenübergestellt werden … Wir werden den Spekulanten und Hausbesitzern, die mit der Ware Wohnraum in Berlin auf das Schändlichste umgehen, ganz klarmachen, dass wir sie nicht in Ruhe lassen werden, in welcher Form auch immer.“*

Dem schloss sich Ströbele rhetorisch seit jeher an … und erhielt gleichzeitig von *„diese(m) Staat, mit dem wir nichts mehr zu tun haben wollten“* (Ströbele gegenüber der Rheinischen Post, 28.05.2009) 1967 einen **zinsgünstigen Kredit der Deutschen Bundesbank**, um sein erstes Wohneigentum zu finanzieren.

Später ging er noch einen Schritt weiter, und kaufte im Bezirk Tiergarten die Räumlichkeiten für die heutige Anwaltskanzlei. Direkt an der Spree. Gegenüber vom Bundesinnenministerium. Belegen tut dies ein aktueller Kataster-Auszug. Nutzung von Wohn- als Gewerberaum? War das nicht etwas, was die Linken „böse“ fanden? Egal!

Viel interessanter: Die Sanierungsgeschichte jenes Gesamtgebäudes aus 16 Eigentumswohnungen am **Holsteiner Ufer 22** in 10557 Berlin. Und die des Mietshauses am **Holsteiner Ufer 32**. Glaubt man konkreten Hinweisen, soll Ströbele bei beiden Immobilien an Millionengeschäften beteiligt gewesen sein … Ein Umstand, der das Ende seiner politischen Glaubwürdigkeit bedeuten könnte.

Holsteiner Ufer an der Spree. Hier kaufte Ströbele einst mindestens eine Eigentumswohnung – die heutige Anwaltskanzlei. (2011)

Vom Kapitalismus-Gegner und Verbürgerlichungs-Kritiker würde wenig übrig bleiben. Wahlplakate wie jenes von 2005, auf dem Ströbele mit seinem Fahrrad beinahe eine „Spekulanten-Heuschrecke“ totfährt … viele Linke würden es nicht mehr ernstnehmen. Nicht ohne Grund teilt er auf seiner Netzseite mit: *„Richtig ist, dass ich keine Villa und auch kein Haus an irgendeinem See besitze und auch sonstwo besitze ich weder Haus noch Villa.“*

Es ist absolute Vorsicht angebracht. Gewissheit kann nur über einen Weg gewonnen werden: Die Akteneinsicht beim Grundbuchamt Berlin-Mitte.

Für die beiden Eigentumswohnungen der Auguste-Viktoria-Straße in Berlin-Grunewald läuft das Verfahren „schneller als die Polizei erlaubt“ … zwei Wochen nach Antragstellung darf der persönliche Einblick erfolgen – und das Grundbuch sogar vollständig kopiert werden. Der Haken: Zu entscheiden hatte das West-Berliner Amtsgericht Charlottenburg. Es nahm sich einen Grundsatzbeschluss des Bundesgerichtshofes von 2011 zu Herzen, wonach inhaltlich begründete Fragestellungen von Presse- und Medienvertretern ausreichten, das Grundbuch offen zu legen.

Gleicher Inhalt, gleicher Antrag … anderes Ergebnis! Das Ost-Berliner Amtsgericht Mitte denkt gar nicht daran, die Angelegenheit der möglicherweise brisanten Immobilien am Holsteiner Ufer zu klären. Seit dem 04. Januar 2012 wird eine Akteneinsicht rigoros abgelehnt. Der Fall wird nun sogar vor dem Berliner Kammergericht verhandelt. Dabei würde schon eine kleine Antwort ausreichen: Welche Rolle spielte Hans-Christian Ströbele bei den Hausgeschäften? Gab es gar Immobilien-Transaktionen in seinem Namen? Ja oder nein?

Im Grunde könnte es uns egal sein … aber Ströbele ist und bleibt in Berlin der Vorkämpfer gegen die „bösen Immobilien-Heuschrecken“ … „den Kapitalismus“ … und „die Ausbeutung“. Damit bekommt er seine Stimmen … und das Vertrauen der linksalternativen Szene.

Über seine Zeit beim „Sozialistischen Anwaltskollektiv“ von 1969 bis 1979 sagt Ströbele in Gregor Gysis Buch *„Offene Worte“: „Außerdem hatten wir den Grundsatz, dass wir nur die* ***Unterdrückten gegen die Unterdrücker vertreten****, also den Mieter gegenüber dem Vermieter, den Arbeiter oder Angestellten gegenüber dem Arbeitgeber. Das haben wir durchgehalten – und auch ich habe mich während meiner ganzen Anwaltstätigkeit an diesen Grundsatz gehalten.“* (2010)

– Gute und falsche Freunde –

„Ströbele ist ein Mensch, der immer versucht hat, konsequent zu bleiben“, meint **Klaus Eschen**, einst Mitglied im „Sozialistischen Anwaltskollektiv“ und mit Ströbele bis heute befreundet. Den 1939 geborenen Juristen bringt es auf die Palme, wenn Reporter das „geheime“ Immobilieneigentum von Hans-Christian Ströbele hinterfragen. *„Ich finde es überhaupt nicht in Ordnung, wenn Journalisten den moralischen Zeigefinger erheben und selbst überall Vorteile abgreifen!“* Wo er recht hat, hat er recht. Doch geht es hier tatsächlich um Moral? Im Grunde stellen sich nur zwei objektive Fragen:

1.) Vertritt Ströbele wirklich die linksalternative Szene, oder tut er nur so?

2.) Sind die linksrevolutionären Ziele und Behauptungen überhaupt realistisch?

Seit Jahrzehnten eng verbunden – Christian Ströbele und Klaus Eschen (rechts).

Eschen bleibt ruhig, aber bestimmt: *„Sie haben Marx nicht verstanden! Es geht nichts ums Eigentum an sich, sondern um das Eigentum an Produktionsmitteln.“*

Sollte Ströbele Immobilien besitzen, so unterdrücke er damit niemanden. *„Im Gegenteil: Durch seine Eigentumswohnung ist er finanziell viel unabhängiger und kann seine Entscheidungen freier treffen“*, so Eschen. Selbst für den Fall, dass Ströbele einmal selbst ein Mietshaus besessen haben sollte, sei nur die Ausgestaltung der Mietsverträge entscheidend. Und das Eigentum der Frau spiele ohnehin keine Rolle. Privates müsse privat bleiben. *„Wir sind alle Kompromissen unterworfen, weil wir in diesem kapitalistischen System nun einmal ungewollt leben müssen.“* Das Denken solle dennoch nicht aufhören: *„Es ging immer darum, trotz Zwängen und Verlogenheiten gegen Ungerechtigkeit einzutreten. Gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen … Ströbele stammt eben aus einer wohlhabenden Familie … Aber er lebt seinen Luxus nicht vor, spendet sein Geld und bleibt seinen Prinzipien treu … Links heißt nicht, alle gleichzumachen, sondern den Menschen gleiche Rechte und Chancen zu geben.“*

Ich denke zurück an den 02.02.2012, den ersten Jahrestag der Räumung von „Liebig 14“. Es war bitterkalt. Einer der Aktivisten lag regungslos auf dem Pflaster … Ob Suff oder Rausch … Es blieb unklar. Seine „Genossen“ liefen vorbei … Niemand brachte eine Decke oder heißen Tee. Der bunt geschminkte Unterhaltungskasper hatte eine „sozialistische“ Idee: Aus „Solidarität“ würden die Protestaktionen für einen Moment eingestellt. Handeln tat trotzdem nur einer: Die Polizei. Die Beamten brachten einen Rollstuhl und wickelten den „Gefallenen“ in einen warmen Überzug …

„Diese Leute halte ich wirklich für verlogen“, so Klaus Eschen. *„Das ist die hessische oder schwäbische Landjugend, die mal für ein paar Jahre nach Kreuzberg kommt, Revolution spielt und dann später von Mama und Papa das Gut übernimmt. Die sind für mich keine Linken. Die verstehen gar nichts. Wenn sie von >Hartz 4< leben, beuten sie die Armen der Welt ja trotzdem aus, da sie vom Reichtum des hiesigen Kapitalismus profitieren.“*

„Das einzige, was ich Ströbele vorwerfen würde, ist, dass er sich von solchen Lebenseinstellungen nicht distanziert!“

6.) Transparenz als Einbahnstraße

„Das kann ich nicht akzeptieren, dass das gefeiert wird, das ist ein elementarer Verlust von Recht.“

Joachim Gauck ist sauer. Am 5. Dezember 2010, Monate vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten, sitzt er auf der Bühne im Wiener Burgtheater. Gegenüber: Hans-Christian Ströbele. Eine spannende Diskussion! Wie soll man dazu stehen, dass die Netzplattform „Wikileaks“ geheime US-Regierungsdokumente veröffentlicht hat? Gauck ist dagegen … die Daten seien nichts weiter als Diebesgut. *„Richtig und wichtig“* findet dagegen der grüne Bundestagsabgeordnete diese Form der Publizierung. *„Das ist Pressefreiheit, diesen Mut muss man haben“*, so Ströbele. („Der Standard“, 06.12.2010)

Die Begeisterung für den offenbaren Medienschlag gegen die US-Regierung mag bei ihm gar kein Ende finden. *„Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele hat die Veröffentlichungen von amerikanischen Diplomaten-Depeschen durch das Internet-Enthüllungsportal >Wikileaks< ausdrücklich begrüßt“*, schreibt *„DIE WELT“* am 20.12.2010. In der *„taz“* veröffentlicht Ströbele eine umfassende Stellungnahme: *„Ich hab‘ auf die Wikileaks-Veröffentlichungen nur gewartet“*, leitet er seinen Text ein … schließlich hätten alle Bürger ein Recht, Auskunft über „miese Machenschaften“ in der Politik zu erhalten. Am Ende … ein Aufruf. Er warte *„gespannt auf Neues aus dem Paket mit den 250.000 Dokumenten.“* (*„taz“*, 19.12.2010)

Ströbele bleibt seiner alten Linie damit treu … als Vorkämpfer „grüner Transparenz und Offenheit“. *„Der ganze Bundestag und vor allem die Menschen in unserem Land haben einen Anspruch auf Transparenz …“*, schreibt er auf seiner Netzseite am 24.11.2011. Gegenüber der Organisation *„Abgeordneten-Check“* geht er noch einen Schritt weiter: ***„Der Bürger sollte grundsätzlich alles erfahren. Das Anliegen eines gläsernen Staates unterstütze ich daher voll und ganz. Wir brauchen mehr Transparenz auf allen Ebenen.“*** (01.11.2011)

– Nichts als leere Worte –

Was für ein Hoffnungsschimmer! Mit dieser Sichtweise würde sich auch endlich die Chance ergeben, das große Fragezeichen um Ströbeles RAF-Rolle zu klären … Per Einschreiben sende ich folgenden Brief:

Billy Six
xxxxxxxxxxxxxxxxxx
xxxxxxxxxxxxxxxxxx
Tel. 03342 – 56 36 54
– Freier Journalist –

Neuenhagen, den 11.12.2011

Sehr geehrter Herr Ströbele,

als erster Grüner mit einem Direktmandat im Deutschen Bundestag sind Sie eine nicht unwichtige Persönlichkeit der deutschen Zeitgeschichte.

Aus diesem Grunde recherchiere ich derzeit die Hintergründe Ihres politischen Erfolges. Von besonderem Interesse sind dabei jene Unterlagen, die bisher nicht öffentlich zugänglich sind.

Dazu gehört auch der Urteilsspruch des Berliner Landgerichts vom Januar 1981 gegen Sie als „Manager des RAF-Infosystems".

Nach Angaben von Dr. Martin Luchterhandt vom Landesarchiv Berlin liegt dieses Urteil vor und „hat vermutlich das Aktenzeichen 2 P Kls 5 / 77."

Da es sich bei diesen Prozessakten um personenbezogene Unterlagen handele, unterlägen sie gemäß Berliner Archivgesetz § 8 Abs. 3 einer Sperrfrist. Eine Einsicht sei dann - und nur dann - möglich, wenn Herr Ströbele als Betroffener der Einsichtnahme zustimme.

Da Sie sich in der Vergangenheit, zuletzt im Zusammenhang mit dem „Wikileaks"-Vorgang, immer wieder für Transparenz stark gemacht haben, hoffe ich, dass Sie auch in diesem Falle für Offenheit zur Verfügung stehen.

Ich möchte Sie deshalb darum bitten, mir zeitnah Einsicht in diese Unterlagen zu ermöglichen! Ebenfalls würde ich viel Wert auf ein persönliches Gespräch legen, sofern Ihr Terminkalender dieses zulässt.

Vielen Dank für Ihre Mühen.

Mit freundlichen Grüßen.

Billy Six

Das Einschreiben richtet sich an die Berliner Adresse im Holsteiner Ufer 22 … dem Ort der Anwaltskanzlei, von dem ich anfangs annehmen musste, dass sich hier Ströbeles Wohnsitz befände. Hans-Christian Ströbele holt den bei der Post hinterlegten Brief nicht ab … die Postsendung kehrt am 09. Dezember 2011 zurück an den Absender.

Am 11. Dezember sende ich ein erneutes Einschreiben an das Bundestagsbüro am Platz der Republik 1. Auch dieser Brief wird nicht abgeholt … und kommt am 29. Dezember heim.

Nur der letzte Brief, ebenfalls vom 11.12.2011, findet seinen Weg ins Ziel. Er ist adressiert an die Privatadresse in der Auguste-Viktoria-Straße. Am **15.12.2011** quittiert Ehefrau Dr. Juliane Ströbele-Gregor den Empfang. Doch dann … Totenstille. Auch auf ein weiteres Erinnerungsschreiben vom 30.12.2011 reagiert Ströbele nicht. Beim kurzen persönlichen Zusammentreffen am 04. Januar 2012 sagt er kurz und bündig: **„Ich habe kein Interesse, mit Ihnen zu reden!"** Schade … aber nach über 30 Jahren einen Blick in die Original-Unterlagen für historisch Interessierte zuzulassen … das müsste doch eigentlich möglich sein, wenn man sich schon so für Offenheit einsetzt. Oder gilt die geforderte „gläserne Transparenz" etwa nur für andere?

Ich frage den langjährigen Rechtsanwalt **Dr. Christoph P.** aus Neuenhagen, wie der Vorgang zu bewerten sei. Als Linksliberaler schätzt er die Angelegenheit so ein, dass die RAF-Prozesse *„politisch motiviert"* und *„nicht rechtsstaatlich"* gewesen seien. ***„Allerdings ist es auch ungewöhnlich, wenn ein Bundes-***

tagsabgeordneter der Presse verweigert, einen Blick in seine alte Strafakte werfen zu können.“

– Der rote Terror: Die Wahrheit bleibt verborgen –

Ströbele hat in seiner politischen Tätigkeit viel einstecken müssen. Im Buch „Offene Worte“ erinnert er sich gegenüber Gregor Gysi an die steinige Anfangszeit im Bundestag (Seite 182): *„Als ich zum ersten Mal ans Rednerpult trat, bekam ich aus den Reihen der Union, aber auch von anderen, Zurufe wie >Terrorist!< und >Wir gehen jetzt raus, das wollen wir nicht hören<. Dabei hatten sie sich ja schon ein bisschen an die Grünen gewöhnen können, die waren ja schon zwei Jahre im Bundestag. Aber dass dann so jemand ankam wie ich, jemand, der so einen Ruf hatte, war dann anscheinend doch ein bisschen zu viel.“*

Dabei hätte es Herr Ströbele selbst in der Hand, die Öffentlichkeit eines besseren zu belehren … Kann er nicht eigentlich nur gewinnen?

Drei Verhaltensgruppen lassen sich damals feststellen: Jene Rechtsanwälte, die **aktiv am RAF-Krieg mitkämpften** … diejenigen, die das **Infosystem** durchführten … und solche, die nur ihrer **regulären Verteidigerarbeit** nachzugehen suchten.

Rechtsanwalt **Horst Mahler** saß von 1970 bis 1980 im Gefängnis. Rechtsanwalt Siegfried Haag von 1976 bis 1987. Das waren echte Terroristen.

Reine Verteidiger: **Otto Schily**. Rupert von Plottnitz. Gegen sie gab es auch keine strafrechtlichen Konsequenzen.

Der Fokus des Interesses liegt jedoch auf drei Hauptaktivisten des RAF-Informationssystems:

1.) Rechtsanwalt **Klaus Croissant** … der spätere Stasi-Agent wird am 16.02.1979 vom Landgericht Stuttgart wegen *„Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“* zu einer **Haftstrafe von zweieinhalb Jahren** verurteilt. Keine Bewährung. Vier Jahre Berufsverbot.

2.) Rechtsanwalt **Kurt Groenewold** … der Immobilien-Großbesitzer wird am 10.07.1978 vom Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg wegen *„Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“* zu einer **Haftstrafe von zwei Jahren** verurteilt. Ausgesetzt zur Bewährung. Dazu Geldbuße von 75.000 DM und zwei Jahre Berufsverbot.

3.) Rechtsanwalt **Hans-Christian Ströbele** … der spätere Grünen-Politiker wird am 19.01.1981 vom Berliner Landgericht wegen *„Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“* zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilt. Nach einem Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof wird die **Haftstrafe** am 24.03.1982 vom Landgericht Berlin auf **10 Monate** reduziert. Es gibt keine Geldbuße und kein Berufsverbot.

Es ist doch spannend:

– Ströbele hatte schon damals die größte **Aufmerksamkeit** in der Öffentlichkeit.
– Ströbele galt als der **bestinformierte** RAF-Anwalt.
– Ströbele war treibende Kraft und für das Infosystem **unverzichtbar**.

Und dennoch:

- Ströbele wird als **letzter** Anwalt vom Prozess ausgeschlossen, und auch als letzter verurteilt.
- Ströbele erhält die mit Abstand **mildeste** Strafe.
- Ströbele kann als einziger seine Anwaltstätigkeit **ununterbrochen** fortsetzen.

Die Ströbele-Post in und aus den Zellen wurde von der Bundesanwaltschaft mitgelesen und führte zur weiteren Vertiefung der RAF-Erkenntnisse. Eine *„schlimme Geschichte“*, nennt Ströbele das später. (*„SPIEGEL“*, 23.07.1973) **Ströbele baute das System auf … und brachte es am Ende, ob gewollt oder nicht, auch zum Einsturz** … durch den Passanten-Fund eines Ströbele-Briefes in der Vorbergstraße 6, nahe dem Berliner Kammergericht am 19. Juni 1973. Rhetorisch zieht die Staatsmacht am stärksten gegen Ströbele zu Felde … und führt eine Durchsuchung der Kanzlei doch erst nach über zweijährigem Drängen der Ermittler, am 26.11.1975, durch.

Die Strafsache **„Az. 2 P Kls 5 / 77“**, laut Ströbele doppelt so dick wie die Anklageschrift gegen Andreas Baader, birgt möglicherweise noch ein interessantes Geheimnis …

– Das Ströbele-Prinzip –

Wenn es um seine eigene Person geht, ist Ströbele alles andere als ein Anhänger von *„Wikileaks“*-ähnlicher Transparenz. Ganz im Gegenteil: Von **betonartiger Verschlossenheit** zu sprechen, würde das Phänomen in Sachen RAF-Akte gut umschreiben. Die Eigenschaft der Verschlossenheit hat Ströbele auch auf die von ihm gegründete *„taz“* übertragen, die ursprünglich linksradikale Werte nach vorne bringen sollte. Stattdessen: *„Waffen für El Salvador“*, eine Aktion, die jeden anderen Akteur möglicherweise ins Gefängnis gebracht hätte. Im Falle der von Ströbele organisierten *„taz“*-Aktion drückt der Staat jedoch beide Augen zu … und die radikalen Linken sind mit einem Auslandsthema beschäftigt.

Gestellt werden soll nun erstmalig die Frage, was eigentlich genau mit den eingesammelten 4,7 Millionen D-Mark passiert ist … es folgen eine E-Post-Anfrage am 17. Februar und ein Einschreiben an die *„taz“* am 27.02.2012 …

Absender:

Billy Six
xxxxxxxxxxxxxxxxxx
xxxxxxxxxxxxxxxxxx
Tel. 03342 - 56 36 54

Adressat:

„taz“. Die Tageszeitung.
Rudi-Dutschke-Straße 23
10969 Berlin

Neuenhagen, den 27. Februar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

derzeit arbeite ich an einer politischen Biografie über Herrn Hans-Christian Ströbele (MdB).

In diesem Zusammenhang interessiere ich mich für die Hintergründe Ihrer Kampagne „Waffen für El Salvador“ von 1980 bis 1992, die Herr Ströbele nach meinem Kenntnisstand als Justiziar und Kassenwart maßgeblich organisiert hat.

Es wäre sehr schön, wenn Sie mir folgende Fragen beantworten könnten:

1.) Wer hat die eingesammelten 4,7 Millionen Euro (BS: Fehler im Original, es muss natürlich „Deutsche Mark“ heißen) wann, wo und an wen übergeben?

2.) Wofür sind die Gelder letztlich genau verwendet worden?

3.) Wieso wurde in der „taz“ nie über die Verwendung des Geldes von vor Ort berichtet?

4.) Wie können Sie sich erklären, dass Ihr Gründungsmitglied Max-Thomas Mehr im „Cicero“ vom Februar 2012 von einer „fragwürdigen Geldsammlung“ und „dürftiger Aufarbeitung“ spricht, ansonsten aber vor Rückfragen abtaucht?

5.) Was ist dran an der Information, dass ein Teil des Geldes bis heute von Herrn Ströbele „anwaltlich verwaltet“ wird?

So es möglich ist, würde ich mich auch über ein persönliches Gespräch mit Ihnen freuen.

Vielen Dank für Ihre Mühen.

Mit freundlichen Grüßen.

Billy Six

Beinahe fünf Wochen später … überraschend liegt ein Antwort-Schreiben im Briefkasten. Die Gelder wären damals in bar überreicht worden. Die Verwendung? Unklar! Übrig geblieben seien nur 3.700 DM (derzeit 2.200 Euro). Und die *„juristische Herausforderung“*? Auf weitere Nachfragen gibt es keine Reaktion. Somit bleibt auch bis zuletzt unklar, in welchen Ausgaben die *„taz“* ihre „Quittungen“ veröffentlicht haben will.

Fragen über Fragen … und sie nehmen zu, je mehr man sucht. Wie kommt es, dass die „Transparenz-Apostel“ eine **Schattenseite** besitzen, über die niemand spricht? Ströbele und seine „taz“ befinden sich da in „passender“ Gesellschaft …

Für dieses Buch waren folgende Personen aus dem Umkreis von Ströbeles Werdegang nicht bereit, auf Gesprächsanfragen überhaupt zu reagieren:

– **Horst Mahler** (Rechtsanwalt beim Sozialistischen Anwaltskollektiv mit Ströbele, später Mandant Ströbeles, heute Strafgefangener der JVA Brandenburg)

– **Otto Schily** (Rechtsanwalt in Zusammenarbeit mit dem Sozialistischen Anwaltskollektiv, gemeinsam mit Ströbele … Mahler-Verteidigung und Grünen/Alternativen-Politik, später SPD-Innenminister)

– **Kurt Groenewold** (RAF-Anwalt) … einem Gespräch stimmt er erst zu … und antwortet dann überraschend auf keine Terminanfrage mehr

– **Götz Aly** (gründete gemeinsam mit Ströbele die *„taz“*)

– **Max-Thomas Mehr** (gründete gemeinsam mit Ströbele die *„taz“*)

– **Hendryk M. Broder** (arbeitete unter Ströbele bei der *„taz“* und führte 1991 mit ihm ein weltweit beachtetes Israel-Zeitungsgespräch) … ist sonst nie um rhetorische Angriffe verlegen … über Ströbele mag er allerdings nichts sagen.

– **Christian Semler** (führende Person beim SDS und der Studentenbewegung, wo er auch mit Ströbele zusammenwirkte, *„taz“*-Autor).

Klaus Eschen (Mitbegründer des *„Sozialistischen Anwaltskollektivs“*) ist zwar zu einem Gespräch bereit … auf Ströbele will er aber nicht näher eingehen. *„Es ist nicht meine Aufgabe, Ströbele zu interpretieren“*, sagt er. Ähnlich zurückhaltend ist auch **Rebekka Schmidt**, die 1985 zugunsten von Ströbele auf ihr Vorrecht zum Bundestagsmandat verzichtete. Sie belässt es bei wenigen, vorsichtig formulierten Sätzen … und will echte Inhalte erst mittels einer Autobiografie im Rentenalter preisgeben.

Man kann also festhalten: Transparenz wird bei den Linken gerne hochgehalten, aber selten selbst gelebt.

– Das Märchen von der „guten“ und der „bösen“ Stasi-Akte –

Ein geradezu prägnantes Beispiel dafür ist auch die Stasi-Akten-Politik Ströbeles. 1999 bis 2002 kann er im Untersuchungsausschuss zur CDU-Spendenaffäre nach Herzenslust gegen seinen Lieblingsfeind Helmut Kohl zu Felde ziehen. Zur Aufklärung des Skandals kann der grüne Obmann sich sogar die Nutzung von heimlichen Mitschnitten des DDR-Geheimdienstes vorstellen. Kohl interveniert … und erreicht 2004 vor dem Bundesverwaltungsgericht, dass Informationen aus Abhöraktionen von Privat- und Diensträumen grundsätzlich nicht mehr weitergegeben werden dürfen. Natürlich ist Ströbele empört. Er schreibt am 24.06.2004 auf seiner Netzseite: ***„…Wissenschaftler und Journalisten sollten alle Unterlagen nutzen***, *um das Wirken der Stasi umfassend aufzuarbeiten … Es ist schwer nachzuvollziehen, warum Unterlagen, die über die Tätigkeit des damaligen Bundeskanzlers und sein amtliches und politisches Wirken von der Stasi ausspioniert wurden, nicht Journalisten gegeben werden dürfen und damit die öffentliche Diskussion ermöglicht wird. Eine Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS und seiner Methoden, für die das Stasi-Unterlagengesetz geschaffen wurde, wird dadurch erheblich erschwert...“*

Überaus merkwürdig erscheint dabei, dass es derselbe Hans-Christian Ströbele war, der im März 2001 **juristisch** (Rechtsanwalt Eisenberg) und **politisch** (Presserat) gegen die *„Welt am Sonntag“* vorging, weil deren Schreiber am 18.02.2001 Details mit gesellschaftlicher Brisanz aus der Ströbele-Stasi-Akte zitiert hatten. Dabei ging es keinesfalls um illegale Abhörmaßnahmen … sondern um Einschätzungen von DDR-Grenz-Beamten über ihre Erfahrungen mit dem RAF-Anwalt. Denen dürfe man aber keinen Glauben schenken, so Ströbele heute. Aussage gegen Aussage.

Kann man Ströbeles Wut verstehen? Immerhin wurde er als erster Politiker nach der Wende überhaupt rechtzeitig von der „Birthler-Behörde“ in Kenntnis gesetzt,

dass Journalisten seine Akten eingesehen haben … sehr zum Leidwesen der „Transparenz“.

Nicht zu verbieten: Veröffentlichungen über die engen Beziehungen Ströbeles zum SED-Juristen **Friedrich Karl Kaul** in den 70er Jahren ... zu erdrückend ist die Beweislast, so dass Ströbele den Tatbestand schließlich selbst einräumte. Ströbele hatte Kaul mehrfach um juristischen Beistand gebeten. Dieser wurde ihm nach Rücksprachen mit der Stasi stets gewährt … schließlich konnte Kaul problemlos in den Westen fahren.

Der renommierte linkspazifistische Jurist Heinrich Hannover schreibt: *„… Im Jahre 1961 schloss der Bundesgerichtshof den der SED angehörenden Rechtsanwalt Professor Dr. Kaul in einer politischen Strafsache als Verteidiger aus. In der Begründung hieß es, Kaul habe die Sache der SED stets als die seinige vertreten, er führe die Verteidigung nicht unabhängig, sondern nach den Richtlinien der SED. Das wurde u. a. damit begründet, dass der Verteidiger der SED angehöre, dass er jeden Parteiauftrag durchzuführen habe und der Parteidisziplin unterliege. Auch wohne er in Ostberlin >im Machtbereich der SED<. Er genieße offensichtlich auch das Vertrauen der SED, da er mit ihrer Billigung in politischen Veranstaltungen öffentlich jahrelang gegen die Strafjustiz der Bundesrepublik aufgetreten und in zahlreichen der SED wichtigen Verfahren in Staatsschutzsachen verteidigt habe …“*

– Bei Ströbele passt nichts zusammen –

Problematisch ist nicht das Hilfeersuchen Ströbeles … sondern die Frage, wieso der SED-Staat seinen Top-Juristen mehr als nur einmal dafür zur Verfügung stellte …

Und im Übrigen … Wie war doch gleich der Dauer-Vorwurf, auch von Ströbele, an den zurückgetretenen Bundespräsidenten Wulff im Jahre 2012? Dass der immer nur das zugegeben habe, was ohnehin bereits bekannt geworden sei …

Es ist ein Phänomen, dass die Glaubwürdigkeit des Hans-Christian Ströbele nie gelitten hat, obwohl es guten Grund dazu gegeben hätte:

1.) Er ist für *„Wikileaks“* … aber gegen die Veröffentlichung seiner RAF-Akte.

2.) Er ist für den „gläsernen Staat“, aber gegen Nachforschungen bei den El-Salvador-Waffengeldern.

3.) Er ist für die Nutzung der Kohl-Stasi-Akte, aber gegen die Verwertung seiner eigenen.

In diesem Zusammenhang passt auch sehr vorzüglich die Anekdote um die *„Google-Street-View“*-Debatte. Der Suchmaschinen-Dienstleister aus den USA fotografierte 2008 alle Straßen der großen deutschen Städte ab … und stellte diese später als interaktive Karte ins Netz. Nach einer politischen Debatte einigte man sich auf ein Widerspruchsrecht für die Anwohner. So kommt es, dass nun mitunter entlang einer realen Straßenansicht mittendrin ein weißer Fleck zu sehen ist. Einer dieser „Widersprüchler“ war natürlich … Hans-Christian Ströbele. Ge-

genüber *„Spiegel Online“* erklärt er das Projekt schlicht für *„ungeheuerlich“*. Dagegen ist er, weil Datenschutz und Privatsphäre gefährdet wären. Medienwirksam lässt er das Gebäude seiner Anwaltskanzlei am Holsteiner Ufer pixeln … Und die Auguste-Viktoria-Straße, dort wo Ströbele seit 1967 wohnt? … Dort ist merkwürdigerweise alles einsehbar. **Also, wie „bedroht“ war nun das Intimleben des Herrn Ströbele wirklich? Der große Aufschrei … wieder nichts als heiße Luft!**

Doppelmoral und Irreführung … und die gleichen Politiker gehen anschließend auch noch so weit, den „moralischen Ankläger“ zu spielen. Konservative Staatsmänner wie (Ex-)Verteidigungsminister zu Guttenberg oder (Ex-)Bundespräsident Wulff werden an den Pranger gestellt … und müssen zutiefst persönliche Dinge preisgeben. **Private** Verfehlungen, das ist das eine … Aber sind die **politischen** Verfehlungen nicht sehr viel schlimmer? Politiker wie (Ex-)Außenminister Fischer (Prügelorgien gegen Polizisten), EU-Parlamentarier Cohn-Bendit („Kinderverstehung“) oder eben Ströbele (RAF u. a.) sitzen im Glashaus … und werfen mit Steinen … mit „Pflaster-Steinen“.

„Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe“, sagt der Volksmund. Und warum? Hat der Staat den Linksideologen das Feld überlassen … um dafür Ruhe auf den Straßen zu bekommen?

Immer nur schlechte Zeiten für Konservative und „ihre kapitalistischen Seiten“ … über die „kapitalistischen Seiten“ der Linken spricht man freilich nicht. Diese sehen sich selbst als die „guten Übermenschen“, und haben deshalb offenbar mehr Rechte als andere … das Widersinnige daran ist eben nur, dass es genau diese Linken waren, welche einst für das „Prinzip der Gleichheit“ ins Feld gezogen sind.

2011 … neue Kritik an Ströbele. *„Nachdem jetzt Horst Mahler, einer der Gründer der RAF, zugegeben hat, als Auslandsspion für die DDR gearbeitet zu haben, muss sich nun auch der Grünen-Abgeordnete Ströbele erklären, ob er es seinem Bürokollegen gleich tat und ebenfalls Mandanten und andere für die Stasi bespitzelte“*, verkündet Stefan Müller, parlamentarischer Geschäftsführer der CSU. Ein reines Medien-Gewitter. Mahler widerruft sein Stasi-Geständnis wenig später. Ströbele nennt die Vorwürfe *„absurd und in der Sache falsch.“* Zu Recht, denn dieser bayrische Angriff war in der Tat nicht besonders durchdacht gewesen. Was soll man davon halten, dass sich zwei Vertreter des Politsystems öffentlichkeitswirksam über eine Angelegenheit streiten, von der beide wissen, dass sie nicht beweisbar … und wahrscheinlich sogar unwahr ist? Nur für eines sind derartige Auseinandersetzungen gut: Sie spalten die Gesellschaft … und schließen die eigenen Reihen.

Die Wirklichkeit ist wohl eher bei **Dr. Bernd Rabehl** zu finden, dem berühmten Berliner Soziologie-Professor und einstigen Ströbele-Wegbegleiter:

„Ich glaube, der Ströbele war viel zu vorsichtig. Für einen ausländischen Geheimdienst hätte er nicht gearbeitet!“

7.) Mit Herrn Ströbele ist nicht gut Kirschen essen

Samstag, der 07. Januar 2012. Sie kommen an einem ungewohnt milden Januar-Morgen … Unangemeldet. Das Bundeskriminalamt (BKA). In Zivil.

Kriminalhauptkommissarin **R. S.** gibt sich per Ausweis als Einsatz-Verantwortlicher zu erkennen. Ihr Gefährte: *„H., … **Herr H.** … und meine Dienstkarte brauchen Sie nicht zu sehen. Ich bin hier nur als Begleiter dabei!“* Im Haus macht er aber sogleich klar, worum es geht: *„Es stört uns, wie Sie eine Schutzperson von uns angehen!“* Aha, es dreht sich also um Ströbele. Genauer gesagt um die Gespräche mit seinen Nachbarn. Frau S. beruhigt die Situation: *„Ich habe einiges von Ihnen gelesen, und denke doch, dass Sie ein ganz verantwortungsbewusster junger Mann sind …“*

– Das System setzt sich zur Wehr –

Eine polizeiliche Form von „Dr. Jekyll und Mr. Hyde“ wird hier eindruckvoll vorgeführt. Aber es ist schon ganz gut zu wissen, woran man ist. *„Wir sind hier, um Sie zu maßregeln“, so H. „Und wenn Sie mit Ihrer Form der Nachforschung nicht aufhören, dann gibt es auch noch andere Maßnahmen … und die sind dann nicht ganz angenehm für Sie. Wir können den Fall auch an den Verfassungsschutz abgeben – da wird’s dann ganz eng für Sie.“*

„Sehen Sie“, erläutert Frau S. höflich, „wir müssen klären, ob es unter Umständen nötig sein kann, Herrn Ströbele einen teuren Begleitschutz zur Verfügung zu stellen. Also: Warum stellen Sie an Ströbeles Nachbarn so persönliche Fragen? Und was geht Sie der Immobilienbesitz an?“

„Ich schreibe an einer politischen Biografie“, ist meine Entgegnung. „Und es geht darum, Schein und Sein von Ströbele gegenüber zu stellen.“ S. lächelt. H. verzieht finster sein Gesicht. „Hätte ich denn meine Adresse hinterlassen, wenn ich Böses vorhätte?“, frage ich naiv.

„Sie können sich ja gar nicht vorstellen, was wir schon alles erlebt haben“, argumentiert S. „*Und Sie müssen doch schon zugeben, dass es sehr merkwürdig ist, wenn Sie versprechen, Ihre Informanten geheimzuhalten … und dann haben Sie ja sogar Geld geboten! Mehrere Bürger haben uns hinterher benachrichtigt.“*

H. greift ein: *„Sie haben sich ja nun öfters gegen die Stasi ausgesprochen, Herr Six. Aber jetzt tun Sie exakt das gleiche. Wie würden Sie es denn finden, wenn wir jetzt jeden Nachbarn hier bei Ihnen in der Straße einzeln abklingeln und uns nach Ihnen erkundigen? Einmal unseren BKA-Ausweis vorgezeigt, und Sie sind hier ganz schnell unten durch!“*

„Und was ist nun Ihr Ziel?“, frage ich. Dass ich mich mit „besseren“ Angelegenheiten befassen solle, ist die Antwort. „Also, ich kann Ihnen vorschlagen meine aggressive Form der Recherche einzustellen … schließlich habe ich ja schon mit allen Nachbarn gesprochen.“ Ein salomonischer Kompromiss … Jetzt muss selbst der bierernste Herr H. lächeln.

„Aber bitte glauben Sie jetzt nicht, dass uns Herr Ströbele instruiert hätte, hierher zu kommen“, möchte Frau S. noch festgestellt wissen. *„Wir haben zwar ein*

Sicherheitsgespräch mit ihm geführt … aber die Schlussfolgerungen trifft das BKA schon ganz allein.“

Spannend ist ebenfalls, dass ihr der Beginn aller Recherchen im Oktober 2011 bekannt ist. Damals hatte ich nur eine Aktion gestartet … nämlich einen Brief an den früheren Ströbele-Anwaltskollegen Horst Mahler zu schreiben. Der sitzt heute wegen rechtsextremistischer Propaganda-Tätigkeit im Gefängnis. Ist das jetzt etwa die verspätete Antwort?

Herr H. warnt vor der Wochenzeitung *„Junge Freiheit“*. Es wäre nicht gut, für die zu schreiben … schließlich wären das nur „Wölfe im Schafspelz“. Und für Frau S. ist klar: *„Also ich finde es schlimm, wie hier teilweise in Deutschland mit Ausländern umgegangen wird.“*

Und übrigens: *„Glauben Sie mir, Herr Ströbele fährt wirklich mit dem Fahrrad. Da gibt es nichts zu recherchieren.“* Die politische Brisanz der Radel-Geschichten ist offenbar bekannt.

Wir verabschieden uns im Guten. *„Wir hoffen, dass wir Ihren Namen nicht nochmal hören. Aber wenn, dann kommen nicht wir, sondern Ihre Wache hier in Neuenhagen“*, so Kollege H. beim Hinausgehen.

Schade ist nur eines: Dass die freundliche Frau S. nicht ganz die Wahrheit gesagt hat. Ihr Versprechen, nie zuvor jemand anderen über meine Person angefragt zu haben, ist schnell widerlegt. Unter dem Betreff *„Schutzmaßnahmen für Mitglieder von Verfassungsorganen des Bundes“* schrieb sie bereits am **21.12.2011** (!) an den „Journalistenverband Berlin/Brandenburg“ folgende Zeilen:

„Bezugnehmend auf unser eben geführtes Telefonat bitte ich sie um folgende Auskunft:

Hat Herr Billy SIX, geb. …, whft in 15366 Neuenhagen beim Deutschen Journalistenverband Brandenburg einen Presseausweis beantragt oder erhalten?

Das Auskunftersuchen stützt sich auf § 5 BKAG in Verbindung mit §§ 21 ff BKAG.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
R. S.
Kriminalhauptkommissarin
Bundeskriminalamt
SG 22 – Gefährdungsermittlung“

„Die sagen alles immer so, wie sie es gerade brauchen“, bewertet der Vorsitzende des Journalistenverbandes, **Hans Werner Conen**, den Vorgang. *„Moral hat da keinen Platz!“*

Warum versuchte die Kriminalkommissarin zu verschleiern, dass sie bereits seit Wochen zu meiner Person recherchiert hatte? Etwa, weil dann aufgefallen wäre, dass die Gespräche mit den Ströbele-Nachbarn vom **28.12.2011** gar nicht die Ursache für die Ermittlungen waren? Dann jedoch kann nur ein Moment infrage

kommen: Die RAF-Anfrage an Ströbele, angenommen am 15.12.2011. Aber das würde bedeuteten … **Hans-Christian Ströbele, der „große Polizei-Hasser", muss als Reaktion auf das Anschreiben die Beamten selbst informiert haben ...** Kann das wahr sein?

Eine Nachbarin hatte mich gewarnt: *„Passen Sie auf sich auf. Mit Polizei und Anzeigen ist der Ströbele schnell dabei."*

– „007" hilft Ströbele aus der Patsche –

In der Tat: Der grüne „Weltverbesserer" hat auch eine gemeinhin unbekannte Seite. Am 26. April 2010 traut sich die *„Sächsische Zeitung"* aus der Deckung. Durch die Aschewolke eines isländischen Vulkans über dem halben europäischen Luftraum kommt es auf dem Flughafen Madrid zu einer „überraschenden" Begegnung. Hans-Christian Ströbele trifft mit einem gewissen **Klaus-Dieter Fritsche** zusammen. Der CSU-Mann war jahrelang Büroleiter des bayerischen Innenministers Beckstein, später Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz … dann **Geheimdienstkoordinator** im Bundeskanzleramt und schließlich Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Schwerpunktarbeit: Geheimdienste.

Jetzt fällt ihm die staatspolitisch wichtige Aufgabe zu, dafür zu sorgen, dass der Bundestagsabgeordnete und Geheimdienst-Kontrolleur Ströbele schneller zurück nach Berlin kommt, als die gestrandeten Fluggäste. Zitat aus der Regionalzeitung: *„Zusammen schlug sich die außergewöhnliche neue schwarz-grüne Männerfreundschaft mit dem Bus nach Freiburg durch. Von dort ging es per -* ***Hubschrauber der Bundespolizei*** *zurück nach Berlin – eine schöne Asche-Koalition war das."*

Ströbele, der seine Abneigungen gegen den gemeinen Straßen-Polizisten in Berlin gar nicht oft genug betonen kann, lässt sich also von den Sicherheitsdienst-Spitzen hofieren? Von denselben Leuten, die er anschließend im Geheimdienst-Ausschuss wieder kontrollieren soll?

Wir lernen also: Es ergibt ein falsches Bild, nur den Worten „spießiger Nachbarn" einer Nobelsiedlung Glauben zu schenken. Tatsächlich hat auch Herr Ströbele gute Freunde. Nur wehe denen, die diesen Männerbünden zu nahekommen …

– Aufruhr vor der „Hohen Pforte" –

Es ist der 28.12.2011. Auguste-Viktoria-Straße. Berlin-Grunewald. Ströbele ist heute zu Hause. Fahrrad und Auto stehen vor dem Haus. Zeigen mag er sich dennoch nicht. Nebenan öffnet sich die Tür. Eine Frau um die 60 steht da – und beäugt mich skeptisch.

„Guten Tag, mein Name ist Billy Six, ich bin freier Journalist und wollte wissen, wie es so ist, in einer Straße mit so vielen Prominenten und der israelischen Botschaft zu wohnen."

„Danke, wir können uns nicht beklagen."

„Und sagen Sie, der Name Ströbele, der da unten am Klingelschild steht … ist das der Herr Ströbele aus dem Bundestag?"

Jetzt ruft sie ihren Mann herbei … *„Gerhard … kommst Du mal bitte!“* Es erscheint ein korpulenter Mann im Türrahmen. *„Der junge Mann fragt, ob hier der Herr Ströbele wohnt“*, sagt seine Frau. Gerhard C. reagiert alles andere als verständnisvoll: *„Haben Sie einen Interview-Ausweis? Wenn Sie keinen Interview-Ausweis haben, dann verlassen Sie auf der Stelle diesen Ort! Sofort!“*

Es hat keinen Sinn. Witzig ist nur, dass Gerhard C. sich mittlerweile neu eingekleidet hat, um die Verfolgung aufzunehmen. Als ich ihm zuwinke, dreht er sich weg … und behält immer die Straße fest im Blick. Plötzlich … eine Polizeistreife. Das laute Organ des Gerhard C. ist weithin zu hören: *„Da hinten … schnell!“*

Ich schlendere den beiden Beamten entgegen. Es dauert rund eine halbe Stunde, um das Problem zu klären. Der junge Beamte: *„Also Herr Six, Sie sind ja eigentlich ganz freundlich … haben Sie dem Mann irgendetwas getan? Die Leute waren ja geradezu aufgebracht am Telefon … Wenn Sie über Herrn Ströbele recherchieren wollen, dürfen Sie dies weiter gerne tun.“*

Das lasse ich mir nicht zweimal sagen … Ein Haus nach dem anderen wird abgeklingelt. Viele halten sich bedeckt und betonen, keinen Kontakt zu Ströbele zu haben. Andere berichten: *„Stellen Sie sich mal vor: Der Ströbele war mal hier in der Straße mit seinem Fahrrad. Von Kreuzberg bis hierher – eine ganz schöne Strecke ist das.“* Der „verschollene Kreuzberger“ ist offenbar auch ein „verschollener Grunewalder“.

Nur gegenüber vom Ströbele-Haus weiß man Bescheid. Eine ältere Dame ist positiv beeindruckt: *„Ja, ich sehe ihn ja kaum. Aber wenn er mal auftaucht, dann ist er mit dem Fahrrad unterwegs. Der Ströbele ist eben noch ein echter Grüner. Der macht das nicht so, wie eine hiesige Stadträtin vor 40 Jahren, die sich gleich nach Amtsübernahme einen Mercedes auf Steuerkosten gegönnt hat.“*

Eine andere Dame ist dagegen weniger begeistert: *„Ströbele ist eine fiese Möpp, wie man im Rheinland sagen würde“*, sagt sie. Als Brandenburger weiß ich leider gar nicht was das heißen soll … *„Na ja“*, sagt die ältere Frau nachdenklich. *„An einem Tag sollte hier in der Straße ein Umzug stattfinden. Die Möbelfirma hatte ein Parkverbot verhängt – und trotzdem parkte einer in dem ausgeschilderten Bereich … unser Herr Ströbele! Die Arbeiter hätten alle schweren Möbelstücke nochmal 20 Meter weiter schleppen müssen. Irgendwann riefen sie die Polizei, um das Fahrzeug ordnungsgemäß abschleppen zu lassen. Erst jetzt kam Herr Ströbele aus seinem Haus – und regte sich furchtbar auf, als die Polizisten ihn aufforderten, sich auszuweisen. >Ich bin doch der Herr Ströbele<, sagte er wütend.“*

„Solche Aktionen hatte er schon öfter drauf, dafür ist er in der näheren Umgebung auch bekannt. Er ist nie da, außer wenn es Grund für eine Beschwerde gibt, zum Beispiel weil ein Hund zu laut bellt.“

Ein anderer älterer Nachbar teilt mit: *„Ja, Herr Ströbele … der kam mal rüber und hat sich über meine Baum-Sägearbeiten aufgeregt. Das wäre Ruhestörung, und er wolle auf dem Balkon ungestört seine Zeitung lesen. Dabei bin ich ein Mensch, der schon sein ganzes Leben darauf achtet, dass die Entastungsarbeiten zum Beispiel nicht zwischen 13.00 und 15.00 Uhr stattfinden.“*

„Ansonsten kann er gerne mit dem Fahrrad umherfahren – aber doch bitte auf der richtigen Radwegseite. Das stört ungemein.“

– Karpfen-Posse am Baggersee –

Die streitsüchtigen Eigenschaften des liebfreundlichen „Radel-Christian“ sind längst kein Geheimnis mehr. Bei einem Badeurlaub im August 2011 ging alles schief … nicht dass es Ärger gab war das Problem … sondern, dass die Zeitungen davon erfuhren. Was da entstand war eine Presselawine … die so genannte *„Fischfutter-Affäre“*.

Weinheimer Waidsee. Baden-Württemberg. Das Ehepaar Ströbele will sich entspannen. Beim Schwimmen bewegt sich Juliane Ströbele-Gregor in einem gesperrten Bereich. An gleicher Stelle sind Jugendliche zeitgleich damit beschäftigt, Karpfen zu angeln. Mit einer Futterschleuder schießen sie so genannte „Boilies“ ins Wasser. Eine dieser Kugeln trifft Ströbeles Frau jedoch am Kopf. Herr Ströbele sieht rot! Er stellt die Jungen zur Rede. Zornig reißt er ihnen die Schleuder aus der Hand, spricht von „Anzeige“. Erwachsene kommen hinzu, um die Situation zu entschärfen. Ströbele überreicht seine Bundestags-Visitenkarte, will den Vorgang aber trotzdem als „privat“ verstanden wissen. Mit der Futterschleuder fahren Ströbeles zum Jugendamt, um „die Tatwaffe“ abzuliefern. Am nächsten Tag stellt Juliane Ströbele-Gregor Strafanzeige gegen den forschen Anglerjungen. Mit dabei: Jurist Hans-Christian Ströbele. Tatvorwurf: „Gefährliche Körperverletzung mittels einer Waffe“ gemäß § 224 StGB.

Die Geschichte nimmt ihren Lauf. Die lokale Netzseite „Heddesheimblog“ berichtet, der Bundestagsabgeordnete Ströbele selbst habe die Anzeige gestellt. Das ist objektiv falsch. In Ströbeles Auftrag schickt Rechtsanwalt Johannes Eisenberg eine Abmahnung. Netzbetreiber Hardy Prothmann soll eine Unterlassungserklärung abgeben und die Anwaltskosten von 775,64 Euro löhnen. *„Ich habe >heddesheimblog.de< abmahnen lassen, weil ich zum einen der Auffassung bin, dass Ereignisse privater Natur in meinem Urlaub, in die meine Frau verwickelt ist, in der Öffentlichkeit nichts zu suchen haben“*, erklärt Ströbele gegenüber der *„Berliner Morgenpost“. „Jenes Schießgerät* (BS: die Futterschleuder) *ist wirklich gefährlich, die Sache hätte leicht ins Auge gehen können.“*

Jetzt verbreitet sich die Nachricht unkontrolliert selbst in Zeitungen, Radio und Fernsehen. Am 06.12.2011 muss Ströbele sogar in der Sitzung seiner Grünen-Bezirksgruppe Rede und Antwort stehen. Still und leise höre ich zu.

„Hans-Christian, es tut mir wirklich leid, aber ich muss Dich fragen, was Du so am Badesee machst. Ja, das steht in allen Zeitungen und die Leute auf der Straße fragen schon danach“, traut sich eine **Grünen-Frau** nach vorne. Die Stimmung ist angespannt. Es wirkt, als wäre Ströbele die Sache unangenehm. Doch nach längerer Vorrede geht er auf den Fall ein. *„Ich habe die Jungs schon vorher beobachtet, wie sie mit ihren Kugeln in den Himmel … in die Bäume feuerten … wohl auf Vögel.“* Jetzt wird den Kreuzberger Grünen klargemacht, dass es sich um böse Jungs handeln müsse. Ströbele weiter: *„Ich habe sie zur Rede gestellt. Aber die wollten mir ihre Namen, Adressen und Telefonnummern nicht geben. Ich habe denen dann diese Futterschleuder abgenommen und gesagt: >Die*

kannst Du Dir beim Jugendamt wieder abholen.<“ Jetzt ist das anti-autoritäre Publikum wieder geschockt. Doch Ströbele beruhigt: *„Als ich mit der Futterschleuder beim Jugendamt ankam, sagten die mir, dass wir zur Polizei gehen müssten.“* Ein klarer Fall. Ströbeles wollten demnach gar nicht zur Polizei … sie seien quasi von Amts wegen dazu gezwungen worden. Aber auch das kommt bei den staatskritischen Kreuzberger Linken nicht wirklich gut an. Schließlich: *„Ich habe wegen der Falschdarstellung meinen Anwalt Jonny Eisenberg angerufen … der sagte gleich, >wir müssen aus allen Rohren feuern< … Ich habe ihn dann erstmal runtergeholt und gesagt, eine einfache Abmahnung tut es auch. 10.000 Euro ist ja* ***nicht*** *viel Streitwert bei Pressesachen.“* Jetzt hat der Langzeit-Bundestagsabgeordnete auch noch die kapitalismuskritischen Adern seiner Leute aufs Äußerste gereizt. Doch sie bleiben still. Ein **Ströbele-Freund** ruft aus dem Publikum: *„Das ist ja gut, dass wir hier im sicheren Friedrichshain-Kreuzberg sind und nicht im Odenwald, wo man offenbar nicht so sicher ist.“*

Ströbele sucht die Sympathien zurückzuholen: Seine Frau habe tagelang unter Kopfschmerzen gelitten. Er selbst sei am Samstag bei der Afghanistan-Demo in Bonn gezielt von einem Ei getroffen worden und habe sich anschließend auch im Krankenhaus untersuchen lassen müssen. Außerdem bekäme er jetzt sogar bösartige Unterstellungen und Morddrohungen zugeschickt.

Das professionell geworfene Hühnerei vom 03.12.2011 ist es übrigens, das die ausufernde Baggersee-Berichterstattung wieder beendet. Vom Täter dieses Angriffs fehlt bis heute jedoch jede Spur.

Ich rufe an beim Südwest-Deutschen **Hardy Prothmann**, dem umstrittenen Netz-Journalisten. *„Ja, ich weiß, Ströbele sagt, seine Frau habe tagelange Kopfschmerzen gehabt. Nur komischerweise ist sie nicht zum Arzt gegangen … Ich habe mir jetzt solche Futterkugeln mal selbst beim Anglerladen angeguckt. Die sind etwas härter als Marzipankugeln. Ich glaube, dass man einen Schrecken bekommt, wenn einem das Ding an den Kopf knallt – aber mehr auch nicht.“*

Stimmt es denn, dass die Jungs auch auf Vögel geschossen haben? *„Nein, Herr Ströbele wird ja immer fantasievoller.“*

Kommen wir zur anderen Seite der Begebenheit: Selbst Prothmann gesteht ein, er halte es nicht für ausgeschlossen, dass die Kinder absichtlich auf die schwimmende Frau geschossen hätten … auch wenn diese das Gegenteil behaupten. *„Sie schwamm nun mal im abgesperrten Anglerbereich“*, so Prothmann. Seinen Berichterstattungsfehler schiebt er dem Staatsanwalt zu. Der habe von „Herrn Ströbele“ und nicht von der Frau gesprochen. Und warum hat er dem Bundestagsabgeordneten dann nicht genügend Zeit für eine Stellungnahme eingeräumt? *„Hätte ich mir zuviel Zeit gelassen, wäre vielleicht eine Unterlassungserklärung gekommen … und dann wäre die Geschichte kaputt gewesen.“*

Dass Prothmann in juristischen Belangen nicht bewandert ist, ist das eine. Nicht zu entschuldigen ist jedoch die Oberflächlichkeit der Recherche, durch die er den öffentlichen Aufruhr überhaupt erst provoziert hat. Das ist der Gegenstandpunkt von der Wirklichkeit, von dem in den Zeitungen wenig zu lesen ist. Ein Einsehen fordert Prothmann nur von anderen … sich selbst klammert er aus. Vor allem aber

gibt der selbstgerechte Provinz-Medienmann immer wieder Versprechen, die er nicht einhält. Bis heute warte ich auf seine zugesagten Fotos vom See. Nach drei Rücksprachen habe ich das Vertrauen schließlich verloren … Ebenfalls weithin unbekannt ist, dass Prothmann auch in seiner Heimat Heddesheim nicht unumstritten ist. Er habe während der Tätigkeit im Gemeinderat versucht, seine politische Agenda als „unabhängig-kritischen Journalismus“ zu verkaufen, heißt es.

Seine Selbsteinschätzung, er Hardy Prothmann persönlich, habe den Bundestagsabgeordneten Ströbele *„geprothmannt“*, spricht für sich.

Manchmal stimmt die Volksweisheit, dass zum Streiten immer zweie gehörten, eben doch. Die juristische Aufarbeitung der *„Fischfutter-Staatsaffäre“* ist übrigens mittlerweile abgeschlossen. Der mutmaßliche Fischkugel-Angreifer ist mit seinen 13 Jahren strafunmündig. Und Ströbele bleibt auf seinen Anwaltkosten sitzen. Die Sache wäre für ihn erledigt, heißt es. Und: Er habe die „Netzgemeinde“ eben unterschätzt.

Ströbeles Ärger mag man für verständlich halten … aber das Vorgehen passte einfach nicht zu einem „linken Gutmenschen“. Er selbst hielt sich nicht an die von den Grünen propagierten Ziele der anti-autoritären Erziehung sowie des Verständnisses für Kinderstreiche und grenzenlosen Journalismus.

– Ströbele misst mit zweierlei Maß –

Politische Satiriker fragen, ob Ströbele auch so reagiert hätte, wenn die Jungs türkische Kinder an der Spree gewesen wären … Nicht ganz zu Unrecht … In der Verfolgung von Straftätern geht Ströbele recht selektiv vor, wie die ehemalige Bundestagsabgeordnete **Vera Lengsfeld** zu berichten weiß.

„Ich nehme das dem Ströbele bis heute übel“, sagt sie bei einem Gespräch in ihrer Berliner Wohnung. Das umstrittene Ereignis habe sich im Frühsommer 2009 auf dem Bersarinplatz in Ströbeles Wahlkreis zugetragen. Damals, als es wieder mal eine Demonstration gegen Neonazis gegeben hat. *„Linke Aktivisten hatten einen Neonazi zusammengeschlagen. Die Neonazis passten später einen Linken ab und rächten sich auf ihre Weise. Das war der Anlass für viele Altlinke, auch aus der PDS-Linkspartei, sich öffentlich zu positionieren“*, so Lengsfeld. Aus ihrer CDU seien auch sieben Mitglieder gekommen. *„Um Gottes Willen, wir waren da natürlich ohne CDU-Flagge.“* Schilder hätten sie trotzdem gehabt: *„Keine Gewalt“*, habe darauf gestanden. Für manch Linksradikalen war das schon zuviel. *„Der schwarze Block der Antifas hatte sich wieder mal positioniert. Und plötzlich erschien da ein altbekanntes Gesicht … Hans-Christian Ströbele. Er begrüßte Alle mit Handschlag, und schien sie auch allesamt persönlich zu kennen. Kurz danach brach eine Art Rollkommando über uns herein. Aus 20 Metern Entfernung stürmten die jungen Männer auf uns zu. Sie zerrissen unsere Schilder. Die Frauen wurden geschubst, die Männer mit Stöcken geschlagen. Sie schrieen uns an, dass wir hier nichts zu suchen hätten. Die SPD- und Gewerkschafts-nahen „Schwulen Lehrer“ kamen uns zu Hilfe. Auch andere Demo-Teilnehmer äußerten ihr Unbehagen über den Gewaltaufruhr. Ströbele jedoch … der stand die ganze Zeit ein paar Meter entfernt und tat so, als würde er nichts mitbekommen.“*

Hat den Menschen Ströbele nicht in allzu guter Erinnerung: Früherer „taz"-Mitarbeiter Thomas B. (2011)

Klar, die Täter konnten untertauchen. Warum aber hilft Ströbele nicht hier dabei mit, Gesetzesverstöße konsequent zu ahnden? Erst in diesem Zusammenhang erhält das Vorgehen gegen jenen 13jährigen Kleinstadt-Angler und den Provinz-Journalisten eine politische Brisanz.

Der „Lebenskünstler" **Thomas B.** wundert sich über gar nichts mehr. Der Journalist war als „Abenteurer" bei der *„taz"*-Gründung von 1979 bis 1982 mit dabei. Er hat Ströbele noch in guter Erinnerung. Für ein Gespräch steht er in der Parteizentrale von *„DIE FREIHEIT"* zur Verfügung, für die er heute arbeitet. Der Ausflug ins Konservative wäre schlicht ein neues Abenteuer, sagt er. Über „das grüne Urgestein" urteilt er kurz und knapp: *„Seine Arbeit hat er verstanden. Aber ansonsten war er ein Frauenheld, machtbesessen und arrogant."*

8.) Schwarze Kneten und rote Moneten

Wer sind eigentlich „die Linken“? Ist es **Karl Marx**, von dem viele glauben, er habe das Rezept zur Welterrettung entdeckt? Jener Karl Marx, der nur deshalb existieren konnte, weil erst der Vater und dann Industriellen-Erbe **Friedrich Engels** ihm ein Wohlfühl-Leben finanzierten? Unablässig forderte er Geld von Freunden und Verwandten … hoffte auf Erbschaften. Abhängig vom Alkohol, schwängerte er ein Dienstmädchen … und vernachlässigte die Familie. Sein großer Förderer Engels nannte die entstehende Arbeiter-Partei 1851 *„eine Bande von Eseln, die auf uns schwört, weil sie uns für ihresgleichen hält.“*

Oder ist es ein gewisser **Wladimir Iljitsch Uljanow**, Tarnname **Lenin**, der in einer wohlhabenden Adelsfamilie aufwuchs … und keine Skrupel hatte, die Bauern seines Landgutes trotz Hungersnot finanziell auszupressen? Das Leid wäre notwendige Grundlage für den Sozialismus, so Lenin. In diesem Sinne bewertete er auch den Ersten Weltkrieg als „Vergnügen“. Seine Revolutionsarbeit ließ sich Lenin großzügig vom deutschen Kaiser bezahlen … dem er anschließend als Preis für einen Waffenstillstand große Gebiete zugestand.

Auch die weniger brutalen Sozialisten waren keineswegs Proletarier: **Rosa Luxemburg** zum Beispiel entstammte einem wohlhabenden Händler-Elternhaus und schlug selbst eine Akademikerlaufbahn ein. Auch **Karl Liebknecht** kam aus einer gebildeten bürgerlichen Familie. Sein Großvater war Regierungsregistrator in Hessen.

Sogar der „heldenhafte Revolutionskämpfer“ **Ernesto „Che“ Guevara** war Kind einer materiell begüterten Großfamilie, und konnte so auch problemlos sein Medizin-Studium finanzieren. Noch deutlicher: Die Herkunft des Rechtsanwaltes **Fidel Castro**, dem Sohn eines Großgrundbesitzers und reichen Unternehmers …

Wie kommt es eigentlich, dass so viele „Arbeiter-und-Bauern-Führer“ der sozialistischen Bewegung aus der ach so „bösen“ Oberschicht stammten? Was sagt es uns, dass „die Unterdrückten“ nicht selbst willens oder in der Lage waren, sich von „den Unterdrückern“ zu befreien? Und was teilt es uns mit über eine Ideologie, die Menschheit in eine „gute“ und eine „böse“ Klasse einzuteilen? … Wahrlich eine Menge!

– Was geschah wirklich im Jahre 1968? –

Im Laufe des 20. Jahrhunderts trieb der „Champangner-Sozialismus“ immer dollere Blüten. Die studentischen „Zu-Kurz-Gekommenen“ von 1968 träumten in der alten Bundesrepublik und vor allem in West-Berlin ihre exotischen Fantasien von einer „proletarischen Revolution“. *„Dabei hatten die meisten von ihnen noch nie eine Fabrik von innen gesehen“*, so der emigrierte DDR-Bürger **Prof. Dr. Bernd Rabehl**, damals Vordenker der 68er-Bewegung. **Klaus Eschen**, der stille Jurist des „Sozialistischen Anwaltskollektivs“ mit Horst Mahler und Hans-Christian Ströbele, erklärt mir gegenüber: *„Es ging um die Beendigung der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen … Insgeheim wussten wir aber,* ***dass Schutz und Fürsorge durch die Alliierten in West-Berlin trotz des Aufruhrs nicht enden würden. Das gab Sicherheit.“***

Weiter sagt Eschen: *„Bei den Leuten der außerparlamentarischen Opposition galten wir, die Links-Anwälte, als System-Feigenblätter … aber am Ende brauchten sie uns doch.“* **Und wie sah es aus mit Kollege Ströbele?** Wie stand dieser zur 68er-Revolte?

Wörtlich sagt der Grünen-Politiker am 12.12.2010 im Buch „Offene Worte“ von Gregor Gysi über sich selbst: *„Wirklich politisiert wurde ich aber erst in der Nacht des 2. Juni 1967, also nach der Erschießung von Benno Ohnesorg. Am folgenden Tag meldete ich mich spontan bei Horst Mahler, dem damaligen APO-Anwalt, und bot meine Hilfe an … Das war ein* ***Bruch in meinem Leben****. Ich nahm danach an jeder Demonstration teil, was damals in West-Berlin eine große Aufgabe war … Ich war auch der Meinung, dass wir eine* ***revolutionäre Veränderung der Gesellschaft brauchen*** *… Wenn man als Anwalt anfängt, steht man vor der Frage, was für eine Rentenversicherung man abschließt. Als ich anfing, sagte ich: Nein, ich brauche keine Rentenversicherung. Bis ich in Rente gehe, hat die Revolution gesiegt.“*

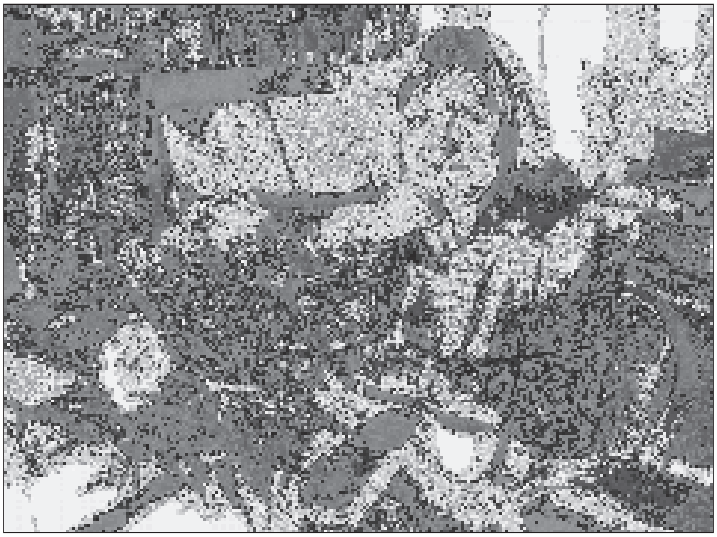
Welche Form revolutionärer Veränderung Ströbele seitdem vorgeschwebt, teilt er am 02.04.1998 in der RBB-Sendung „Kontraste“ mit: *„Das* ***Ideal der Gleichheit****, ist ein Ideal, was gegenüber dem Ideal der Freiheit, das ich durchaus hochhalte, und wofür ich auch auf die Barrikaden gehen möchte, und was ich verteidigen möchte, das gegenüber diesem Ideal der Freiheit sehr häufig zu sehr zurücktritt. Das Ideal der Gleichheit, gleicher Entwicklungschancen für alle Menschen, grade auch aller Menschen, die derzeit in Deutschland leben, ist für mich ein* ***ganz zentrales, nach wie vor wichtiges sozialistisches Ideal.“***

Ströbele versucht sich als Teil der 68er-Bewegung und der sozialistischen Tradition darzustellen. Neben öffentlichen politischen Stellungnahmen, seinen Fahrrad-Künsten und Teilnahmen an Demonstrationen, führt er auch die „politisch-korrekte“ Berufsausübung ins Feld: Ströbele, der Rechtsanwalt der „kleinen Leute“, davon zehn Jahre im „Sozialistischen Anwaltskollektiv“ (1969-1979). *„Wir haben, völlig anders als der reale Sozialismus, Kollektiv in dem Sinn verstanden, dass die* ***Arbeit von allen gleich viel wert*** *ist, dass also alle das Gleiche verdienen und im Betrieb gleich viel zu sagen haben … Außerdem hatten wir den Grundsatz, dass wir* ***nur die Unterdrückten gegen die Unterdrücker vertreten****, also den Mieter gegenüber dem Vermieter, den Arbeiter oder Angestellten gegenüber dem Arbeitgeber. Das haben wir durchgehalten – und auch ich habe mich während meiner ganzen Anwaltstätigkeit an diesen Grundsatz gehalten.“*

Hinter dem wortreichen Feuerwerk stecken einfache politische Parolen: Die außerparlamentarische Opposition, und erst recht die später von Ströbele als „Genossen“ bezeichneten RAF-Terroristen, aber auch die aktuellen „Antifas“ streben offiziell die **Abschaffung des Eigentums** an. Dieses war und ist für die Roten eine Form von Herrschaft … und damit böse!

– Ströbele – Im Privaten wenig linksrevolutionär –

Wie ist nun aber der tatsächliche Werdegang von „Genosse Ströbele“? Aus einer proletarischen Familie stammt er nicht. Er ist Spross einer wohlhabenden bürgerlichen Familiendynastie aus Südwest-Deutschland, ebenso wie seine Frau. Der Vater: Chemiker. Die Mutter: Juristin.



Kandidierte für Friedrichshain-Kreuzberg: Frühere DDR-Bürgerrechtlerin und Grünen-Politikerin Vera Lengsfeld, 59. (2011)

Und dann war da noch … „Onkel Herbert“. **Herbert Zimmermann**, Ströbeles Onkel. Der hat ihn in seiner Kindheit geprägt. Bereits in den 60ern mit Mercedes unterwegs, reiste er mit Hans-Christian und den drei Geschwistern umher. Übernachtungen in Hotels. Geschenke. Ströbele: „Er war ein gemachter Mann“ … „hörte die Börsenkurse“. Kurzum: **Er hatte viel Geld … Geld, das Ströbele und seine Geschwister später erbten.** Begeisterte politische Beobachter sehen den Beweis für Ströbeles linke Tugenden darin, dass er das Erbe gespendet hätte. Doch das stimmt nicht. Man muss schon genau hinhören: Ströbele sagt, die Erbengemeinschaft würde nur die regelmäßigen Einnahmen aus den Rechten der Zimmermann-Moderation vom Fußball-Endspiel in Bern 1954 (*„Rahn schießt … Tooor!“*) für gute Zwecke bereitstellen. Ströbele gegenüber *„DIE ZEIT“* (22.12.2003): *„Ich habe gerade meine Steuererklärung für das Jahr 2002 gemacht, und da war es eine vierstellige Summe.* ***So viel ist es nicht.“***

Deutliche Worte findet Ex-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld: ***„Herr Ströbele ist mehrfacher Millionär!“*** Einen Beweis dafür bleibt die 59jährige schuldig. Doch auf entsprechend konkrete Bürgeranfragen antwortet Ströbele ausweichend. Er dementiert nicht, sondern will nur festgestellt wissen, dass die Behauptung, er besäße eine Villa am Wannsee, nicht stimme. Zu Recht … aber diese Aussage stand auch nie im Raum. **Jetzt geht es um viel … um das Vertrauen der Linken in ihre moralische Führungsfigur.** Für die langjährige Politik-Beobachterin und frühere DDR-Bürgerrechtlerin Lengsfeld ist klar: *„Reichtum und Sozialismus in einer Person … das ist kein Einzelfall in der linken Szene.“* Ströbele hat sie erstmals 1990 zu ihrer Zeit bei den Grünen kennengelernt. Angesichts der persönlichen Erfahrungen mit ihm … „Kreuzberg-Wohnsitz“ … Fahrrad-Trick … und das ambivalente Verhältnis zu „Antifa“-Straßenkämpfern … urteilt Lengsfeld nun kurz und knapp: ***„Ströbele ist ein Schummel-Typ.“***

Zurück zum NDR-Sportchef Herbert Zimmermann. Wenn Ströbele heute immer wieder kritisiert, wie schlimm es für ihn gewesen wäre, in der jungen Bundesrepublik überall den „Funktionären von gestern“ zu begegnen … dann bleibt eine Frage offen. Nämlich die, wie er zum Tun des Ostfront-Majors Herbert Zimmermann stand und steht. Als Offizier und Panzerkommandant gelang es diesem, zahlreiche sowjetische Panzer abzuschießen. Trotz Verwundung setze er seinen Einsatz bis Kriegsende fort. Dafür gab es Ehrungen. 1941: „Eisernes Kreuz Zweiter und Erster Klasse.“ 1942: „Verwundetenabzeichen in Silber.“ 1945: „Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.“

Der Fall ist nicht so gravierend wie die lange verschwiegene Zugehörigkeit von Günter Grass zur Waffen-SS. Aber es geht in die gleiche Richtung. Der moralische Rigorismus der 68er verkannte, dass alle Handlungen aus der Gesellschaft heraus stets in den Kleidern der Zeit zu sehen sein müssten …

Dazu sollte man auch die Zerrissenheit der politischen Figur Ströbele zählen … ein fähiger Mann, der viel Unterstützung in der linken Szene generierte … aber dessen persönliche Wirklichkeit sich überraschenderweise nie im **68er**-Aufruhr und der linken Szene niederschlug.

1.) Als politischer Aktivist bekämpft Hans-Christian Ströbele die Armee. 1959/60 setzte er sich jedoch nicht nach West-Berlin ab, sondern diente gesetzestreu ein Jahr bei der Bundesluftwaffe.

2.) Ströbele „bekämpft“ die Autokonzerne und wettert gegen „die Bonzen“. Als junger Mann träumte er noch davon, einen Porsche zu fahren.

3.) *„Wer zweimal mit derselben pennt, der gehört schon zum Establishment“* … das war ein Motto von 68ern und Spontis. Ströbele heiratete 1967 standesgemäß. Die Ehe hält bis heute an.

4.) Ströbele befürwortet öffentlich seit jeher die Drogenfreigabe. Selber konsumiert er bewusst nicht.

5.) Was nur wenige wissen: Nach § 12a der Bundesrechtsanwalts-Ordnung „gelobt“ der zugelassene Rechtsanwalt in Deutschland, „die verfassungsmäßige Ordnung zu wahren“. Er ist somit staats-loyal. Ströbele wurde 1969 zugelassen … seine Reden von „Revolution“ und „Umsturz“ können demnach nicht sonderlich ernst gemeint sein. Schließlich durfte Hans-Christian Ströbele bis heute seine Anwaltstätigkeit ununterbrochen fortsetzen.

Legt man das damalige Polit-Motto *„Das Private ist politisch“* zugrunde, so gehörte Ströbele zumindest zur 68er-Zeit in eine ganz andere Richtung …

Aber wie sagte Klaus Eschen vom „Sozialistischen Anwaltskollektiv“ doch gleich? Die Juristen wurden gebraucht! Im übrigen erhielt **Dieter Kunzelmann**, in den 80ern ein wichtiger politischer Aktivist bei den Alternativen, eine bezahlte Stelle im Ströbele-Büro. Mischung von Geschäftlichem und Politischem … das ist das, was Ströbele anderen vorwirft (Wulff, Kohl u. a.) … und selber in scharfer und offener Form praktiziert!

04. Januar 2012. Es ist dunkel und still im Altbau des Holsteiner Ufer 22 in Berlin-Tiergarten. Im normalerweise abgeschlossenen Bereich des Gebäudes hängen

die Briefkästen. Darunter auch der von Rechtsanwalt Hans-Christian Ströbele. Interessant: Auch die Namen *„Klaus Eschen“* und *„Joh. Eisenberg“* kleben am selben Briefkasten. Mit Eschen und Horst Mahler bildete Ströbele dereinst das „Sozialistische Anwaltskollektiv“. Heute, da Mahler wieder mal im Gefängnis sitzt, gibt es also eine Zusammenarbeit mit Rechtsanwalt **Johannes Eisenberg**. Der sieht sich natürlich auch als ganz links, als Wegbegleiter von Grünen und *„taz“*. Aktuell fällt er immer wieder damit auf, Polizisten öffentlich als *„Bullen“* zu bezeichnen und im Gericht ohne Robe aufzutreten. Mit solchen Aktionen sucht Eisenberg wohl die Sympathien von Linken zu gewinnen. Glaubt man den öffentlichen Schriften des Gerichtsjournalisten **Rolf Schälike** aus Hamburg (früher auch Teilnehmer von Grünen-Delegationsreisen nach Moskau), dann hat Eisenberg jedoch auch Geheimdienstleute, sowie den „Neonazi-Anwalt“ Corvin Fischer vor Gericht verteidigt. Für Ströbele ist er sowieso regelmäßig tätig. Interessant dabei ist, dass Eisenberg, der vor Gericht **rigoros**, bisweilen beleidigend seine Sicht der Dinge durchzusetzen sucht, ebenfalls Immobilien-Großbesitzer ist. **So sieht also heute „links“ aus. Ist aus dem einstigen „Sozialistischen Anwaltskollektiv“ nun ein „Kapitalistisches Anwaltskollektiv“ geworden?**

Wir erinnern uns: Für Ströbele waren (sind?) Vermieter und Arbeitgeber schlicht „Unterdrücker“ …

Die bisher für das (in Gütertrennung lebende) Ehepaar Ströbele allein in Berlin (Grunewald, Tiergarten, Prenzlauer Berg) aufgedeckten Immobilieneigentume stehen in Kontrast zu allen linksrevolutionären Ideen. Deshalb soll auch niemand davon erfahren!

Und was viele dem Aktivisten Ströbele niemals zugetraut hätten: Dass er schon seit über 40 Jahren in der edlen Auguste-Viktoria-Straße von Berlin-Grunewald wohnt. Am **26. Juli 1967** kaufte der gerade 28 Jahre alt gewordene Gerichtsreferendar Ströbele hier die erste **Eigentumswohnung für 95.080 Deutsche Mark**. Heutiger Wert aus Sicht eines Fachmanns: 100.000 bis 110.000 Euro. Finanziert wurde das Geschäft unter anderem durch einen **zinsgünstigen Kredit der Deutschen Bundesbank**. Die Immobilie ist ein Werk des späteren Skandal-Architekten Dietrich Garski, über dessen Finanz-Aktivitäten 1981 der Stobbe-Senat stolpert. Wie schnell Ströbele in der Lage ist, auch neues Geld auf kapitalistische Weise zu generieren, beweist die Eintragung einer brieflosen Grundschuld durch einen Gönner im Jahr 1974. **80.000 D-Mark. Ohne Zinsen.** Damals viel Geld.

Man kann sich für Ströbele ehrlich freuen, dass er an einem Ort wohnt, der Probleme mit Graffitischmierereien, Drogenabhängigen und Ausländerkriminalität nicht kennt. Stattdessen: Mehr Mercedes-Fahrzeuge als Passanten.

Das junge Ehepaar Ströbele baute sein Nest in einem **aus Sicht der linksradikalen Protestszene „reaktionären Horst“**. Und all das nur wenige Wochen nach dem Ohnesorg-Mord, den Ströbele als ***„Bruch in meinem Leben“***, den Beginn des Linksseins, bezeichnet … Wie frühere Aktivisten berichten, wollte Ströbele schon damals seine „Genossen“ nicht wissen lassen, wo er genau wohne.

Jedwedes proletarische Auftreten hat mit der Realität nicht viel zu tun. Eher ist Ströbele ein guter Darsteller. Hat er seine Juliane deshalb geheiratet? Die war Ende der 60er Jahre immerhin Schauspielerin gewesen …

– Der linke Schein –

Die Grünen und ihre „Champagner-Revolutionen“ … Die „moralische Überlegenheit“ ist in Wirklichkeit **viel Lärm um Nichts**. Und die Protagonisten wissen gut genug, immer nur so weit zu gehen, dass die eigenen Privilegien nicht gefährdet werden. **Sie sind im Grunde abhängig von dem System, das sie zu bekämpfen vorgeben. Und dieser Widerspruch macht sie unglaubwürdig.**

Macht, ebenso wie Geld … das ist an und für sich kein Teufelszeug. Entscheidend ist vielmehr, was daraus gemacht wird. Darüber sollte inhaltlich gesprochen werden, anstatt sich alltäglich „zu empören“. Alles andere **blendet** den Blick auf die Tatsachen.

Dass ausgerechnet die Anführer „gegen Macht und Geld“ sich für so auserwählt halten, selbiges in Anspruch zu nehmen, ist ein Phänomen, das die Linken seit über 200 Jahren verfolgt.

Das Überleben der linken Bewegung war immer nur dann erfolgreich, wenn sich Vertreter des verhassten Systems selbst an die Spitze der Aufrührer setzten … und sie „gut“ manipulierten. Wie wäre es mit „echten Linken“ oder wirklichen Proleten an der Spitze? Vielleicht noch viel chaotischer und gewalttätiger?

04.09.2011. Die Politgruppe „Dr. Seltsam“ trifft in Kreuzberg zusammen. Diesmal gibt es ausnahmsweise keine Verharmlosung des RAF-Terrors … sondern eine offene Verherrlichung. *„Rote Armee Fraktion, Ihr wart ein geiler Haufen“*, wird vom **Musiker Detlev K.** gesungen. Das „böse“ BRD-System lässt es zu. Natürlich mit dabei … Hans-Christian Ströbele.

Doch bei dem offenbar nicht abgesprochenen Polit-Redebeitrag des Herrn Detlev K. dürften im Kopfe des emotionslos wirkenden Herrn Ströbele alle Alarmsirenen geleuchtet haben:

*„Vergesst nicht, dass diejenigen Menschen Euch am besten liegen werden, die Ihr **aus Eurer eigenen Mitte** wählen werdet, die das **gleiche Leben** wie Ihr führen, die das **gleiche Leid** ertragen wie Ihr. Hütet Euch vor Leuten, die zuviel reden und **vermeidet vom Schicksal Begünstigte** … denn **selten nur will derjenige, der ein Vermögen besitzt, im Arbeitenden seinen Bruder sehen**. Wählt eher diejenigen, die sich um Eure Stimme nicht bewerben, der wahre Verdienst ist bescheiden, und es ist die Sache der Wähler, diesen Kandidaten zu kennen, und nicht des Kandidaten, sich erst vorstellen zu müssen.“*

Ohne Frage: Rote Kampfrhetorik. Aber es zeigt, wem die gutgläubigen Linken bei Kenntnis aller Tatsachen auf keinen Fall die Stimme geben würden: Hans-Christian Ströbele.

9.) Zweiäugiger unter Blinden – Ströbele und seine Linken

„Ist Presse offen oder versteckt im Raum?“ … Auf die Eingangsfrage von Sitzungsleiter „Werner“ zu antworten, wäre jetzt ziemlich dumm. Schließlich habe ich mich wieder einmal unerkannt in die Sitzung von „Frieke“ geschlichen … der Grünen-Bezirksgruppe von Friedrichshain-Kreuzberg. Das ist der Verein von Größen wie Ex-Fraktionschef Dirk Schneider oder Ex-Bürgermeisterkandidat Klaus Croissant, die beide nach der Wende als Stasi-Mitarbeiter enttarnt worden sind. Sie starben 2001/02. Hauptfigur des heutigen Abends: Der alte Weggefährte Ströbele.

Nichts Weihnachts-, sondern „Jahresendfeier“ wird dieses Treffen vom **06.12.2011** genannt. Schließlich wäre Kreuzberg ja **nicht** christlich geprägt, erklärt man mir. Nicht ohne Stolz flüstert ein junger Mann: *„Das dort sind Linken-Sprecher Dirk Behrendt und Grünen-Landeschef Daniel Wesener. Die sind ein Paar!“* Offenbar ist das Schwulsein ein Karriereförderer bei den Grünen. Da tritt selbst der Kampf gegen die Vetternwirtschaft zurück.

Der Bundestagsabgeordnete, für den Wesener früher einmal gearbeitet hat, erscheint in brauner Lederjacke mit 35 Minuten Verspätung. Noch ziemlich früh! Die letzten trudeln erst zwei Stunden später ein. Eigentlich schade. Denn diesmal gibt es wirklich etwas hinzuzulernen: Ströbele war in Afghanistan. Für alle Zuhörer verteilt er eine 20seitige Zusammenfassung aus persönlichen Erlebnissen und politischen Einschätzungen. So wünscht man sich seine Führungsfigur!

– Afghanistan? Zu kompliziert! –

Der Bildvortrag ist sehr inhaltsreich und interessant. Ströbele benennt Tatsachen, die man im Fernsehen nicht gezeigt bekommt:

„Die Leute, gerade Frauen, erzählen viele fürchterliche Sachen aus der Taliban-Zeit – aber es gab Sicherheit.“

Sicherheit? Die meisten Zuhörer sind nicht der Meinung, dass das wichtig ist.

„Das mit der parlamentarischen Demokratie kann dort nicht funktionieren!“

Die Linken schauen böse. Ströbele ergänzt: *„Aber natürlich kann sich das mal ändern.“*

Der Knaller des Abends: *„Die Merkel-Vision nach Einbindung von **gemäßigten** Taliban ist doch bescheuert“*, meint Ströbele. Und ergänzt: *„Wenn ich einen Waffenstillstand will, muss ich mit denen verhandeln, die die Waffen haben.“*

Spätestens jetzt sind die Vollblut-Linken böse auf ihren Hans-Christian. Kriegsführung dürfe nicht belohnt werden, sagen sie sich im stillen.

Bereits nach einer halben Stunde beginnt die Aufmerksamkeit spürbar zu bröckeln. Junge Frauen beschäftigen sich mit ihren Mobiltelefonen, ältere Damen stricken an Pullovern. Die Männer quatschen. Sitzungsleiter Werner Heck bittet um Ruhe … und bricht nach etwas mehr als einer Stunde die ganze Sache doch

ab. Im sonst diskutierfreudigen Verband findet jetzt keine Debatte statt. Man nimmt das Gesagte hin … und stürzt sich auf das Bankett.

Ströbele sitzt allein am Tisch. Niemand spricht mit ihm. Eigentlich unerhört. Man mag sein Handeln kritisch bewerten … aber Sachkenntnis ist dem Mann nicht abzusprechen. Als Letzter schreitet er zum bereits fast leergefegten Esstisch. Die Enttäuschung über das Desinteresse lässt er sich nicht ansehen. Obwohl er gute Gründe dafür hätte: Von über 800 Mitgliedern sind heute gerade mal 50 erschienen. In kleinen Grüppchen unterhalten sie sich nun über Banalitäten. Das Wort „Afghanistan“ kommt nicht vor … es fehlt der Ansatz zur emotionalen Empörung. Und die Sache ist offenbar auch zu kompliziert …

Ströbele geht, wie er gekommen ist. Allein. Ohne „linken Hofstaat“.

Sein Ansinnen war es nicht gewesen, die Menge aufzuputschen. Im Gegenteil: Der Stil des Referats lief eindeutig darauf hinaus, seine Mitglieder mit profundem Wissen auszustatten. Bildung! Ein Ansinnen, das leider keine Früchte getragen hat.

– Grüne für Gleichberechtigung unter Straßen –

Eine Woche zuvor: Ein ganz anderes Verhalten! Über zwei Stunden diskutieren die Versammelten im Saal die „höchst spannende Frage“, ob die Gabelsberger Straße in **„Silvio-Meier-Straße“** umbenannt werden sollte … im Gedenken an einen 1992 im Friedrichshain ermordeten Hausbesetzer. Knackpunkt sind nicht etwa die Befindlichkeiten der Anwohner … sondern der Umstand, dass künftige **Neubenennungen von Straßen nur noch nach Frauen-Namen** erfolgen dürften. Dies hatten die Grünen in der Bezirksverordneten-Versammlung einst selbst durchgesetzt – mit dem Ziel, eines Tages überall zur Hälfte weibliche Straßenbezeichnungen vorfinden zu können. Klar, dass es da jetzt Knatsch gibt!

Für die Umbenennung dürfen sich nun vor allem die Damen lautstark zu Wort melden. Die türkisch-stämmige **Canan Bayram**, die 2009 mit ihrem SPD-Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus zu den Grünen abgewandert ist, spricht davon, ein deutliches Zeichen im „Nazi-Kiez“ setzen zu müssen. „Das gilt vor allem vor dem Hintergrund der schrecklichen Mordserie gegen Migrant**innen** und Migranten“, teilt sie dem verständnisvollen Publikum mit. Dass bei den „NSU-Taten“ keine einzige Ausländer-Frau ums Leben gekommen ist, spielt keine Rolle. Für die Links-Grünen von Kreuzberg existieren sowieso keine Geschlechter. Es gäbe nur Menschen mit unterschiedlich viel weiblichem Anteil, ist man allen Ernstes überzeugt.

Als inoffizielle „Antifa“-Sprecherin gibt sich die 26jährige Landes-Abgeordnete **Clara Hermann** zu erkennen – eine hübsche Blondine mit weißen Hasenzähnchen und beeindruckender Oberweite. Sie unterstützt die Sichtweise, einen „Menschen“ ehren zu müssen, der sich geweigert habe, in einem System zu leben, in dem man sich für Geld umbringe.

Die *„Initiativen-Vertreter_innen“* (zwei Männer) geben eine Kompromissformel vor: *„Silvio Meier war nie sexistisch!“* Jetzt ist auch **Taina Gärtner** aus der Bezirksverordnetenversammlung begeistert: *„Ihr habt den Frauen-Beschluss verstanden!“*

Ströbele hat sich diesen Abend übrigens nicht angetan. Und noch jemand fehlt: Die angebliche Anhängerschaft unter den Migranten, als deren Schutzpatron sich die Grünen sehen. Neben der guten Frau Bayram hatte sich nur ein Schwarzer hierher verirrt, der die Frauendiskussion aber bereits nach wenigen Minuten nicht mehr erträgt … und von dannen zieht.

Die Erkenntnis, dass Ausländer beim Grünen-Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg keine Rolle spielen, deckt sich mit den Ausführungen von Schuldirektor **Bernd Böttig** aus dem ersten Kapitel. Bei „Frieke" geben „germanische Gut-Menschen" den Ton an – entschlossen „die Welt zu retten".

– Was für ein Verein! –

Der (zumindest früher recht linke) Kreuzberger **Max Thomas Mehr**, welcher dereinst mit Ströbele die *„taz"* gegründet hat, setzt sich im Magazin *„Cicero"* kritisch mit dem Kreuzberger Grünenverband auseinander. Er unterstellt der Truppe eine „politische Schizophrenie" und Vernachlässigung von Bezirks-Interessen. *„Viele von ihnen arbeiten für die Bundestagsfraktion oder sind selbst Abgeordnete. Doch kaum einer würde sich je in der Ortsgliederung, dem Grünen Kreisverband, engagieren.* ***Parallelwelten*** *in ein und derselben Partei. Man trifft sich bestenfalls auf Parteitagen, zumeist in gegnerischen Lagern. Denn im Kiez sind die Grünen allemal links. Hier gilt: Sozial schlägt grün. Hier ist die Partei der ideelle Gesamtsozialarbeiter."*

Herr Mehr beschreibt die Sorgen deutscher Elten vor den „multikulturellen Schulen". Er spricht von einer „stummen Flucht in die weißen Stadtbezirke", um *„einer hässlichen Auseinandersetzung gerade mit grünen Schulpolitikern zu entkommen, die am liebsten über die Köpfe der Elten hinweg, ganz Staatslinke, die* ***Kinder per Zuweisung multikulturell korrekt verteilen****."*

Im Beitrag werden Beispiele benannt, wie die Grünen mal eine „evangelische Privatschule" verhinderten, sich anderntags gegen energetische Sanierungen stellten und schließlich gar die Solarindustrie vertrieben hätten. *„Für Christian Ströbele sind die Grünen sowieso keine Unternehmerpartei"*, heißt es trocken.

„Der Grüne ist eine Mischung aus alt gewordenem Kindskopf und Gralshüter einer linken Bewegung, die dazu neigt, ihre ***Lebenslügen und Irrtümer lieber unter den Teppich zu kehren****, als sich mit ihnen – womöglich auch noch öffentlich – auseinanderzusetzen. Ein bisschen störrische Altersrechthaberei ist auch dabei."*

Witzigerweise mag ausgerechnet die „Grüne Jugend" eine solche nicht erkennen. Warum? Vielleicht weil Ströbele ihnen das Wahlkreisbüro in der Dirschauer Straße 13 zur Verfügung stellt? Dort treffen sich die *„Mitglieder_innen"* jeden Montag-Abend zum politischen „Palaver".

– Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm –

Am **28.11.2011** zum Beispiel wird sehr wohlwollend über die kommunistischen Versuche in aller Welt „diskutiert". Man könnte auch von einer **Kader-Schulung** sprechen. Denn tatsächlich klären die meiste Zeit zwei junge Männer darüber auf, was man *„aus den gescheiterten Versuchen von Stalinismus und Maoismus für*

eine bessere Welt“ lernen könne. Die Millionen von Toten spielen eine untergeordnete Rolle. Immerhin wären die Sowjetunion und Rot-China durch die „Umstrukturierungen“ um 200 Jahre nach vorne katapultiert worden.

Eine Woche später: **05.12.2011**. Noch schlimmer! Eine *„Antifa“*-Schulung. Und das in Ströbeles Büro … aber dazu muss man nun wirklich nichts mehr sagen. Ich denke zurück an die bildhübsche Clara Hermann, die zwar große Töne spucken kann … sich sonst aber wohl kaum ihre zarten Fingerchen an einem „braunen Wüstling“ verletzen wird. Dafür sind die ***„Antifa“*-Herren** schon eher prädestiniert. Sie verteilen die gelbe *„Antifa“*-Broschüre mit dem Titel *„Total Extrem“*. Lauter krude Thesen stehen da wieder geschrieben … Dass Gewalt und Freiheit im bürgerlichen Staat zwei Seiten derselben Sache wären, zum Beispiel. Oder dass der Judenhass in Arabien in Wirklichkeit aus Europa stamme. „Typisch Antifa“ sind aber Sätze wie diese: *„Ein Neonazi, der im Krankenhaus liegt, kann weder Linke überfallen noch ein Asylbewerber_innenheim anzünden. Der Antifaschistische Selbstschutz ist durchaus darauf ausgerichtet, nicht nur einen Abwehrkampf zu führen, sondern* ***vorausschauend*** *tätig zu werden. Direkte Angriffe auf Strukturen der Neonazis – Autos, Verlage, Wohnhäuser – sind in diesem Zusammenhang nur folgerichtig.“* Wer „Neonazi“ ist, entscheidet übrigens die *„Antifa“* selbst. „Demokratisch“, versteht sich.

Die Mitglieder der „Grünen Jugend“ sind sich einig, dass man Rechts- und Linksextreme nicht wie im politwissenschaftlichen „Hufeisen-Modell“ auf eine Stufe stellen dürfe. *„Die Rechten töten. Und nur weil ein Linker was kaputtmacht, ohne jemanden zu gefährden, kann man ja noch nicht von Extremismus sprechen“*, so eines ihrer Mitglieder.

Eine **Emanze** zetert herum. Obwohl sie als Frau das sofortige Recht aufs Wort habe, hätte sie sich jetzt schon eine Minute melden müssen. Zu sagen hat sie dann aber doch nichts. Nur, dass man die Revolution brauche. Was auch immer das sein soll …

Der *„Antifa“*-Lehrer sagt: *„Links ist immer demokratisch. Auch die Diktatur des Proletariats ist die Herrschaft der Mehrheit, nur eben ohne Minderheiten-Schutz.“* Da werden sich die Millionen Opfer aber freuen. Immerhin hat die „Grüne Jugend“ „demokratisch“ zugestimmt.

Ein **Typ mit gefärbten Rastalocken** regt sich übers „Hufeisenmodell“ vor allem deshalb auf, weil sich dort Rechts und Links in der Mitte treffen würden. Er meint nicht die „obere Nähe“, sondern die „untere Verbindung“. In deutschen Worten: Dass „links“ an die „liberale Mitte“ grenze, wäre schlimmer als die Berührungspunkte mit den „Nazis“. **Schließlich wären das ja auch Revolutionäre.**

Ein **junger Mann** wagt sich nach vorne. Er ist zum ersten Mal dabei. *„Also … ich kenne mich damit jetzt nicht so aus … aber ich denke, man muss die Demokratie schützen, denn das neue System muss ja nicht besser sein …“*

Einen Moment lang herrscht eisiges Schweigen. Dann geht der **Sturm der Entrüstung** los. *„Es geht darum, Menschen zu schützen – nicht die Demokratie!“* Eine Belehrung, die sitzt. Der Sitzungsleiter bricht ab: *„So, jetzt haben wir uns alle wieder lieb!“* Am Ende der Sitzung greife ich mir den mutigen Vordenker. *„Hier fühle ich mich doch nicht so wohl“*, flüstert er leise.

„Bedrohung von „Links“: Schwere Eisengitter vor Ströbeles Wahlkreisbüro. (2011)

– Nicht jeder Linke lässt sich kaufen –

Ich frage Ströbele-Büroleiter **Karl-Heinz Bergt** anderntags, wie es möglich ist, dass Linksextreme die Ströbele-Räumlichkeiten für sich nutzen: *„Ja, es gibt bei der Antifa auch Chaoten. Aber einige sind eben auch ganz vernünftig – und mit ihnen kann man auch zusammenarbeiten.“*

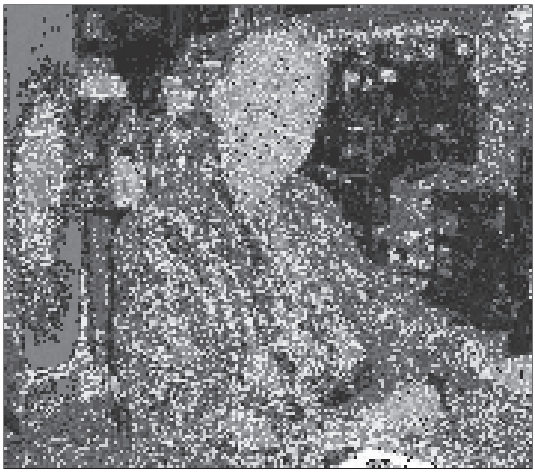
An den Wänden: Die Parole *„Bunte Banden Bilden“*. Selbst ein Pentagramm. *„Und das da sind nur Wahlkampfbeschwerer gegen den Wind“*, sagt der Ströbele-Angestellte, als ich mir interessiert die Pflasterstein-Sammlung anschaue. *„Man muss an den Gehweg-Ecken den ersten Stein rausschlagen … dann gehen die anderen auch ganz leicht raus.“* Hört! Hört! Ein solides Fachwissen. Und das nach erst drei Jahren Parteimitgliedschaft.

Bevor ich gehe, will ich noch wissen, wozu die gewaltigen Metallgitter an den Außenscheiben des Ströbele-Büros gut sein sollen. Bergt bleibt ruhig und gelassen: *„Das geschah in Absprache mit der Polizei. Hier wurden zuvor öfters die Scheiben eingeschlagen.“* Aha! Und wer tut so etwas? ***„Na ja … so links - extreme Chaoten halt.“***

10.) Die Stunde der Nazi-Jäger

Es fehlt die Toilette. Unruhig muss ich den ganzen Bahnhof absuchen. Endlich: Eine verbuffte Eck-Kneipe. Egal, der Zweck heiligt die Mittel. Was nützen da die schöne Einrichtung, der Blick ins Grüne oder gar edle Backware, wenn im *„Wiener Feinbäcker“* kein Badraum zur Verfügung steht?

Dr. Hubert Bjarsch wartet. Geduldig zu sein, das hat der 76jährige Ruheständler aus Berlin-Zehlendorf gelernt: Als Arzt und Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes Berlin-Tempelhof **mit** schwierigen Patienten. Und als Politiker **mit** undurchsichtigen Intriganten. *„Dabei habe ich anfangs mit den Hufen gescharrt“*, sagt er ruhig und bestimmt, *„damals, 1983, als ich meinen Teil dazu beitragen wollte, dass mein Land und die Welt eine Zukunft haben.“* Es war die Zeit der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses – Raketennachrüstung in West-Europa. *„Ich glaubte damals zwar nicht, dass eine Seite so selbstmörderisch sein würde, einen Erstschlag zu wagen … aber Angst vor menschlich-technischem Versagen, einem sowjetischen Offizier mit Wodka-Kater vom Vorabend … die hatte ich schon.“* Atomkrieg aus Versehen? *„Ja, das machte mir Sorgen bei dieser Eskalation. Und die Grünen opponierten damals **als einzige** geschlossen gegen diese Militärpolitik.“*



Erlebte bei den Grünen einen unglaublichen Polit-Zirkus: Ex-Vorsitzender Dr. Hubert Bjarsch. (2012)

Um 1980/81 herum sei ein kleiner Landesverband in West-Berlin ins Leben gerufen worden. Einige hundert Mitglieder habe dieser bei seinem Eintritt zwei Jahre später gehabt, so Bjarsch. Mit Zahlen hat er es aber nicht so genau: *„Das ist schon so lange her … und am Ende ging es ja ohnehin nur noch **drunter und drüber** – und sonderlich gerecht war es nicht.“*

Was ist geschehen? *„Wissen Sie“*, sagt er, *„ich wusste ja nicht, worauf ich mich da einlasse … Schon nach wenigen Monaten wollte man mich als einen von drei Vorsitzenden haben. Im Verband hatten die >Öko-Libertären< das Sagen. Sie suchten Wirtschaftspolitik und Umweltschutz sinnvoll zu verbinden – Viele gingen später zur FDP. Wir haben immer **sachlich** diskutiert … aber es gab dort auch eine Vereinigung in West-Berlin, der ganz und gar nicht gefiel, was wir machten … **die Alternative Liste**.“*

– Rote gegen Grüne –

Wer war diese *„Alternative Liste“* (AL)? Ein Rückblick: Am **05. Oktober 1978** ringen die Restkämpfer der „Außerparlamentarischen Opposition“ von 1968 im

alternativen West-Berlin wieder einmal um eine schlagkräftige Struktur. Vornan Leute wie der 39jährige Rechtsanwalt Hans-Christian Ströbele, der 30jährige frisch zugelassene Anwalt Wolfgang Wieland oder der 23jährige gelernte Maschinenbau-Ingenieur Michael Wendt. Von den *„mehr als 3.000 Interessierten“* (*„taz“*) entscheiden sich **nur 375** für die Mitgliedschaft. Auch Ströbele ist gesetzt genug, dem chaotischen Haufen nicht offiziell beizutreten. Inszenierte Kampfabstimmungen der **Maoisten**, nur deutsche, nicht jedoch chinesische Atomkraftwerke stillzulegen, passen ihm offenbar nicht ins Konzept. *„Die Geisteshaltung innerhalb der Liste ist teils konfus, politisch naiv, einsichtslos. Die K-Gruppen beherrschen die Szene“*, schreibt er in seinen Notizen (*„taz“*, 03.10.2008). Das hält den Strategen jedoch nicht davon ab, als Strippenzieher bei der *„taz. Die tageszeitung“* das Projekt AL weiterhin wohlwollend zu begleiten. Ströbele lässt sich bis heute nicht nur als Mitbegründer jener „Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz“ feiern, sondern auch als Vater des neuen Zeitungsprojekts, das alle linken Klein-Medien bündeln soll.

Bereits am **27. Januar 1978**, also neun Monate vor der AL-Gründung, hatte der Jurist mit einigen Mitstreitern die Planidee auf den so genannten *„Tunix-Kongressen“* vorgestellt. Gekommen waren auch Vertreter linker Zeitungen aus Frankreich und Italien, sowie deutsche Graswurzel-Schreiberlinge. Das propagierte Leitbild der etwa 5.000 linken Aktivisten in der „Technischen Universität“ von West-Berlin lautete:

„Uns langt’s jetzt hier! Der Winter ist uns zu trist, der Frühling zu verseucht und im Sommer ersticken wir hier. Uns stinkt schon lange der Mief aus den Amts - stuben, den Reaktoren und Fabriken, von den Stadtautobahnen. Die Maulkörbe schmecken uns nicht mehr und auch nicht mehr die plastikverschnürte Wurst. Das Bier ist uns zu schal und auch die spießige Moral. Wir woll’n nicht mehr immer dieselbe Arbeit tun, immer die gleichen Gesichter zieh’n. Sie haben uns genug kommandiert, die Gedanken kontrolliert, die Ideen, die Wohnung, die Pässe, die Fresse poliert. Wir lassen uns nicht mehr einmachen und kleinmachen und gleichmachen. Wir hauen alle ab! ... zum Strand von Tunix.“

Den Abschluss bildete, wie sollte es anders sein, ein lautstarker Demonstrationszug, dessen **„kultureller Höhepunkt“ die Verbrennung einer großen Deutschland-Fahne** am Kranzler-Eck darstellte. Eine Minderheit nutzte die Lage auch für den Straßenkampf mit Pflastersteinen und Eiern. „68er Aufruhr“, „Sozialistischer Deutscher Studentenbund“, „Rote Armee Fraktion“ – mochte die Revolution auch gescheitert sein, der **„Kampf gegen den Faschismus im System“** war eröffnet.

Dr. Bjarsch trinkt seinen Kaffee aus. Er setzt fort: *„An den Gedenktagen zum 20. Juli haben wir natürlich an der Haftanstalt Plötzensee einen Kranz für die Opfer des Nazi-Terrors niedergelegt. Aber wir meinten, dass es keinen Unterschied machen kann, ob ein Mensch in Hitlers Vernichtungslager oder Stalins Gulag ermordet worden ist. Also haben wir als Landesverband am 17. Juni, dem Feiertag der BRD, auch Totenschmuck am Gedenkstein für jene hinterlegt, die den Stalinismus nicht überlebt haben. Der **Schreck** war umso größer, als wir erfuhren, dass Mitglieder der großen Alternativen Liste die **Schleifen der Grünen Partei vom Kranz abgeschnitten** hatten.“* Es klingt wie ein schlechter Scherz, doch Bjarsch weiß noch weitere Begebenheiten zu berichten: *„Es gab verbale Angriffe und Polemisierungen von AL-Vertretern gegen die West-Berliner Grünen. Dann begannen von beiden Seiten Mitglieder damit, Veranstaltungen der Gegen-*

seite zu stören … das müssen Sie sich mal vorstellen! Wir hatten mehrere Jahre miteinander gelebt und gearbeitet, Doppelmitgliedschaften waren die Regel … und nun fand diese unbegreifliche Auseinandersetzung statt.“ Der makabere Höhepunkt: Ein **Stinkbomben-Anschlag** auf die Sitzung des Grünen Landesverbands im Ratskeller Berlin-Charlottenburg. Chaos. Der Saal wird geräumt, die Sitzung ist geplatzt. Sieht so linksradikales Politikverständnis aus? Dr. Hubert Bjarsch hegt keinen Zweifel: ***„Der Täter kam aus dem Dunstkreis der Alternativen Liste!“*** Dabei war es in den vergangenen Monaten, wie Archiv-Dokumente belegen, sogar der grüne Landesvorsitzende Dr. Bjarsch gewesen, der immer wieder angeboten hatte, die AL zum einheitlichen grünen Landesverband zu erklären … ohne Reaktion. *„Der Grüne Landesverband hätte voll hinter der AL gestanden“*, schreibt Bjarsch in einer öffentlichen Stellungnahme vom 22.03.1985. *„Dass es von einer **desinteressierten AL-Mehrheit** ausgeschlagen wurde, ist höchst bedauerlich – und zwar nicht nur für den Landesverband!“* Bis Mitte der 80er Jahre ist die Mitgliederzahl der AL auf 3.000 angewachsen – während die der Grünen auf 150 gefallen ist (*„SPIEGEL“* Nr. 2, 1985). Die Linksalternativen suchten ihre Unabhängigkeit zu wahren – und konnten als **der größere Machtfaktor** immer stärker auf Unterstützung durch die Grünen-Führung in Bonn bauen. Loyalität zum eigenen Landesverband? Fehlanzeige!

Auch **Hans-Christian Ströbele** frohlockt. Mit seiner Kandidatur für die Bundestagswahl **1983** hat er sich nun doch für Jeden sichtbar auf die AL festgelegt – und wird dank des Rotationsprinzips zwei Jahre später das Bundestagsmandat auch in Anspruch nehmen können. Die eigentlich Bezugsberechtigte **Rebekka Schmidt** verzichtet „freiwillig“. Doch bevor der Politaufsteiger auch seinen Namen als ordentliches Mitglied eintragen wird, muss noch das „unangenehme Problem“ aus der Welt geschaffen werden – der **links-grüne Bruderkrieg von West-Berlin**.

Dr. Bjarsch lässt keinen Zweifel: *„Wir waren im Recht. Die AL mochte nicht grüner Landesverband werden … also waren wir die legale Vertretung der Grünen in West-Berlin. Wir beschlossen nun für den 10. März 1985 erstmals selbst zu einer Wahl anzutreten – die Abstimmung zum Abgeordnetenhaus von West-Berlin.“* Die Bonner Grünen intervenierten – zu spät. Die „rote Linie“ war damit überschritten!

*„Wenige Tage vor der Abgabe der Wahlunterlagen, so um Weihnachten 1984, kam auf mich plötzlich ein Herr **Rüdiger Walter** zu. Er überbrachte einen **>gut gemeinten<** Rat. Ich solle mein Amt niederlegen und die Partei verlassen. Sofort! Er, Herr Walter, besäße dringende Informationen, dass der Grünen-Landesverband **von Neonazis unterwandert (!)** wäre. Die so genannte >Kampfgruppe Priem<, von der ich noch nie zuvor etwas gehört hatte, habe möglicherweise vor, **die Partei zu übernehmen**.“* Die West-Berliner Grünen als völkisch-militaristische Umweltkolonne des West-Berliner Nationalsozialisten Arnulf-Winfried Priem?

*„Ja, nach all den Auseinandersetzungen war die **Neonazi-Keule** ein Tatbestand, der dann zog – und die Umstände endgültig zu unseren Ungunsten veränderte. Die Zweitvorsitzende, Psychotherapeutin Hanna Kottowski, legte voller Schreck alle Ämter nieder – und als sie es sich wieder anders überlegte, war es schon zu spät. Eine Rückkehr … aus Satzungsgründen unmöglich. Der Drittvorsitzende Andreas Ney war dabei, sein Biologie-Studium zu beenden … und voller Sorge um die erfolgreiche Abnahme der Diplomarbeit – auch er trat zurück! **Ich war völlig verwundert, am Ende als einziger zurückgeblieben zu sein … aber ich wollte einfach wissen, was wirklich los ist.“***

„Die Grünen haben, zwei Monate vor der Lokalwahl, Braune in ihren Reihen aufgespürt“, schreibt der *„SPIEGEL“* am 07.01.1985. Namen kursieren: Der des **Geza von Nemenyi** zum Beispiel. Der umtriebige Mann war Anführer der „Germanischen Glaubensgemeinschaft“ und versammelte regelmäßig Anhänger seiner Religions-Gruppe um einen Runen-Stein am Tegeler See. *„Der Fall Nemenyi erschüttert derzeit nicht nur den Landesverband, sondern bewegt auch den Bundesverband der Grünen.* ***Meldungen über „braune Schafe“*** *(„Frankfurter Rundschau“) in ihren Reihen treffen die Öko-Partei zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt – zwei Monate vor der Berliner Wahl und wenige Tage nachdem israelische Parlamentarier, ähnlich wie Unionschristen, westdeutsche Grüne mit Faschisten verglichen haben“*, so der *„SPIEGEL“*. Die damalige Antwort des Grünen-Vorsitzenden Bjarsch im Original: *„Vom christlichen Standpunkt her kann und will ich nun keinesfalls zum Verteidiger einer heidnischen Glaubensgemeinschaft berufen sein – aber* ***um der Wahrheit willen*** *muss ich doch Folgendes anmerken: Ich fand in den Statuten dieser Gemeinschaft Passagen über einen* ***Ausschluss*** *politischer Zielsetzungen,* ***Ausschluss*** *politischer Betätigung während der Versammlungen, sowie* ***Ausschluss*** *etwaiger völkischer Einengung auf Germanisches. Vielmehr Beschäftigung mit dem kulturellen und religiösen Erbe aller drei im Berliner Raum je ansässig gewesenen Volksstämme: Germanen, Kelten und Wenden. (Letztere waren Slawen. Von den Nazis wurden die Slawen bekanntlich als >minderwertige ostische Rasse< verunglimpft.) Im Übrigen betrieben die Heiden bei den Grünen meines Wissens* ***keine*** *Werbung für ihre Glaubensgemeinschaft.“*

Doch die Gegenseite legt nach: In einem Buch habe der Heide Nemenyi sich nicht zweifelsfrei von den Praktiken des Menschenopferns für den slawischen Gott Triglaw distanziert. Öffentliche Beteuerungen des Betroffenen helfen nun nichts mehr – das grüne Landesschiedsgericht beschließt eine Suspendierung für ein Jahr … und will dann weitersehen.

Geza von Nemenyi hatte den Grünen noch drei weitere Mitglieder zugeführt: Seinen Bruder **Andor** zum Beispiel, gegen den offenkundig nichts weiter vorlag, als „einen falschen Angehörigen“ zu haben. Ein wenig anders gestaltete sich die Lage in Bezug auf den Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts, **Michael Pflanz**. Der war sieben Jahre zuvor kurzzeitig Mitglied der NPD-Jugendorganisation gewesen, die ihn angeblich ausgeschlossen habe, weil er zu radikal gewesen wäre. Der Druck ist nun groß – Pflanz legt um die Jahreswende 1984/85 sein Amt nieder und verlässt die grüne Partei. Für den Partei-Geschäftsführer **Bernd Menz** wurden Besuche bei der NPD vor mehr als einem Jahrzehnt ebenfalls zum Problem – ihm kam zugute, dass er der rechtsextremen Partei nie beigetreten war. Im Gegenteil: Als „Spinner“ und „undurchsichtige Person“ sei er dort schnell zum unerwünschten Gast geworden.

Über das Parteimitglied **Matthias Wenger** kam heraus, dass er neben der Betätigung bei den Grünen auch Mitglied im „Asgard-Bund“ gewesen ist. *„Propagandamaterial dieses Bundes enthielt eindeutig Rassistisches und Faschistisches, und das Landesschiedsgericht beschloss demzufolge den uneingeschränkten* ***Parteiausschluss****“*, hält Grünen-Vorsitzender Bjarsch im Schreiben vom 25.02.1985 fest. *„Bemerkenswerterweise wurde gerade dieses Verfahren von den beiden Vertretern des Bundesvorstandes durch* ***Nichterscheinen*** *hintertrieben. Es hat sich damit gezeigt, dass leider der derzeitige*

Bundesvorstand nicht in der Lage war, mit dem Rechtsextremistenproblem fertig zu werden, ***wohl aber der Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN****:* Der Landesvorstand übernahm für das Verfahren sofort die (quasi) Anklage und stellte den erforderlichen Beisitzer."

Wir halten fest: Bei immerhin 150 Mitgliedern lagen fünf fragwürdige Fälle vor. Mit allen beschäftigten sich der Vereinsvorstand und das Parteigericht. Zwei verließen die Grünen sofort, einer wurde suspendiert und gegen die beiden anderen lag nichts Substanzielles vor. Vorbestraft wegen irgendeiner Form neonazistischer Betätigung war bis hierher niemand. „Eigentlich" war das Problem schon nach kurzer Zeit wieder gelöst.

– Der lebende Beweis verschwindet –

Und nun beginnt es – das mysteriöse Kapitel. Der Fall des Frank Zabel und seines Anklägers Rüdiger Walter. *„Da war ein sehr gut informierter Herr, der uns vor Zabel warnte"*, sagt **Dr. Andreas Ney**, Biologe aus Berlin, rückblickend. *„Aber nichts Konkretes, nur so ein Gefühl"*, so der damalige Noch-Student, der aus Sorge um den Fortgang seiner Diplomarbeit das Amt des Mit-Vorsitzenden schnell niedergelegt hatte. *„Zabel rasierte sich den Kopf kahl, kurz bevor die Sache hochging"*, erinnert sich Ney. *„Und rückwirkend ist es natürlich schon komisch, dass so ein junger Rohrleger ganz schnell Posten besetzen wollte."* **Rüdiger Walter, das Doppelmitglied in Grünen und AL, hatte gewarnt.** Nun schrieb er in einem mehrseitigen Bericht unter der Überschrift *„Wer ist rechts? Wie das Braune sich ins Grüne mischt – Neonazis bei den Berliner GRÜNEN"* folgende Feststellung: *„So war das frühere Vorstandsmitglied Frank Zabel bereits wegen Waffenbesitz, Sammeln von NS-Propagandamaterial sowie Mitgliedschaft in der als HJ-Revival* (BS: -Erweckung) *konzipierten Deutschen Arbeiter Jugend (DAJ) zweifach vorbestraft, bevor er schließlich zum LV-Vertreter im Bundesfinanzrat avancierte."* Was Walter nicht schreibt: Der entscheidende Prozess endete am 12.11.1984, also erst wenige Tage vor der politischen Explosion im Grünen Verband. Ebenso wenig nahm der eifrige Aufklärer das **plötzliche Verschwinden** des jungen Zabel unter die Lupe.

„Frank Zabel hat sich bei uns ruhig und freundlich verhalten", so Ex-Grünen-Chef Bjarsch. *„Wir haben* ***nie rechtsradikale Äußerungen*** *von ihm gehört. Wir waren völlig perplex, als öffentlich wurde, wer da in unseren Reihen gesessen hatte. Aber egal: Als verantwortungsbewusster Vorsitzender hielt ich es für richtig und notwendig, den jungen Mann anzuhören. Ich wollte wissen, ob es sich um reine Jugendsünden gehandelt habe … und ob Herr Zabel seine Einstellung möglicherweise geändert habe. Ich fuhr in die Donaustraße von Berlin-Neukölln. Dorthin also, wo er offiziell gewohnt hatte. Und was soll ich Ihnen sagen? … Der Mann war* ***verschwunden (!),*** *schlicht nicht mehr auffindbar."*

Jetzt ist er da: Der Moment, tiefer graben zu müssen … Die Suche nach der unbequemen Wirklichkeit.

Arnulf Winfried Priem – seit Jahrzehnten ist der Betriebswirt aus der DDR (1968 von der BRD aus dem Gefängnis freigekauft) als rechtsextremer Aktivist bekannt. Vom Hissen einer Hakenkreuzfahne an der Berliner Siegessäule, über Aufsehen erregende Kraftsprüche bis hin zu Partei-Aufbau-Arbeit hat Priem eine lange neonazistische Karriere hinter sich – inklusive **mehrjähriger Haftzeiten**. Über

das Einwohnermeldeamt habe ich die Adresse erfahren. Es ist bereits dunkel, als ich am Mietshaus im Berliner Problembezirk Wedding auftauche. Ich überlege: Ist dieser Mann nicht gefährlich?

– Die braune Überraschung –

Im Treppenflur öffnet sich die Tür … zu meinem Erstaunen steht ein langhaariger Typ vor mir. Er gibt sich kumpelhaft. Mit Journalisten habe er zwar unangenehme Erfahrungen gemacht. *„Aber die germanische Gastfreundschaft steht über allem."* Die Wohnung: Eingerichtet mit Hakenkreuzfahnen und Heydrich-Porträts. *„Ich sehe mich als individueller Nationalsozialist oder nationalsozialistischer Sexist."* Kein Zweifel, wer hier wohnt. Priem vermisst Führerstaat und Rassegesetzte. Er spricht ruhig und sachlich, macht immer wieder mal Witze … nur die Weltanschauung ist gewöhnungsbedürftig. Immerhin: Im Mediengespräch sei es ihm wichtig, *„immer die Wahrheit zu sagen oder eben zu schweigen"*. Nun gut, das macht die Nachforschung leichter. Die entscheidenden Fragen und Antworten zur Auseinandersetzung im Grünen Landesverband 1984-1986 sind hier in verkürzter Form zusammengefasst:

Herr Priem, wer war Frank Zabel?

*„Das war ein wehrhafter, aber **politischer farbloser** junger Mann. Seine Festlegungen beschränkten sich auf Allgemeinplätze. Er kam irgendwann zwischen 1978 und 1982 erstmals zur Kampfgruppe Priem dazu. So genau weiß ich das nicht mehr. Zabel spielte keine entscheidende Rolle bei uns, er war eine **Randerscheinung**. So Mitte der 80er Jahre **verschwand er unerwartet** … seitdem habe ich nichts mehr von ihm gehört. Auch meine Kameraden hatten* nie wieder Kontakt zu ihm."

Gab es einen Plan der *„Kampfgruppe Priem"*, den West-Berliner Landesverband der Grünen zu unterwandern?

*„Es gab im Laufe der Zeit immer wieder Kameraden, die sich **von linken Bewegungen angezogen** fühlten. Viele hatten Angst vor der Atomkraft und liefen in den Märschen mit. Selbst später bei den Lichterketten waren Jungs von mir dabei, um Bräute abzuschleppen. Auch die RAF sehe ich heute zu mehr als 50 Prozent **positiv** … Am Ende aber hatten wir immer unsere eigenen Gruppen. Die Übernahme eines fremden Vereins stand nie auf der Agenda. Als sich die angesprochene Problematik mit den West-Berliner Grünen abspielte, saß ich außerdem im **Knast**."*

„Wir haben niemanden unterwandert" – Neo-National-Sozialist Arnulf-Winfried Priem erinnert sich an die „wilden Zeiten". (2012)

Sehen Sie Anknüpfungspunkte von Rechts- und Linksextremismus?

„Mit Stiefkindern dieser Gesellschaft vermag ich mich eher zu solidarisieren, als mit glücklichen Sklaven oder Steigbügelhaltern. Jede Veränderung des festgefahrenen Systems kann erstmal nur gut sein – ***egal, ob der Impuls von ganz links oder ganz rechts kommt*** *… Bei aller berechtigten Kritik muss man eines feststellen: Die DDR hatte immerhin eine nationale Politik. Wenn Vietnamesen* oder Schwarze* Nachwuchs bekamen, wurden sie sofort nach Hause geschickt … Die Kaufhaus-Anschläge der RAF habe ich immer kritisch gesehen, da sie deutsche Volksgenossen gefährdet haben. Was aber die Attentate auf US-Kasernen betrifft, so hat die RAF geschafft, wozu der nationale Untergrund zu dämlich war.* ***Meine Trauer um die Opfer hält sich da in Grenzen*** *… Ich kannte auch noch* (BS: den Terroristen) *Christian Klar vor seiner RAF-Zeit – damals wusste er noch nicht so recht, wo er hinwollte. Heute habe ich* ***Hochachtung vor seinem konsequenten Lebensweg****. Er ist ein vom Besatzerkonstrukt gebeutelter Revolutionär, der aber bis zuletzt seiner Überzeugung treu geblieben ist. Schade, dass* (BS: die Terroristin) *Frau Mohnhaupt nicht besser aussah – sonst wäre sie was für mich gewesen.“*

* Herr Priem verwendete hierfür eigene Begriffe

Wie schätzen Sie die Skandal-Protagonisten bei den Grünen ein? Geza von Nemenyi, Michael Pflanz, Bernd Menz, Matthias Wenger, Frank Zabel … Waren das Nationalsozialisten?

„Frank Zabel habe ich auf jeden Fall so wahrgenommen. Bei Matthias Wenger kann man allenthalben noch von einem gemäßigten Nationalsozialisten sprechen. Wir ***trennten*** *uns schon drei Jahre bevor die Geschichte bei den Grünen hochkochte – weil er sich an meine Frau herangemacht hatte. Bei Michael Pflanz hatte ich immer den Eindruck, dass sein Interesse nur meinen seltenen Büchern galt. Immerhin war er intelligent und löste damit Minderwertigkeitskomplexe bei Wenger aus. Pflanz war zwar leicht rechts, beschäftigte sich aber vor allem mit der heidnischen Religion … weniger mit nationalsozialistischer Politik. Bei Bernd Menz war das ähnlich. Der war ein Esoteriker, versuchte jedoch, mich mit Schlagwörtern zu beeindrucken. Und was Geza von Nemenyi betrifft: Nun ja, der war* ***kaum politisch, aber dafür umso verrückter****. Vor laufenden Fernsehkameras vergrub er Buttermilch unter Steinpilzen, um die germanischen Götter wohl - wollend zu stimmen. Alle haben über ihn gelacht. Es fiel mir schon immer schwer, ihn ernst zu nehmen.* ***Der war ein Weichei, kein Nationalsozialist.“***

Wäre diese Fünfer-Gruppe in der Lage und willens gewesen, den grünen Verband zu übernehmen?

„Im nationalsozialistischen Dunstkreis gab es schon immer wieder Anhänger, die ***nicht alles schlecht fanden, was bei den Grünen passierte****: Vor allem der Umweltschutz und die Loslösung vom Christentum. Mitarbeit, um völkische Ideen irgendwo einzubringen … das gab es* ***von Einzelpersonen****. Aber eine gemeinsame Linie der benannten Gruppe gab es auf keinen Fall. Das waren immer Dressurakte wie im Zirkus. Die Fünf habe ich nie alle zusammen gesehen, in vielem waren sie nicht mal einer Meinung. Und am Ende waren es auch einfach mal alle - samt* ***Weicheier, die niemals in der Lage gewesen wären, eine politische Strategie zu verfolgen.“***

Wie war es möglich, dass Aktivisten der „Alternativen Liste“ genau wussten, dass die fünf Beteiligten einander kannten?

*„Es gab eine Aufsehen erregende **Demonstration gegen den Katholikentag**. Die Teilnehmer wurden wegen Verunglimpfung einer Religionsgemeinschaft angeklagt. Andere erschienen als Zeugen. Nun, die Gerichtsverhandlung war öffentlich, und ein wenig wurde auch darüber berichtet.“*

Modernes Germanentum und Rechtsextremismus – gehört das zusammen?

„Da gibt es keinen zwingenden Zusammenhang. Beim Führer gab es auch nationalsozialistische Christen. Und heute gibt es in der germanischen Esoterik-Szene auch genügend Leute, die beim Kampf gegen Rechts aktiv dabei sind.“

Hatten Sie Kontakt mit Geheimdiensten?

*„**Ja**, gleich zweimal in meinem Leben. Einmal mit der Stasi in der DDR wegen meines Fluchtversuchs. Die waren nicht zimperlich. Drüben im Westen war es der Staatsschutz … aber die gaben sich nett und freundlich. Sie argumentierten, dass ich nach so vielen Verfahren bestimmt ein wenig **Geld** bräuchte. Aber ich bin weder bestechlich noch korrumpierbar.“*

– Grüne im Visier: Was ist dran an den Vorwürfen? –

Ein paar Stunden später … die ersten Antworten sind beisammen. Über Umwege gelingt es nun sogar, einen der damaligen grünen „Skandal-Personen“ direkt an die Leitung zu bekommen: **Michael Pflanz**. Er ist freundlich und redegewandt. Von Kraftausdrücken und radikalen politischen Ideen, zumal von rechts, hält er wenig. Seine Darlegungen in Kurzform:

*„Es gab schon immer eine rechtsextreme Minderheit im Heidentum, zum Beispiel die Vereinigung >Wotans Volk<, die das ja auch stolz vor sich hertrug. Die Vorwürfe des Neonazismus gegen einige Mitglieder der Grünen waren **unzutreffend, reine politische Propaganda**. Der damalige Geschäftsführer Bernd Menz war nicht einmal Heide – und wenn er irgendwelche Leute gekannt hat, dann eben nur, weil er bei den Grünen kraft Amtes mit allen Leuten zu sprechen hatte. Allenfalls sein langer Bart, die Auseinandersetzung mit Astrologie und die Fähigkeit, jedem Menschen zuhören zu können … so wirr die Thesen auch waren … das ist wahrscheinlich Grundlage zur Diffamierung in seinem konkreten Fall gewesen.*

*Ja, es stimmt. Ich bin 1977 zur Jugendorganisation der NPD gegangen. Ich war damals Schüler und von der Anti-Drogenkampagne dieser Gruppe begeistert. Nach sechs Monaten verließ ich diese Vereinigung jedoch wieder … ein neuer Vorstand unter Führung eines gewissen **Thomas Salomon** (!) hatte sich durchgesetzt – und die waren wirklich rechtsradikal.“*

(Anmerkung von Billy Six: Thomas Salomon machte Karriere in der NPD – und sitzt seit 1985 im Bundesvorstand. Aktuell ist er auch für Kadeschulung in Brandenburg zuständig. Seine politischen Aussagen dienten als wichtiger Beweis für das NPD-Verbotsverfahren, das bekanntlich an der **V-Mann-Frage** scheiterte.)

*„Ich forderte diesen neuen Vorstand unter Thomas Salomon dazu auf, mir meinen Mitgliedsausweis der >Jungen Nationaldemokraten< auszuhändigen … aber der galt als **verschwunden** … Jahre später, genau in dem Moment, als das Problem*

bei den Grünen auftauchte, war der diskreditierende ***Ausweis plötzlich wieder da*** *und wurde mir von meinen neuen Parteifreunden unter die Nase gehalten. Eine sachliche Diskussion war nicht möglich, das Misstrauen unheimlich ausgeprägt. Ich trat bei den Grünen aus, aber das wissen Sie ja schon.*

Die zweite Geschichte war der Skandal um die so genannte >Deutsche Arbeiter Jugend<. Es gab ein Gerichtsverfahren … unmittelbar vor dem Krach bei den Grünen. Ich hatte einen Herrn Stefan Heiking privat kennengelernt, der meine Schwimmaktivitäten registrierte. Deshalb schrieb er mich auf eine Liste anzuwerbender Mitglieder für die Sportpolitik seiner ***Fantasietruppe****. Bevor diese Vereinigung überhaupt gegründet war, stand die Polizei beim Herrn Heiking vor der der Tür und durchsuchte die Wohnung. Die Beamten fanden die Liste und luden alle Personen vor, die darauf notiert waren … natürlich zig Mitglieder aus der Heidnischen Szene. Ich musste als Zeuge aussagen, und lernte dort auch diesen Frank Zabel näher kennen, der ja auch frisch bei den Grünen dazugekommen war. Herr Zabel (als ein Angeklagter) versuchte dabei, mich in seine Probleme hineinzuziehen. Das misslang … und er murmelte irgendwas von Rache, als ich das Gericht verließ. Wie ich ihn charakterisieren würde?* ***Eigenartig, undurchsichtig, zweifelhaft und mir unsympathisch*** *– ich hielt mich bei den Grünen immer fern von ihm. Aber gut, das war nur meine persönliche Sicht der Dinge.*

Worum es bei der gesamten Geschichte eigentlich ging? Mensch, das ist schon so lange her … Wissen Sie, ich war in der Fachbereichsvertretung der >Freien Universität< als Grüner von den Studenten mit einem guten Ergebnis gewählt worden … mehr Stimmen als der Vertreter der >Jusos<! Das hat mir gezeigt, dass die Grünen ein unheimlich breites Spektrum ansprechen können – bis weit in das bürgerliche Lager hinein. Die Ideen, (BS: west-) deutschlandweit >Alternative Listen< zu schaffen, haben sich bei der Bevölkerung ja nun ***nicht*** *durchgesetzt.* ***Außer in Berlin-West, wo die Grünen noch in ihrer Aufbauphase zerschlagen worden sind.***

Ich bin danach nie wieder Mitglied einer Partei geworden … von Politik habe ich die Schnauze voll!"

Am 27.01.2012 meldet sich auch noch der „Heidenführer" **Geza von Nemenyi** in schriftlicher Form:

„Danke für Ihre Anfrage bezüglich der Frage der Auflösung des LV Berlin der Grünen. Ich möchte mich dazu nicht mehr äußern, denke auch, dass Hubert Bjarsch Ihnen alles dazu sagen konnte.

Nur soviel: Ich bin ***nicht als „Unterwanderer"*** *in den LV eingetreten, sondern weil ich dessen Ziele unterstützen wollte. Dass mehrere Mitglieder unseres heidnischen Kreises eingetreten waren, war keine Unterwanderungsaktion, sondern einfach eine Folge davon, dass ein Grünen-Mitglied in unserem Kreis für die Grünen geworben hatte. Um einen Verband von 150 Personen zu unterwandern, wäre wohl eine Anzahl von mindestens 75 Personen nötig, von unserer heidnischen Gruppe sind aber nur etwa fünf Personen zu den Grünen gekommen.* ***Der LV wurde aufgelöst, weil die AL in ihm eine Konkurrenz sah."***

Es ist an der Zeit, auch die Gegenseite zu hören. Interessanterweise fällt es schwer, Personen aus der „Alternativen Liste" oder der grünen Bundespartei zu finden, die sich mit ihrem Namen offen zur Kampagne gegen die Grünen von West-Berlin

bekannt haben. **Nur einer sticht immer wieder hervor: Besagter Rüdiger Walter, Doppelmitglied bei AL und Grünen.** Für seine am Ende doch überaus erfolgreiche Arbeit im „Kampf gegen Rechts“ müsste er an und für sich auch politisch besonders entlohnt worden sein. Könnte man annehmen …

– Wenig Toleranz bei den Grünen –

Anfrage an „Bündnis 90 / Die Grünen“ Landesverband Berlin vom 23.01.2012:

„Derzeit arbeite ich an einem zeithistorischen Aufsatz über die Entwicklung der Grünen Partei. In diesem Zusammenhang würde ich gerne mit Herrn Rüdiger Walter, in den 80er Jahren Doppelmitglied bei Grünen und Alternativer Liste in West-Berlin, das Gespräch suchen. Er war maßgeblich an der Umgestaltung zugunsten der AL beteiligt.“

Antwort von „Partei-Mitarbeiterin“ Giselle O. vom 25.01.2012:

„Leider haben wir keine Daten von Herrn Rüdiger Walter, ich bedaure.“

Rückantwort an „Partei-Mitarbeiterin“ Giselle O. vom 25.01.2012:

„Gibt es denn Hinweise im Archiv? Hat Herr Walter die Grünen mittlerweile also verlassen?“

Zweite Antwort von „Partei-Mitarbeiterin“ Giselle O. vom 26.01.2012:

„Leider kann ich Ihnen wirklich nicht weiterhelfen – ob er verzogen ist oder vor Jahren ausgetreten, ist nicht mehr nachvollziehbar.“

Komisch. Wo immer man nachfragt … eines haben Frank Zabel und sein Ankläger Rüdiger Walter gemeinsam: **Sie sind beide unauffindbar, so sehr man auch recherchiert … selbst im Netz herrscht Leere.**

Doch anders als der junge „Neonazi“ hat der „Antifaschist“ Walter einige öffentliche Texte hinterlassen. Darin steht unter anderem geschrieben:

„Insgesamt konnten zehn Mitgliedern Kontakte zur neonazistischen Szene (bis hin zu Kühnens ANS) nachgewiesen werden, wobei das genaue Ausmaß des Problems bis heute noch unklar ist. ***Wir schätzen*** *die Zahl der diesem Spektrum zugehörigen Mitglieder auf 15 bis 20 Personen“*, so Rüdiger Walter. Seltsam nur, dass er **keine zusätzlichen Namen** aufzählt. Es bleibt bei gerade mal fünf Beschuldigten, die im Text namentlich erwähnt werden. Nichts Neues. Auch die umschriebenen Delikte sind unverändert … worauf stützt Walter seine Zahlen? Und wen meint er eigentlich mit ***„wir“***? Im weiteren Verlauf der Unterlagen erfährt der Leser mehr über die Quellen der brisanten Enthüllungen: *„Den Beweis für das organisierte Vorgehen der Gruppe erbrachte dann ein herrenloser Schnellhefter, der in einer Telefonzelle liegen geblieben war.“* Zum anderen kursierten belastende Papiere unter dem Pseudonym *„Mirakulix“*: *„Wer sich da unter dem Pseudonym Mirakulix zu Wort meldete, war (nach Diktion, Orthografie und Schreibmaschine ganz offenkundig) kein geringerer als der frühere Landesgeschäftsführer der Berliner GRÜNEN, Bernd Menz“*, so Walter. **Woher kam der kriminalistische Sachverstand des Lokalpolitikers?** Immerhin ein Problem war nun gelöst: Die von Walter zunächst getroffene Feststellung, dass „der für alle Beteiligten völlig offenkundige Zusammenhang der (*immer geschlossen auftretenden*) Menz-

Gruppe formell zunächst nicht beweisbar war." **Ein Fund geheimer Papiere in einer Telefonzelle – und schon sei alles wieder ganz klar.**

Walter geht sprachtechnisch geschickt vor: Er beschreibt ungeheuerliche Vorwürfe gegen einen gewissen Bernhard Schulz – Mitglied „im grünen Bunde heidnischer Gemeinschaft". Der schnelle Leser mag geneigt sein, zu denken, dass diese Person ebenfalls Teil des Grünen-Verbandes gewesen wäre … **doch weit gefehlt!** Herr Schulz gehörte einer völlig losgelösten Vereinigung an – den „Armanen". Diese Gruppe schrieb sich ebenfalls ökologische Ziele auf die Fahne … mit den Grünen als Partei hatte dies jedoch rein gar **nichts** zu tun. Um die Dramatik der Geschichte weiter aufzubauen, interpretiert der grüne „Faschismus-Forscher" Aussagen aus der germanisch-esoterischen Szene:

Zitat 1: *„Neben Göttern glauben wir an Naturgeister (Zwergen, Elfen, Geister wie z. B. Fylgien etc.), an eine unsterbliche Seele des Menschen, die sich auch in mehreren Erdenleben wieder verkörpert. Dieser Glaube beinhaltet auch die Seelenwanderung vom tiefen Zustand zu einem höheren Dasein."*

Laut Walter sei daraus zu entnehmen: *„Seelenwanderung von niederen Völkern zu nordischen Menschen."*

Zitat 2: *„Wir glauben an die Gleichwertigkeit von Mann und Frau, was aber nicht mit einer Gleichmacherei verwechselt werden darf, da Mann und Frau doch unterschiedliche Aufgaben haben."*

Walters sarkastische Interpretation: *„Wo das Weib noch an seinem Platze ist."*

Es erscheint geradezu bizarr, hier Analysen zu gemeinhin als weltfremd angesehenen Themen durchzuführen. **Doch vergessen wir nicht: Mit derartiger Agitation wurde ein im westlichen Nachkriegs-Deutschland bisher einmaliger politischer Vorgang durchgezogen … die zwangsweise Zerstörung eines Parteiverbands, jenseits der gesetzlichen Grundlagen … nur mit internen Intrigen!**

Der Biologe **Dr. Andreas Ney**, damals Student und Mit-Vorsitzender der West-Berliner Grünen, erinnert sich: *„Dieser Rüdiger Walter kam kurz nach mir in den Verband. Als die Sache losging, hatte er ein **immenses Wissen** und trat **sehr kräftig, ja geradezu aggressiv** in Erscheinung … Ich bin dann nach Bonn gefahren, zur Anhörung durch den Bundesvorstand der Grünen. Die Sitzung fand in einer Villa der Mozartstraße statt. Es war Winter … und unsere Gastgeber hatten **absichtlich nicht geheizt**. Alle saßen wir in dicken Mänteln und Pelzmützen herum. Ich erinnere mich noch genau, wie die Partei-Linke Jutta Ditfurth mich ganz **hasserfüllt** anstarrte. Ganz schlimm wären die Dinge, die sie aus West-Berlin gehört habe. Interessanterweise las ausgerechnet sie immer wieder Hintergrundinformationen aus **Verfassungsschutzberichten** vor … wenn es zum Beispiel um Infos zu Wenger und Pflanz ging. Ich versuchte, in diese Debatte ein wenig Sachlichkeit hineinzubringen: Na ja, man sollte mit Geheimdienst-Informationen ein wenig vorsichtig sein – **schließlich verfolgten diese Dienste ganz eigene Interessen und waren sich nicht zu fein, im Zweifel auch Falschinformationen zu streuen.** Reales und Erfundenes lässt sich schnell vermischen … Ein Mann, der sich in der Diskussion selbst eher zurückgehalten hatte, kam nach Ende der Sitzung auf mich zu und lobte mein Plädoyer. Derartige Einblicke in realpolitische Vorgänge habe er mir gar nicht zugetraut. Der freundliche Herr war von Beruf Polizist."*

– Des Dramas letzter Akt –

Dr. Hubert Bjarsch am 22. März 1985. *„Bemerkungen nach den Berliner Märzwahlen `85: Wo waren DIE GRÜNEN? Sie waren im Wahlkampf so gut wie nicht zu entdecken gewesen. Den Berliner Feinden des Grünen Landesverbandes war es trotz* ***übermächtiger Unterstützung*** *aus dem Bonner Parteivorstand nicht gelungen, den Wahlantritt zu verhindern, jedoch hatten sie mit ihrer Kampagne den Landesverband in einen so* ***mörderischen Existenzkampf*** *verwickeln können, dass dadurch alle personellen, finanziellen, zeitlichen Kapazitäten gebunden worden waren. Die direkten und indirekten Folgen dieser Kampagne hatten die Möglichkeiten für eine Wahlkampfbeteiligung in die Nähe des Nullpunktes zurückgehen lassen … Aus den oben genannten Situation heraus war es gerade noch gelungen, für den gesamten Bezirk Schöneberg ganze 11 (elf!) Plakat-Stelltafeln aufzustellen, und das für die letzten 2 (zwei!) Tage vor der Wahl. Aber selbst dies muss wohl noch so gefährlich gewirkt haben, dass sofort eine* ***AL-Klebekolonne*** *erschien und die Plakate so perfekt überklebte, dass nicht die winzigste grüne Spur mehr zu sehen war … 0,5 % der Stimmen wären unter normalen Umständen sehr wenig gewesen. 0,5 % Stimmen sind unter derartigen Umständen sehr viel! Und die AL ist nun mit 10 % der Stimmen die glänzende Siegerin? Sie wird sich selbst wohl kaum so fühlen, nachdem sie sich ja bis zu 16 % hatte versprechen dürfen und dabei vor allem eine politisch mitbestimmende Position durch Kippen der bisherigen Regierungsmehrheit. Verscherzt hat sich die AL dies selbst. Durch das Zurückdrängen der Vernunft hinter die deutlich spürbare Lust am Provozieren: >Berlin-autofreie Stadt!< – Programmatische Identifikation mit der >Irrenoffensive< – Kandidatur eines Lorenz-Entführers … Wer sich in prickelnder* ***Lust am Schockieren und Provozieren*** *selbst als Bürgerschreck aufbaut, darf sich natürlich nicht wundern, wenn ihm das voll gelingt und es dann die entsprechende Wirkung zeigt. Wenn also die Bürger dann tatsächlich verschreckt sind und verschreckt reagieren … Die AL hätte einen grün-alternativen Wahlkampf führen sollen – mit hochgesteckten Wahlzielen, die aber noch in Reichweite der Realität hätten liegen müssen – und ohne in der Bevölkerung psychologische Blockierungseffekte auszulösen.“* Ergänzend nimmt Bjarsch Stellung zu aktuellen **Gerüchten über angebliche Neonazis bei der AL**, aufgegriffen von der *„taz“* am 14.03.1985. Drei Neuköllner Mitglieder hätten gefordert, das Asylrecht auf die *„tatsächlich politisch, ethnisch und religiös Verfolgten“* zu beschränken. Auf gut Deutsch: Es wäre nicht mehr zu vertreten, Wirtschaftsflüchtlinge und Simulanten aufzunehmen. Das Problem wird politisch behoben … aber anders als der Grüne Stadtverband darf die Alternative Liste bestehen bleiben. ***„Es ist doch beruhigend zu sehen, wie im Bundesvorstand fein brav und säuberlich mit zweierlei Maß gemessen wird!“***

„Der Bundesverband betrachtete ab Frühjahr 1985 unseren Landesverband als aufgelöst“, sagt Bjarsch heute, und hat anders als andere kein Problem damit, seine Texte von früher veröffentlicht zu sehen. *„Beim Bundesschiedsgericht 1985 in Hannover wurde die Sache noch einmal vertragt. 1986, in Hamburg, war jedoch alles vorbei. Das Parteigremium betrachtete die Zwangseliminierung als rechtens. Der grüne Bundesvorstand kam selbst nach West-Berlin und erklärte der Presse nochmals, warum der eigene Landesverband verschwinden müsse. Im Publikum sitzend, hielt man auch mir Kameras und Mikrofone entgegen. Bundesvorstandssprecher >Genosse< Trampert aus Bonn zeterte lautstark … dies wäre*

ausschließlich seine Pressekonferenz … Uns hätte nun noch der konsequente Gang durch die ordentlichen Gerichtsinstanzen offen gestanden … aber nach fast zwei Jahren ***zermürbenden Kleinkriegs*** *wollte niemand von uns Berufstätigen die Sache mehr weiter verfolgen. Viele hatten sich schon ganz zurückgezogen.* ***Es war aus und vorbei!“***

– Suche nach den Hintermännern –

Wem nützte das Verschwinden der Grünen? Gegenüber der *„Berliner Morgenpost“* schreibt Hubert Bjarsch am 04.10.1986: *„Die Berliner Grünen stehen dafür, dass der Umweltschutz* ***kein Tummelplatz für Extremisten von links und rechts*** *sein darf, sondern ein Aufgabengebiet für vernünftige Menschen ist. Die Berliner Grünen stehen dabei im Gesamtbereich Grüner Politik auch für die besonderen Interessen Berlins, denn: Die neue Partei >DIE GRÜNEN< der Bundesrepublik soll keinen regulären Landesverband mehr in >Westberlin<* ***(!)*** *haben, sondern hier soll es auf diesem Gebiet nur noch die eigenständige AL geben. Das entspricht der* ***östlichen Drei-Staaten-Theorie*** *und ist von daran interessierter Seite genau aus diesem Grunde auch so arrangiert worden. Die Kommunisten konnten in ihren eigenen Parteien die äußerliche Abgrenzung durch einfache Anordnung der Zentrale fein säuberlich vollziehen:* ***In der DDR gibt es die SED, in West-Berlin die SEW und in Westdeutschland die DKP.*** *In der grün-alternativen Bewegung hingegen konnte man natürlich nicht einfach anordnen, sondern musste zu hinterfotzigen Machenschaften greifen … Es geht im Prinzip darum, die politische Zusammengehörigkeit zwischen der Bundesrepublik und Berlin-West – wo immer möglich – zu untergraben … Aber wir halten hier die Stellung für Berlin –* ***und dafür werden wir von Roten, die grün maskiert sind, mit braunem Dreck beworfen.“***

Der Historiker **Hubertus Knabe** schreibt am 11.10.1999 im Magazin *„FOCUS“: „Egal, ob es um Politiker von FDP oder Grünen, die Friedensbewegung oder die 68er- Studentenrevolte geht – die Stasi hatte immer einen Fuß in der Tür … Natürlich kann ein Geheimdienst keine Massenbewegung lostreten. Aber er kann organisatorische Zentren infiltrieren, die Programmatik beeinflussen, Resolutionen formulieren …* ***Bereitschaft zur Denunziation ist keine Frage des politischen Systems.*** *Wichtiger Beweggrund war eine verquere Verarbeitung der Geschichte: Nach Hitler erschien manchen Intellektuellen die DDR als* ***der bessere deutsche Staat****, weil er am radikalsten mit der Vergangenheit ins Gericht zu gehen schien. Den Wert westlicher Demokratie haben dagegen viele in alarmierender Weise* ***gering geschätzt****. Hinzu kamen Eitelkeit, Geldgier und Charakterlosigkeit.“*

Dirk Schneider. Er war mehrere Jahre Sprecher der AL. Politisch verwurzelt bei den Linken in Berlin-Kreuzberg. Von 1983 bis 1985 saß er als beratendes West-Berliner Mitglied im Bundestag, wo er für die Deutschland-Politik **(!)** der Grünen verantwortlich war. **Anschließend übergab er das Mandat an Hans-Christian Ströbele.** Wegbegleiter beschreiben Schneider als *„freundlichen und umgänglichen Menschen“*, der jedoch immer die Drei-Staaten-Theorie und eine generelle Identifikation mit SED-Positionen hochgehalten hatte. Nach der Wende steht fest: Dirk Schneider alias *„IM Ludwig“* war ständiger Mitarbeiter der DDR-Staats - sicherheit gewesen.

Einfach gestrickte Verdammung geht am Kern des Problems weit vorbei: Schneider war kein Opportunist. An seiner **sozialistischen Haltung** bestand nie ein

Zweifel … und so wechselte er nach der Wende auch konsequent von der AL zur PDS. Ablesbar bleibt jedoch eines: Die „Alternative Liste“ von West-Berlin war ein Sammelbecken für Linksradikale!

Natürlich habe Schneider auch die Auflösung des Grünen-Landesverbands unterstützt, so Bjarsch. Aber viel spannender ist und bleibt die dubiose Figur des Rüdiger Walter … der „Chef-Ankläger“ von innen … Seit einigen Jahren behauptet der „Germanen-Aktivist“ **Geza von Nemenyi** öffentlich, Walter habe **nicht für die Stasi, sondern für den West-Berliner Staatsschutz gearbeitet!** Eine Abmahnung gibt es bis heute nicht … Aber wie kommt der Mann auf eine solche Theorie? Die Antwort liegt vor:

„Sehr geehrter Herr Six,

dass Rüdiger Walther für den Staatsschutz gearbeitet hat, ergibt sich aus den ***eindeutigen Indizien****. Ich hatte in einer Plastiktüte einen Ordner mit dem Enthüllungspapier Walthers und verschiedenen meiner Gegendarstellungen in der Telefonzelle vor dem Haus des Grünen LV versehentlich liegengelassen. Die Tüte war dann weg. Später schrieb Walther in den >Grünen Blättern< von Baden-Württemberg, dass >der ehrliche Finder die Tüte samt Ordner an die erste dort gefundene Adresse gab<, welches eine >falsche< gewesen wäre (nämlich nicht meine eigene, sondern die von Rüdiger Walther, die ja auf seinem >Papier< stand). Also hatte er öffentlich zugegeben, meinen Ordner zu haben. Ich zeigte ihn daraufhin an wegen Fundunterschlagung bzw. Diebstahl. Ich wurde dazu dann* ***zum Polizeilichen Staatsschutz >Platz der Luftbrücke< geladen,*** *um meine Aussage zu machen – das ist zumindest bei so einem geringen Delikt recht merkwürdig.*

Der Beamte befragte mich dann, und fragte, was in dem Ordner wäre usw. Ich sagte, da seien verschiedene Gegendarstellungen und meine eidesstattliche Erklärung enthalten. Die Rückfrage des Beamten: War die eidesstattliche Erklärung in dem Ordner, oder nur in der Tüte mit dem Ordner. Da erst fiel mir ein, dass ich die Erklärung ja an diesem Tage erst im Büro der Grünen verfasst hatte und sie deswegen noch nicht lochen konnte (da war kein Locher), deswegen lag das Blatt lose neben dem Ordner. ***Der Beamte muss also doch den Ordner gesehen haben, denn seine Gegenfrage entlarvte dies ja.*** *Auch fragte er mich, wie der Ordner aussah, ich beschrieb ihn: Ein gelber Pappschnellhefter, mit schwarzer Tinte beschriftet. Seine Gegenfrage: War der Ordner in deutscher oder lateinischer Schrift beschriftet?* ***Auch diese Frage, einem 30jährigen Grünen gestellt, entlarvte den Beamten****, denn darauf kann man heutzutage nicht kommen, dass ein junger Mensch noch deutsche Schreibschrift verwendet.*

Die ***Polizisten hatten den Ordner*** *also, doch gaben sie es nicht zu, und bis heute habe ich ihn nicht bekommen. Die Anzeige gegen Walther wurde* ***eingestellt****.*

Ich habe einen Brief darüber verfasst und mit dem ganzen Material an die >Tageszeitung< (BS: Ströbeles Zeitung) *geschickt, schließlich war das der* ***Beweis, dass der Staat die Grünen bespitzelt und sogar aktiv in die Politik eingreift.*** *Es wurde* ***nichts*** *in der >taz< geschrieben, auch der Brief nicht beantwortet. Später ging mal durch die Presse, dass auch die >taz< beobachtet wurde, also kann da jemand die Unterlagen entwendet haben.*

Durch diese ganzen Vorgänge habe ich gesehen, wie der Staat mit vermeintlichen pol. Gegnern umgeht, wie manipuliert und bespitzelt, ja misstraut wird. Das war

eine lehrreiche Erfahrung, und ich traue daher niemandem. Auch Ihnen nicht, zumal Ihr Name mir sehr ungewöhnlich anmutet und ich halte ihn für unecht.

Mit Lichtgruß

Géza von Neményi“

Die Einschätzungen aller anderen redewilligen Beteiligten sind einhellig: „Herr von Nemenyi denkt zumindest hier in die richtige Richtung.“ Eine **Anfrage an den Berliner Staats-Schutz** ist nötig. Die Reaktion vom 26.01.2012:

„ Sehr geehrter Herr Six,

Vielen Dank für Ihre E-Mail.

Zu der von Ihnen gestellten Frage gibt die Polizei Berlin jedoch keine Auskunft. Ich bitte um Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen.“

Einen Tag später erhalte ich völlig überraschend eine zweite Mitteilung:

„Sehr geehrter Herr Six,

Ihre Anfrage wurde zuständigkeitshalber an die Polizeibehörde weitergeleitet. Zur Bearbeitung Ihres Anliegens bitte ich um die Übersendung einer Kopie Ihres Journalistenausweis per E-Mail und um die Konkretisierung der Daten zu der von Ihnen angefragten Person:

a) Ist Rüdiger oder Walter der Vor- bzw. der Nachname?

b) Ist die Schreibweise ohne „h“ bei Walter korrekt?

c) Ist Ihnen ein Geburtsdatum der Person bekannt?

Sofern hier bis zum 3. Februar 2012 kein Eingang einer Antwort zu verzeichnen ist, gehe ich davon aus, dass sich Ihr Anliegen erledigt hat.

Mit freundlichen Grüßen“

Kriminalhauptkommissar Martin Otter

Anschließend verebbt die Kommunikation für einige Wochen. Schließlich heißt es, man kenne keinen Mitarbeiter Rüdiger Walter „ohne h“. Und wie ist es mit Walt**h**er? Kriminalhauptkommissar Otter wünscht nun ein Telefonat: *„Fragen Sie mal besser beim Verfassungsschutz!“* Die Gesamtsituation: Verworren.

Durchatmen. Nachdenken. Genau hinschauen! Und schon wird die Sache klarer …

Hubert Bjarsch: *„Wer >Deutschland< oder >Einheit< positiv sagte, machte sich in der politischen Wirklichkeit schon des Rechtsextremismus verdächtig … das waren **Pfui-Begriffe** und die Stimmung dementsprechend aggressiv. Das gesamte linke Lager war, ausgenommen die Herren Schmidt und Brandt, **gegen die Wiedervereinigung** Deutschlands. Und die Bürgerlichen waren bereits **desinteressiert**. Noch 1989 **(!)** wetterte West-Berlins rot-grüner Bürgermeister gegen das so genannte >Gefasel von der Wiedervereinigung<.“*

Im bürgerlichen Grünen Landesverband war der **Einheitsgedanke salonfähig**. Zu Beginn stand er selbst im Grundsatzprogramm der „Alternativen Liste“ festgeschrieben. Hier war es der 1943 geborene Historiker und Soziologe **Herbert Ammon**, der Anfang der 80er Jahre eine kleine Gruppe von Pro-Gesamt-Deutschland-Denkern um sich scharte. *„Was? Sie wollen für Herrn Siegerist schreiben … das finde ich nicht gut. Diese Broschüren sind doch viel zu platt“*, gibt er geschockt zu Protokoll. Und erzählt dann doch recht freimütig von den politischen Vorgängen der 80er Jahre … Wie bei vielen Gesprächen mit ehemaligen Linksaktivisten ist es nur etwas schwierig, das **Chaos damaliger Visionen und Personalquerelen** nachvollziehen zu können. So viele Beteiligte … Eine kollektive Unordnung! Selbst Ammon sagt: *„Man schrieb die politischen Texte nach Mitternacht, wenn alle anderen schon auf dem Weg nach Hause waren.“* Die basisdemokratische Realität: **Nach stundenlangen Debatten ist es nur noch ein harter ideologischer Kern, der die Regeln festsetzt!** So ging nach einigen Monaten (zu Beginn der 80er Jahre) auch der pro-deutsche Einheitsbeschluss flöten. Die **„Pro-China-Linken“** (Maoisten) hatten an Einfluss verloren. Den Ton gaben nun die **„Pro-Ostblock-Linken“** (Sowjetunion, DDR) an. Ammon verließ die AL 1985/86 nach immerhin fünfjähriger Mitarbeit.

Welche Interessen hätte nun aber auch ein westdeutscher Geheimdienst haben können, den gemäßigten grünen Landesverband aus dem Weg zu räumen? ***„Schauen Sie sich doch einmal die DKP und die SEW an – das waren SED-ferngesteuerte Parteien im Westen. (!) Und die Bonner Regierung tat nichts dagegen, weil dies der Entspannungspolitik entgegen gewirkt hätte. Der Status quo dreier deutscher Staaten war doch faktisch von allen Seiten anerkannt und gewollt“***, so der Historiker Ammon.

Hat Bjarsch also doch recht? Eine „andere“ grüne Partei nur für das „losgelöste“ West-Berlin? … Sollte eine „Zusammenführung“ von Grün-Bürgerlichen und Rot-Alternativen vielleicht auch dafür sorgen, die „große Polit-Sekte“ AL zu mäßigen … und die Szene noch berechenbarer machen? Immerhin: **Mit mindestens 40 V-Leuten war allein der BRD-Verfassungsschutz bereits tief in der *„Alternativen Liste“* verwurzelt** (Quelle: Wolfgang Wieland, Grüne, MdB) … und hatte den Laden somit im Griff.

„Und trotzdem waren wir auch von Stasi-Spitzeln nur so umgeben“, weiß **Herbert Ammon** noch zu berichten. ***„Es müssen 40-46 DDR-IM‘s gewesen sein“***, so Ex-AL-Politiker **Ernst Hoplitschek** nach Akteneinsicht bei der Birthler-Behörde. Ein Nebenher von verfeindeten Geheimdiensten? Beide gleichermaßen bereit, die Macht der „Alternativen Liste“ zu wahren? … Der Kalte Krieg trieb bisweilen merkwürdige Blüten! 1978 zum Beispiel hintertrieben CIA und KGB gemeinsam die Versöhnungspolitik von italienischen Christdemokraten und Kommunisten. Ministerpräsident Aldo Moro wurde entführt und ermordet. Italien verblieb im West-Lager. Der „Eiserne Vorhang“ blieb beschützt.

„Es ist eben alles nicht so einfach“, sagt Ammon. *„Die Misere der alten westdeutschen Linken war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges das **Identitätsproblem** als schlimmste Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus. Es fehlte immer ein >distanziert selbstbewusstes< Verhältnis zur Nationalgeschichte. Man kann von einer **eigenartigen Gebrochenheit der Linken** sprechen. Am Anfang waren die BRD-Grünen wie auch die AL-Menschen bekloppte Klassenkämpfer oder eben schlicht Systemfeinde. Nach 1980 hatte sich nicht nur die RAF zu*

einem mörderischen Aberwitz gewandelt. Die alten Ideologien waren insgesamt verflogen … und die ***Grünen wurden im Grunde zu einer angepassten Partei*** *wie jede andere auch."*

„Alles soweit richtig", sagt **Bernd Menz**, jener Landesgeschäftsführer der Grünen, der sich erfolgreich gegen die aufgebauschten Nazi-Vorwürfe zu wehren wusste. Er verweist darauf, dass rund 600 AL-Aktivisten Mitglied bei den Grünen der West-Bundesländer gewesen seien. Andersrum hätten sich die Alternativen von West-Berlin jedoch jede Einmischung verbeten. *„Die Anerkennung der Drei-Staaten-Theorie und des >Status quo<, eine Mäßigung der AL, insbesondere die Eingrenzung der anarchistischen Gewaltaktivisten … schön und gut. Das waren alles unumstößliche Grundlagen, aber über die* ***Zielsetzung*** *haben Sie sich wohl noch gar keine Gedanken gemacht, oder? …"*

„Der Herr Walter war in seinen Aktivitäten immer von einem Herrn Lange begleitet, einem ***Gewerkschaftler und SPD-Mann****. Er nannte sich Jochen, hieß in Wirklichkeit aber Joachim. Und der mysteriöse Neonazi Frank Zabel, der so schnell verschwand, wie er gekommen war … ich erinnere mich noch sehr gut, wie der von einem Tag auf den anderen seine Haare abrasiert hat, um möglichst dem Klischee zu entsprechen … sein Großvater war in der* ***KPD*** *gewesen, sein Vater in der* ***SPD*** *und Zabel selbst … ein* ***Jusos-Aktivist*** *…*

Die SPD hatte ihre frühere Machtstellung in Berlin-West längst verloren … und ***brauchte einen Koalitionspartner****. Und was dann 1989 geschah … das können Sie sich selber anschauen."*

Halten wir fest: Die Linken der Alternativen Liste sahen sich als **Vorkämpfer des Friedens**. Gleichzeitig hatten sie viele **Anarchisten** in ihren Reihen. Diese sympathisierten mit den autonomen **Straßengewalttätern**. Politisch war das schädlich und stand einem rot-grünen Regierungsprojekt in West-Berlin entgegen.

Eine Gruppe um Rechtsanwalt **Hans-Christian Ströbele** versucht den Spagat: Linksextremisten und Gewalttäter sollen sich in der AL weiterhin wohlfühlen können … aber es müsse „geordnet" zugehen. In der **„Programmatischen Erklärung zum demokratischen Grundrecht auf Widerstand gegen die Gewalt der herrschenden Verhältnisse"** wird festgehalten: *„Wir wären froh, wenn Gewalt kein Bestandteil der politischen Auseinandersetzung wäre"*, heißt es einleitend und noch einigermaßen verständlich. In verquererem Ideologie-Deutsch wird anschließend ausgeführt, dass es ein *„Naturrecht auf Widerstand"* dann gäbe, wenn der Staat **keine** linken Ziele verfolge, also *„Recht, Frieden und Gleichheit aller Bürger"* im grün-sozialistischen Sinne. Zusammenschlagen von Polizisten, wahlloses Anzünden von Autos oder räuberisches Ausplündern von Geschäften soll künftig *„nicht als angemessenes und wirksames Mittel"* betrachtet werden. Stattdessen sollen die linken Gewaltphantasten sich künftig mit *„auch illegalen, aber gleichwohl legitimen Aktionen wie Haus-, Bauplatz- oder Betriebsbesetzungen und Demonstrationen, auch wenn sie verboten sind"* abreagieren. Und: *„Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass solche Widerstandsformen nicht kriminalisiert, sondern offiziell anerkannt werden."* (*„DIE ZEIT"*, 06.05.1983) Der Tenor dieses „politischen Kompromisses" lautet also: **„Wir schaffen Euch Freiräume – also macht auch uns den Weg frei!"** Diese Formel verfolgt der Politiker Hans-Christian Ströbele bis heute. Sie entspricht seinem Ansatz von juristischem und strukturellem Denken … weniger ideologisch, mehr

zielorientiert. *„Mein ganzes politisches Leben ist ein einziger Kompromiss“*, sagt Ströbele später in einem Zeitungsgespräch (*„Die Woche“*, 19.10.2001).

Ein eifriger Verteidiger der „programmatischen Erklärung“ ist … **Dieter Kunzelmann**. *„Für seine Feinde war er ein Alptraum. Eine Geliebte, die ihn verlassen hatte, tyrannisierte er über Monate und wünschte ihr auf Postkarten einen langsamen und qualvollen Tod.“* (*„DER SPIEGEL“*, 05.10.1998) Der Politaktivist, der in seinem Leben nie einem geordneten Beruf nachging, hatte da bereits eine ganz besondere Karriere hinter sich: Am **09. November 1969**, dem Jahrestag der Pogromnacht im Dritten Reich, hat Kunzelmann nach Recherche-Ergebnissen des Historikers Wolfgang Kraushaar eine führende Rolle beim **gescheiterten Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin** gespielt. Geliefert worden war der Sprengsatz von Peter Urbach, einem Mitarbeiter des Berliner Verfassungsschutzes – und **Freund Kunzelmanns**. Der linke Judenfeind sprach immer davon, die **„Vorherrschaft des Judenkomplexes“ in der Linken zu brechen**, sowie die deutsche Öffentlichkeit **vom „Judenknacks“ zu befreien**. Das hinderte die AL nicht daran, diesen Mann 1983-1985 ins Berliner Abgeordnetenhaus zu entsenden. Angesichts derartiger Zustände muss man schon fragen, mit welcher moralischen Autorität die AL dem kleinen grünen Landesverband „rechtsextreme Unterwanderung“ zu unterstellen vermochte … *„Wir haben doch kein Gewaltfreiheitspapier geschrieben, da steht doch immerhin **mein** Name drunter“*, verteidigte Kunzelmann das Gewaltstrategie-Papier Ströbeles gegenüber der kritischen Basis, die den Text für **zu zahm und angepasst** hielt. *„Die Mehrheit mag sich von Gewalt nicht distanzieren“*, schrieb *„DIE ZEIT“* am 06.05.1983. Für seinen Einsatz wurde Dieter Kunzelmann, der bereits jahrelang wegen Brandstiftung, sowie Verunglimpfung und Beleidigung des Staates in Haft gesessen hatte, **von Hans-Christian Ströbele mit einer Arbeitsstelle in dessen Kanzlei in Berlin-Tiergarten belohnt.**

*„Mit den Anarchisten und Gewaltbereiten wurde die AL nicht fertig“, so Bernd Menz. „Eine Gruppe um Ernst Hoplitschek, Ursula Schaar und Ernst-Randolf Lochmann reaktivierte daraufhin den nur auf dem Papier stehenden grünen Landesverband – und zwar als **reine Anti-AL-Gruppierung.**“*

Ernst Hoplitschek – Vordenker der Ökolibertären, wollte eine gemäßigte linke Politik, die sich von der Trennungslinie Arbeit/Kapital zur Trennungslinie Mensch/Natur entwickeln sollte

Ursula Schaar – Pädagogin aus einer Arbeiterfamilie, Gewerkschafterin, jahrelang für die SPD aktiv

Prof. Dr. Ernst-Randolf Lochmann – der Naturwissenschaftler, der nach *„SPIEGEL“*-Enthüllungen von 2001 mehr als 20 Jahre für die Stasi spioniert habe … er selbst stritt dies jedoch bis zu seinem Tode ab

Wie passt dies alles zusammen? Nun, **alle drei mochten die Chaoten nicht** – diese waren schließlich hinderlich für eine angestrebte Machtübernahme in West-Berlin. Interessant dabei ist vor allem der Umstand, dass die drei Akteure nach nur zwei Jahren wieder von der Bildfläche verschwanden … keiner von ihnen kämpfte um „seinen“ grünen Verband, als dieser von außen angegriffen wurde. Hoplitschek, der unerwartet von den Mitgliedern als Vorsitzender abgewählt und durch Dr. Hubert Bjarsch ersetzt worden ist, bezeichnet die „Reaktivierung“ des grünen Landesverbands heute sogar als *„Fehler“*. Gehofft hatte man, mit einer

„Phantom-Partei“ die unwilligen, ja politisch dummen AL-Delegierten erpressen zu können. Vernunft sollte einziehen – Schluss mit der Gewalt-Sympathie! Doch der stiefmütterlich behandelte Grünen-Verband hatte bereits begonnen, sich unerwartet zu **verselbstständigen**. Die Grünen waren auf dem Wege, sich zu einer bürgerlichen Partei zu entwickeln. Für pragmatischen Umweltschutz. Für die Einheit Deutschlands. Was wäre das Ergebnis gewesen … eine eher konservative, aber zu kleine echt-grüne Partei und eine geschwächte, aber nicht für eine Koalition geeignete „rote Polit-Sekte“ AL … Die jahrelang aufgebauten Geheimdienst-Netzwerke in der „Alternativen Liste“? Für die Katz!

Als es den AL-Kadern um **1984/85** herum doch noch gelingt, die Unruhestifter zu bändigen, ist der grüne „Abschrecker-Verband“ endgültig überflüssig, im Grunde gar politisch gefährlich geworden … Der **„nützliche Idiot“ (frei nach Lenin)** muss wieder verschwinden – und dies gelingt offenbar nur noch mit einem Vorwand … **der „Faschismus-Keule“**. 1985 ändert sich alles: Der grüne Konkurrent ist erledigt. Walter Momper übernimmt die Führung der SPD-Fraktion. Hans-Christian Ströbele, früher selbst SPD, tritt nun auch offiziell der „Alternativen Liste“ bei. Beide Politiker **geben sich fortan öffentlich sehr revolutionär**, was sie durch ihre langen roten Schals bekunden. Hinter vorgehaltener Hand sagen selbst Anhänger von Momper und Ströbele, beide seien tatsächlich weitaus angepasster, als man gemeinhin glaube.

Warum gelingt es Ströbele **1985** auch gleich das Bundestagsmandat zu erhalten? Gemäß grünem „Rotationsverfahren“ scheidet der geheime Stasi-Informant und DDR-Freund Dirk Schneider (politisch verwurzelt in Berlin-Kreuzberg) als Abgeordneter aus … er muss den Sitz „freiwillig“ abgeben. Es wäre nun die Berliner Rechtsanwältin **Rebekka Schmidt**, die zum Zuge kommen müsste … eine Maoistin, per se nicht begeistert vom realen Sozialismus im Ostblock.

Ein Anruf in ihrer Kanzlei ist nötig … aber sonderlich gesprächig ist Rebekka Schmidt nicht.

„Das ist schon so lange her … viele Faktoren spielten für den Mandatsverzicht damals eine Rolle … hauptsächlich private …

… Aber das ist doch auch Schnee von gestern, ich bin ja noch vor der Wende 1989 aus der >Alternativen Liste< ausgetreten … da war ja schon kaum mehr einer von denen dabei, mit denen ich ursprünglich zusammengewirkt hatte …

… In der AL gab es überhaupt keine programmatische Vorbereitung für die Deutsche Einheit …

… Herr Ströbele ist eine sehr interessante Persönlichkeit …

*… Von der deutschen Einheit war Herr Ströbele **nicht** sonderlich begeistert …*

… Wenn überhaupt, schreibe ich das alles selbst auf, sobald ich in Rente gegangen bin.“

– Ein Senat gegen deutsche Interessen –

1989 verliert der West-Berliner Senat des nach Umfragewerten recht populären CDU-Bürgermeisters Diepgen **überraschend** die Wahlen. Plötzlich ergibt sie sich: Die Möglichkeit einer Koalition aus SPD und AL … unter Führung von Walter

Momper. Es wird ein **Pilotprojekt der rot-grünen Zusammenarbeit**, die es so bisher nur 1984-1987 als Tolerierungs-Modell in Hessen gegeben hatte. **Offiziell hatten beide Seiten eine Koalition in West-Berlin immer ausgeschlossen**, um ihre jeweiligen Anhänger nicht zu verschrecken. Neue Umfragen besagen nun auf einmal, die Mehrheit wolle … Rot-Grün statt Schwarz-Rot. Konsequent wirft man das „Geschwätz von gestern", das tatsächlich nur Geschwätz gewesen war, über den Haufen. Bereits sechs Wochen nach der Wahl ist der neue Senat längst vereidigt.

Hans-Christian Ströbele ist der einzige Unterhändler, der nur an einigen Koalitionsverhandlungen teilnimmt – und so anfangs noch eine gewisse, wenngleich gespielte, Distanz wahrt. Aus gutem Grunde: Noch-Bürgermeister Diepgen spricht von einer *„Koalition des Irrsinns"*. Seine CDU kündigt ein Volksbegehren gegen den Senat an … für den Fall, dass *„Terroristenanwalt"* Ströbele zum Justizsenator ernannt würde. *„Unter einem Justizsenator Ströbele, spottete ein alter Freund von der taz, würden Berlins Staatsanwälte jeden Tag schon vor dem Frühstück darüber nachgrübeln, was sie ihm heute für eine Falle stellen können"*, schreibt der *„SPIEGEL"* am 13.03.1989. Weiter heißt es: *„Der **graue Panther der AL**, dem solch vermintes Terrain erspart bleibt, hat nun den Rücken frei, um Berlins schillernder Gegenkultur als Ratgeber in der ungewohnten Regierungsrolle beizustehen – bei neuen Hausbesetzungen etwa, wo die Polizei, fürchtet Ströbele, ungeheuer viel anrichten kann, was einen rot-grünen Senat nicht überleben lässt."* West-Berlins Tageszeitungen berichten ablehnend bis skeptisch … bis auf Ströbeles „taz", die von „euphorischer Aufbruchstimmung" für das links-alternative Lage spricht.

„DER SPIEGEL" meldet am 13.03.1989: *„Im Schöneberger AL-Quartier tagt am Abend der Delegiertenrat. Die Veranstaltung gerät zum Forum der Frustrierten, die das Verhandlungsergebnis >erbärmlich< finden und den Sozi Walter Momper allenfalls tolerieren möchten. Sie beantragen neue Verhandlungen und eine Vertagung der Mitgliederversammlung, die das letzte Wort hat. Doch der Geschäftsführende Ausschuss (sprich: Parteivorstand), der nach der Wahlüberraschung Ende Januar **>nach dem Motto: Die Partei kommandiert die Gewehre< (Ströbele)** alles an sich gezogen hatte, verteidigt das Ausgehandelte nach Kräften: >Leute, Opposition ist jetzt nicht angesagt.< **Am Schluss schafft Ströbele die Fakten.** Quer durch die Fabriketage lärmt er an gegen das beträchtliche Organ des republikweit berüchtigten Apo-Veteranen Dieter Kunzelmann, auch er ein Ströbele-Altmandant, und beantragt Nichtbefassung sämtlicher Anträge. Mit 21 zu 16 Stimmen werden alle Bedenken vertagt."* Eine interessante Strategie: Der Judenhasser, Gewalttäter und Polit-Amokläufer schwingt sich auf die Seite der Koalitionsgegner … in einer Art und Weise, die es den Vernünftigen unmöglich machen, jenen Einwänden zu folgen. **Zustimmung über Abschreckung! Interessant zu wissen ist, dass Kunzelmann mittlerweile auf Ströbeles Gehaltsliste gestanden hat … eine Anstellung als „Archivar" im Anwaltsbüro.** Und ob der ansonsten von Sozialhilfe des ihm ach so verhassten Staates lebende Kunzelmann jemals seine Anwaltsrechnungen für die zahlreichen Tätigkeiten des Herrn Ströbele zu zahlen hatte, darf bezweifelt werden. Wo waren hier die „Empörten", welche sonst die „Sauberkeit" der Politik anmahnen?

„DER SPIEGEL" schreibt über Ströbeles Strategie weiter: *„Beim Duisburger Bundesparteitag der Grünen am vorletzten Wochenende avancierte er **>zum***

Star< *(Frankfurter Allgemeine), als er in scharfen, aber gut genommenen Kurven auf die Berliner* ***>Jahrhundertchance<*** *hinredete. Die Zustimmung zum Plädoyer des AL-Vorständlers, der von der Süddeutschen Zeitung etwas vorschnell zum neuen* ***>Übervater der Grünen<*** *befördert wurde, geriet so heftig, dass der Parteitag, bislang undenkbar, auf jede weitere Aussprache verzichtete. >Alles Zufall<, meint Ströbele, auch wenn er sich durch den Duisburger Jubel >gebauchpinselt< fühlte. Der erklärte Anhänger von Basisdemokratie, ein pragmatischer >Sponti-Linker< (Selbsteinstufung), findet es gar >nicht so gut<, wenn er zum* ***Chef-Strippenzieher*** *erklärt wird."*

Besonders interessant sind auch die Vorgänge in der rot-grünen Unterkommission für Innenpolitik. **Hier verhandelt der AL-Mann Ströbele mit dem SPD-Vertreter Klaus Eschen.** Dieser war neben Horst Mahler der Dritte im Bunde des so genannten „Sozialistischen Anwaltskollektivs" von 1969 bis 1979 gewesen. *„Die beiden Unterhändler verstanden sich gut"*, berichtet der *„SPIEGEL"* und fährt fort: ***„Die West-Berliner Innenpolitik, grinst Ströbele, hat das Sozialistische Anwaltskollektiv unter sich ausgehandelt."***

Als alles in Sack und Tüten ist, lässt sich Ströbele im März 1990 auf dem Grünen-Parteitag in Duisburg mit jener Rede feiern, in der er Rot-Grün in Berlin als *„Jahrhundert-Chance"* hochjubelt. Auf das aussichtslose Experiment des Senatorenpostens hat er sich nicht eingelassen. Stattdessen lässt sich der gewiefte Politiker an die **Spitze der Bundespartei** wählen – als einer von drei gleichberechtigten Vorsitzenden.

Das Verhältnis des neuen West-Berliner Senats zur DDR ändert sich vom ersten Tage an. Die neue Vize-Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Hilde Schramm (AL), verweigert das bisher anerkannte Bekenntnis: *„Ich bekunde unseren unbeugsamen Willen, dass Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit vereinigt werden muss."* Selbst in weiten Kreisen der SPD gilt die Rede von einer Wiedervereinigung bereits als „Lebenslüge" (Wilfried Rott: *„Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990"*). Am 19. Juni 1989 treffen sich West-Berlins Bürgermeister Momper und DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker in Ost-Berlin. Über den Inhalt berichtet Wilfried Rott in seinem Buch „Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948-1990" wie folgt:

„Die Berliner SPD, die schon früher ständig Kontakte zur SED hatte, machte in diesem Treffen radikale Vorschläge. ***So bot sie an, West-Berlin stärker in die DDR-Wirtschaft einzubinden und zugleich die Sondersubventionen des Bundes abzuschaffen.*** *Zudem ging Verhandlungsführer Harry Ristock so weit, die* ***Mauer als >Chance< für West-Berlin*** *anzuerkennen, >in Frieden zu leben<. Da er trotz aller Zugeständnisse die Bindung an die Bundesrepublik betonte, reagierte die SED zurückhaltend. Den Vorschlag einer gemeinsamen Bewerbung Ost- und West-Berlins um die Olympischen Spiele lehnte Honecker mit dem Hinweis auf eine Leipziger Bewerbung ab. Momper erreichte jedoch Erleichterungen für Reisen von West-Berlinern nach Ost-Berlin und ins Umland. Die Bedeutung dieses Treffens schrumpfte angesichts der rasanten Entwicklung in den nächsten Monaten zu einer folgenlosen Randnotiz der Geschichte."*

Damit schließt sich der Kreis: Nicht nur SED und die grün-sozialistische „Alternativ-Bewegung" schrieben die staatliche Einheit des deutschen Volkes in den Wind … selbst bei der Führung der West-Berliner SPD hatte sich die irre

Vorstellung durchgesetzt, Berlin (West) zur „unabhängigen“ Stadt Westberlin umzubauen – mit gutem Verhältnis zur sozialistischen DDR. Gedanken darüber, wie diese „anti-nationalistische“ Insel politischer Romantik finanziert werden könnte, machten sich die Linken nicht. **Die Bundesrepublik finanzierte die Hälfte des West-Berliner Haushalts. Und die Alliierten sorgten für die strategische Sicherheit.** Gleichzeitig plante der linke Senat, die schon damals hohen Sozialleistungen (z.B. >Berlinzulage<) noch weiter auszubauen. Die Fantasie war der Realität wieder einmal ganz weit voraus!

Die AL denkt bereits weiter und schlägt vor, die **Übersiedler aus der DDR wie Asylanten** aus Kurdistan oder Somalia zu behandeln. Dass rote Kader das Sagen in der *„Alternativen Liste“* haben, stellt letztmalig der **Entsorgungs-Vertrag von AL-Umweltsenatorin Schreyer mit der DDR-Führung** unter Beweis: West-Berliner Sondermüll soll im brandenburgischen Vorketzin gelagert werden … und dies, obwohl die Anlage allen Umweltrichtlinien Hohn spricht und die DDR-Umweltgruppen dagegen protestieren (Wilfried Rott: *„Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990“*). Für die bereits außerordentlich aktive DDR-Opposition interessiert sich der Momper-Senat überhaupt nicht. Im Gegenteil: Mutige Bürger im Osten können schon froh sein, wenn sie nicht durch Stasi-Spitzel unter den Alternativen hintergangen werden.

09.11.1989 … Fall der Mauer … eine Zäsur! Der „Wille aus dem Volk“ ist stärker als die Utopien der Ideologen. Auch die Ost-Bürger möchten der Idee eines „dritten Wegs“ in einer neuen DDR mehrheitlich **nicht** folgen. Momper schwenkt um … und schließt die AL von allen Fragen die staatliche Einheit betreffend aus. Die Konflikte im Regierungsbündnis häufen sich. Zwei Wochen vor der Abgeordnetenhaus-Wahl in Gesamt-Berlin steigt die „Alternative Liste“ aus der Koalition aus. Anlass ist die Räumung besetzter Häuser im Friedrichshain. Als Monate zuvor gleiches in Kreuzberg geschah, zog die AL noch mit … selbst als es um Polizeieinsätze vom 1. Mai gegangen war. **Der Austritt wenige Tage vor der Wahl ist wieder nicht mehr als eine taktische Windung … in der Hoffnung, die linksautonome Szene würde nochmal ein Auge zudrücken.** SPD und AL werden die Wahlverlierer sein. Und die CDU kehrt zurück an die Macht.

Welche Bilanz kann man ziehen? Der Grünen-Bundesverband hinterging seinen Landesverband. Die *„Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz“* hinterging die DDR-Oppositionellen, und stellte den grünen Naturschutz beiseite. Alle Linken zusammen hintergingen das ihnen verhasste Deutschland.

Am politischen Werdegang des Geschehens ist nichts von „neuen und humanen“ Umgangsformen zu erkennen. Im Gegenteil: Das Ergebnis linker Politik schuf nicht den neuen sozialen „Übermenschen“, sondern nichts als Intrigen und Scheindebatten. Im heute allseits beliebten Netz-Medium *„Wikipedia“* … bekanntlich eher linkslastig … wird schlicht behauptet, die AL habe von Beginn an *„die Aufgaben eines Landesverbandes der Grünen“* wahrgenommen. Tatsächlich verweigerte sie diese Rolle … bis 1993. Und noch etwas ist wichtig: Die Erfindung der „Faschismus-Keule“ … sie fand nicht erst im Zuge des Historikerstreits von 1986/87 statt. Imaginäre Nazis spielten bereits 1984/85 eine Rolle, als es darum ging, einen sich verselbstständigenden wert-grünen Landesverband zu zerstören. **Am meisten Freude bereitet es offenbar, einen Feind zu jagen, den es gar nicht gibt … einen Feind, der niemals zurückschlagen wird.** Für die Feigen beginnt dann die große Stunde des Abrechnens, die Demonstration scheinbaren Muts.

Was für den Ex-Vorsitzenden Dr. Bjarsch zuvor (aus dem Fernsehen) wie eine „chaotische Truppe“ gewirkt hatte, brachte eine wohl organisierte Speerspitze hervor … mit Zielen, für die er nun gar nicht in die Politik gegangen ist. *„Das hatte nicht viel mit Demokratie zu tun … aber schauen Sie sich doch um. Drei Viertel der Leute waren gegen den Euro-Rettungsschirm im letzten Jahr – und der Bundestag unserer >repräsentativen< Demokratie stimmte trotzdem dafür. Koalition und Opposition stehen gemeinsam gegen den Souverän. Was anders als Politikverdrossenheit soll dabei rauskommen?“*

– Wer ist Hans-Christian Ströbele? –

Ein Drama. Aber welche Rolle spielte der „geistige Vater des Momper-Senats“ in den Jahren vor 1989? Damals, als es darum ging, „harte Bretter zu bohren“ … Es erscheint überaus interessant, nach der Rolle des Herrn Hans-Christian Ströbele zu fragen:

Hubert Bjarsch, Ex-Vorsitzender des grünen Landesverbands: *„Also, wann immer ich zu den Sitzungen der AL gekommen bin, habe ich Herrn Ströbele nicht gesehen“*

Dr. Andreas Ney, Ex-Mitglied im Vorstand des grünen Landesverbands: *„Ströbele … der Name tauchte damals nicht auf … aber wer weiß.“*

Michael Pflanz, Ex-Vorsitzender des landesgrünen Schiedsgerichts: *„Ja, Herr Ströbele spielte da auch irgendwie eine Rolle … aber das muss ich noch mal in den vergrabenen Unterlagen nachschauen.“*

Bernd Menz, Ex-Geschäftsführer des grünen Landesverbands: *„Ströbele war die graue Eminenz der AL. Er zog schon immer die Fäden. Wenn man ihn mal überhaupt irgendwo zu Gesicht bekam, dann tuschelte er mit den Chaoten aus Kreuzberg.“*

Herbert Ammon, Historiker, in der AL als Einheits-Befürworter: *„Die **Strippenzieher** wie Herrn Ströbele oder auch Frau Künast haben wir **nie** zu Gesicht bekommen.“*

Harald Habermann, Ex-Mitglied im Landesausschuss der AL: *„Herr Ströbele übernahm den Vorsitz unseres Ausschusses … und war dann nur etwa bei der Hälfte der Sitzungen da.“*

Ernst Hoplitschek, der den grünen Landesverband aus Protest gegen die starke Rolle der Anarcho-Gewaltbereiten (schein-)reaktivierte, bringt es auf den Punkt:

*„Ich habe den Ströbele kennengelernt, als ich noch Student war. Ideologisch war er ein **undogmatischer** Linker. Von den Grundidealen bei der Grünen-Gründung hatte er überhaupt **keine Ahnung**. Auch in den Gremien trat er **nie** in Erscheinung. Diejenigen, die damals in der AL bis aufs Messer miteinander gekämpft haben … aus denen ist politisch **nichts** geworden. Das wäre eine wirklich interessante Forschungsaufgabe, herauszufinden, wie dieser AL-Nobody (BS: Niemand) zu Mandat und Führung gelangen konnte. Für mich ist das der **Aufstieg eines Trittbrettfahrers**.“*

Im „*SPIEGEL*“ vom 13.03.1989 wird darüber berichtet, wie der Rechtsanwalt Ströbele eine Mandantin im Saal 704 des Kriminalgerichts Berlin-Moabit verteidigt.

Die Tat: *„Die* (BS: Polizei-)*Beamten hatten bei einer Kreuzberger Hinterhof-Fete den Stecker der Musikanlage zwecks Geräuschunterdrückung herausgezogen, die junge Frau, angetrunken, rief daraufhin irgendetwas mit* ***>Heil Hitler<*** *… Wenn wir Rot-Grün machen, tröstet Ströbele die Mandantin nach verlorenem Prozess, wird so was* ***hoffentlich nicht mehr angeklagt****."*

Warum gelten im eigenen politischen Laden plötzlich ganz andere Maßstäbe? Leider antwortet Ströbele nur: ***„Ich habe kein Interesse, mit Ihnen zu reden."***

– Mit den Wölfen heulen –

Der Historiker Herbert Ammon lacht. Als Anekdote der verworrenen Entwicklung bei den Alternativen schlägt er vor, sich doch mal mit einer gewissen Frau **Hilde Schramm** näher zu befassen. Die 1936 geborene Soziologin ist Tochter von Albert Speer, einem der engsten Wegbegleiter Adolf Hitlers und Vordenker des National-Sozialismus. Zwar setzte sie sich vehement, wenngleich erfolglos für die vorzeitige Freilassung des Vaters ein … Der politische Weg jedoch – ein völlig anderer. In Berlin-Lichterfelde gründete sie 1977 eine Hauskommune und engagierte sich fortan im (DDR-linken) SEW-nahen Flügel der *„Alternativen Liste"*. Vier Jahre saß sie für die Gruppierung im West-Berliner Abgeordnetenhaus, zu dessen **Vizepräsidentin** sie 1989 und 1990 mit dem Momper-Senat aufstieg. Sie verweigerte die Eröffnungsformel, wonach „die Mauer fallen müsse" – ein Eklat! In den Folgejahren brachte sich Hilde Schramm intensiv in folgende Organisationen ein:

- *„Regionale Stelle für Ausländerfragen"*
- *„Stiftung Zurückgeben zur Förderung jüdischer Frauen in Kunst und Wissenschaft"*
- *„Behandlungszentrum für Folteropfer in Berlin-Moabit"*
- *„Internationale Liga für Menschenrechte"*
- *„Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte"*
- *„Verein Kontakte/Kontakty zur Unterstützung ehemalige NS-Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener"*

2004 wurde Hilde Schramm, die **Nazi-Tochter und AL-Vorzeigefrau**, für ihr Lebenswerk mit dem „Moses-Mendelssohn-Preis" ausgezeichnet, einer Anerkennung zur „Förderung der Toleranz gegenüber Andersdenkenden und zwischen den Völkern, Rassen und Religionen" des Landes Berlin.

Der Fall Schramm sei nur als ein kleines Beispiel genannt für grundlegende politische und auch gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg. Die Zeit schreitet voran. Immer weniger Zeitzeugen können die Unterschiede anschaulich beleuchten. Und umso mehr finden später geborene Vertreter aus der linksgrünen Bewegung Gehör, die ihrem Volk einimpfen: *„Deutschland ist speziell. Es ist grundlegend bedroht – von der Gefahr des Faschismus. Und nur wir allein können dieser Bedrohung erfolgreich begegnen.* ***Darum: Tue, was wir sagen!"***

11.) Aktivitäten im Dunkeln

„Dieser Leichengeruch!“ … Soziologie-Professor **Dr. Bernd Rabehl** blickt auf sein Leben zurück. *„Meine Heimatstadt Rathenow – im Mai 1945. Berlin war bereits gefallen – und kein Rotarmist mochte jetzt noch den Tod finden. Also haben sie mit ihren Stalinorgeln alles zusammengeschossen …“*

Gerade sechs Jahre war Rabehl damals alt. Doch die Erinnerungen an die Kindheit in Brandenburg sind unauslöschlich. Heute erzählt er davon. Und vom Rest seines politischen Lebens. Ganze fünfeinhalb Stunden. „Tatort“: Das Lokal *„Osteria Numero Uno“* in Berlin-Kreuzberg. *„Früher war das hier eine Kneipe italienischer Anarchisten“*, weiß Rabehl aus der Zeit ab 1977 zu berichten. Heute: Ein kapitalistisches Edel-Restaurant.

– Der finstere Heiligenschein der RAF –

„So ist das eben mit den Linken!“ Hört, hört! Immerhin gilt Prof. Dr. Bernd Rabehl als **„geistiger Vater“ der Studenten-Revolte von 1968**. Als Ausführer trat dabei stets Rudi Dutschke in Erscheinung. Rabehl und Dutschke – damals ein Tandem. Beide Arbeiter-Kinder aus der DDR. *„Das hat geprägt“*, so Rabehl. *„Wir Ostler wären niemals auf die Idee gekommen, uns vor Stalin zu verneigen.* ***Die jungen West-Kommunisten verrieten mit ihrem Kadavergehorsam unsere antiautoritären Ziele!“***

Bringt naive Weltbilder zum Einsturz: Soziologie-Professor Dr. Bernd Rabehl. (2011)

Überraschende Worte von einem einst linken Vorzeige-Professor, über die sich jeder selbst Gedanken machen muss. *„Aber mit ihrer Disziplin haben sie sich am Ende im System festsetzen können“*, so Dr. Rabehl über einige frühere Weggefährten. *„Für das BRD-Gefüge waren sie keine Gefahr. Sie vertraten ein dialektisches Denken, das ins 19. Jahrhundert gehörte. Massen hätten sie mit einer toten Ideologie nicht mobilisieren können.“*

Rabehl ist davon überzeugt, dass es ein Fenster für basisdemokratische Entwicklungen gegeben habe: *„Am 17. Juni 1953 in der DDR. Der Aufstand wurde zwar von der SED-Führung als reaktionär verunglimpft. Ewiggestrig war in Wirklichkeit aber die Staats- und Parteiführung im Osten, die eine neue Form autoritärer Obrigkeitsherrschaft aufgebaut hatte.“*

Das erfährt man aus keinem Schul-Geschichtsbuch: *„Ich erzähle Ihnen mal, wie ich die Erhebung bei mir in Rathenow erlebt habe. Richtig ist, dass die teilweise enteigneten Bauern zur so genannten Hitler-Eiche zogen. Ansonsten waren da*

aber Arbeiter, Lehrer, Gewerkschaftler, Kommunisten und Sozialdemokraten auf der Straße! Sie haben Räte gegründet und den Abzug der Russen gefordert.“ Rabehl bringt seine Einschätzung auf den Punkt: *„Das war ein **Aufstand von links**.“*

Sein späterer Freund Dutschke habe im Süd-Brandenburgischen Luckenwalde die gleiche Erfahrung gemacht. Die deutschen Stellen in Ost wie West wären hilflos gewesen. Nur bei Amerikanern und Sowjets habe Einigkeit über die Grenzziehung bestanden. *„Deshalb konnten die Russen die Sache niederschlagen. Und der Sieger schreibt bekanntlich die Geschichte.“*

Prof. Dr. Rabehl spannt jetzt einen brisanten Bogen: *„Die wirkliche Gefahr für die DDR ging von links aus. Ein Aufbrausen der Jugend, wie sie sich im Westen abzeichnete, wollte man auf keinen Fall. Deshalb suchte der SED-Staat die Entwicklung im Westen selbst steuern und kontrollieren zu können.“* Eine kurze Pause. ***„Die RAF war eine Gründung durch die HVA, den Auslands-Dienst der DDR.“***

„Es zeigt sich schon in der Geburtsstunde: Die Beteiligten der Baader-Befreiung konnten aus West-Berlin in den Osten fliehen. Von dort flogen sie über Schönefeld nach Jordanien zur Waffenausbildung bei der >Fatah<. Bei der Macht und Professionalität der Stasi war denen doch ganz klar, wem sie da halfen.“

Rabehl erinnert sich: *„Ich kannte die alle persönlich. Sie dachten, sie könnten die Revolution im Westen mit Gewalt durchsetzen. Ich dagegen war viel zu lebensfroh und wusste durch meine Ost-Sozialisation ganz genau, wie Geheimdienste funktionieren. Das war im Westen vielleicht nicht so genial ausgebaut … aber in der Konsequenz genauso kompromisslos. Ich sagte: Ihr kämpft gegen einen Feind, gegen den Ihr nicht bestehen könnt!“* Rabehl sollte Recht behalten.

– Was für ein Spiel wurde hier getrieben? –

Der Soziologie-Professor hält die „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) für einen der professionellsten Geheimdienste schlechthin … den West-Kollegen damals weit überlegen. Und doch: Die Abgründe der Geheimpolitik im geteilten Berlin des Kalten Krieges sind damit noch nicht einmal ansatzweise beschrieben.

Unter der politischen Verantwortung des SPD-Innensenators von West-Berlin, **Kurt Neubauer**, geschah Unglaubliches: **Peter Urbach**, zum Schein großer Anhänger der linken Szene, lieferte an seine „Freunde“ Schusswaffen, Brand- und Sprengsätze. Er war **Provokationsagent des Verfassungsschutzes**, und förderte durch seine Betätigung das Abdriften von Linken in die Gewaltszene – und damit auch die Gründung der RAF.

Arbeiteten die verfeindeten Geheimdienste von Ost und West Hand in Hand? Über Mauer und Stacheldraht hinweg? *„Wir, die linken Studenten in West-Berlin“,* sagt Rabehl*, „haben jeden Parlamentarismus abgelehnt – und dadurch auch die **Radikalisierung begünstigt**. Durch die Schaffung der >Roten Armee Fraktion< konnte dieser linke Aufruhr **kriminalisiert und verfolgt** werden. Anschließend war es notwendig, den Terrorsumpf auch wieder auszutrocknen. Die Grünen als Sammelbecken waren das Ergebnis dieses Interesses. Hierher strömten nun die Desillusionierten und politisch Heimatlosen.“*

Aufbau und Fall der Ur-RAF in den 70ern … Durchsetzung und Disziplinierung der *„Alternativen Liste“* von West-Berlin in den 80ern! … Alles über Zuarbeit und Inszenierung von außen? Es sieht so aus. Aber Konkretes liegt im Trüben.

Ich erinnere mich an den Historiker **Herbert Ammon**. Auch er sprach von einer merkwürdigen Gebrochenheit der westdeutschen Nachkriegs-Linken … und wie gut sie sich am Ende in die „grüne System-Partei“ eingefügt hätten, nachdem die RAF zu einem *„mörderischen Aberwitz“* geworden sei. Und dass die **„Neue Ostpolitik“ bereits längst Staatsräson** gewesen wäre … egal, ob unter Führung von SPD oder CDU. Niemand stellte mehr den „Eisernen Vorhang“ ernsthaft in Frage.

Einige Fakten sprechen eine klare Sprache:

1.) Die westliche Seite interveniert nicht gegen den Berliner Mauerbau 1961 oder die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968.

2.) Am 02. Juni 1967 erschießt der West-Berliner Polizist Karl-Heinz Kurras den FU-Studenten Benno Ohnesorg. Es ist ein Treffer in den Hinterkopf – aus kurzer Distanz. Der Umstand, dass Kurras nicht verurteilt wird, löst die Studenten-Revolte aus. Erst Jahrzehnte später wird sich herausstellen: Kurras ist operativer Agent der DDR-Staatssicherheit und Mitglied der SED.

3.) Die Eröffnungsrede von William Borm (FDP) als Bundestags-Alterspräsident 1969 wird zuvor von DDR-Auslandsaufklärer Markus Wolf bearbeitet. Borm selbst wirkt jahrzehntelang für die Stasi im Westen.

4.) Für den konstruktiven Misstrauensantrag gegen Bundeskanzler Willy Brandt im April 1972 gelingt es der DDR-Staatssicherheit, zwei Unions-Abgeordnete zu bestechen – Brandt gewinnt die Abstimmung „überraschend“. Einer der „Abweichler“ ist Julius Steiner, der sowohl für den BND, als auch für die Stasi tätig ist. Der zweite ist ein CSU/MdB.

5.) Der Westen akzeptiert die Aktivitäten der SED-Ableger DKP in der Bundesrepublik und SEW in West-Berlin.

6.) Der „erz-konservative“ Bayern-Ministerpräsident Franz Josef Strauß organisiert Anfang der 80er Jahre den westlichen Milliardenkredit für die schwächelnde DDR.

7.) MfS-Oberst Karl-Christoph Großmann verrät im Januar 1990, noch vor der Wiedervereinigung, die Namen mehrerer Doppelagenten an den West-Berliner Staatsschutz. Die Personalakten sind bereits vernichtet.

8.) Erich Honecker, Staats- und Parteichef der DDR, wird 1992/93 ohne Verurteilung aus der Untersuchungshaft in Berlin freigelassen und darf nach Chile ausreisen.

9.) Das Bundesverfassungsgericht legt am 15. Mai 1995 fest, dass Geheimdienst-Aktivitäten von DDR-Bürgern gegen die Bundesrepublik **nicht** geahndet werden dürfen.

10.) Viele Top-Agenten der Stasi werden in die BRD-Dienste übernommen – ein Kapitel, über das nicht gerne geredet wird. Das Brandenburger Innenministerium verkündet Anfang 2012, also 22 Jahre nach der „Wende“, allein 17 der aktuell tätigen 56 Staatsschutz-Mitarbeiter seien früher beim MfS beschäftigt gewesen.

Prof. Dr. Rabehl: *„Den östlichen und westlichen Diensten war es nach 1968 wichtig, eine radikale Oppositionsbewegung zu zerschlagen.* ***Der Oppositionsgeist sollte innerhalb der Jugend zurückgedrängt werden.*** *Außerdem sollte vermieden werden, dass Osteuropa vom Aufbruch der Jugend im Westen erreicht würde und der Aufruhr von dort erneut in die westlichen Großstädte zurückkehrte."*

– Subversive Tätigkeit –

Einer, der sich Mitte der 90er ebenfalls sehr kritisch mit Geheimdienst-Aktivitäten auseinandergesetzt hat, war **Hans-Christian Ströbele**. Für das Buch *„Ein ganz normales Verfahren …"* der letztinhaftierten RAF-Terroristin Birgit Hogefeld schrieb der Jurist ein längeres Vorwort. Darin kritisiert er Doppelmoral und Willkür im bundesdeutschen Justizsystem. Er prangert an, RAF-Angeklagte seien für Taten beschuldigt und verurteilt worden, die sie gar nicht begangen hätten. Gleichzeitig arbeite der deutsche Staat drei dubiose Ereignisse gar nicht auf: Die Bomben-Panik von Stuttgart 1977, den Sprengsatz am Bremer Hauptbahnhof 1974 und am Hamburger Hauptbahnhof 1975. Die RAF, so Ströbele, habe sich von den Vorgängen heftig distanziert. Er schreibt weiter: *„Nicht erst nach Bekanntwerden der* ***Tatsache****, dass von bundesdeutschen Sicherheitsbehörden der Bombenanschlag auf die Mauer des Gefängnisses in Celle verübt worden war, um ihn politischen Gruppen anzuhängen, gab es Gerüchte und den ungeheuerlichen Verdacht, auch die Bedrohungen der Bevölkerung in Stuttgart und Bremen seien* ***staatlichen Stellen zuzurechnen****. Die bundesdeutsche Justiz hat nicht vermocht oder vielleicht auch nicht gewollt, Licht in das Dunkel der Hintergründe dieser Anschläge zu bringen."*

Ströbele beweist Mut. Und bekräftigt damit indirekt, ob gewollt oder ungewollt, die Thesen des Aufsehen erregenden Buches *„Das RAF-Phantom"* der Journalisten Wisnewski, Landgraeber und Sieker von 1992. Kernaussage: Die meisten der Attentate durch die „dritte Generation" von 1985 bis 1991 wären im Auftrage westlicher Geheimdienste erfolgt. In Italien wurde ein ähnliches Phänomen bereits gerichtlich aufgearbeitet. **„Strategie der Spannung"** habe das Ziel der Hintermänner demnach gelautet. Zu Recht spricht Ströbele von *„fast vergessene(n) dunkle(n) Punkte(n)"* in der Geschichtsschreibung.

– „Ströbele ist ein Mann des Systems" –

Prof. Rabehl schüttelt den Kopf. *„Jetzt lassen Sie sich nicht in die Irre führen. Leute wie Ströbele, Schily oder Eschen sind doch immer* ***Feiglinge*** *gewesen. Die würden nie ihre Karriere gefährden, wenn irgendwo ein Aufstand geprobt wird."* Kennen tut der Ex-Revolutionsdenker die Genannten aus der Zeit beim „Sozialistischen Deutschen Studentenbund". *„Dutschke und ich stammten aus einer Arbeiterfamilie. Wir hatten keine hohen Ansprüche und kannten diesen >Willen zur Macht< nicht. Bei den jungen Männern aus der West-Oberschicht war das aber anders – die hatten Familienbewusstsein!* ***>Junge, werde was!<****, das war, was sie seit ihrer Kindheit eingeimpft bekamen. Die Revolution dagegen empfanden sie nur als Spiel."*

Rabehl beschreibt den späteren SPD-Innenminister Otto Schily als einen Menschen, der schon seit den 60ern das Ziel vor Augen gesehen habe, in die Regierung aufzusteigen. Den SDS habe er als *„dreckig“* empfunden … und sei schließlich nur zu den Sitzungen gekommen, um auf seine Ehefrau Christine aufzupassen. *„Ein Revolutionär war der Schily nie. Und Ströbele ebenso wenig.* ***Die APO*** (BS: außerparlamentarische Opposition) ***missfiel ihnen beiden.*** **(!)** *Sie waren stets staatstreue Sozialdemokraten. Sehr ehrgeizig, auf ihren Ruhm und eine ansehnliche Biografie bedacht. Während Otto Schily schon damals mit seinem Anzug herumrannte, besaß Ströbele noch eher das* ***schauspielerische Talent****. Die Revolution war Zwischenstadium und Sprungbrett für die Karriereziele. Und die wurden ja auch erreicht.“*

Rückblick: *„Es ging um ein A-3-Plakat“*, erinnert sich Rabehl an das Jahr 1965 zurück. Vietnam-Kriegszeit. *„Erhardt und die Bonner Regierung unterstützen Mord“*, habe darauf gestanden, in Anlehnung an die Gefolgschaft gegenüber den USA. *„Die haben wir an die Springer-Filialen in West-Berlin und München geklebt. Ohne Genehmigung. Das war innerhalb des SDS sehr umstritten. Die Ex-KPD‘ler und die drei vom späteren Anwaltskollektiv, Mahler, Ströbele und Eschen, waren entsetzt. Korrektheit und Legalität waren unverhandelbare Grundlagen für ihr Tun. Als Reaktion wurde versucht, Dutschke, Kunzelmann und mich vom SDS auszuschließen. Bei Kunzelmann gelang dies auch. Die kommunistischen Netzwerker hatten die Mehrheit beim Münchener SDS. Aber hier in West-Berlin scheiterten Mahler und Ströbele mit ihrem Unterfangen.“*

Freilich habe auch dieser Konflikt eine Vorgeschichte gehabt: *„Dutschke und ich waren bei Kunzelmanns >Subversiver Aktion< dabei gewesen – einer Gruppe, welche die Staatsmacht durch zivilen Widerstand von innen zu zersetzen suchte.“*

Es gab Konsequenzen: „*Unter Mahlers Führung wurde dann die* ***>Novembergesellschaft<*** (BS: Gruppe von etwa 20 Personen) *gegründet – der Anfang vom Ende des SDS. Ströbele und Eschen waren auch dabei. Und Stasi-Leute wie William Borm und Dietrich Staritz.“* Es sollen sogar noch deutlich mehr DDR-Agenten dabei gewesen sein: Walter Barthel und Carl Guggomos zum Beispiel. Eines wird jedoch viel zu wenig untersucht: Wer in dieser „heiteren Gesellschaft“ war (gleichzeitig) auch für West-Dienste unterwegs? Zumindest für Barthel scheint dies bewiesen!

Zurück zu Ströbele: Wenn er also nach Rabehls Erinnerungen ein immer auf Gesetzestreue bedachter Staatsbürger gewesen sei … *„vorsichtig und fern jeglicher Illegalität“* … wie ist dann seine RAF-Verurteilung im Jahr 1981/82 zu erklären?

Prof Rabehl: *„Er war Jurist. Und Juristen sind* ***höchster Ausdruck des Opportunismus****. Als Rechtsanwalt identifiziert er sich immer mit dem Klienten – und ändert entsprechend seinen Standpunkt. Das ist wichtig, um sich in seinen Mandanten hineinversetzen zu können und das nötige Vertrauen aufzubauen. Und dann ist es in der Juristerei nötig, einen Bereich zu finden, in welchem man sich* ***spezialisieren und profilieren*** *kann.“*

Der anwaltliche Schwur auf die Wahrung der *„verfassungsmäßige(n) Ordnung“* (Kapitel 8) … oder die recht milde (RAF-)Strafe, verbunden mit dem Umstand, dass die Ströbele-Post von Staatsseiten heimlich mitgelesen worden war (Kapitel 6) … Ergibt alles nun möglicherweise einen ganz neuen Sinn?

– Wer schuf die linke Tageszeitung? –

„Deshalb war Ströbele auch der richtige Mann zur Gründung der linken Tageszeitung >taz<“, stellt Rabehl fest. *„Es gab damals viele kleine illegale Zeitungen, die über Missstände in den West-Betrieben berichteten. Streiks und Sabotage-Aktionen sprachen sich herum. Selbst aus Polizei und Bundeswehr drangen unangenehme Details an die Öffentlichkeit. Für die Machthaber war es nun wichtig, einen Weg zu finden, die* ***ausflatternde Linkspresse wieder zu konzentrieren****. Die 1978 geschaffene >taz< war ein offizielles Unternehmen, das sich illegale Aktionen nicht mehr leisten konnte. Und mit einem Ströbele an der Spitze auch gar nicht wollte.“*

Nackte Brüste, Hanfpflanzen, wüste Kritik an der *„BILD“*-Zeitung … laut Rabehl waren dies alles Aktionen, die niemandem wehgetan hätten. Solange es die radikalen Linken nur beschäftigt und gebunden habe, wäre alles gut gewesen. Das gelte auch für die starke Fokussierung auf Auslandsthemen, die von der Ferne ohnehin keiner nachvollziehen konnte.

„Nach meinen Analysen muss das Geld für dieses >linke Projekt< von den großen Zeitungskonzernen gekommen sein: Augstein und Springer!“ … Sollte diese gravierende These Prof. Dr. Rabehls zutreffen, müsste die 68er-Geschichte zum wiederholten Male neu geschrieben werden …

Für ihre Politarbeit schreibt die Studentin **Sarah Dickel** unter dem Titel *„Geschichte und Entstehung der TAZ“* (München, 1999, GRIN Verlag GmbH) wie die junge Zeitung tatsächlich permanent an Geldmangel und niedriger Qualität gelitten habe … und trotzdem weiter existierte! Von den nötigen 20.000 Voraus-Abos seien nur 7.000 zusammengekommen. Dazu habe es ewige interne Richtungsstreitereien gegeben. Die linksradikale *„Bewegungsfraktion“* (Besserwisser-Linke) habe immer dafür gekämpft, dass die „taz“ ein politisches Agitations - medium bleibe. Doch der vorgezeichnete Weg war ein anderer: Hin zu einem gemäßigten „linksbürgerlichen“ Nachrichtenjournal. Aus der autonomen Szene habe es deshalb wiederholt **Angriffe auf die *„taz“*-Redaktion** gegeben, teils mit erheblichen Sachschäden, so Dickel.

Dass Gründer, Justitiar und Kassenwart Ströbele später dennoch nicht davor zurückschreckt, mit der linksradikalen Szene politisch zu paktieren, spricht für sich …

Die Disziplinierung des wilden *„taz“*-Haufens gelang Ströbele laut Ausführungen des einstigen Mitgründers **Max-Thomas Mehr** auf geradezu geniale Weise: Durch Propagierung linker Ideale!

Mehr schreibt im Magazin *„Cicero“* im Februar 2012: *„… Hausmeister sollten Artikel schreiben und Redakteure in der Kantine kochen. Jeder, ob aus der Aboverwaltung oder der Poststelle, hatte das Recht, über Leitartikel und Auf - macher mitzureden. Manchmal wurde sogar mit Handzeichen über den Tenor von*

Beiträgen oder Kommentaren abgestimmt, wobei die Stimme des Hausmeisters so viel zählte wie die des schreibenden Autors. Rederecht hatte sowieso jeder. Ströbele selbst allerdings war ***nicht*** *wirklich Teil dieses zermürbenden Experiments. Er mischte zwar mit, blieb aber weiter Anwalt mit eigener Kanzlei und Uschi, die ihm in seinem Moabiter Büro Post sortierte und die Termine machte. So viel Arbeitsteilung musste dann doch sein ...“*

Mehr fasst zusammen: *„… Da in der selbst verwalteten Zeitung jede Stimme gleich viel zählte, hatten nicht die Journalisten, sondern der Apparat schnell die Mehrheit, und Ströbele verstand es, diese Mehrheit zu nutzen …“* Links schlägt sich selbst!

Jahre später: Die *„taz“* schreibt positiv über Schröders *„Hartz-4“*-Reformen und NATO-Einsätze „zur Durchsetzung von Menschenrechten“. Porsche gratuliert zum 30. Geburtstag und *„BILD“*-Chef Kai Diekmann erwirbt für einen vierstelligen Betrag Genossenschaftsanteile. Scheint, als wäre die *„taz“* am Ziel angekommen. Ströbele wird nicht weiter gebraucht.

Ein langer Weg! Und es muss eine heiße Zeit gewesen sein: Mit erfolgreicher Gründung der *„taz“* wurde nämlich auch das linke Zeitungsprojekt *„Die Neue“* der Stasi-Agenten **Walter Barthel** und **Carl Guggomos** ins Abseits manövriert … ein autoritär-rotes Blatt, mit mächtigen Unterstützern aus der SED! Nach Recherchen des Historikers Hubertus Knabe wäre Barthel bereits 1966 an der Gründung einer linken Konkurrenzpresse zum Springerkonzern beteiligt gewesen. **Geldgeber damals: *„SPIEGEL“*-Gründer Rudolf Augstein.** Laut *„FAZ“* habe auch *„ZEIT“*-Verleger Gerd Bucerius finanziell unter die Arme gegriffen. Das Projekt scheiterte. In den folgenden Jahren klinkte sich die DDR ein. Geht es nach Rabehl, so ist das Konkurrenzprojekt *„taz“* schließlich deshalb siegreich gewesen, weil es nicht gegen … sondern mit Springers Hilfe aus der Taufe gehoben worden sei! Ein Sieg der Linksalternativen über die Beton-Sozialisten?

Der *„idealistische Marxist auf verschlungene Pfaden“*, wie sich Walter Barthel selbst bezeichnete, war bereits früher aktiv gewesen: Er wirkte mit an der Ausarbeitung der linken Zeitschrift *„Der dritte Weg“*. Das Druckwerk sollte Mitglieder der verbotenen KPD im Westen und schwankende Linke im Osten auf SPD-Kurs bringen. Offizieller Geldgeber: Die Gewerkschaft „IG Metall“. Tatsächlich ist heute bekannt, dass es sich um eine **Kreation des Bundesamtes für Verfassungsschutz** gehandelt hatte.

Die Geheimpolitik! Je verworrener, desto besser. Und doch ist ganz und gar nicht ausgeschlossen, dass die aktuell als „charakterlos“ verschrienen Doppelagenten im Fortgang der Geschichte nochmals anders betrachtet werden könnten: Als Akteure, die immerhin verhindert hätten, dass Deutsche auf Deutsche schießen müssen …

– Geheimdienst-Ausschuss: Was macht Ströbele so unersetzlich? –

Um das Handeln von Geheimdiensten bewerten und kontrollieren zu können, gibt es in Deutschland das „Parlamentarische Kontrollgremium“ (PKG) des Deutschen Bundestags. Die Grünen mussten **15 Jahre lang warten**, bis die Parlamentsmehrheit ihnen einen Sitz zubilligte. Ebenso später die Linkspartei. Offenbar war

nicht genügend Vertrauen in die „staatspolitische Integrität“ dieser politischen Gruppierungen gegeben.

Von 1995 bis 1998 durfte schließlich der frühere Polizist und grüne Bundestagsabgeordnete Manfred Such am diskreten Zirkel teilnehmen. Dann wurde man ihn wieder los. Damaligen Presseberichten ist zu entnehmen, Such habe mehr als andere einen Hang dazu gehabt, die Medien über verschiedene Vorkommnisse in Kenntnis zu setzen. Sein Nachfolger: Hans-Christian Ströbele. Am 30.06.1999 wird er als zweiter Grüner überhaupt in das Gremium gewählt. Ströbele, der nach eigenen Angaben früher selbst beschattet worden ist und sich jahrelang für die Auflösung der Geheimdienste aussprach, ist nun akzeptiert. Von ernsthaften Auseinandersetzungen ist nichts bekannt. Und mit **guten 13 Jahren ununterbrochener Arbeit** im wohl spannendsten Ausschuss der Republik hält er sich schon länger als alle seine Kollegen. Das „gute alte“ grüne Rotations-Prinzip, für das Ströbele stets kämpfte? Nicht bei so einer sensiblen Frage! Austausch unerwünscht.

Von der grundlegend Geheimdienst-kritischen Sichtweise, die er in Bezug auf die RAF-Vorgänge noch an den Tag legte, hört man jetzt nichts mehr. Mit der „offiziellen Auflösung der RAF“ im Jahre 1998 gibt es schließlich einen neuen Feind: „Die Rechtsextremen.“ Auf die Idee, auch Vorkommnisse im Kontext des so genannten Rechtsterrorismus könnten mit öffentlicher Fälschung und Verblendung zu tun haben, kommt Ströbele heute nicht mehr. Im Gegenteil:

„Der Verfassungsschutz hat furchtbar versagt. Er hat uns in Deutschland vor der rechtsextremistischen, terroristischen, rassistischen Gefahr ***nicht*** *geschützt … Der Verfassungsschutz muss sich auf ganz andere Quellen verlassen. Vorbild könnten sein: Etwa die >Antifa<-Initiativen, die es in vielen Städten Deutschlands gibt …“*

Diese Erklärung gegenüber *„Stroebele-TV“* am 19.11.2011 macht klar, wie sehr sich seine Argumentation verändert hat: Es geht nicht mehr um die Auflösung der Geheimdienste, sondern darum, dass diese **zu wenig** getan hätten. Ob „die schreckliche Gefahr“ immer echt, oder im Zweifel gestellt ist, spielt für Ströbele, anders als zu RAF-Zeiten, keine Rolle mehr. Ein Paradigmen-Wechsel!

– Serie von braunen Blasen –

Dabei gäbe es guten Grund für einen gesunden Zweifel:

1.) 1994. Diese Bilder gingen um die Welt: Die Rollstuhlfahrerin Elke J. (17) aus Halle (Sachsen-Anhalt) … mit einem blutigen Hakenkreuz auf der linken Wange. Die Behauptung: Drei Rechtsradikale hätten ihr das Mahl eingeritzt! Es folgt eine „Demonstration gegen Rechts“. 15.000 Teilnehmer, darunter hohe Politprominenz. Das Ergebnis der Ermittlungen: Das Mädchen hatte sich selbst malträtiert, um Aufmerksamkeit zu erregen.

2.) 1995. Brand im libanesischen Lokal *„La Palma“* von Lübeck. Zwei Menschen sterben in den darüber liegenden Wohnungen. Der türkische Ministerpräsident besucht den Tatort. Von „Trauer und Scham“ spricht der deutsche Außenminister. Die Täter werden anschließend gefunden: Der libanesische Besitzer und sein Bruder. Das Motiv: Versicherungsbetrug!

3.) 1996. In Lübeck brennt ein Asylantenheim. Ein Verbrechen! Zehn Ausländer sind tot. Es herrscht Empörung bis hoch zum Bundespräsidenten. Politische Plakate werden gedruckt. Vier angebliche Neonazis werden inhaftiert. Vor Gericht: Die große Wende. Alle Beschuldigten werden freigelassen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wäre das Feuer von einem oder mehreren Heimbewohnern selbst gelegt worden, heißt es im Urteil.

4.) 1997. Drei türkische Familienmitglieder in Krefeld sterben durch einen Wohnungsbrand. Noch am gleichen Abend: Die erste Anti-Nazi-Demo mit rund 1.000 Teilnehmern. Erbakan, Ministerpräsident der Türkei, sagt: Die Bundesregierung trage „Mitschuld am rechtsradikalen Anschlag". Der türkische Botschafter reist herbei und spricht dem überlebenden Familienvater Aziz Demir (43) sein Beileid aus. Damit macht er den Bock zum Gärtner … Wenig später stellt sich die wahre Ursache heraus: Familienzwist! Der „traurige" Hinterbliebene hatte das Feuer selbst gelegt … und war beim Einkauf des Brandmittels sogar gefilmt worden.

5.) 2000. In der Nacht zum deutschen Nationalfeiertag findet ein Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge statt. Bundeskanzler Schröder ruft zum *„Aufstand der Anständigen"*. Groß-Demos und eine Ausweitung der Finanzmittel zum *„Kampf gegen Rechts"* in Millionenhöhe sind die Folge. Zwei Monate später gestehen ein 19jähriger Palästinenser und ein 20jähriger Marokkaner die Tat. Ihr Beweggrund: Hass auf Israel.

6.) 2000. Inmitten der Neonazi-Hysterie erschüttert „der Fall Sebnitz" das ganze Land. Ein drei Jahre zurückliegender Todesfall wird wieder aufgerollt: Der sechsjährige Joseph Kantelberg-Abdullah wäre damals in einem öffentlichen Schwimmbad von drei Rechtsradikalen ersäuft worden, heißt es nun! Drei Unschuldige werden verhaftet. Der Tourismus im sächsischen Erholungsort erleidet schweren Schaden. Dann das Ergebnis: „Schlamperei" bei den Ermittlungen. Hysterie in den Medien. Nichts hat gestimmt. Der kleine Junge hatte einen Herzfehler und konnte zudem nicht schwimmen. Fremdeinwirkung ausgeschlossen. Jetzt reist selbst der Bundespräsident zur Wiedergutmachung an. Das Land Sachsen verspricht der gebeutelten Kleinstadt Entschädigungszahlungen von mehreren Millionen D-Mark. Die Lichterkette gegen Rechtsextremismus wird abgesagt.

7.) 2006. Im Brandenburgischen Potsdam wird der Deutsch-Äthiopier Ermyas Mulugeta niedergeschlagen. Zwei „Rechtsradikale" werden verhaftet. Es folgt ein Politikum. Am Ende stellt das Landgericht fest: Weder sei bei den Angeklagten eine rechtsextreme Gesinnung feststellbar, noch könne man ihnen die Tat nachweisen. Noch viel wichtiger: Ein Telefonmitschnitt aus der Tatnacht … Dieser beweist, dass der farbige Mann selbst Provokateur und Angreifer gewesen war – und sich im betrunkenen Zustand mit einem zu starken Gegner angelegt hatte.

8.) 2007. Der Kreis schließt sich. Im sächsischen Mittweida verkündet die 17 Jahre alte Rebecca K., eine Gruppe Neonazis habe ihr unter Hilferufen ein Hakenkreuz in die Hüfte geritzt. Grund: Sie wäre einem Aussiedlerkind zu Hilfe geeilt. Die junge Frau wird ausgezeichnet. Es gibt politische Konsequenzen. Dann die Ernüchterung: Die ganze Geschichte war frei erfunden. Rebecca K. wird nun selbst verurteilt.

Das war die fiktive Seite der Wirklichkeit. Doch es gibt noch eine realistische:

Die **„Faschismus-Keule“** hat die alte Bundesrepublik von Beginn an geprägt:

– von den 1950er bis 1980er Jahren als konservative Argumentation der Gleichsetzung von NS-System und Kommunismus

– in den 1960er Jahren als linke Abrechnung mit der „Nazi-Kontinuität“ im BRD-Staat

– ab Mitte der 80er Jahre *(„Historikerstreit“)* in Form der „politischen Korrektheit“ mittels „Polit-Skandalisierung“ und „Enthistorisierung des Holokaust“

Kurzum: Mit der Hysterie werden auch Politik und Geschäfte gemacht!

– Der neue Staatsfeind –

Eine Überraschung zum Ende: Prof. Dr. Rabehl bewertet die Ur-Idee des 68er-Aufruhrs rückblickend als „Befreiungsnationalismus“. *„Dutschke sagte immer, dass man nicht gleichzeitig den Judenmord aufarbeiten und die Revolution machen kann. Wir hätten erstmal etwas Positives gegen die Vergangenheit setzen müssen.“* Ziel sei es damals auch gewesen, Amerikaner und Russen aus dem Lande zu jagen – und Deutschland zu einen … Andere Alt-68er distanzieren sich öffentlich von Rabehls aktuellen Thesen.

Prof. Rabehl: *„Wir haben damals diskutiert und analysiert. Wir haben Staat und Gesellschaft infrage gestellt. Die Linken sind heute entweder tot oder haben sich komplett angepasst.* ***Was früher links war, ist heute rechts!“***

12.) Das braune Geheimnis

Wandlitz. Im düsteren Wald. Der angerostete Zaun kippt zur Seite. Ich stehe vor einer kleinen Hütte. Auf das Klopfen antwortet niemand … Wind zieht durch die Bäume. Der Garten: Voller Gerümpel. Vom mit Moos bewachsenen Vordach baumelt ein silbernes Pazifismus-Zeichen herunter. Nein, das ist kein Ort wie jeder andere. Dies ist der vorgebliche Wohnort eines der angeblich gefährlichsten Männer in der Bundesrepublik: Bendix W., aus den Medien bekannt als „Neonazi-Gewalttäter". Mit seinem Namen verbindet sich ein folgenschweres Attentat … in einer Zeit, da RAF-Terror und Wendewirren schon längst der Vergangenheit angehört haben.

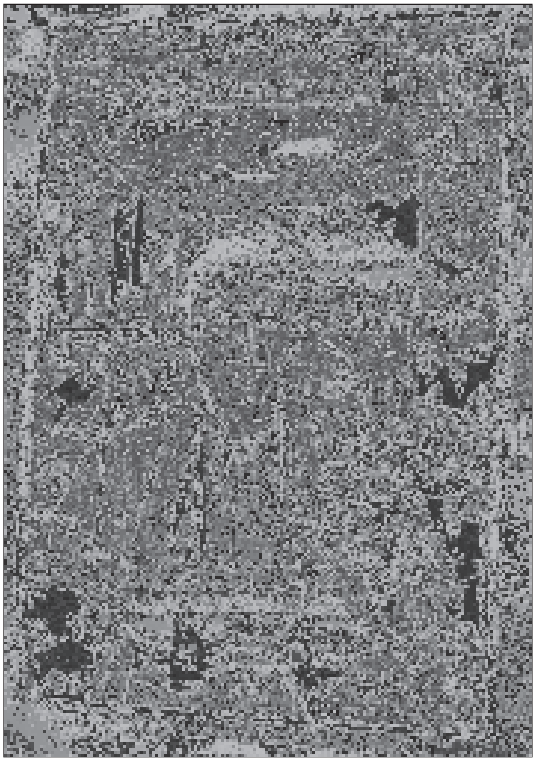
– Ströbele ohne Rückhalt –

Alles beginnt mit dem 19. Januar des Jahres 2002. In Berlin positioniert sich die grüne Partei für die anstehende Bundestagswahl. Die aussichtsreichen Plätze 1 und 3 sind für Frauen reserviert. Um Platz 2 entbrennt ein Schlagabtausch. Ex-Gesundheitsministerin Andrea Fischer will ihr desaströses Ausscheiden aus den Wirren der Schröder-Regierung wieder wettmachen. Und Hans-Christian Ströbele fordert seinen Lohn – fürs kritische Nachhaken im „Kohl-Untersuchungsausschuss" (Kapitel 6) und die „kreative Gewissensteilung" zur Afghanistan-Abstimmung (Kapitel 3). Am Ende … eine Sensation. Beide fallen sie durch. Der DDR-Bürgerrechtler Werner Schulz macht das Rennen. Für den Berliner *„Tagesspiegel"* erscheint Ströbele *„minutenlang wie betäubt" … „Lange bleibt er auf seinem Platz am Rand sitzen, bevor er endlich aufsteht. Er weiß, dass diese Entscheidung ein Signal ist. Die Mehrheit seiner Partei hat sich von ihm abgewendet. Was ist ein Warner wie er ohne die Bühne Bundestag?"* Aus der Traum! Eine Wiederwahl über die Landesliste ist für Ströbele ausgeschlossen. **Seine Politkarriere steht vor dem Aus!** Wie es jetzt weitergehen soll? *„Darüber muss ich mich erst mit meinen Freunden beraten"*, so der erfahrene Vollblut-Politiker.

Und tatsächlich! Ströbele will es noch einmal wissen. Für den neuen Berliner Wahlbezirk Friedrichshain-Kreuzberg möchte er nun das Direktmandat gewinnen. Es wäre das erste für die Grünen in ganz Deutschland … und Ströbeles einzige Chance, im Bundestag zu verbleiben. Beobachter sind skeptisch. Zwar konnte Ströbele bei vergangenen Wahlen in Kreuzberg der SPD gut Paroli bieten … aber im nun beigefügten (Ost-)Bezirk Friedrichshain haben die Grünen einen schweren Stand. Als Favorit im Neu-Wahlkreis steht **Andreas Matthae** (SPD) im Rennen … Ex-Vorsitzender der Kreuzberger Sozialdemokraten und Barbesitzer im Kiez. Wenige Monate nach dem überraschenden Wahlergebnis wird er Selbstmord begehen.

Für Ströbele beginnt der politische Überlebenskampf. Bis Anfang März 2002 zögert er. Dann muss alles ganz schnell gehen: Der 2002 aus **fast 600 stimmberechtigten Mitgliedern** bestehende Grünen-Verband *„Frieke"* bucht einen Saal im *„Haus der Demokratie"*. Eine Nachfrage bestätigt: Platz gab es hier für maximal 100 Personen. Tatsächlich nehmen am Ende gerade mal **49 Mitglieder** an der Abstimmung teil: 48 für Ströbele, eine Enthaltung. Eine schwache Kür für den mitgliederstärksten Kreis-/Bezirksverband der Grünen. Berichte jenes Abends

finden sich nur von der *„taz“* … und sie sind ernüchternd. *„Im Stil eines CDU-Ortsverbands“* wäre diese Wahlaufstellung abgelaufen. Vorgefertigte Reden, keine Diskussionen. Selbst die Wahlkampfplanung fällt unter den Tisch. *„Es gebe da doch noch etwas zu besprechen, hebt die Versammlungsleitung noch vorsichtig an. Doch da sind die Schals gebunden, die Jacken schon angezogen. Wahlkampfführung? Vorne am Podium kapitulieren sie: >Kneipe klingt besser.<“* (*„taz“*, 14.03.2002)



Wahlkampf-Schlager von 2002 – Ströbele-Plakat von Gerhard Seyfried.

Die „Wahlkampfführung“ übernimmt Ströbele nun ganz allein. In den kommenden Monaten wird er nur mit vereinzelten Anhängern an den Ständen stehen. Von der grünen Bundesprominenz greift ihm erst recht niemand unter die Arme. Nicht ohne Grund: Mit Sprüchen wie *„Ströbele wählen heißt Fischer quälen“* grenzt sich der scheinbare „Don Quijote“ öffentlich vom grünen Bundeschef ab. Trotzdem scheint Ströbele sich seiner Sache sicher zu sein. Er scheut weder Kosten noch Mühen … und beauftragt seinen alten Freund, den berühmten linksalternativen Karikaturisten **Gerhard Seyfried**, ein buntes Kunstplakat anzufertigen. Ströbele … überlebensgroß und mit rotem Schal. Flüchtende Kapitalisten. Bunte Luftballons. Ein lieber Punk mit Blumen für einen Polizisten. Und natürlich: Viele multikulturelle junge Menschen, die jubelnd Schlange stehen, um ihrem Idol die Erststimme zu geben. Hunderte dieser Wahlplakate werden aufgehängt … viele verschwinden. *„Die Plakate sind richtig kultig geworden und hängen über vielen Klos in Kreuzberger Wohngemeinschaften“*, freut sich Ströbele später. Die Berliner Tageszeitungen können ihr Sommerloch füllen. Und was wollte Seyfried als Gegenleistung für die Kunstwerke? Darüber schweigt er … und lehnt jedes Gespräch ab. Mag es Ströbele auch noch so sehr an Gefolgschaft von der Basis mangeln … **Geld und Medienaufmerksamkeit sind nicht das Problem.**

Aber wie stehen die Chancen wirklich? Ordentliche Umfragen aus dem neuen Kunstbezirk Friedrichshain-Kreuzberg gibt es nicht. Nur eine Zahl: **18,7 %** der Stimmen holten die Grünen bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl hier elf Monate zuvor … die SPD 26,8 %, die PDS gar 33,2 %. Die neuen Ostwähler im Wahlkreis drücken alle Erwartungen … sie wählen genauso wenig Grün wie in

den Jahren zuvor. Im eher alternativen West-Berliner **Alt**-Stimmbezirk Kreuzberg-Schöneberg ließen sich unter Ströbeles Führung bei den Bundestagswahlen 1994 noch 28,0 % und 1998 immerhin schon 29,6 % gewinnen … ein Quäntchen mehr als bei üblichen Wahlen, aber im Groben das Maximum an grüner Anhängerschaft in der Hauptstadt. Hohe Arbeitslosigkeit und Benzinpreis-Frust drängen die Grünen nun im Jahre 2002 noch weiter in die Defensive.

Ströbele blickt 2010 in Gregor Gysis Buch *„Offene Worte“* zurück: *„Ich habe mir lange überlegt, ob ich mir so einen richtigen Wahlkampf wirklich antun sollte. Es war eigentlich **aussichtslos**, ich musste die Stimmen für die Grünen verdoppeln.“*

– Brauner Paukenschlag – linker Triumph –

Am Nachmittag des **20. September 2002** gibt es für die Berliner Radiosender nur die eine Top-Meldung: „Attentat auf Ströbele.“ Die Berichte von damals, an die ich mich noch gut erinnern kann, ließen das Schlimmste vermuten. Ein Schock! Und das zwei Tage vor der Bundestagswahl.

Am nächsten Morgen überbietet sich auch der Berliner „Blätterwald“ mit seinen Meldungen. *„Ein 35jähriger Mann, als **Rechtsextremist** bekannt, hat gestern Christian Ströbele mit einer **Stahlrute** auf den Hinterkopf geschlagen. Wahlkampf ist jetzt keine Metapher mehr, sondern er ist sehr real geworden“*, weiß die *„Berliner Zeitung“* auf ihrer Titelseite zu berichten. Der *„Berliner Kurier“* bildet einen „Totschläger“ in Originalgröße ab und beschäftigt sich mit dem Lebenslauf des Attentäters Bendix W. aus Wandlitz. Titel: *„Ein Leben voller Hass und Gewalt.“* Sogar die *„Junge Freiheit“* stellt sich auf Ströbeles Seite.

Und dann: Die Überraschung. Am Wahl-Sonntag gelingt Hans-Christian Ströbele das *„grüne Wunder“* (*„Berliner Morgenpost“*, 23.09.2002), für das er sich gegen 23 Uhr im *„Tempodrom“* vor 3.000 Anhängern feiern lässt.

Das Erststimmen-Ergebnis in Friedrichshain-Kreuzberg steht nun fest:

Hans-Christian Ströbele (Grüne): **31,6 %**

Andreas Matthae (SPD): 29,2 %

Bärbel Grygier (Ex-Bürgermeisterin, für PDS): 22,6 %

„Sein (BS: Ströbeles) *Vorsprung vor dem SPD-Kandidaten … war bis zum späten Abend hauchdünn … In den Prognosen vor der Wahl hatten die Kandidaten von SPD und PDS **vor** dem Grünen gelegen“, schreibt die „Morgenpost“* weiter.

Der *„Tagesspiegel“* ergänzt: *„Ströbeles Vorsprung lag zuletzt bei knapp 2.700 Stimmen* (BS: genau genommen 3.804). *Viele Wähler hatten ihm die Erststimme gegeben und mit der zweiten die SPD gewählt.“* Tatsächlich liegt die **SPD nach Zweitstimmen ganze 16,1 Prozentpunkte vor den Grünen**. Der Wahlgang im Szenebezirk ist eindeutig ein Votum für die Person Hans-Christian Ströbele. Doch warum? Die von Ströbele behauptete „Stärkung von Rot-Grün“ tritt, zumindest nach Mandaten, **nicht** ein. Die Realität des Wahlrechts: Ströbele verdrängt Michael Cramer von der Grünen-Landesliste … und die SPD verliert ein Überhang-Mandat. Hätte SPD-Mann Matthae das Rennen gemacht, **wäre „Rot-Grün“ nicht nur mit 306, sondern mit 307 Mandaten im Parlament vertreten gewesen!** … Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse ein nicht unwichtiger Fakt … Nicht

umsonst herrscht in der Berliner SPD helle Aufregung über jene fünf Genossen, die per Zeitungsanzeige wenige Tage vor der Bundestagswahl zur Wahl Ströbeles aufgerufen hatten. Mit dabei: Klaus Eschen, früher Mitglied im *„Sozialistischen Anwaltskollektiv“* und bis heute enger Freund Ströbeles. Die „roten Rebellen“ haben viel riskiert … ihr Vorpreschen endet mit Voll- und Teil-Ausschlüssen. Eschen geht „freiwillig“. War es das wert?

Zumindest für die Zeitungen gibt es wieder einen „echten Helden“:

„… So wünschen seine Wähler sich den Rächer der Enterbten, den Anwalt der kleinen Leute und so sieht Ströbele sich selbst am liebsten und gestehen wir es nur: Wir auch.“ (*„Berliner Zeitung“*, 23.09.2002)

Der *„Tagesspiegel“* vom 24.09.2002 sieht den *„Inbegriff des unbestechlichen, authentischen und damit glaubhaften Politikers.“*

„So ein Einsatz für die eigene Überzeugung gegen alle Widerstände verdient Respekt“, schreibt die *„Junge Freiheit“* am 27.09.2002 über Ströbeles Sieg.

Was den politischen Erdrutsch von Friedrichshain-Kreuzberg schließlich ausgelöst hat, ist Gegenstand eines großen Vor-Ort-Berichts in der *„Berliner Zeitung“* vom 24.09.2002. *„Die Entscheidung fiel erst im letzten Augenblick. Er stand in der Wahlkabine. Und er traf sie aus dem Bauch heraus. Seine Erststimme ging an Christian Ströbele. Eine Premiere – es ist das erste Mal, dass er Grün gewählt hat … **>Aber den Ausschlag hat die Eisenstange gegeben<**, sagt er dann. Sein Kreuz für Ströbele war ein Ausdruck von Protest und Solidarität mit dem 63 Jahre alten Politiker, der am vergangenen Freitag von einem Rechtsradikalen niedergeschlagen wurde.“* Er, das ist einer der „eigentlichen SPD-Wähler“, die am Sonntag bei der Erststimmen-Wahl reihenweise die Seiten gewechselt haben. *„Aus dem Bauch heraus.“* Viele könnten mit den altlinken Ideen Ströbeles nicht viel anfangen, heißt es weiter. Doch der Angriff auf Ströbele nur 48 Stunden vor der Abstimmung änderte alles. Ohne Zweifel: **Ströbele ritt auf einer Welle der Solidarität – direkt zurück in den Deutschen Bundestag.** Ein Geheimnis verrät Ströbele der Zeitung dann auch noch höchstselbst: Die Krankenhaus-Ärzte hätten bei ihm keine bleibenden Schäden feststellen können, wohl aber eine **„Linksdominanz“**. *„Ich weiß nicht, was das ist. Wird aber wohl stimmen“*, so der jetzt direkt gewählte Abgeordnete.

Linksdominanz … das beschreibt keinen politischen Umstand, sondern eine **einseitige** Wahrnehmungsweise des Gehirns. Es handelt sich dabei um Menschen, welche die Dinge zeit- und zweckorientiert einschätzen, in Strukturen denken und nach *„richtig“* und *„falsch“* urteilen. Sie denken in Details und lieben Zahlen, Formeln und Listen. Das glatte Gegenteil: Kreativ-künstlerisch reflektierende Personen, die über die rechte Gehirnhälfte einseitig ihre Eindrücke ohne Bewertung und Begrenzung verarbeiten. Zu denen gehört Ströbele also nicht … Was auch immer die Ärzte an der Berliner *„Charite“* zu ihrer Einschätzung bewogen haben mag – es lässt tief in die Person Ströbele blicken. Vielleicht so tief, dass der politische Patient seine offene Rede schon längst wieder bereut …

– Tathergang wird bis heute falsch verbreitet –

Was ganz besonders auffällt: Sobald es um das Attentat des 20. Septembers 2002 geht, wird Ströbele sehr maulfaul … und schweigt bis heute lieber über

dieses Thema. Er habe den Angreifer nicht gesehen, auch nicht, ob er wirklich mit einem Gegenstand zugeschlagen habe. Ströbele zieht sich darauf zurück, dass er sich gefühlt habe, als ob ihn ein Lastwagen angefahren hätte. Im Gerichtsverfahren mehr als ein Jahr später wird sich eines eindeutig herausstellen: **Niemals ist ein „Totschläger", „Schlagstock", „Eisenstange" oder sonst ein „Gegenstand" zum Einsatz gekommen. Bendix W. hat mit der Hand zugeschlagen** … Dieser Fakt wird viele verwundern … Ströbele ist klug … und hat sich selbst nie eindeutig festgelegt. Seine Wahlkampfmitarbeiter und sensationslustige Medien hingegen schon. Das Totschläger-Märchen wird bis heute widerspruchslos weiterverbreitet. Scheinbar ohne nachzudenken: Denn bei Einsatz eines Totschlägers wäre Ströbele eines wirklich gewesen … tot.

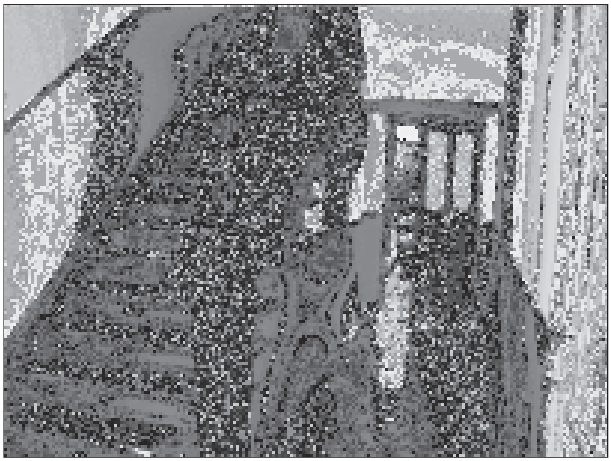
25.11.2011: Ein Gespräch mit **Karl-Heinz Bergt**, Ströbeles aktuellem Leiter für das Friedrichshainer Wahlkreisbüro in der Dirschauer Straße 13 … nur wenige hundert Meter vom damaligen Schauplatz des Attentats entfernt. *„Dieser Neonazi hat Ströbele mit einem Schlagring niedergehauen. Die beiden anderen Standteilnehmer waren geschockt, nur Ströbele rannte ihm hinterher. Nach zwei Tagen konnte die Polizei den Attentäter mithilfe eines Phantombilds ermitteln."* Nichts davon stimmt. Ein Schlagring ist nicht zum Einsatz gekommen. Statt zwei Stand-Helfern gab es nur einen … und der konnte gar nicht geschockt gewesen sein, weil er den Vorgang **abseits** des Wahltisches gar nicht mitbekam. Auch die Geschichte mit dem Phantombild ist aus der Luft gegriffen. Tatsächlich nahm die Polizei Bendix W. zügig unweit des Tatortes fest. Nur mit einer Aussage liegt Bergt goldrichtig: *„Der damalige Angriff dieses Neonazis hat Ströbele den entscheidenden Schub zum Einzug in den Bundestag gegeben."*

Das macht hellhörig. So akribisch wie möglich versuche ich nun, die Ereignisse des 20.09.2002 mit Hilfe von Aussagen aus der neunseitigen Urteilsbegründung, sowie Medienberichten und Zeugengesprächen nachzuvollziehen … ohne den Wahrheitsgehalt abschließend bewerten zu wollen.

Bendix W. befindet sich demnach die Nacht über auf einer Feier – Burschenschaftstreff in Berlin-Dahlem. Am frühen Morgen macht er sich auf den Heimweg gen Wandlitz. Seltsamerweise nutzt er nicht die Ringbahn, sondern fährt durch die Innenstadt. Statt 1 Stunde und 15 Minuten würde er so 1 Stunde und 55 Minuten brauchen. **40 Minuten länger.** Am U-Bahnhof Warschauer Straße steigt er aus der Bahn. An einem Stand gönnt er sich vier Currywürste (Nervennahrung?) und **beobachtet** 15 Minuten lang das Geschehen: Ein Grünen-Wahlstand und ein „Ströbele"-Fahrzeug sind da postiert. Ströbele selbst habe laut Amtsgerichtsurteil vom 29.09.2004 *„in einiger Entfernung auf der Warschauer Brücke Handzettel an Passanten"* verteilt. Begutachtet man das Gelände vor dem U-Bahnhof, so fällt auf, dass man eine Person auf der vorgesetzten Warschauer Brücke gar nicht ohne weiteres beobachten kann. **Demnach müsste Ströbele erst am Wahltisch gestanden, und sich dann in Richtung Brücke entfernt haben.** Der Zeuge Huber hingegen bleibt am Stand, und berichtet vor Gericht, dass ein Passant darauf aufmerksam gemacht hätte, *„dass der Angeklagte fortwährend zum Wahlkampfstand herüberstarren würde."* Den Angriff auf Ströbele sieht Huber nicht. Laut Gericht habe Bendix W. nach Verzehr seiner Currywürste *„seinen Weg zur Straßenbahn"* fortgesetzt, *„und passierte dabei zunächst den Wahlkampfstand und näherte sich dann von hinten dem Bundestagsabgeordneten Ströbele"*. Merkwürdig nur, dass die Straßenbahnhaltestelle sich **direkt**

Tatort Warschauer Brücke – Nur ein Zeuge sah den Angriff.

gegenüber dem U-Bahnhof befindet … Warum aber marschiert Bendix W. dann in die falsche Richtung – über die Brücke? Erst dort findet der Zusammenstoß statt … *„mit der rechten Hand mit einem wuchtigen Handkantenschlag in den Hinterkopf/Nackenbereich, wodurch der Zeuge Ströbele eine Schädel- und Nackenprellung erlitt.“* Wüste Beleidigungen folgen. Bendix W. *„setzte dann seinen Weg* ***normalen Schrittes****, als ob nichts geschehen wäre, fort“*. Weiter heißt es im Urteilstext: *„Trotz seiner Verletzung* ***verfolgte*** *der Zeuge Ströbele den Angeklagten bis in die Marchlewskistraße, wo dieser in den Hauseingang des Hauses Nr. 105 geflüchtet war. Während der Verfolgung konnte der Zeuge Ströbele die zufällig vorbeikommenden Polizeibeamten W. und D. auf den Angeklagten aufmerksam machen,*



Hausflur Marchlewskistraße Nummer 105. Hier wartete der Attentäter auf die Polizei.

die diesen dann in dem erwähnten Hauseingang vorläufig festnahmen. Bei der Festnahme wurde in der rechten Jackenaußentasche des Angeklagten ein Teleskopschlagstock gefunden."

So erklärt sich also das Schlagstock-Märchen. Die Polizei teilt mit, man habe den wuchtigen Gegenstand von rund einem halben Meter Länge beim Attentäter gefunden … Ströbele erklärt, er habe einen heftigen Schlag gespürt … und schon scheint die Sache klar! Die Richtigstellung durch das Gericht wird später niemanden mehr interessieren. Dabei wird es unmissverständlich heißen: *„Der Angeklagte hat das Geschehen im Wesentlichen eingeräumt. Allerdings hat er sich dahingehend eingelassen, dass er dem Zeugen Ströbele mit der flachen Hand gegen den Hinterkopf/Nackenbereich geschlagen habe und nicht mit der Handkante und schon gar nicht mit dem Teleskopschlagstock … Der unbeteiligte Zeuge T. hat das unmittelbare Geschehen beobachtet. Er hat glaubhaft bekundet, dass der Angeklagte* ***keinen*** *Gegenstand in der Hand gehabt habe, als er zugeschlagen habe. Dies könne er mit Sicherheit sagen … Der Sachverständige Dr. C. hat in seinem mündlichen Gutachten in der Hauptverhandlung überzeugend ausgeführt, dass er es aufgrund der bei dem Zeugen Ströbele festgestellten Verletzungen letztlich nicht ausschließen könne, dass diese auch durch einen bloßen Handkantenschlag verursacht sein könnten. Das in der Hauptverhandlung verlesene molekular-genetische Gutachten der PTU vom 10. Oktober 2002 hat an dem bei dem Angeklagten sichergestellten Teleskopschlagstock* ***keine*** *verwertbaren Spuren festgestellt.* ***Danach geht das Gericht zugunsten des Angeklagten davon aus, dass dieser den Schlag mit der Handkante geführt hat. Einen Nachweis dafür, dass er den Teleskopschlagstock benutzt hat, gibt es nicht."***

Interessant ist nicht nur, dass sich „der Totschläger" in Luft auflöst. Der Verletzungen und dem Schock zum Trotze hat Ströbele ganz allein seinen Peiniger verfolgt … **volle 700 Meter!** Dabei laufen beide an einer Vielzahl Passanten vorbei. Einigen drückt Ströbele noch Flugblätter in die Hand. Warum kommt niemand Herrn Ströbele zu Hilfe und hält den schlendernden Attentäter auf? **Vielleicht, weil Ströbele nicht danach ruft?** Beide laufen sie über die Warschauer Brücke … die belebte Warschauer Straße hinunter … links herum in die Revaler Straße … und schließlich „verschwindet" Bendix W. um eine rechte Ecke in die Marchlewskistraße. Ströbele scheint das Versteck jedoch zu kennen: Zufällig kommt eine Polizeistreife aus der 400 Meter weiter liegenden Wache vorbei. Ströbele hält sie an. Die Beamten finden Bendix W. schließlich im Hauseingang der Nummer 105.

– Der „Ex-Söldner" nutzte seine Flucht-Chance nicht –

Es wird berichtet werden, Bauarbeiter wären hier an jenem Tage im Mietshaus tätig gewesen. *„Das ist gelogen"*, weiß Langzeitbewohner **Silvio B.**, ehrenamtlicher Hauswart, zu berichten. Aber wie kam Bendix W. dann „spontan" in das Gebäude hinein? *„Die große Sanierung fand erst 2004 statt", so B. „Vorher kam man vorne wie hinten einfach mit Drücken durch die Tür."* Hinten? Ich laufe durch den Hausflur auf den Hinterhof. Ein über zwei Meter hoher Stahlzaun versperrt den Weg zur Parallelstraße. Nach rechts geht es in ein Nebenhaus – mit Ausgang zur Revaler Straße, der Seitenpassage. Silvio B.: *„Also diesen Ströbele-Attentäter*

hat niemand von uns gesehen. Die einen waren arbeiten, die anderen haben noch geschlafen. Aber wenn er hätte fliehen wollen, wären zwei Wege offen gewesen. Einmal durch das Nebengebäude. Und damals hätte man auch über den alten Zaun springen können." Wie der aussah? B. kann sich nicht mehr erinnern. Auch die neue Hausverwaltung hat keine alten Unterlagen mehr, seit die frühere Eigentümerin sich in Luft aufgelöst habe. Über den Fall Ströbele wäre man von der Polizei nie unterrichtet worden, heißt es dort weiter. Und ja, die Sanierung habe erst 2004 stattgefunden. Ich spreche mit **Familie L.** … niemand wohnt länger in der Marchlewskistraße 105 als das Rentner-Paar. *„Schon als wir hier 1969 eingezogen sind, gab es da kein Hinterhaus. Das war offen. Und um 2002 herum gab es noch diesen alten löchrigen Bretterzaun mit den schrägen Latten.* ***Etwa 1,80 Meter hoch."*** Ich berichte von den Vorgängen. Mit Ost-Berliner Schnauze winkt Herr L. ab. *„Wenn der gewollt hätte, hätte er fliehen können. Über den Zaun … und rüber zur Kaisers-Kaufhalle. Aber so ist da wohl was anderes ..."*

Bendix W. war ein kräftiger Mann. Laut Medienberichten trieb er sich seit Jahren in Wäldern umher, experimentierte mit Waffen und habe gar als „Söldner" in Kroatien gekämpft. Und ein solcher Typ soll lammfromm auf die Polizei im Hauseingang gewartet haben, ohne rechtzeitig Abstand zu seinem Verfolger zu schaffen?

– Die richtigen Fragen wurden nie gestellt –

Noch weitaus mehr Punkte sind offen geblieben:

1.) Die Polizei sieht aufgrund eines **regulären Beschäftigungs-Verhältnisses** als Brunnenbauer keine Fluchtgefahr bei Bendix W. – und lässt ihn noch am selben Tage ziehen. Zwar können Arbeitsverträge sehr flexibel sein … aber berechtigt ist ein vorsichtiger Zweifel schon: Wie war es möglich, dass Bendix W. Donnerstag-Nacht und Freitag-Früh angetrunken in Berlin unterwegs gewesen ist? Aus welchem Grunde befand er sich nicht auf seiner Arbeit?

2.) Bendix W. ist im Vorfeld schon fünf Mal gerichtlich verurteilt worden: Wegen unerlaubten Waffenbesitzes, einem Verkehrsdelikt und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. **Körperverletzung war bisher nie dabei.** Dreieinhalb Monate nach der Tat wäre außerdem die letzte Bewährungszeit abgelaufen. Was hat diesen Mann geritten, sich so kurz vor der Befreiung aus „Justitias Klauen" wieder rücklings in Richtung Gefängnis zu begeben?

3.) Wieso wählte Bendix W. einen Umweg von 40 Minuten, um nach Hause zu kommen?

4.) Aus welchem Grunde beobachtete er erst 15 Minuten lang sein Opfer, bevor er schließlich zuschlug?

5.) Wieso erzählt er, er habe zur Straßenbahn gewollt … obwohl er tatsächlich über die Warschauer Brücke lief?

6.) Ist es Zufall, dass sich Ströbele erst von seinem Stand deutlich entfernt, bevor die Attacke erfolgt? Und ist der Mangel an Zeugen in dieser belebten Fußgängerzone nicht ausgesprochen ungewöhnlich?

7.) Wie ist es möglich, dass der scheinbar so schwer getroffene Ströbele über ganze 700 Meter die Verfolgung aufnimmt, um sich dann anschließend doch noch

„mit Blaulicht ins Krankenhaus“ (*„Berliner Zeitung“*, 21.09.2002) fahren zu lassen?

8.) Wieso ruft Ströbele während des Fußmarsches niemanden zu Hilfe?

9.) Wieso läuft Ströbele dem offensichtlich aggressiven und gewalttätigen Mann von der belebten Warschauer Straße in die menschenleere Marchlewskistraße überhaupt hinterher? Musste er da nicht Angst um „Leib und Leben“ haben?

10.) Wie kommt es, dass der kräftige Zweimeter-Mann Bendix W. nur schlendernd den Tatort verlässt und sich anschließend auch noch in eine Falle begibt? Wieso nutzt er seine Fluchtmöglichkeiten nicht?

11.) Wie kommt Ströbele darauf, den Täter mit der Polizei im Hauseingang der Nummer 105 zu finden?

12.) Wieso hatte dieser einen Teleskop-Schlagstock einstecken, wenn er doch die Nacht über nur zu einer Feier unter Gleichgesinnten gewesen sei?

13.) Eine Hausdurchsuchung war für Bendix W. nichts Neues … aber wie kommt es, dass diesmal ausnahmsweise keine Waffen gefunden werden? Dafür jedoch ein großes Himmler-Porträt, das den Täter wieder eindeutig ins Neonazi-Licht rückt?

Um allen Erwartungen vorzubeugen: Von keiner Seite besteht Interesse, diese Fragen zu erörtern. Nicht von der Justiz. Nicht vom Angeklagten. Nicht von Ströbele.

Mai 2003. Alle politischen Messen sind gesungen. Nicht jedoch die gerichtliche Aufarbeitung. Das Berliner Landgericht schätzt den Fall Ströbele als **nicht** gravierend genug ein, und übergibt die Verhandlung an die untere Instanz. Viel einschlägiger ist jedoch die Einschätzung der Richter, die Tat von Bendix W. trage auch *„**nicht** die Züge einer rechtsextremistischen Handlung“.* Die *„taz“* schreibt nicht ohne Ironie: *„Selbst beim Verfassungsschutz schüttelt man über Entscheidung den Kopf. Und die müssen es ja wissen. Schließlich stellt der Verein das halbe Personal in der Szene.“* Nach Auskunft des BKA vom Januar 2012 hat Ströbele jedoch bis heute keinen Personenschutz … eine konkrete Bedrohungslage lag also weder vor noch nach dem Ereignis auf der Warschauer Brücke vor.

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten wird sich später galant aus der Affäre ziehen: *„Es handelt sich dabei auch um einen Angriff auf unsere demokratische Gesellschaft, der bereits aus generalpräventiven Gründen eine empfindliche Strafe fordert.“* Bendix W. vertrete weiter rechtes Gedankengut, habe sich jedoch *„von dieser Szene gelöst“.*

Im November und Dezember 2003 findet die Verhandlung statt. Ströbele vertritt sich diesmal überraschend selbst als Nebenkläger. Seit seiner Mandatsausübung übernimmt das normalerweise Rechtsanwalt Johannes Eisenberg. *„Ströbele sitzt hier als Opfer, als sein eigener Anwalt und als Politiker, der **Bühnen** zu nutzen weiß“*, berichtet der *„SPIEGEL“*. Im gut besuchten Sitzungssaal 862 fragt Ströbele den Täter offiziell: *„Habe ich Ihnen etwas getan?“* Bendix verneint. Warum dann aber die Tat, möchten die Richter wissen. Bendix spricht von seinem Ärger über

„die Grünen“: *„Die haben durchgesetzt, dass der Wald nicht mehr mit Insektiziden besprüht werden darf, und deswegen stirbt er.“* Ströbele reagiert verständnislos: *„Aha!“*

Ansonsten herrscht bei allen Seiten aber Übereinstimmung in Sachen Tathergang. Die Strafe: **Ein Jahr und drei Monate Gefängnis ohne Bewährung** … für einfache Körperverletzung. Die Vorwürfe des Rechtsterrorismus und der gefährlichen Körperverletzung sind vom Tisch. Ströbele gibt sich kulant und akzeptiert das Urteil. So kennt man ihn gar nicht. Die Angler-Kinder vom Weinheimer Waidsee, von (wichtig!) Ströbeles Ehefrau in Anwesenheit des Rechtsanwaltes Ströbele angezeigt, hätten sich Jahre später auch über so viel Nachsicht gefreut. Bendix W. legt Rechtsmittel ein … die er wenige Monate später wieder zurückzieht. Der Weg ins Gefängnis ist unumkehrbar … und doch kommt er nach Aussage seiner Mutter diesmal vorzeitig auf freien Fuß. Eine Überraschung!

– „Das war ein Irrer“ –

Bendix W. … Wer war/ist dieser Mann?

Um das herauszufinden, treffe ich **Arnulf Winfried Priem**, einen der wichtigsten Neo-Nationalsozialisten in der Bundesrepublik. Priem, ein kumpelhafter Rockertyp mit langen Haaren, passt in keine Schublade. Er spricht wohl durchdachte Sätze. RAF und Maoismus sieht er heute eher positiv … und die Linksextremisten als heimliche Verbündete im Kampf gegen „das System“. Mit Bendix W. lebte er 1990 im legendären Besetzer-Wohnhaus der Ost-Berliner Weitlingstraße. Gemeinsam bastelten sie an einer „Nationalen Revolution“. Das ist lange her …

Priem schüttelt mit dem Kopf. Kontakt bestehe schon seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr. *„Und dann kam die Sache mit diesem Ströbele … die Zeitungen waren ja voll davon. Mein Name wurde dauernd mit genannt, obwohl ich gar nichts damit zu tun hatte. Ich habe den Ströbele deshalb angerufen, um mich von dieser Geschichte zu distanzieren. Ein echter Nationalsozialist greift keinen alten Mann an – und schon gar nicht von hinten.“* Und wie hat Ströbele reagiert? *„Er hörte zu, war ruhig und gelassen, weder verwundert, noch schockiert. Schließlich sagte er irgendwas wie: >Ich glaube Ihnen das schon!< … und die Sache war für mich erledigt.“*

Die Kameradschaft von Priem und Bendix war ganz offensichtlich schon vorher nicht im Guten auseinander gegangen. *„Das war ein Irrer!“*, so Priem. *„Abenteurer, Draufgänger, Theater-Nazi.“*

Die Anekdoten sprechen für sich: *„Bendix kannte ja die geheimsten Verstecke in Brandenburg. Ob Weltkriegsbunker oder Stasinester. Anfang der 90er Jahre zeigte er uns eine Ruhe-Insel des SED-Zentralkomitees auf einem See. Wir haben die versiegelten Türen aufgebrochen. Bendix fand in den Schränken gleich lauter Wodka-Flaschen … und hat sie ausgesoffen. Auf unserem Rückweg ist er im Ruderboot plötzlich aufgestanden und hat wie verrückt rumgewippt. Es war März, das Wasser kalt und voller Eisschollen … und beinahe wären wir alle wegen ihm gekentert.“*

Priem setzt fort: *„Er würde einen Ort kennen, wo Wehrmachtshelme auf Bäumen wachsen, hat Bendix uns gesagt … >Du spinnst!<, haben wir geantwortet … und*

dann stimmte das aber doch … Er zeigte uns tatsächlich einen seitlich gewachsenen Ast, der mitten durch den alten Kopfschutz führte … Überall in den Wäldern hat Bendix nach altem Kram gebuddelt – und seine eigenen Verstecke auch immer wieder gefunden … Mir wurden diese Naturmärsche dann nur zuviel, weil Bendix so unberechenbar war." Priem muss nicht lange überlegen: *„Die Sache mit dem Forsthaus zum Beispiel. Wir schlichen um die Hütte herum und sollten leise sein, um den Förster nicht beim Mittagsschlaf zu stören. Wenige Minuten später dann hat er ohne Vorwarnung alte Munition angezündet. Wir gingen in Deckung, es krachte laut. Bendix hat gelacht. >Mittagsschlaf ist vorbei< war seine Parole."*

„Und dann noch dieses prüde Verhalten: Freundinnen würden einen echten Nationalsozialisten nur von der Arbeit abhalten, war immer sein Spruch. Die Kameraden haben nur mit dem Kopf geschüttelt." Der Höhepunkt der Verrücktheiten sei erreicht gewesen, als Bendix mit einer Mehrladewaffe die Tür eines Gefährten eingeschossen und laut geschrieen habe: *„Du kannst nicht auf 'ner Ollen liegen, wenn ich hier vor der Tür warte!"*

Übertriebene Hitlergrüße, unbeherrschte Ausbrüche, Waffenleidenschaft … Priem sagt, er sei Anfangs nicht überrascht gewesen, als er von der Attacke auf Ströbele hörte … und habe sich weiter keine Gedanken darüber gemacht. *„Allerdings … wenn Sie diesen Vorgang jetzt schon so im Detail hinterfragen … Mir ist von damals kein Fall bekannt, dass Bendix jemand Fremden auf offener Straße angegriffen hätte. Wenn ein Kamerad bei internen Diskussionen mal einen >falschen< Vorschlag machte … ja, der bekam eins auf die Nuss. Da war er sehr spontan. Aber sonst … Nein!"*

Bendix W. sei darüber hinaus kein Planer gewesen, dafür jedoch *„ein Bauernschlauer"*. Stets habe ihm der **Antriebgeber gefehlt**, so Priem.

Und die Szene von 2003 im Gerichtssaal passe schon gar nicht. *„Es tut mir von Herzen leid"*, habe er dort geäußert (*„Berliner Morgenpost"*, 26.11.2003).

Es hilft alles nichts: Die letzten Antworten werden nur in Wandlitz zu finden sein … dem Vorort 15 Kilometer nördlich von Berlin, Heimat von Bendix W. …

– Leise Wandlung eines Neonazis –

Das Einwohnermeldeamt gibt Auskunft: Sein alleiniger Wohnsitz befindet sich in der Gladiolenstraße, ganz am Rande der Gemeinde. *„Wochenendsiedlung Glück - auf"* hieß die etwas abgelegene Laubenkolonie zu DDR-Zeiten. Und eines lässt aufhorchen: Zur berühmten *„Waldsiedlung"*, Wohnanlage des SED-Zentral - komitees, sind es von hier nur 1,2 Kilometer durchs Geäst.

Die Laube des Ströbele-Attentäters … sie ist nur wenige Quadratmeter groß, wirkt beinahe notdürftig zusammengezimmert. Ich treffe ihn nicht an. *„Das ist ja auch kein Wunder"*, meint **Herr U.**, ein älterer Mann zwei Grundstücke weiter. *„Herr W. ist in der Regel nur am Wochenende hier."* Dann handelt es sich hierbei also nicht um den wirklichen Wohnsitz? *„Seit einigen Jahren nicht mehr. Vorher hat er noch bei der Mutter auf dem Grundstück gewohnt … im hinteren Häuschen. Und dann haben sie die Nachbarfläche gekauft … nur für Bendix W. Irgendwann erhielt er seine neue Stelle beim Munitionsbergungsdienst … und tauchte nur noch sporadisch auf."* Wie Herr W. denn so als Mensch sei, möchte ich gerne wissen

... Der ruhige Rentner, früher roter Genosse, schildert seine Eindrücke: *„Wir haben nicht viel miteinander zu tun. Aber wir grüßen uns freundlich … Es ist nur schade, dass er sich mit seiner alleinstehenden Mutter zerstritten hat. Aber da mische ich mich nicht ein."* Die benannte Dame heißt Benda W. … und wohnt gleich nebenan. Ich komme später auf sie zurück … und versuche vorerst, bei weiteren Nachbarn zusätzliche Informationen zu sammeln.

„Na klar wollte der Bürgermeister hier eigentlich nur Genossen haben", meint **Herr N.**, spezialisierter Transport-Unternehmer. *„Einige haben 150%ig an die DDR geglaubt. Mancher ist durch ihren Untergang seelisch mit gesunken. Ja, einige werden auch für die Stasi gearbeitet haben. Aber wir haben hier immer ruhig gelebt. Die Volkspolizei fuhr nur öfters auf der benachbarten Schnellstraße entlang … Man hat sich selbst hier, in Nachbarschaft von Honecker und Mielke, mit dem Staat arrangieren können. Ich war schon in den 80ern selbstständig und nicht Parteimitglied. Und trotzdem durfte meine Familie auf dem Waldgrundstück sein."*

Nach der Wende hat Nachbar N. sich ein ansehnliches Haus gebaut. Er ist zufrieden mit der Abgelegenheit … auch ohne asphaltierte Straßen und verspätetem Abwasseranschluss … schließlich herrsche Ruhe. *„Nur manchmal kann der Schein auch trügen"*, so der gesprächsbereite Waldbewohner. *„Mit dem Herrn W. gab es hier ein paar Probleme … Ich kenne ihn noch als Jungen, eigentlich ein wirklich netter Kerl … nach der Wende jedoch driftete er ab in das Neonazi-Milieu. Was sollten die jungen Leute auch anderes machen? Mit dem Mauerfall ist die Jugendarbeit hier draußen in Wandlitz verschwunden. Und in der Nazitruppe haben sie wieder eine Beschäftigung gefunden, hatten Spaß und marschierten gemeinsam durch die Wälder."*

„Mir ist völlig egal, was einer glaubt oder in welcher Partei er ist … aber als die Typen dann anfingen, sich auf dem Wochenend-Grundstück der Mutter mit lautem Getöse zusammenzuraufen, um im Hochsommer unter den trockenen Kiefern riesige Lagerfeuer zu veranstalten … da war eine Grenze überschritten! Ich habe mit Herrn W. das Gespräch gesucht, aber er meinte nur wütend, dass ich abhauen soll. Als sie schließlich noch rumballerten, habe ich die Polizei verständigt. Die kamen dann und haben gleich noch eine Hausdurchsuchung gemacht. Ohne Ergebnis. Da ich das Haus noch aus den 80er Jahren kannte, wusste ich von dem kleinen Speicherkeller … und gab einen entsprechenden Hinweis. Beim nächsten Einsatz fanden sie auch genau dort, was sie gesucht haben: Waffen und Propagandamaterial. Der W. ist für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis gewandert."

Die Ruhe sei dann zurückgekehrt, so N. … Bis Bendix W. wieder auf freien Fuß gesetzt wurde … *„Die Polizei hat mir einen Personenschutz angeboten. Es ging das Gerücht um, W. wolle sich bei mir rächen. Ich wollte das nicht glauben. Und tatsächlich: Nach zweimal Knast hatte Bendix W. die Schnauze voll! Er ist zu mir gekommen, und wir haben uns ausgesprochen. Er entschuldigte sich für den Ärger der Vergangenheit. Er hat gesagt, dass er bei den Neonazis nicht mehr mitmacht. Danach waren alle Probleme vom Tisch. Seitdem grüßen wir uns freundlich."* Ich möchte wissen, wann sich diese Persönlichkeits-Wendung des Bendix W. vollzogen hat. *„Das war um das Jahr 2000 herum"*, so Nachbar N.

Was für eine Erkenntnis! Demnach hatte Bendix W. schon mindestens zwei Jahre vor seinem Angriff auf Ströbele der Neonazi-Szene den Rücken gekehrt … So erklären sich auch die Bauchschmerzen der Berliner Gerichte, jener Tat einen rechts-

extremen Kontext beizumessen. Und was meint Ex-Kamerad Arnulf Priem dazu? *„Also, das ist nicht der Bendix, den ich kenne. Früher hätte der nie gegrüßt, oder sich für etwas entschuldigt. Aussprachen waren ebenfalls nicht möglich. Da ist der wohl* ***eindeutig umgekippt!****“*

Auch Nachbar N. bestätigt: *„Ja, der hatte sich tatsächlich um 180 Grad gedreht. Ich habe immer gesagt, man muss ihm die Chance auf ein neues Leben auch lassen. Tatsächlich begann dann wieder so eine komische Phase …“ N. hält inne. „Da stand dann dieser große W50 mit den getönten Scheiben und dem Sendegerät oben auf dem Dach. Früh um halb sechs lief hier so ein Zweier-Paar durch die menschenleere Siedlung. Wer macht denn so etwas … um diese Zeit? Wir Ossis sind ja nicht blöd. Wir kennen das ja noch von früher. Da waren Geheimdienstler am Werke, die W. rund um die Uhr observiert haben.“*

Eines Abends … ein Glückstreffer! „Sind Sie Herr W.?“, frage ich. Der Zweimeter-Mann dreht sich zu mir … mustert mich … und geht weiter. Ich spreche ihn auf meinen Brief an … darauf, dass ich gerne ein Gespräch führen würde. *„Ja, das glaube ich wohl kaum!“* Sagt‘s, und verschwindet im Dunkel der Nacht. Der „neue“ Bendix W. wirkt auf mich fürs erste kühl und berechnend. Von Unbeherrschtheit diesmal keine Spur. Und noch etwas ist ausgesprochen auffällig: Er trägt die Uniform eines renommierten Brandenburger Munitionsbergungsdienstes. Also stimmt es, was die Nachbarn bereits mitteilten: Bendix W. übt heute ganz legal eine hoheitliche Aufgabe aus … die Beseitigung von Altlasten des Zweiten Weltkriegs. Ist angesichts von fünf Vorstrafen und der einstigen extremistischen Betätigung so etwas überhaupt möglich? Damit kein Zweifel besteht: Wenn es nach mir gehen würde … ich würde es jedem gönnen, noch einmal neu anzufangen. Aber es geht nicht nach mir. Der Staat fasst seine eigenen Gesetze. Und die sind in der Regel streng. Ich telefoniere mit der **Sprengschule Dresden**, zuständig für Aus- und Weiterbildung in der Branche. Die Antwort ist klar: *„Jeder, und wenn er nur Absperrbänder befestigt, muss sein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Hinzu kommt noch eine Unbedenklichkeitsbescheinigung. Wer dann mal gegen das Waffenrecht verstoßen hat, im Gefängnis gewesen ist oder wegen einer extremen politischen Ansicht registriert wurde, für den gibt es keinen Weg. Der Paragraph 8 a des Sprengstoffgesetzes ist da eindeutig.“* Ohne Zweifel: **Wer die Eignungsausschlüsse des § 8a des „Gesetzes über explosionsgefährliche Stoffe“ durchliest, wird schwerlich irgendeinen Punkt finden, der nicht gegen Bendix W. ins Feld zu führen wäre.** Ex-Kamerad Arnulf Priem: *„Jetzt mal ohne Witz: Eine solche übergesetzliche Ausnahme kann wirklich ein eindeutiges Zeichen dafür sein, dass in dem Fall etwas richtig faul ist!“*

1.) Da arbeitet der einstige Ströbele-Attentäter also heute quasi im Staatsauftrag auf einem sicherheitssensiblen Gebiet … der Munitionsräumung … obwohl das Gesetz dies gar nicht zulassen dürfte.

2.) Bendix W. habe nach Auskunft von früheren Wegbegleitern nie sonderlich viel Geld besessen. Dennoch übernachtet er sehr oft nicht in seiner Laube … wohnt nach Angaben von Nachbarn nicht mal mehr dort. Eine andere Meldeanschrift existiert nicht. Handelt es sich bei der Wandlitz-Hütte also um eine Tarnadresse?

3.) Bereits vor dem Attentat auf Ströbele im Jahr 2002 hat sich Bendix W. vom „braunen Spuk“ verabschiedet. Warum dann noch die Tat?

Erzählt die tragische Lebensgeschichte ihres Sohnes: Benda W., Mutter des Ströbele-Attentäters. (2012)

4.) Nach der Freilassung aus dem Gefängnis 1998 und dem Attentat auf Ströbele 2002 waren nach Auskunft von Nachbar N. Geheimdienstler auf Bendix W. angesetzt.

Welche weiteren Geheimnisse sind wohl noch in Erfahrung zu bringen, wenn man mit der Mutter des Ströbele-Attentäters spricht? Lassen wir uns überraschen …

– Die Person hinter dem Phantom –

Es ist die nächste Verblüffung. Für ihre 72 Jahre wirkt **Benda W.** wie eine Junggebliebene. Liegt es an der frischen Waldluft? Am Reisen? Den vielen Touren auf einem eigenen Boot? Oder den zahlreichen Freunden, die regelmäßig zu Besuch kommen? Auch mir als Fremdem gegenüber ist Benda W. sehr aufgeschlossen. Für das Gespräch hat sie ihre **Freundin Ilona** mitgebracht. Keiner von uns ahnt, dass wir ganze sechs Stunden zusammensitzen werden …

„Die Verhältnisse der Familie W. waren schon sehr konfus … die eine Großtante von Bendix hatte einen jüdischen Mann, der im KZ ermordet wurde. Die andere war mit einem großen Nazi verheiratet, und drängte ihre Schwester zur Scheidung. Ausgerechnet diese Frau brachte es im Westen zu Wohlstand. Die Witwe dagegen blieb in der DDR … und war arm, bis zuletzt. Für Bendix war das immer klar: Der Nazi-Kerl wäre ein großer Held gewesen … und der Jude in Wirklichkeit gar nicht umgekommen. Mein Junge ist sehr hart … ein richtiger Rechter.“ Frau W. blickt mit bedeutungsvollen Augen auf ihre beiden Zuhörer.

„Ende der 80er Jahre entdeckte mein damaliger Ehe-Mann seine homosexuellen Neigungen … und verließ die Familie, als Bendix gerade mal zwölf war. Der Rosenkrieg war nicht sonderlich angenehm für ihn. Vor Gericht behauptete Hajo,

ein strammer SED-Parteigenosse, wir wären nicht linientreu. Schon früher hat er sich immer abgeseilt, wenn meine Eltern aus dem Westen zu Besuch da waren. ***Bendix hasst seinen Vater bis heute!****“*

„1989, noch vor der Wende, sang Bendix das Deutschland-Lied in der Dorfkneipe. Sie holten ihn ab … Untersuchungshaft in der Normannenstraße. Dann die Hausdurchsuchung … sie fanden alte Munition, von Bendix im Wald ausgegraben. Von den zweieinhalb Jahren Gefängnisstrafe, saß er bis zur Wende zehn Monate ab. Stasi-Knast in Hohenschönhausen. Bevor ich ihn besuchen konnte, hatte ich anstrengende Verhöre zu durchlaufen. Meinen Sohn haben sie ***versucht, mit Dauerbelichtung, Wasserkanal und Schlägen zu brechen****. Er saß ganz zusammen gekauert da … schaute mir nicht ins Gesicht. Egal, was passiert ist, sagte ich zu ihm, ich bin Deine Mutter, und wir stehen das gemeinsam durch. Wir wurden überwacht, ein Gespräch kam nicht zustande.* ***Bendix wurde im Stasi-Gefängnis erst zum richtig harten Fanatiker!****“*

„Mit der Wende ist er dann verschwunden. Er hat bei der Nazi-Hausbesetzung am Ende der Weitlingstraße von Berlin-Lichtenberg mitgemacht. Später soll er kurzzeitig bei der Fremdenlegion und bei kroatischen Kämpfern dabei gewesen sein. Dann mit österreichischen Bombenbastlern … Und schließlich die Kameradschaftstreffen hier in Wandlitz, während ich noch in Berlin gewohnt habe. Mitte der 90er Jahre … sein aussichtsloser Kampf gegen die Bundesrepublik. Als er der Polizei die Durchsuchung der Laube verweigerte, kamen sie mit Sturmmasken und Schnellfeuerwaffen. Eine Blendgranate explodierte genau zwischen beiden Beinen … und hinterließ bleibenden Schaden. Enkel werde ich nie haben!“ Die Augen der Benda W. werden feucht. Ihre Freundin nimmt sie in den Arm: *„Benda, das habe ich alles gar nicht gewusst“*, sagt sie. Die rüstige Rentnerin hat sich wieder gefangen: *„Dann … der BRD-Knast wegen unerlaubtem Waffenbesitz. Die West-Knackis wären alles Weicheier, der Umgang lasch, hat Bendix immer gesagt. Und doch: Nach dem Verlust des Vaters, traf ihn auch diesmal wieder der* ***Verlust der Kameraden****. Keiner besuchte ihn im Gefängnis. Die Bewegung ist kaputtgegangen. Einer ging als Verräter ins Ausland. Ein anderer in die Finanzbranche.“* Benda W. lacht wieder. Auch sie habe zwischenzeitlich beim AWD gearbeitet, und dort viele DDR-Altgenossen wieder getroffen. Zwei Jahrzehnte nach der Wende würden in Wandlitz immer noch die alten Kader herrschen. *„Die ganzen roten Funktionäre verleumden sich heute selbst!“* Während einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme habe ihr Sohn erlebt, dass der Hausmeister der örtlichen Schule ständig betrunken gewesen sei, so W. Er sei zur Gemeinde gegangen … doch die hätten nur gesagt, dass der Mann Narrenfreiheit besitze. Freundin Ilona stimmt zu: *„Ich habe das Gefühl, dass hier noch viele Leichen im Keller sind.“* Welch Widersprüchlichkeiten!

„Und dann, eines Tages, hat Bendix, dieser große mächtige Kerl, wirklich geweint … Am Abend zuvor sagte ihm ein Gemeinde-Angestellter im Vertrauen, dass er ***nie wieder eine richtige Arbeit*** *bekommen würde. Er war unten durch. Auch alte Handwerksfreunde wollten sich nicht mehr mit ihm einlassen … obwohl er ein erfahrener Schlosser war …“*

– Straßen der verlorenen Söhne –

Ilona schaltet sich ein: *„Das sind die verwirrten Wende-Kinder … Viele wie Atomreaktoren: Außen hart und innen weich.“* Ihre persönliche Geschichte … verblüf-

fend ähnlich. Nur dass Ilonas Sohn damals in die linksextreme *„Punkszene“* abgerutscht war. Für die Mutter ebenfalls unerreichbar, beteiligte sich der junge Mann während der Wendezeit an einer Hausbesetzung … und das in der Pfarrstraße im Ost-Kiez Lichtenberg … nur wenige hundert Meter von Bendix Nazi-Haus in der Weitlingstraße entfernt. Es sei gut möglich, so Ilona, dass beide Jungs in dieser wilden Zeit aufeinander eingedroschen hätten. *„1990“*, sagt sie, *„da kamen für Manche Pubertät, Schulprobleme und politische Umbrüche zusammen … der Glaube ans Extreme wurde zur Umkehrung der Orientierungslosigkeit. Nicht nur die Nazis … ich habe auch bei den Bunthaarigen eine* ***unglaubliche Brutalität*** *erlebt.“* … Dass die beiden alleinstehenden Mütter aus Wandlitz sich Jahre später treffen und aussprechen würden … ein ganz besonderer Zufall. Ihre Söhne haben sich zwar beide von den Gewaltszenen gelöst … aber eine Auseinandersetzung steht wohl bis heute aus.

Es ist der Rückfall ihres Sohnes, den Benda W. bis heute am allerwenigsten verstehen kann. Damals, 2002, als Bendix W. den Politiker Hans-Christian Ströbele in der Fußgängerzone attackierte. *„Offen aussteigen kann man ja aus der Szene nie!“*, so W. *„Aber er hatte sich an keinen Sachen mehr beteiligt … Und plötzlich fing er an, auf diesen Ströbele zu schimpfen. >Der muss weg<, sagte er nur kurz und knapp. Dabei ist Bendix niemand, der sich intensiv mit Politik beschäftigt … Am Vorabend zog er sich feine Sachen an, und teilte mir mit, er werde zur >Schlagenden Gesellschaft< gehen. Später hat er mir die Version erzählt, der Ströbele habe ihm ein Flugblatt andrehen wollen, was ihn zu einer Kurzschlussaktion getrieben hätte. Wäre er nicht in den Hausflur gegangen, hätte er entkommen können.“* Frau W. liebt ihren Sohn über alles. Doch man merkt ihr an, dass sie diesen Bericht selbst nicht glaubt. ***„Er war fest davon überzeugt, vor Gericht freigesprochen zu werden.“*** Woher ihr Sohn diese Gewissheit nahm, vermag Mutter W. nicht zu sagen.

„Und dann war da dieses abgedunkelte landwirtschaftliche Fahrzeug mit einer Infrarotkamera in der Kabine … Das Ding stand plötzlich vor unserer Tür.“ Schon früher seien in der Laubenkolonie Observationen durchgeführt worden. Auf einem anliegenden Grundstück habe es einen Vogelkasten mit Kamera gegeben. Und Nachbarin I. B. gibt zu, sie habe für die Polizei gar Berichte über Besuche bei W. geschrieben. *„Denen zeige ich es jetzt, hat Bendix gesagt … als ob es nicht schon genug Ärger gegeben hätte. Vorsichtshalber rief ich erst mal die Polizei an, und fragte, was die neue Überwachung sollte. Nach ewigem Hin und Her hieß es dann, alles habe seine Richtigkeit. Die Beamten kamen erst, nachdem Bendix die Reifen dieses Fahrzeugs durchgestochen hatte. Aber man konnte ihm nichts nachweisen.“*

Und was hat ihren Sohn bewegt? ***„Bendix hätte man mit Geld nicht kaufen können … er suchte höchstens Anerkennung.“*** Von einer Komplizenschaft beim Ströbele-Attentat ging die Polizei von Beginn an aus. Aber mehr war dann später auch nicht mehr dazu zu hören …

„Die roten Parteigenossen konnte er nicht ausstehen“, so W. „Aber mit vielen früheren Stasi-Agenten im Dorf verstand er sich komischerweise blendend.“ Das wirkt schizophren … gerade für einen ehemaligen Häftling. Ist es vielleicht gar nicht das Politische, das Bendix immer anzog … sondern die militante Ordnung?

„Dass er die Anerkennung von den jungen Fanatikern hatte, davon konnte ich mich selbst überzeugen“, schildert Benda W. ihren Besuch in der Lichtenberger Weitlingstraße. Damals, 1989/90, im besetzten Neonazi-Haus mit der Nummer 120/122. Der Gewaltmagnet wurde von der Polizei geräumt … doch die Auseinandersetzungen dauern bis heute an. Anfang 2012 werfen *„Antifa“*-Aktivisten etwa 100 Meter weiter Farbbomben gegen ein Geschäft in der Lückstraße. Hier sollen Neonazis in den Hinterräumen Strategietreffen abgehalten haben. Jetzt ist der Laden ramponiert und geschlossen. *„Unsere Aktionen fordern keine Opfer“*, betonen die linksextremen Aktivisten immer wieder. Die Neonazis würden dagegen stets zur körperlichen Gewalt greifen. Ein Beweis: Der Angriff auf Giyasettin Sayan, türkisch-stämmiges Mitglied für die PDS/Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus von 1995 bis 2011. Noch 1987 hatte dieser ein anderes Einsatzgebiet: **Gemeinsam mit Hans-Christian Ströbele** ließ er sich in den Geschäftsführenden Ausschuss der *„Alternativen Liste“*, dem heutigen Berliner Grünen-Verband, wählen. Nach der Wende erschienen ihm Karriere-Chancen und sein „Einsatz für Migranten“ in der SED-Nachfolgepartei PDS aussichtsreicher.

– Ein Beispiel macht Schule –

Am 19. Mai 2006 soll Sayan, der sich stets für Zuwanderung stark gemacht hatte, von zwei Neonazis mitten in der Nacht mit einer Glasflasche niedergeschlagen worden sein. *„Scheiß Türke!“*, hätten die Täter gerufen. Tatort: Berlin-Lichtenberg. Ecke Margaretenstraße/Weitlingstraße. Zeugen gibt es bis heute keine. Im Krankenhaus verweigert Sayan den Ermittlern die Aussage … er wäre *„nicht vernehmungsfähig“*. Bereits am ersten Tage kann er jedoch Familienmitglieder, Freunde, Lokalpolitiker und Journalisten empfangen. Die Polizei ist wütend. Sayan kann den Ort des Geschehens nicht genau beschreiben. Im Umkreis von mehreren hundert Metern findet die Sonderkommission (*„SoKo“*) keine Scherben der angeblich auf Sayans Kopf zerbrochenen Flasche. Auch an die Täter könne er sich nicht genau erinnern. Voller Panik habe er sich nur zu einem nahe gelegenen italienischen Lokal geflüchtet. Die damalige Betreiberin ist bereits verstorben. **Brisanz entwickelt der Fall, da Sayan allein aufgrund der Medien-Solidarität wenige Tage später erneut als Kandidat für die PDS-Linken aufgestellt wird. Eigentlich war sein politisches Ende bereits besiegelt gewesen.**

Der Vorgang fällt in eine Zeit emotionaler Wallung. Im April 2006 soll der Deutsch-Äthiopier Ermyas Mulugeta in Potsdam von rechtsradikalen Schlägern überfallen worden sein. Die Version stellt sich zwar später als falsch heraus … allerdings fühlt sich Ex-Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye (SPD), mittlerweile Vorsitzender des Vereins *„Gesicht zeigen. Für ein weltoffenes Deutschland“* genötigt, die Welt vor den Rechtsextremen in Deutschland zu warnen. Speziell im Osten würde für manch ausländischen Besucher der anstehenden Fußball-WM gar Lebensgefahr bestehen! Auch der Italiener Gianni C. will auf diesen „Zug“ aufspringen. Im Ost-Berliner Bezirk Prenzlauer Berg wäre er von drei Rechtsextremen verprügelt worden … mit Knüppeln hätten sie sein Bein zertrümmert, sagt er. Die Zeitungen sind empört. 500 Menschen demonstrieren „gegen Rechts“. Auf einem Videoband des Bahnhofs Alexanderplatz in der Stadtmitte findet die Polizei jedoch später den wahren Hintergrund: Betrunken torkelt Gianni C. über den Bahnsteig, stolpert und kracht auf die Schienen. Jetzt wandert der Märchenerzähler ins Gefängnis … wegen Vortäuschung einer Straftat!

„Das ist alles totaler Blödsinn!“ Die **libanesischen Angestellten** des *„Pizza-Max“* im Lichtenberger Weitling-Kiez äußern sich kategorisch: *„Wir arbeiten hier seit vielen Jahren … Tag und Nacht … Keiner von uns ist jemals von einem Neonazi überfallen worden. Das einzige, was mal wirklich passiert ist, war, dass ein paar Typen ankamen, den Stinkefinger zeigten und wegrannten. Betrunkene, Prolls und Idioten findest Du überall. Aber es gibt keinen Ort in Berlin, wo es für Ausländer speziell gefährlich wäre. Die NPD-Männer selbst trauen sich nur in Gruppen auf die Straße, wenn sie ihre Plakate aufhängen.“* Die Libanesen sind auf Journalisten nicht gut zu sprechen. Am Tag nach dem „Angriff auf Sayan“, hätte man ihnen das Geschäft eingerannt … *„Die wollten Gruselgeschichten über Neonazis hören … aber solche gibt es hier nicht. Also haben sie sich am Ende irgendetwas ausgedacht. Das ist ein unmögliches Verhalten!“* In der Nacht des „Sayan-Angriffs“ war einer von ihnen im Laden aktiv … nicht mal 100 Meter vom angeblichen Geschehen entfernt. *„Ich habe nichts gehört, es war alles* ***ruhig*** *wie immer. Damals hat sogar der Neffe von Sayan bei uns gearbeitet. Aber mittlerweile ist die Familie wohl wieder zurück nach West-Berlin gezogen …“* Soviel also zu Sayans „Lebenswerk“, im „unterentwickelten“ Osten Berlins ein „Zeichen gegen Rechts“ zu setzen? Die libanesischen Imbissbetreiber, der deutschen Sprache gut mächtig, setzen noch eines drauf: ***„Am schlimmsten sind hier die Linksextremen.*** *Einmal im Jahr führen sie ihren >Silvio-Meier-Marsch< durch Lichtenberg. Um unser Geschäft herum ist dann alles abgesperrt. Polizisten und schwarz vermummte Typen wandeln durch die Seitenstraßen … Du weißt nie, wer die sind … Und Kunden kommen dann natürlich auch keine.“* Ein abgefackeltes Auto oder einen Stein im Schaufenster habe das libanesische *„Pizza Max“* aber zum Glück noch nicht zu beklagen gehabt.

Auch andere Anwohner in der Umgebung sind vom Fall Sayan sichtlich genervt. Gesehen hat niemand etwas. Nicht einmal der **Inhaber eines urigen Technikladens** direkt am „Tatort“, der stets bis in die Nacht vor Ort ist. Er sagt: *„Also, wenn selbst die PDS-Leute Herrn Sayan zutrauen, dass an seiner Geschichte etwas faul war, dann muss man sich mal Gedanken machen.“*

Ich treffe auf **Sito Kranke**, seit jeher Lichtenberger Arbeiter. Von 1985 bis heute setzt er sich ehrenamtlich aktiv für den Kiez ein. Aktuell wirkt er zum Beispiel als Sprecher der Gewerbetreibenden und ist Bürgerdeputierter für die Linkspartei im Stadtentwicklungsausschuss des Bezirks. Kranke ist anerkannt – außer bei den Rechtsextremen. Schließlich wende er sich *„gegen jede Form von Extremismus“*, wie er ausdrücklich betont: *„Für Extreme gibt es keine Außenstehenden. Sie wenden sich gegen alle, die nicht ihrer Meinung sind … Egal ob Rechts- oder Linksextreme … Wenn ich denen sage, ich finde nicht gut, was Ihr macht, dann muss ich schon damit rechnen, dass ich eins auf die Schnauze kriege … Hier im Weitling-Kiez haben wir es vor allem mit Schmierereien, Plakaten und Beleidigungen zu tun. Nur in bestimmten Intervallen gibt es körperliche Gewalt, meist in Form von Prügeleien. Der Angriff auf Giyasettin Sayan sticht da hervor.“* Kranke ist sich sicher: Seine Wohngegend sei **keine** „Tabu-Zone“, auch wenn dies immer wieder behauptet werde.

Plötzlich kommt der Bezirksbürgermeister vorbeigelaufen … grüßt Herrn Kranke herzlich, und marschiert weiter zum Rathaus. Wenig später: Zwei junge Männer … sie schauen böse drein. Provokant marschieren sie auf uns zu … streifen wenige Millimeter vorbei. Kranke: *„Das waren Rechte … und Du siehst, man erkennt es*

von außen nicht. Diese Leute hassen mich … und trotzdem hat man mich bis heute nicht körperlich angegriffen.“ Herr Sayan habe übrigens nie hier gewohnt. Obwohl bereits seit Jahren im Abgeordnetenhaus, habe er sich auch nicht für den Kiez eingesetzt, öffentlich jedoch stets das Gegenteil beteuert … Als *„Karrierist“* habe er allenfalls die Lorbeeren für die Arbeit anderer eingesammelt. *„Er hat sich dort* (BS: in der Linkspartei) *unmöglich gemacht. Er hat sich auch unmöglich im Kiez gemacht, weil er war überhaupt nicht präsent … Er ist hier unbeliebt, er ist auch in einigen Geschäften >Persona non grata< … Also Herrn Sayan als politischen Freund zu haben, ist ungefähr so, als wenn ich mich vor eine Selbstschussanlage stelle. So sehen das viele.“* Harter Tobak! Aber Anwohner und Gewerbetreibende bestätigen die Schilderungen. Beim Thema Sayan verdrehen sich alle Augen. Sito Kranke: *„Also Fakt ist eins: Er wäre von den den Linken 2006 nicht mehr aufgestellt worden. Und dann, nach der Wahl stand er plötzlich da wie ein wiederauferstandener Phönix.“*

„Wir haben uns auch eindeutig positioniert und gesagt, wenn das ein Fall von Aggression war, dann ist es nicht zu entschuldigen … aber für die, die eingeweiht waren, wie zum Beispiel für mich und viele andere äh ja hat sich hinterher das ein bisschen anders dargestellt.“

– Nichts ist wie es scheint –

An dieser Stelle wird Herr Kranke sehr mundfaul … kneift die Augen zusammen. Es geht um die geheimnisumwitterte Frage, was Herr Sayan zu so später Stunde zwischen 22.30 und 0.45 Uhr in der dunklen Nebenstraße zu schaffen hatte. Der Betroffene selbst gibt keine Auskunft. *„Ich beteilige mich nicht an den Spekulationen“*, sagt Kranke. *„Das ist Polizeiarbeit!“* Er weist jedoch darauf hin, dass es schon tief blicken lasse, wenn Ermittler davon sprächen, es könne einen Neonazi-Angriff gegeben haben … *>oder auch nicht<*. Tatsache ist, dass der Fall des am Kopf verletzten Sayan als vorerst ungeklärt zu den Akten gelegt wurde. Tatsache ist ebenfalls, dass es der Linkspartei mittlerweile gelungen ist, Sayan loszuwerden. *„Die Partei hat daraus gelernt“, so Kranke. „Es gibt keine Kandidaten mehr, die nicht im Kiez bekannt sind.“*

Dass mit braunen Spukgeschichten in der vereinigten Bundesrepublik auch große Politik gemacht wird, quittiert Sito Kranke mit einem Achselzucken. Schon seit zehn Jahren lese er bewusst keine Zeitung mehr … man könne immer weniger glauben, was da geschrieben stehe. Journalisten hält Kranke für ein Problem: *„Die können nur höhere Auflagen verkaufen, wenn die Nachricht so negativ wie möglich wirkt. Diese ganzen Geschichten in den Massenmedien können stimmen.* ***Oder auch nicht!“***

13.) Die Marke Illusion

„Ich mach' heute noch Politik aus einer grundsätzlichen Anti-Haltung gegen die Gesellschaft, gegen diesen Staat. Wir wollten ihn revolutionieren – und ich will das eigentlich immer noch."

– Hans-Christian Ströbele 1995 –

„Hans-Christian Ströbele ist eine Marke!" Mit dieser Feststellung schließt der Leipziger Politikwissenschafts-Student Michael Wallies 2006 seine veröffentlichte Hausarbeit über den Erfolg des „Grünen-Urgesteins". Ströbele zu wählen … das sei eben *„Kult"*. Die Feststellungen sind eindeutig:

„Christian Ströbele, der >Volkstribun aus Berlin<, wurde für die Untersuchung explizit ausgewählt, da er wie kaum eine andere Politikerpersönlichkeit eine ***einzigartige Konstanz in seinem Lebenslauf*** *sowie in seinen Wahlerfolgen aufweisen kann."*

„Ströbele wird wie kaum ein weiterer Politiker als ***authentisch*** *wahrgenommen und verehrt"*

„Christian Ströbele ist ***alles andere als ein opportunistisches Chamäleon****. Er steht wie kaum ein anderer Politiker für seine linken Ideale, die er oft durch einen roten Schal nach außen trägt."*

So wird heute also Politik bewertet: Es geht um Meinungen, nicht um Tatsachen. Klar, der junge Akademiker befragt Wähler als Grundlage für die Forschungsergebnisse … Aber was können diese schon tiefgründig bewerten? Völlig ausgelastet von Arbeit und Familie bleibt vielen doch gar nichts weiter übrig, als oberflächlichen Medienberichten Glauben zu schenken. Die Presse wiederum fühlt sich in ihren Ausführungen anschließend von den jungen Geisteswissenschaftlern bestätigt. Wo ist der Witz?

Dass der Manipulation selbst in Zeiten größter „Freiheit", „Offenheit" und „Transparenz" Tür und Tor geöffnet ist, zum Beispiel. Die politische Selbstdarstellung muss nur gut erscheinen … Ob sie auch gut ist? … Uninteressant!

Man nimmt es hin, wenn Ströbele mit dem Fahrrad erscheint oder der Drahtesel gar entwendet wird … und kann nicht einmal ahnen, was sich ein paar Nebenstraßen weiter abspielt …

Man ist begeistert, dass jemand gegen „die Reichen" und „die da oben" kämpft … und sieht nicht, dass die Person selbst beträchtliches Vermögen und enorme Macht besitzt …

Man staunt über den Mut, dass ein Aktivist voranschreitet, um Waffengeld für „Freiheitskämpfer" am anderen Ende der Welt zu sammeln … und hat später keine Muße, nachzuprüfen, ob die Finanzmittel jemals für ihren Bestimmungszweck zum Einsatz gekommen sind.

Man glaubt an die „Helden von damals“ … und verkennt, dass jene, die wirklich in einer unruhigen Phase … wie der von 1968 … nach vorne geprescht sind, sich fortan vom politischen Geschehen ausgeschlossen sahen. Die Lorbeeren ernten mitunter andere.

Man vertraut auf „das Gute im Menschen“ … und erklärt sich solidarisch, wenn es im Fernsehen heißt, jemandem sei Unrecht geschehen … Völlig korrekt … aber eben auch nur dann, wenn die benannten Umstände auch inhaltlich zutreffen.

Am Ende erfüllt jeder Politiker mit langer und erfolgreicher Laufbahn eine bestimmte Funktion. Und so sehr diese Figur auch begeistern mag … sie alle „kochen mit Wasser“. Auch ein Ströbele ist politischen Zwängen unterworfen. Tiefgründige Argumente sind am Ende für viele Bürger uninteressant … „zu kompliziert und zeitraubend“. Aus der Sehnsucht nach einem Vorbild wird recht zügig die Zuneigung für ein Zerrbild. Wähler wollen zu einem gewissen Grade etwas vorgemacht bekommen. Auch und gerade die Mode-Linken. Der Traum vom „sozialistisch-ökologischen Übermenschen“ lebt fort. Ströbeles Verdienst bleibt es, sich dem routinierten „Kriecher-Apparat“ der Partei entzogen zu haben. Er hat sich seinen eigenen Weg geebnet. Das Prinzip der politischen Schauspielkunst wurde folglich umso entscheidender. Und wahrscheinlich auch die Unterstützung ganz anderer Kräfte, von denen die Öffentlichkeit noch nicht einmal etwas ahnt.

Ströbeles Politkarriere liegt in der Vergangenheit. Es wäre ein Zeichen echter Größe, würde er zugeben, dass manch Forderungen und Fantasien seiner linken Gefolgschaft zwar nachvollziehbar sein mögen … aber eben auch unrealistisch und undurchdacht. Nicht mal er selbst, der „große Fundi“ Hans-Christian Ströbele, konnte ein vorbildlich linkes Leben führen.

Doch seien wir realistisch: Politische Überzeugungen sagen gar nichts über den Charakter einer Person. „Links gleich gut“ und „rechts gleich böse“ … Das ist großer Quatsch. Auch die breite Masse ist im Grunde nicht links … Sie ist unpolitisch, will nirgends anecken. Dabei sein ist alles … an den „Fleischtöpfen Ägyptens“.

Der Autor

Der journalistische „Wadenbeißer": Billy Six

Billy Six, geboren 1986 in Ost-Berlin, ist gelernter Finanzfachwirt. Von 2004 bis 2011 war er in der Kommunalpolitik seines Brandenburger Heimatortes Neuenhagen engagiert. Er wurde Vorsitzender der Jungen Union, später auch Gemeindevertreter. Neuerdings treibt es ihn in die weite Welt hinaus. Zuletzt berichtete Six als freier Journalist für das DEUTSCHLAND-Magazin von den Umbrüchen in Ägypten und Libyen. Der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele und er kennen sich schon seit Jahren. Mehrfach trafen sie aufeinander ..... zum Beispiel zur Berliner „Hanfparade" 2004 oder bei den Kreuzberger Mai-Krawallen 2006. „Ich wollte mir immer selbst ein Bild von der Wirklichkeit machen", so Six. Jetzt hat er die erste politische Biografie über Ströbele verfasst: „Das grüne Irrlicht". In 13 Kapiteln führt der Autor Außendarstellung und Wirklichkeitsanalyse des „Grünen-Urgesteins" zusammen, und stellt enorme Widersprüche fest. Bei Politikern nichts Ungewöhnliches. Doch Ströbele ist ein Fall für sich. Six: „Besser als an jeder anderen aktuellen Personalie ist am Fall Ströbele abzulesen, wie in Deutschland Realpolitik gemacht wird."